# Hinter den Kulissen...

Faschistische Aktivitäten in Brandenburg – Update `99




Eine Broschüre über Hinter- und Vordergründe
der Brandenburgischen Neonaziszene für 4,- DM

# Inhaltsverzeichnis






# Impressum

**Redaktion:**
Antifaschistisches AutorInnenkollektiv
(verantwortlich)

**V.i.S.d.P.:**
Katharina Wolters
Hegelallee 23
14467 Potsdam

**Bestelladresse:**
AJF-Versand
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin





# Einleitung

Rechte und rassistische Gewalt ist in Brandenburg in den letzten neun Jahren alltäglich geworden. Uns geht es darum, ihrer Verharmlosung von Seiten staatlicher Stellen und der Gewöhnung von großen Teilen der Bevölkerung entgegen zu treten. Wir wollen den Betroffenen dieser Gewalt und denjenigen eine Stimme geben, die zum Teil seit Jahren um eine Aufdeckung neonazistischer und rechter Strukturen und um antifaschistische Gegenaktivitäten im Land Brandenburg bemüht sind. Die Berichte aus den Regionen sind überwiegend von jungen Leuten verfaßt worden. Sie sind in ihrer Form authentisch und geben ein Stück Lebenswirklichkeit wieder, das allzu oft ausgeblendet, verschwiegen oder geleugnet wird.

Den Märchen des Verfassungsschutzes, den Sonntagsreden heuchlerischer Politiker und hilflosen Beschreibungen von Sozialarbeitern und Soziologen sollen Fakten entgegengestellt werden. Manchmal sind sie in dem Umfang, der in der Broschüre zusammenkommt, überwältigend. Hinter den nüchternen Zahlen oder der Beschreibung eines rassistischen oder neofaschistischen Angriffs stehen immer die Traumata, die Schmerzen, die Ängste und die oft lebenslangen Folgen für die Opfer. Angriffe wie auf den afro-britischen Bauarbeiter Noel Martin im Juni 1996, der seitdem vollständig gelähmt ist, oder auf den italienischen Bauarbeiter Orazio Giamblanco in Trebbin im September 1996, haben auch die Arbeit des AutorInnenkollektivs nachhaltig beeinflußt. Es ist nicht immer einfach, sich der Realität und den Zuständen in Brandenburg zu stellen und nicht in hilflosen Zorn oder Ohnmacht zu verfallen. Diese Broschüre ist auch ein Versuch, mit diesen Gefühle konstruktiv umzugehen und die Solidarität mit den Opfern in Handeln umzusetzen. Wir hoffen, daß auch Ihr/Sie als LeserInnen auf den folgenden Seiten viel Brauchbares und Nützliches für die praktische antifaschistische und antirassistische Arbeit vor Ort finden werdet.

### Tolerantes Brandenburg?

Im Sommer 1998 hat die Landesregierung Brandenburg mit viel Medienwirbel ein staatliches Programm mit dem Titel „Tolerantes Brandenburg" begonnen und dafür rund zwei Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Liest man die offiziellen Zahlen des Innenministeriums Brandenburg über rechtsextreme und neofaschistische Straftaten im Jahr 1998, wird deutlich, daß sich nicht viel verändert hat. 309 rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitisch motivierte Straftaten zählten die offiziellen Stellen und freuten sich über einen Rückgang rechter Straftaten um 43% im Vergleich zu 1997. Darunter fallen 68 Straftaten unter Gewaltanwendung und 51 tätliche Übergriffe auf Personen. In 48 Fällen handelte es sich um Körperverletzungen, drei Mal um versuchte Tötungsdelikte. Im Juli 1999 folgte dann auch offiziell Ernüchterung: Rassistische Gewalttaten sind in den ersten sechs Monaten des Jahres gegenüber den Vergleichsmonaten im Jahr 1998 erneut angestiegen.

Neben der Tatsache, daß schon diese Zahlen bedeuten, daß an fast jedem Tag im Jahr eine rechtsextremistische Straftat im Land Brandenburg verübt wird, gehen antifaschistische Initiativen davon aus, daß die tatsächlichen Zahlen rechter Gewalt- und Straftaten neun Mal so hoch sind. Viele Opfer stellen aus Angst vor weiteren Bedrohungen keine Anzeige. Und oftmals werden rassistische Angriffe in den Statistiken nicht als solche erfaßt, da die Polizei oder Justiz kein Interesse an den Motiven der Täter und ihrer Ideologie zeigen. Dies zeigt sich auch in der Chronologie rechter und rassistischer Morde, die Ihr/Sie ab S. 22 findet. Fast alle der hier aufgeführten Morde wurden und werden von offiziellen Stellen als „normale Straftaten" bezeichnet und die Hintergründe verschwiegen.

Die schönen Worte der politisch Verantwortlichen erweisen sich also in der Realität als Farce und Augenwischerei. Das ist auch kaum verwunderlich. Denn dem Programm „Tolerantes Brandenburg" liegt nicht der Wunsch nach einer antirassistischen Gesellschaft mit Eigenverantwortlichkeit und Solidarität zugrunde. Vielmehr geht es darum, das Image des angeschlagenen Wirtschaftsstandortes Brandenburg aufzupolieren. Die Aufforderungen an die Bevölkerung zu mehr

Toleranz gegenüber vermeintlich „Fremden" sind schlicht verlogen. Denn die offizielle staatliche Politik gegenüber Flüchtlingen, AsylbewerberInnen und MigrantInnen ist selbst alles andere als tolerant – sie ist offen rassistisch und ausgrenzend. Abschiebungen, die Unterbringung von Flüchtlingen in entlegenen Sammelunterkünften, die Aufforderungen von BGS und Polizei an die Bevölkerung der brandenburgischen Grenzregionen, „illegale" Grenzgänger-Innen zu denunzieren, die de facto Abschaffung des Asylrechts, das Arbeitsverbot für Bürgerkriegsflüchtlinge und AsylbewerberInnen, die Politik des Aushungerns und der Abschreckung durch das neue Asylbewerberleistungsgesetz – der institutionelle Rassismus spiegelt sich in den rassistischen Einstellungen und Angriffen der Bevölkerung wieder. Es ist paradox, wenn Die Täter sind durch die Regierungspolitik gedeckt.

Darüber hinaus sind die offiziellen Erklärungsansätze für Rechtsextremismus und Rassismus bestenfalls als unpolitisch zu bezeichnen. Wer die Ursachen für rassistische Gewalt nach wie vor in „Arbeits- und Perspektivlosigkeit" von Jugendlichen sucht, macht die Täter zu Opfern. Diese „Analyse" findet ihre Fortsetzung in der „akzeptierenden Sozialarbeit", die dazu führt, daß eine rechte Hegemonie in der Jugendsubkultur mit staatlichen Mitteln gefördert und gefestigt wird. Zur Erläuterung unseres eigenen Verständnisses von Rassismus zitieren wir an dieser Stelle zwei Passagen aus „Drei zu Eins: Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus", weil sie eine gute Zusammenfassung darstellen: „'Rassen' sind eine Konstruktion, bei der soziale und kulturelle Unterschiede in angeblich biologisch bedingte Wesenseigenschaften übersetzt werden. ‚Rasse' ist eine offene Kategorie, die in der Geschichte unterschiedlich gefüllt wurde. Deshalb ist es besser, von Rassismen anstatt Rassismus zu sprechen (...) Physische Charakteristika werden mit sozialen und kulturellen Unterschieden in eine kausale Verbindung gestellt. Diese sozialen und kulturellen Tatsachen werden dadurch naturalisiert und damit als allgemeingültig interpretiert. (...) Allen Rassismen gemeinsam ist, daß den Opfern ein Platz auf der Werteskala unterhalb der eigenen zugewiesen wird und sie dort als ‚von der Natur aus Minderwertige' bleiben sollen. ‚Natur' meint: geschichtslos und auf Ewigkeiten festgeschrieben. Rassismen versuchen über ‚Abstammung' und ‚Reinheit des Blutes' Identitäten quer zu den Klassenlagen und auch quer zu den Geschlechtern herzustellen. Real ist nicht die Existenz von ‚Rassen', sondern die Existenz von Rassismen. (...) Die Zuschreibung einer ‚Rasse' ist die Zuschreibung einer Position: herrschend oder beherrscht. ‚Rasse' ist ein (zusätzlicher) Faktor zur Stabilisierung ungleicher politischer, ökonomischer und patriarchaler Verhältnisse."




## Von der NF über die Nationalen zur NPD

Auch wenn die rassistische Gewalt aus der Mitte der Gesellschaft kommt und von ihr gedeckt, legitimiert und getragen wird: Für eine effektive antifaschistische und antirassistische Arbeit ist es nach wie vor notwendig, die Protagonisten rechtsextremer Ideologien und Organisierung aus ihrer Anonymität zu holen und sie zu benennen. Nur so kann ihren Versuchen, eine rechte Hegemonie zu etablieren, wirksam entgegengetreten werden.

Seit 1990 gehört Brandenburg zu den Bundesländern, in denen alle neofaschistischen Parteien mit Mitgliedern, Ortsverbänden und Aktivitäten vertreten waren und sind. Zunächst waren es die im November 1992 verbotene Nationalistische Front (NF), die im Dezember 1992 ebenfalls verbotene Deutsche Alternative (DA) sowie die im Februar 1995 verbotene Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP), die hier ihre Strukturen ausbauten und mit Aufmärschen und Kundgebungen die „erste" und „zweite Generation" rechter Skinheads politisierten und organisierten. Durch gezielte Aufbauarbeit, die zumeist aus den Organisationszentralen in Westdeutschland gesteuert wurde, gelang es ihnen schnell, einen Kern von ostdeutschen Nazikadern auszubilden, die sich durch die Verbote nicht abschrecken ließen und größtenteils auch heute noch in der rechtsextremen Szene aktiv sind. Mehrere Jahre nach der Verbotswelle läßt sich feststellen, daß die Verbote ins Leere gingen, sie führten nur zu einer Umstrukturierung der rechten Szene.

Zunächst einmal existierten bis Mitte der 90er Jahre mehrere Nachfolgeorganisationen der NF: Das Förderwerk Mitteldeutsche Jugend (FMJ), das sich 1993 selbst auflöste, sowie die Sozialrevolutionäre Arbeiterpartei (SrA) und Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF, die sich im Januar 1994 auflöste und im Mai 1995 vom brandenburgischen Innenministerium verboten wurde. Sowohl die NF als auch ihre Nachfolgeorganisationen orientieren sich an der SS. Sie fühlen sich als Elite der neuen rechtsextremen Bewegung, als „politische Soldaten" im Sinne der SS. Und als solche sind sie auch nicht an eine spezielle Organisation gebunden. Brandenburgische NF-Mitglieder und Aktivisten finden sich mittlerweile in allen legalen faschistischen Gruppierungen ebenso wie in der rechtsextremen Musikszene. Einige Beispiele: Jens Og aus Eichstädt gehörte zu den Gründern der NF-Kameradschaft Kremmen sowie zum „Nationalen Einsatzkommando" (NEK), der militanten Terrortruppe der NF. Nach dem Verbot der NF war Og in der SrA aktiv – mit dem pompösen Titel eines „Leiter Sicherheitsdienst Innen". Zeitweise ermittelte die Generalbundesanwaltschaft gegen Og wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (§129a), das Verfahren wurde allerdings sang- und klanglos eingestellt. Og vermied daraufhin öffentliche Auftritte und widmete sich einem Bereich, der ab Mitte der 90er Jahre auch in Brandenburg für die rechte Szene immer bedeutender geworden ist: Skinhead- und Nazimusik. Schließlich wurde Og im Frühjahr 1998 im Prozeß gegen die Nazimusikgruppe „Landser" wieder öffentlich erwähnt. Er gehörte zu einer bundesweit agierenden Gruppe von Neonazis, die sowohl Konzerte organisierte als auch mit indizierten CDs mit rechtsextremen, antisemitischen und rassistischen Liedern handelte. Laut Staatsanwaltschaft Cottbus soll Og die Landser-CDs verteilt haben. Ein weiteres Beispiel ist der zu den Landtagswahlen auf Platz 7 der NPD-Landesliste kandidierende Maik Hampel aus Oranienburg. Der 1971 geborene Hampel trat nach einem Gastspiel bei den Republikanern im August 1992 in die NF ein und war „Gebietsbeauftragter Mitteldeutschland" der neonazistischen Sammlungsorganisation „Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene" (HNG). Weitere Beispiele für die Kontinuität neonazistischer Organisierung in Brandenburg findet Ihr/finden Sie in den einzelnen Städteberichten.








## Rechte „Aufbauhelfer Ost"

Eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung dieser Kontinuität spielt der Berliner Neonazikader Frank Schwerdt. Der inzwischen 55jährige Schwerdt war in den 80er Jahren CDU-Schatzmeister in Berlin-Heiligensee, wechselte zu den Republikanern, schloß sich dann der „Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DLHV) an und wurde zunächst Schriftführer der 1991 in Berlin gegründeten Freie Wählergemeinschaft „Wir sind das Volk", die ab Januar 1992 unter dem Namen „Die Nationalen" auftrat. Mit der „Berlin-Brandenburger Zeitung" (BBZ), die von 1992 bis 1997 als Papierausgabe erschien und seitdem nur noch im Internet zu finden ist, boten Die Nationalen der rechtsextremen Szene in Berlin und Brandenburg schnell ein organisations- und parteiübergreifende Propaganda- und Mitteilungsorgan, in dem auch mehrere NF-Kader mitarbeiteten. Mit den Verboten von NF und insbesondere der FAP setzte dann auch der personelle und organisatorische Ausbau der »Nationalen« ein. Der rechte „Talentesucher" Schwerdt reiste durch Brandenburg und leistete „Aufbauhilfe" bei der Gründung diverser neonazistischer Gruppierungen und Kameradschaften. Bis zu ihrer Selbstauflösung im Oktober 1997, mit der Die Nationalen einem staatlichen Verbot zuvorkommen wollten, hatte die Neonaziorganisation 26 Kameradschaften in Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Eine der Kameradschaften, die »Kameradschaft Oberhavel«, die insbesondere in Hennigsdorf, Kremmen, Velten und Oranienburg aktiv war, war eine direkte Fortführung der NF. Sie wurde am 14. August 1997 durch den brandenburgischen Innenminister verboten. Weitere Kreis- und Ortsverbände der Nationalen und ihrer Jugendorganisation „Junges Nationales Spektrum" (JNS) in Brandenburg gab es in Rathenow (Kreisverband Havelland), Schwedt (Kameradschaft Uckermark), Fürstenwalde (Ortsverband Fürstenwalde), Guben (Ortsverband Guben), Cottbus (Ortsverband Cottbus), Senftenberg (Ortsverband Seftenberg), Lauchhammer (Ortsverband Lauchhammer), Eberswalde (Kameradschaft Eberswalde), Forst (Ortsverband Forst), Spremberg (Ortsverband Spremberg) und Brandenburg a.d.H. (Ortsverband Brandenburg/Havel). Zur Selbstauflösung am 10. Oktober 1997 gab Frank Schwerdt dann die „Empfehlung" an alle Mitglieder, sich in der NPD zu organisieren. Schwerdt selbst ist seit Anfang 1998 Beisitzer im Bundesvorstand der NPD. Seine rechte Hand Christian Wendt gehörte zu den Mitgründern der „Arbeitsgemeinschaft Nationale Sozialisten in und außerhalb der NPD", die als

ihre Hauptaufgabe vor allem die Anbindung sogenannter Freier Kameradschaften an die NPD betreibt. Eine kurze Unterbrechung in ihren Aktivitäten mußten Schwerdt und Wendt durch das Absitzen von Haftstrafen wegen wiederholter Volksverhetzungsdelikte und Körperverletzung hinnehmen. Beide befinden sich seit dem Frühjahr 1999 wieder auf freiem Fuß und setzen ihre Organisierungsbemühungen ungehindert fort. Mit seinem „Vortrag Buch Reise Verlag GmbH" betreibt Frank Schwerdt auch einen schwunghaften Handel mit Nazi-CDs und Propagandamaterialien. Momentan ist Schwerdt NPD-Wahlkampfbeauftragter für „Mitteldeutschland", während Christian Wendt seit Februar 1999 als „Schriftleiter" der HNG-Nachrichten auftritt. Ein interessanter Aspekt der Selbstauflösung der Nationalen ist die Tatsache, daß sich in fast allen Städten, in denen es Orts- und Kreisverbände der Nationalen gab, mittlerweile Ortsverbände der NPD gegründet haben.... Damit gelang der NPD und ihrer Jugendorganisation JN, die bis dahin im Land Brandenburg eher ein Schattendasein führten, ein unverhoffter organisatorischer und personeller Aufschwung. Zur Ideologie und Organisierung der NPD/JN findet Ihr/finden Sie ab S.7 einen ausführlichen Artikel.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß sämtliche staatliche Verbote von Neonaziorganisationen – nicht nur – in Brandenburg wirkungslos waren. Sie haben zu einer Ausdifferenzierung der rechtsextremen Szene mit Arbeitsteilung geführt: Die Musik- und Jugendszene wird von den Blood & Honour-Strukturen und den Hammerskins beackert, die öffentliche Organisierung läuft inzwischen über die NPD/JN, das militante Spektrum sammelt sich in den Freien Kameradschaften, das sich in Zellenstrukturen organisiert. Zwischen den einzelnen Bereichen finden oftmals Absprachen und ein regelmäßiger Austausch statt, die ihren sichtbarsten Ausdruck bei öffentlichen Aufmärschen der NPD finden.

### Was tun?!

Vor sechs Jahren veröffentlichte das Antifaschistische AutorInnenkollektiv die erste Ausgabe von „Hinter den Kulissen – Faschistische Aktivitäten in Brandenburg". Damals ging es vor allem darum, das Verschweigen von rechtsextremen Aktivitäten im Land zu durchbrechen, das Ausmaß neonazistischer Organisierung darzustellen und die Kader ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen.

Sechs Jahre später – nach hunderten von weiteren Angriffen und mehreren Toten, nach einem Bundestagswahlkampf und mitten in einem Landtagswahlkampf, der den rechtsextremen und neonazistischen Parteien Republikanern, DVU und NPD weitere Möglichkeiten geboten hat, ihre menschenverachtende Ideologie ungehindert zu verbreiten – hat sich die Situation für AntirassistInnen und AntifaschistInnen nicht wesentlich verändert. Im Gegenteil: Die rechte Hegemonie insbesondere in der Jugendsubkultur hat sich in vielen Orten und Städten weiter verfestigt. Deutlich geworden ist vor allem, daß AntifaschistInnen, um effektiv zu arbeiten und nicht ins gesellschaftliche Abseits zu geraten, ihre Bündnisarbeit vor Ort weiter ausbauen müssen. Es gibt viele Bereiche, in denen wir unsere Inhalte einbringen können: In der Bildungsarbeit, in den Gewerkschaften, in Kirchenkreisen, bei der Jugendarbeit, in den Schulen und am Arbeitsplatz. Dafür gibt es ganz unterschiedliche Formen – Straßenfeste, Veranstaltungen, Konzerte und Partys, Seminare, Flugblätter etc.... Mehr denn je ist es notwendig, eigene Räume zu schaffen und zu erhalten, um der rechten und Mainstream-Kultur vor Ort eine lebendige Widerstandskultur entgegensetzen zu können. Mehr dazu findet Ihr/finden Sie auf den S.....

Abschließend noch ein Wort zu den direkten Konfrontationen mit Rassisten und Neonazis im Alltag: Wir zitieren hier aus der ersten Ausgabe der HdK 1993, weil wir denken, daß diese Grundsätze antifaschistischer Arbeit auch heute weiter Gültigkeit haben:

„Die Rechten mit ihrer menschenverachtenden Ideologie sind in unserem Alltag präsent. Deswegen müssen wir uns damit auseinandersetzen. Eine Priorität hat dabei die Unterscheidung zwischen MitläuferInnen und Kadern. Es macht für uns durchaus Sinn, sich der Diskussion mit rechten Jugendlichen zu stellen, die zum Teil auch nur auf der Suche nach Lösungen sind. Aber eine Diskussion mit organisierten Nazikadern schließen wir aus, weil sie treibende Kräfte bei der Organisierung des faschistischen Terrors sind und Diskussionen diesen Terror nicht stoppen werden. (...) Ein Kernpunkt unserer Arbeit muß es sein, Schulungen, Veranstaltungen, Konzerte und Organisierung der Nazis zu verhindern. Das bedeutet im Prinzip, ihnen den öffentlichen Raum zu nehmen und zu versuchen, ihren Einfluß zurück zu drängen. Dazu gehört auch die direkte Konfrontation mit ihnen. Wenn wir ihre Treffen verhindern wollen, nehmen wir bewußt auch Gewalt als Mittel in Kauf bzw. es scheint uns notwendig, offensiv gegen das immer frecher werdende Auftreten der Nazis vorzugehen. Um faschistische Organisationen und Strukturen effektiv zu zerschlagen, muß sich antifaschistische Selbsthilfe in erster Linie auf die Kader konzentrieren. Dieses Vorgehen gegen Faschisten ist für uns eine von vielen Formen des Widerstands gegen Nazis, die gleichberechtigt nebeneinander stehen. (...) Festzuhalten ist, daß wir diese Widerstandsform für richtig und wichtig halten. Wir sind jedoch keine GewaltfetischistInnen oder „unpolitische Jugendbanden", wie uns von offizieller Seite unterstellt wird. Wissen wir doch, daß viele Menschen in diesem Land, die eine dunkle Hautfarbe haben, gezwungen sind, sich zu wehren und es sich nicht aussuchen können, ob sie sich der Konfrontation stellen wollen oder nicht."





# Die Jungen Nationaldemokraten

## Geschichte, Ideologie, Organisationsform, Strategie

**„Pizza? Ich brauche das nicht. Ich bin kein Genußmensch."**
**Jörg Hähnel**




Antifaschistische Gruppen in Brandenburg haben sich im Laufe der letzten Jahre auf wechselnde faschistische Organisationen konzentriert. Oft geschah das in der Erwartung, damit das Zentrum des rechten Straßenterrors und der ideologischen Durchdringung der rechten Szenen in den Städten und Dörfern zu treffen. Jene Erwartung erfüllte sich nicht. Auch da, wo keine organisierten Faschisten auszumachen waren, liefen die Angriffe auf MigrantInnen, alternative Jugendliche und andere, die vom Sucher der rechten Feindbilder erfaßt wurden, unvermindert weiter. Auch ohne Anleitung durch faschistische Parteien reproduzierte sich eine rassistisch, deutsch-national und faschistisch orientierte Jugendszene, die mit brutaler Konsequenz das ausführte, was ihre Eltern dachten, aber nicht zu tun wagten.

Die Realität des Faschismus in seiner aktuellen Form ist komplexer. Die faschistisch orientierte Jugendbewegung, ihre Verflochtenheit mit einem breiten rassistischen Konsens in der Bevölkerung und mit informellen, „zivilgesellschaftlichen" Machtstrukturen in den Städten und Dörfern, kurz: die Hegemonie faschistischer Einstellungen und ihrer Träger – all das hat in hohem Maße die Fähigkeit, sich selbst als populäre Bewegung zu reproduzieren. Jene Bewegung speist sich aus verschiedenen Quellen: dem institutionellen Rassismus der Ausländerpolitik, rassistischen und nationalistischen Diskursen der politischen Klasse, der auf Imagepflege gerichteten Standortpolitik der lokalen herrschenden Eliten, um nur einige Quellen zu nennen. Eine weitere Quelle der Selbstreproduktion sind faschistische Organisationen. Wie deren Reproduktionsbeitrag funktioniert, wie faschistische Parteien mit den lokalen rechten Szenen zusammenhängen und über sie Macht ausüben, welchen Stellenwert und welche reale Bedeutung faschistische Organisationen in der rechten Hegemonie haben, – darüber ist konkret wenig bekannt. Darauf käme es jedoch an, wenn die rechte Hegemonie zurückgedrängt werden soll.

Eine Auseinandersetzung mit der einzigen faschistischen Partei, die die Verbotswelle von 1992 bis 1995 übriggelassen hat, ist dennoch sinnvoll. An ihr kann die Argumentationslogik des völkischen Nationalismus begriffen werden, womit diffuse rassistische und nationalistische Diskurse besser demontiert werden können. An ihr kann das Leitbild des faschistischen Kaders in seinen Widersprüchen studiert werden. An ihr können schließlich faschistische Strategien des Kampfes um die Straße und um die kulturelle Hegemonie analysiert werden – Voraussetzung für antifaschistische Gegenstrategien. Immer dessen eingedenk, daß die NPD nur ein Teil des Problems neben anderen ist, vielleicht nicht einmal der wichtigste.

### Geschichte

Über die Geschichte der Nationaldemokratischen Partei hier in äußerster Kürze so viel: Gegründet als Sammlungspartei ehemaliger ***NSDAP***-Kader im Jahr 1964 boomte sie nach der kurzen Rezession 1967 und schaffte es, in sieben Länderparlamente der BRD einzuziehen, teilweise mit bis zu 9,8 % der Wählerstim-

men. 1969 scheiterte sie mit 4,3 % am Einzug in den Bundestag. Das löste vielfältige Abspaltungen und Modernisierungsversuche aus, die Bedeutung der NPD schwand in den 70er Jahren, abgelöst von der ***DVU*** und später den ***Reps*** auf der einen und den Organisationen des militanten Neonazismus auf der anderen Seite.

Ihrer Jugendorganisation, den Jungen Nationaldemokraten (JN), erging es ähnlich. Nach ihrer Gründung im Jahre 1967 umfaßten sie Ende der 60er Jahre etwa 1000 Mitglieder, darunter viele spätere Kader neonazistischer Organisationen, die ihre Karriere bei den JN begannen. In den 70er und 80er Jahren fristeten die JN jedoch ein Schattendasein. Schuld daran dürfte das biedere, ewiggestrige Image der NPD sein, an deren Rockzipfel sie hingen. Andere Organisationen profitierten von der nazistischen Welle Ende der 80er, Anfang der 90er wesentlich mehr: ***NF*** (***SrA***, ***FMJ***, ***Direkte Aktion***), ***DA*** und ***NA***, ***FAP***. Ihren Tiefpunkt erreichten die JN bei ihrem Bundeskongreß 1991 in Leipzig. Gerade mal 50 Teilnehmer waren gekommen, die jedoch eine tiefgreifende Reform der Organisationsstruktur und der Ideologie beschlossen. Umgerüstet zu einer Kaderorganisation mit befreiungsnationalistischer Ideologie waren die JN seit 1995 in der Lage, die verbotenen Organisationen zu beerben und eine hegemoniale Stellung in der Bewegung einzunehmen. Es gibt kaum eine Demonstration, die nicht von den JN oder der NPD organisiert wurde, kaum einen Ort, an den nicht ihr Propa-



Von links: de Vries, Hupka, Heise

gandamaterial vorgedrungen ist. Ihre überragende Stellung verdankt sie vor allem dem Umstand, daß sie noch nicht verboten ist. Als Partei kann sie deutlich schwerer als die anderen faschistischen Vereine verboten werden. Die Privilegien, die mit dem Parteienstatus verbunden sind, werden von der faschistischen Bewegung als sichere Basis der Organisierung und des öffentlichen Auftretens genutzt.

## Befreiungsnationalistische Ideologie

Ein innerer Grund ihres Erfolgs liegt jedoch in ihrer befreiungsnationalistischen Ideologie, mit der sie an die weitverbreitete ökonomische Unzufriedenheit und an diffuse antikapitalistische Stimmungen besonders in Ostdeutschland anknüpfen kann. Es ist eine eigentümliche Mischung aus einer nostalgischen Verklärung der Vollbeschäftigung zu DDR-Zeiten, einer in der DDR konservierten deutschen Arbeitsmoral mit ihren Sekundärtugenden und einer Ablehnung des politischen Systems aus dem Westen vom Standpunkt autoritärer, undemokratischer Haltungen – was den befreiungsnationalistischen Parolen der JN einen fruchtbaren Resonanzboden bietet.

In Ostdeutschland kämpfen die JN-Kader gegen das Kolonialsystem aus dem Westen – so zumindest ihr Selbstverständnis. Sich selbst begreifen sie als eine „revolutionäre Systemopposition“, die entsprechenden radikalen Posen haben sie verinnerlicht, auf Mitläufer wirken sie durchaus authentisch. Eine Quelle für Selbstbewußtsein und Ausstrahlung ist eine Ideologie, die sich einen philosophischen Anstrich gibt, die verspricht, der Weltgeschichte eine neue Richtung zu geben. Auf der abstraktesten Ebene begreifen sie ihre Bewegung als „Dritten Weg“, jenseits der beiden Großsysteme Kapitalismus und Kommunismus. Die Gesellschaftsformationen Kapitalismus und Kommunismus werden als Produkte der „gleichmacherischen“ Ideologien Liberalismus und Marxismus begriffen. Ideologien bewegen Geschichte, und sie selbst sind mit einer modernisierten Variante des Nationalismus am Start.




## Thesenpapiere der JN

Der Gestus, auf philosophisch zu machen, ein „in sich geschlossenes, kohärentes Gedankengebäude“ zu basteln, und so eine Vogelperspektive auf Geschichte, Gesellschaft und die rechte Szene im eigenen Dorf zu werfen, wird in den 1991 veröffentlichten „Thesenpapieren der Jungen Nationaldemokraten“ greifbar. (http://ourworld.compuserve.com/homepages/Ernst_Ellert/vorwort.htm) An ihnen läßt sich die Argumentationslogik des völkischen Nationalismus ablesen. Ein Zitat aus der ersten These zum Nationalismus: *„Nationalismus ist das Streben der Völker nach Unabhängigkeit, Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit. Er ist der Wille eines Volkes zur Selbstbehauptung und Selbstverwirklichung gegenüber fremden Interessen und Machtansprüchen. Er ist die Besinnung eines Volkes auf die eigenen Kräfte. Unabhängigkeit und Selbständigkeit sind die Voraussetzungen für den Erhalt der Eigenart eines Volkes.“*

An diesen Sätzen fallen mehrere Dinge auf. Erstens ist die Basiseinheit der Argumentation nicht der einzelne Mensch, gesellschaftliche Verhältnisse oder Klassen, sondern das Volk. Später wird in den Thesen der Begriff Nation auftauchen. Nationalismus operiert zentral mit den beiden Begriffen Volk und Nation, verwendet sie so, als ob sie etwas Organisches oder Natürliches wären, nichts geschichtlich Gewordenes, das aus Machtkämpfen entsteht und auch wieder vergehen kann.

Zweitens fällt der positive Ausgangspunkt auf. Die nationalistische Argumentation fängt nicht wie der Rassismus mit der Beschwörung eines Übels und der



Von links: Thorsten Heise, Friedhelm Busse, ex-FAP-Bundesvorsitzender

Begründung einer Feindschaft an. Stattdessen erzeugen wohl klingende Worte wie Unabhängigkeit, Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit einen positiv gestimmten Grundton. Nationalisten können sich als „Idealisten“ geben, die noch an das Gute und Hohe glauben. Werden die hehren Ideale allerdings umgedreht, erscheint das Bild des Negativen, des Abgelehnten: abhängig, unfrei, fremdbestimmt, in Widersprüchen zerrissen. Fremdbestimmt ist das Volk im Horrorszenarium der Nationalisten von „fremden Interessen und Machtansprüchen“. Dagegen gelte es zu kämpfen, um die „Eigenart eines Volkes“ zu erhalten. Grundmodell des Nationalismus auf dieser Stufe der Argumentation ist die Opposition zwischen dem Eigenen und dem Fremden, das als Bedrohung des Eigenen begriffen wird.




## Was ist die „Eigenart eines Volkes“?

In den folgenden Thesen ist die Rede vom „Prozeß der Bewußtwerdung einer Nation“ und vom „Nationalbewußtsein“. Darunter ist zu verstehen, daß „das Volk“ als Kollektivsubjekt sich seiner kollektiven nationalen Eigenschaften bewußt wird. In anderen Worten ausgedrückt: seiner Identität oder seines Wesens. Jenes nationale Wesen manifestiert sich in einer „gemeinsam erlebbaren Abstammung“, in „Tradition“, „nationaler Kultur“, „geistig-kulturellen Wurzeln“, „gemeinschaftlichen Bindungen“, „überlieferten kulturellen Werten“ und einer bestimmten nationalen „Lebensauffassung“. Zusammenfassend kann das Wesen eines Volkes als seine traditionelle Kultur verstanden werden, die eine bestimmte „Lebensauffassung“ vorgibt, d.h. bestimmte Normen, Werte und Leitbilder, die das Leben aller bestimmen sollen. Nationalismus bedeutet hier, daß alle, die biologisch, von ihrer Abstammung her, zum „deutschen Volk“ gerechnet werden, das wahre, weil traditionelle Wesen des deutschen Volkes zu erkennen und ihm entsprechend zu leben haben. Die „Bewußtwerdung einer Nation“ ist nichts anderes als die Durchdringung aller Lebensbereiche der Gesellschaft mit der Ideologie des wahren deutschen Wesens. Alle gesellschaftlichen Bereiche haben sich am Leitbild „Deutsches Wesen“ auszurichten.

Eine solche Denkfigur ist äußerst voraussetzungsvoll. Erstens setzt sie voraus, daß es so etwas überhaupt gibt wie ein „Wesen“ eines „Volkes“. Also einen ewigen, festen, unveränderlichen Kern, der übergeschichtlich ist. Zweitens wird vorausgesetzt, daß der Inhalt jenes wahren Kerns erkennbar ist. Es stellt sich die Frage: Wie finden wir heraus, was denn das wahre Wesen der Deutschen ist?

## Das wahre Deutschtum

Die Nationalisten lösen jenes Problem durch die Geschichte. Sie gehen geschichtlich zurück zu historischen Zuständen, in denen das wahre Wesen angeblich verwirklicht war. Üblicherweise kommen in Frage: Erstens die germanische Urzeit, zweitens der mittelalterliche Ständestaat, drittens der preußische Militär- und Beamtenstaat Friedrichs des Großen, viertens auch noch das Dritte Reich. Zu diesen Zeiten sei das deutsche Volk mit seinem Wesen identisch gewesen, sei das Volk noch nicht oder nicht mehr von Fremdem „verunreinigt“ gewesen.

Es ist offensichtlich, daß eine solche Behauptung mit der geschichtlichen Realität nichts zu tun hat, nur eine Vereinfachung und Verklärung bestimmter Geschichtsbilder ist. Eine solche Festlegung der „wahren Wurzeln“ kann nur willkürlich sein. Sie kann nur autoritär, durch ein Machtwort entschieden werden. Dazu ist eine „nationale Elite“ nötig, ein Kreis von Nationalisten, der von sich überzeugt ist, daß er das „wahre deutsche Wesen“ erkannt hat. Durch ein Machtwort machen sie ein ungeschichtliches, willkürliches Konstrukt zum Gesetz für alle, die das Pech haben, von ihnen zum „deutschen Volk“ dazugezählt zu werden – oder davon ausgeschlossen zu werden.

Eine weitere Konsequenz jener Denkfigur ist es, daß sich Nationalisten eine gesellschaftlich wünschenswerte Entwicklung nur als Rückkehr zu einem „wahren Anfang“ vorstellen können. Geschichte ist Dekadenzgeschichte, denn Geschichte kommt nur vor als Verunreinigung des ursprünglichen wahren Eigenen mit fremden Elementen. Etwas wirklich Neues kann es in jenem Denken nicht geben – Neues, das etwa aus der Berührung und Verflechtung von



Oliver Schweigert, Berliner Nazikader

unterschiedlichen Erfahrungen entsteht. Dazu wäre jedoch Neugier und Interesse an anderen Erfahrungen notwendig, eine Eigenschaft, die Nationalisten wie Rassisten abgeht. Hier herrscht die Abwehr der unverstandenen fremden Erfahrungen vor.

## Nationale Kulturen als Gefängnisse

Überhaupt: Nationalisten können sich „nationale Kulturen" nur wie Monaden vorstellen, fensterlose Wesen, die selbstgenügsam durch die Geschichte rollen, sich gegenseitig abstoßend, sich einander mit völligem Unverständnis und Mißtrauen begegnend, nur darauf bedacht, den eigenen Volkskörper von „fremden Interessen und Machtansprüchen" zu reinigen, nur die „eigenen Wurzeln" im Sinne. Zwischen den Monaden herrscht potentiell immer Krieg, nur manchmal unterbrochen durch einen Waffenstillstand. Im Inneren jeder Monade muß deshalb – Vorbild Militär – Einheit und Geschlossenheit herrschen, müssen die vielen einzelnen zu einem einheitlichen, geordneten Körper zusammengeschweißt werden, zu einem Kollektivsubjekt, zur – Nation. Das nennen die JN „Prozeß der Bewußtwerdung einer Nation".

Hier liegt auch der Grund, warum es für Nationalisten so etwas wie Menschenrechte nicht geben kann. Menschenrechte basieren auf der gegenseitigen Anerkennung von Individuen als Wesen mit gleichen Rechten. Da Nationalisten sich Individuen aber nur als Gefangene nationaler Monaden vorstellen können, existieren gleiche Rechte nicht über die Grenzen der eigenen Mondade hinaus. Und ohne gleiche Rechte für alle gibt es nur das „Recht" des Stärkeren, das Unrecht ist. Ohne Gleichheit entscheidet nur die bloße Macht und Gewalt. Gleichheit und Einheit im Inneren, zwischen den Völkern jedoch nur Ungleichheit, Abstoßung und Krieg.

## Sehnsucht nach falscher Gemeinschaft

Die Herstellung von Einheit kann von Nationalisten nur gewaltsam gedacht werden, als Unterdrückung der innergesellschaftlichen Widersprüche, die unbegriffen bleiben. *„Er (der Nationalismus) bekämpft den Klassenkampf von 'oben' und 'unten'. In der von uns angestrebten neuen Volksgemeinschaft werden die Widersprüche und Unzulänglichkeiten des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems überwunden werden."* (aus der 12. These zum Nationalismus) Hier drückt sich die Unfähigkeit aus, gesellschaftlich bedingte Widersprüche und Konflikte auszuhalten, eine Konfliktunfähigkeit und Sehnsucht nach Harmonie. Konfliktlösungen sind nur vorstellbar als Unterwerfung des einzelnen unter das große Ganze, als Unterdrückung der individuell besonderen Bedürfnisse, Ansprüche und Interessen. Das soll bestenfalls ideologisch geschehen, als freiwillige Selbstunterwerfung, notfalls gewaltsam, als Unterwerfung oder



Sascha Roßmüller, seit Frühjahr '99 JN-Bundesvorsitzender

Ausschluß derer, die mit der „Volksgemeinschaft" nicht konform gehen.

Auf dieser Stufe der Argumentation kann Nationalismus als ein politisches Projekt verstanden werden, das sich zum Ziel setzt, zum „wahren Deutschtum" zurückzukehren, indem alles „Fremde" aus dem Volkskörper ausgeschlossen wird.

## Kampf gegen fremde Einflüsse

Diese abstrakten, geschichtsphilosophischen Konstrukte werden nun in die politische Praxis umgesetzt. Es werden konkrete Angriffspunkte für die politische Programmatik gesucht. Der Kampf gegen fremde Einflüsse kennt zwei Richtungen, gegen Einflüsse von außen und gegen Einflüsse von innen. „Fremde Interessen und Machtansprüche", die das deutsche Volk von außen bedrohen, sind: die Supermächte USA und UdSSR, jetzt nur noch die USA, sowie die multinationalen Konzerne. Politisch-programmatisch wird der Nationalismus hier zum „Antiimperialismus", wie überhaupt der „Befreiungsnationalismus" der JN linkes Vokabular und linke Phrasen klaut und versucht, sich einen „revolutionären" Gestus zuzulegen.

## Vom Nationalismus zum Rassismus und zurück

Die fremden Einflüsse im Inneren werden im „Kulturimperialismus" der USA ausgemacht, im kulturellen Amerikanismus, verkörpert in Hollywood und MTV. Jenes „Gift" zersetze den deutschen Volkskörper und entfremde die Deutschen von ihren Wurzeln. Eine weitere Quelle der Verunreinigung des deutschen Volkskörpers sind – die Einwanderer. Erst auf dieser Argumentationsstufe kreuzen sich Nationalismus und Rassismus, für den Einwanderer, „Ausländer" und die „rassisch Minderwertigen" der Ausgangspunkt der Argumentation sind. Beide Ideologien kommen jedoch zum selben Ergebnis: Fremde, Immigranten müssen abgewehrt und ausgeschlossen werden. Dazu werden starre nationale Identitäten konstruiert. Hier ein positives Selbstbild der wahren Deutschen, dort ein wahnhaftes Feindbild der „Ausländer", denen alle negativen Eigenschaften zugeschrieben werden. Beide Konstrukte bedingen einander. Der Nationalist wertet sein eigenes Kollektiv auf, indem er das fremde Kollektiv abwertet – und umgekehrt. Der Nationalist und Rassist bildet sich ein, zu einem von „Ausländern" bedrohten Kollektiv zu gehören. Er bildet sich ein, er selbst sei Opfer der „Ausländer", habe daher ein Recht auf Verteidigung und Notwehr. Was entsteht, ist eine Legitimierung einer gesellschaftlichen Praxis, die „Fremde" vom gesellschaftlichen Leben ausschließt und die den „Deutschen" Macht und Privilegien gegenüber „Ausländern" zuschreibt. So werden ethnische Machtverhältnisse







Holger Apfel, NPD-Bundesvorstand

begründet und gesellschaftliche Machtverhältnisse ethnifiziert. Nationalismus ist immer Rassismus.

Aber Nationalismus/Rassismus ist nicht nur eine Rationalisierung des Ressentiments gegen Fremde. Nationalismus birgt auch ein Versprechen, das Versprechen an Blutsdeutsche, einer höherwertigen und harmonischen Gemeinschaft zuzugehören, die ein Anrecht auf Privilegien und Macht hat. Ein schwaches, unsicheres Ich, das die individuelle Autonomie nicht aushält, wird im nationalistischen Projekt kompensiert durch die Teilhabe an einer starken, einheitlich geschlossenen, überlegenen Gemeinschaft, wie imaginär jene Gemeinschaft auch immer sein mag. Darin liegt die verführerische Anziehungskraft des Nationalismus: in der Sehnsucht nach der falschen Gemeinschaft.

An dieser Stelle eine Zusammenfassung der Kritik am völkischen Nationalismus:

1. Nationalismus ist immer Rassismus. Die anderen werden nicht als besondere Individuen gesehen, sondern nach einem wahnhaften kollektiven Feindbild behandelt.

2. Nationalismus kennt keine Menschenrechte. Nationalismus ist der permanente Kriegszustand gegen Fremde.

3. Nationalismus verletzt die individuelle Autonomie. Die Individuen sind Gefangene einer nationalen Kultur, die Unterwerfung fordert und individuelle Verantwortung abnimmt.

## Faschistischer Antikapitalismus

Bis hierher war überwiegend die Rede von einem völkischen Nationalismus im Allgemeinen, der konstitutiv für die faschistischen Bewegungen und ihre völkischen Vorläufer im 19. Jahrhundert ist. Verschiedene Varianten dieser Ideologie sind vorhanden, die JN vertreten eine befreiungsnationalistische und nationalrevolutionäre. Noch auf der geschichtsphilosophischen Ebene orientiert sich der „revolutionäre Nationalismus" weniger an bestimmten historischen Zuständen, zu denen es zurückzukehren gelte; sondern er bezieht sich auf die Bewegung selbst. Das Ziel der Bewegung ist zweitrangig, es wird immer wieder neu definiert und in die Zukunft verschoben. Allerdings wird die Bewegung vorgestellt wie das Marschieren einer geordneten Militärformation, die das Alte niederreißt und zu ständig neuen Schlachtfeldern aufbricht. Daher einer Orientierung am Heer Friedrichs des Großen, am Bild eines hierarchisch geordneten Militärstaates, der eine einzige Kampfmaschine ist.

Daher der kämpferische, aktivistische, revolutionäre Gestus: dem „System", allem Alten, allen Mächten, die der Bewegung im Wege stehen, wird der Kampf erklärt. Übertragen auf den Bereich der Ökonomie heißt das: nationalistischer Antikapitalismus. Die Argumentation hebt an mit einer Beschreibung der sozialen und ökonomischen Misere, der auch Nicht-Nationalisten zustimmen könnten. Die faschistische Interpretation setzt ein, wenn die Schuldigen für die Probleme ausgemacht werden. Schuld seien die „korrupten Politiker" und die „multinationalen Konzerne", wobei die Politiker als Handlanger der Multis gelten. Und zwar aus dem einfachen Grund, weil diese Konzerne nicht national, sondern eben multinational organisiert sind, also nicht den Interessen des deutschen Volkes verpflichtet sind. Opfer der Ausbeutung durch die Multis seien die Bauern, die Arbeiter, die Handwerker und der „Mittelstand". Schon hier erweist sich der Antikapitalismus der JN als Vorstellung eines Kapitalismus ohne Multis, dessen Leitbild der selbständige Mittelstandsunternehmer ist. Heute spiele der globalisierte Kapitalismus verrückt, die „Antikapitalisten" der JN wollen ihn hingegen auf eine „gesunde" Stufe zurück-drehen, die dann nicht mehr Kapitalismus genannt wird. Im dann ausgerufenen „solidarischen Volksstaat" mit ökonomischer Autarkie gebe es keine Ausbeutung und keine Klassen mehr, da das „soziale Konkurrenzverhalten des kapitalistischen Wirtschaftssystems" überwunden sei – jeder habe seinen Platz und diene dem nationalen Ganzen. Warum? Den „verhängnisvollen Klassenkampfideologien", die für die Konkurrenz verantwortlich seien, sei „jede Grundlage entzogen"(aus der 14. These für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung). Es herrscht die nationale Zwangsharmonie.




Soweit die verquasten Vorstellungen eines faschistischen „Antikapitalismus", der alle ökonomischen Probleme wiederum auf „fremde Interessen und Machtansprüche" zurückführt. Zentral in der sozialökonomischen Propaganda der JN ist allerdings die Parole „Arbeit zuerst für Deutsche". Der rassistische Aspekt dieser Parole wurde schon beleuchtet,



Frank Schwerdt, NPD-Bundesvorstand

das Konzept eine ethnischen Hierarchie. Hier soll außerdem gefragt werden, welcher Begriff von Arbeit in der nationalsozialistischen Bewegung vorherrscht.




## Deutsche Arbeit und Antisemitismus

Dazu ein Zitat aus Hitlers „Mein Kampf": *„Als nationale Sozialisten sehen wir in unserer Flagge unser Programm. Im Rot sehen wir den sozialen Gedanken der Bewegung, im Weiß den nationalistischen und im Hakenkreuz die Mission des Kampfes für den Sieg des arischen Menschen und zugleich mit ihm auch den Sieg des Gedankens der schaffenden Arbeit, die selbst ewig antisemitisch war und antisemitisch sein wird."* (2. Band, S. 557, zitiert nach: Alfred Schobert, in: Jungle World 18, 1998)

Auf den ersten Blick verwundert der postulierte Zusammenhang von „schaffender", also deutscher Arbeit und Antisemitismus. Der Kult der deutschen Arbeit gehörte zentral zum Selbstverständnis des Nationalsozialismus, dessen Partei sich „Arbeiterpartei" nannte und vorgab, das Sozialprestige des deutschen Arbeiters und die Handarbeit aufzuwerten. „Deutsche Arbeit" erfüllte eine doppelte Funktion: Erstens wurde an ihr der „Idealismus" des deutschen Wesens festgemacht. Während andere Völker Arbeit als Notwendigkeit, als Mittel zum Zweck ansehen würden, würde „der Deutsche" aus purer Freude am Arbeiten rackern, die Arbeit werde ihm zum Selbstzweck. Daran lassen sich alle verklärten deutschen Sekundärtugenden anknüpfen, deren Erfüllung die Arbeitsfreude und den Sinn der Arbeit erzeugen: Fleiß, Ordentlichkeit, Genauigkeit, Pünktlichkeit, Sauberkeit usw. Für eine Bestimmung des „deutschen Wesens" bzw. der „nationalen Identität" sind diese Tugenden zentral.

Zweitens wird die „deutsche Arbeit" zum Dienst verklärt, zum Dienst an der Volksgemeinschaft, die sich erst über die „nationale Arbeit" konstituiert. Jeder ackert an seinem Platz und erbringt so ein Opfer für das große Ganze.

Nun der Zusammenhang mit dem Antisemitismus. „Der Jude" fungiert im NS als Gegentypus zum so idealisierten „deutschen Arbeiter" mit seiner Arbeitsfreude und seinem Dienst an der Gemeinschaft. „Der Jude" arbeite nicht „ehrlich" und „anständig", weil nicht körperlich, sondern läßt andere für sich arbeiten oder beraubt sie. Er ist „immer nur Parasit im Körper anderer Völker". (Hitler, Mein Kampf, 1. Band, S. 334) Er ist Schacherer, Banker, Kapitalist. Er verkörpert das „raffende Kapital", das für die sozialökonomische Misere im Kapitalismus verantwortlich gemacht wird. Das „raffende Kapital" fungiert als Symbol für die kapitalistische Ausbeutung und für anonyme gesellschaftliche Mächte. Es ist Finanzkapital, das nicht selbst Gebrauchswerte produziert. Anders der Gegentypus, das „schaffende Kapital". Das „schaffende Kapital" geht mit der „schaffenden Arbeit" eine Symbiose ein. Es ist das Industriekapital, das konkret nützliche Gebrauchswerte produziert, nicht nur das abstrakte Geld.



Udo Voigt, NPD-Bundesvorsitzender

Auf dieser Unterscheidung – hier gutes, schaffendes Kapital, dort schlechtes, raffendes – basiert ein zentrales Element der faschistischen Kapitalismuskritik bis heute. Besonders beim nationalsozialistisch orientierten Flügel der Bewegung, bei der „AG nationaler Sozialisten in und bei der NPD", und bei den „Freien Kameradschaften" ist diese Form des Antikapitalismus verbreitet. Kapitalismuskritik wird hier zur Verschwörungstheorie: Die Erklärung für gesellschaftliche Mißstände wird nicht in gesellschaftlichen Verhältnissen gesucht, sondern gesellschaftliche Verhältnisse werden im Gegenteil personalisiert. Letzte Ursache der Probleme seien einzelne Personen, die „korrupt" sind, die nicht an das nationale Wohl denken, die nur an die eigene Macht und den eigenen Profit auf Kosten anderer denken und das mit einer „gleichmacherischen" Ideologie verschleiern. Strukturell ist jede Form personalisierender Kapitalismuskritik, die die Krisenerscheinungen des Kapitalismus mit einer geheimen Verschwörung von Dunkelmännern erklärt, antisemitisch, auch wenn „die Juden" als personifizierte Bösewichter nicht mehr genannt werden.

Wenn auch in der Parole „Arbeit zuerst für Deutsche" der faschistische und antisemitische Arbeitsbegriff mitschwingt, versteht es sich von selbst, wie hilflos es ist, jene Parole mit Phrasen wie „Arbeit her" bekämpfen zu wollen. Stattdessen wäre eine Diskussion über die Haltung zu „Arbeit" notwendig, die die Konsequenzen aus dem Ende der „Arbeitsgesellschaft" zieht. Bislang werden Lohnarbeit, Einkommen und soziale Anerkennung noch als untrennbare Einheit betrachtet. Je höher das Einkommen aus Lohnarbeit, desto höher der soziale Status, und ohne entlohnte Arbeit gilt jemand als unnütz und wertlos, fühlt sich womöglich auch so. Die neue Lage würde hingegen eine Auflösung der Einheit erfordern, würde erfordern, nach anderen Formen des Einkommens jenseits fremdbestimmter Arbeit und nach anderen Formen sozial sinnvoller Aktivität als Selbstwertsetzung zu suchen.



JN/NPD

## Ökologie und Demokratie

„Der Nationalismus erfaßt alle Gebiete der Politik." (10. These zum Nationalismus) Für jeden Problembereich werden nationalistische Interpretationsmuster bereitgestellt. So auch für „Ökologie" und „Demokratie". Bei der Ökologiefrage rekurieren die Nationalisten auf die Vorstellung einer unberührten Vorzeit als Wurzel der nationalen Kultur. Damals habe eine organische „Symbiose" zwischen Volkskultur und natürlicher Umwelt geherrscht. Die nationale Lebensweise sei der jeweiligen nationalen Landschaft und Umwelt angepaßt gewesen. Insofern würde eine Rückkehr zu den wahren Wurzeln eine Lösung der Ökologiefrage mit sich bringen. Mit jener Denkfigur gelingt es Nationalisten, an ökologischen Krisenerscheinungen anzuknüpfen, um dann die „nationale Frage" als die eigentliche Lösung der ökologischen auszugeben.



Von links: Andreas Storr, NPD-Berlin, Herbert Wirschewski (Templin), Sven Issler, NPD-Wittstock

Keine Probleme haben die JN mit der Vereinnahmung des Begriffs Demokratie. Mit dem Konzept einer identitären Demokratie gelingt es ihnen, die Diktatur einer nationalistischen Elite zur wahren Demokratie zu erklären. Wenn nämlich Demokratie Volksherrschaft bedeutet, wenn Demokratie in der Identität des wahren Interesses der Allgemeinheit und des Regierungswillens liegt, dann verkörpert eine nationalistische Elite, die den Staat führt, „organisch" den wahren Volkswillen. Per Definition hat nur sie das wahre Wesen des Volkes erkannt. Demokratie als Vermittlung unterschiedlicher Interessen durch Diskussion spielt dann allerdings keine Rolle mehr, schon allein, weil Interessen, die vom „wahren Deutschtum" abweichen, einfach unterdrückt werden. Dennoch können sich die JN ein „progressives" Image geben, indem sie mehr Bürgerbeteiligung fordern. Der wahre Wille des Volkes kann sich nämlich ganz „zivilgesellschaftlich" und „basisdemokratisch" auch als „Ausländer raus" äußern.

## Organisationsform

Neben der ideologischen Reform wandelten sich die JN 1991 organisatorisch um. Leitbild war eine schlagkräftige Kaderorganisation wie die seit 1992 verbotene Nationalistische Front (NF). Nach dem Motto „Qualität statt Masse" wurden zunächst alle Karteileichen hinausgesäubert, wonach bundesweit zunächst nur noch 150 Mitglieder übrig blieben. Die verbliebenen Kader legen bei der Rekrutierung neuer Mitglieder großen Wert auf intensive Schulung. Ein neues Mitglied muß – so zumindest das Organisationsmodell – verschiedene Karrierephasen durchlaufen, immer verbunden mit Schulungen, Prüfungen und Bewährungen. Auf der ersten Stufe steht der Mitgliedsanwärter, auf der zweiten das Mitglied bzw. der Aktivist, dann der Kaderanwärter, schließlich der Kader. Was macht einen wirklichen Kader aus? Leitbild des Kaders ist der asketische und disziplinierte „politische Soldat", der aristokratischen Tugenden wie Ehre, Stolz, Treue und Blut folgt. Sich selbst verstehen die Kader als Elite, als Avantgarde. Entsprechend ausgeprägt ist ihr Sendungsbewußtsein: Sie sehen sich als die Retter des deutschen Volkes vor dessen Zerstörung und Untergang.

## Was ein echter Kader alles tun muß

Eine solche nicht gerade kleine Aufgabe erfordert einiges an Opferbereitschaft und Fanatismus. Das ganze Leben muß in den Dienst der Sache gestellt werden, der Kader muß sich zum Kämpfer rund um die Uhr stylen. Der Text „Der Kampf wird härter" illustriert die entsprechenden Anforderungen an einen echten JN-Kader. (http://home.t-online.de/home/hornbrille/kampf.htm) Zu verschiedenen Lebensbereichen werden Verhaltensvorschriften ausgegeben, etwa zur wirtschaftlichen Ebene, zur sportlichen, musischen, kulturellen oder familiären. Unter der Rubrik „Musische Ebene" heißt es etwa: „Meidet den Rundfunk unserer Umerzieher! Hört deutsche Musik (nicht zu verwechseln mit volkstümlicher bzw. volksdümmlicher Musik)! Spielt selbst ein Musikinstrument und führt einmal Eure Kinder zur Musik! (...) Hört nicht nur Skinhead-Musik, sondern auch anderes nationales bzw. deutsches Liedgut!" Der Frankfurter JN-Barde Jörg Hähnel hat sich jene Worte offensichtlich sehr zu Herzen genommen.

Unter dem Stichwort „Kulturelle Ebene" folgen die Punkte, „die man am schwersten befolgen kann". Kostprobe: „Entgeht dem Modezwang! Tragt keine Jeans und englisch bedruckte Kleidung! Sie gehören nicht zur Kultur unseres Volkes, sondern sind uns nach 1945 aufgezwungen worden." Oder die wohl schwierigste Regel: „Sondert Euch vom Amüsierpöbel ab! Discos sind zu meiden! Sie dienen der Zersetzung und sind im Besitz unserer Gegner!"

Ein echter Kader hat es nicht leicht. Er hat ein Spagat auszuführen zwischen den Polen des fanatisierten politischen Soldaten und der Gefahr, sich von der Konsumkultur seines rechten Klientels abzusondern. Das folgende Zitat spricht jenen Balanceakt an: *„Seid Elite, seid stets Vorbild, versucht, Kader zu sein, seid aber nie überheblich! Verliert nie den Blick für die Wirklichkeit, verliert nie den Bezug zu unseren Landsleuten, die noch nicht in unseren Reihen stehen.*



links:GdNF-Kader Christian Worch, Freie Kameradschaften

*Wir müssen den Unterschied deutlich machen zwischen aufrechten national denkenden Idealisten und besoffenen Krawallmachern, bzw. (bezahlten) 'Nazikaspern' und 'Hollywood-Nazis'."*

## Strategie

An den Aktivitäten der NPD und der JN in Brandenburg lassen sich einige Elemente ihrer Strategie ablesen, die manchmal in Widerspruch zueinander stehen. Im Wesentlichen sind drei Elemente erkennbar: erstens Rückeroberung der Straße, zweitens Wahlkampf und Beteiligung an Parlamenten, drittens Kampf um kulturelle Hegemonie bzw. um sogenannte „national befreite Zonen".

## Rückeroberung der Straße

Während der Verbotswelle von Ende 1992 bis 1995 war es den verbliebenen faschistischen Organisationen in Brandenburg nur schwer möglich, Demonstrationen durchzuführen. Regelmäßig wurden Demonstrationen der „Nationalen e.V." verboten, und im „roten" Berlin machte die Antifa Aufmärsche von Nazis so gut wie unmöglich. Die Wende kam mit der NPD-Demo gegen die Wehrmachtsausstellung in München im März 1997, als etwa 5000 Nazis, der größte Teil aus Ostdeutschland, durch die Straßen zogen. Noch versuchen sich Stadtverwaltungen durch Verbote nach den Polizeiaufgabengesetzen gegen Naziaufmärsche zu erwehren. Oft jedoch scheitern die Verbote, die nur mit der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit begründet sind, an den Gerichten. Gibt die NPD als Anmelder eine Demo als Wahlkampfveranstaltung aus, urteilen die Gerichte meist zugunsten der NPD, so geschehen bei der Vielzahl der NPD-Demos vor der Bundestagswahl 1998 sowie einiger Aufmärsche im Jahr 1999.

Mit ihrer Demonstrationswelle verfolgt die NPD mehrere Ziele. In Bezug auf die Wirkung nach außen schafft eine Demonstration eine Situation, in der Teile der Bevölkerung ihre Zustimmung durch neugieriges Zuschauen ausdrücken können. Vielleicht noch wichtiger ist die Wirkung, daß sich die Öffentlichkeit zunehmend an NPD-Aufmärsche gewöhnt. Oft wird dabei die NPD mit einer demokratischen Partei verwechselt, der das demokratische Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zustünde. Als „demokratische" Partei wird die NPD legitimatorisch aufgewertet. „Demokratisch" wird in einem solchen Diskurs allerdings nur formal begriffen: Wenn die NPD friedlich bleibt und sich an demokratischen Wahlen beteiligt, sei sie selbst demokratisch. Daß eine Partei, die einer nationalistischen und rassistischen Ideologie folgt, niemals demokratisch in einem substantiellen Sinne sein kann, wird hier übersehen. Denn ohne das fundamentale Prinzip der Gleichheit kann es keine wie immer geartete Demokratie geben, sondern nur illegitime Macht über Schwächere. Ohne das fundamentale Prinzip der Gleichheit sind alle anderen demokratischen Rechte eine Farce.



Alexander von Webenau, NHB-Bundesvorsitzender

## „Hier marschiert der nationale Widerstand"

Mindestens genauso wichtig für die NPD ist die Wirkung einer Demo auf die Parteimitglieder und ihr mitmarschierendes Umfeld. Die partielle Zustimmung der Bevölkerung am Rande der Demo bestätigt sie, daß sie auf Erfolgskurs sind. Und der Aufmarsch selbst ist als Erlebnis eigener kollektiver Masse und Stärke schon Grund genug. Ohne solche Erfolgserlebnisse würde es der NPD nur schwer gelingen, den aktivistisch orientierten Teil ihres Klientels, insbesondere die Skinhead-Szene, in die Bewegung zu integrieren. Genau jene martialisch auftretenden „Klischee-Nazis" sind es jedoch, die bei vielen Zuschauern nicht gerade für Beifall sorgen, sondern den an Ruhe und Ordnung interessierten Teil der Bevölkerung eher abschrecken.

Überhaupt versucht die NPD, nur schwer miteinander vereinbare Klientele zu integrieren, was sich in der Kombination und im Spannungsverhältnis unterschiedlicher Strategieelemente ausdrückt. Mit Demos und dem Einsatz jugendtypischen Propagandamaterials fischt sie in der militanten Skinhead-Szene. Gleichzeitig zählt sie Altnazis wie den verurteilten Naziterroristen Manfred Roeder und den Nazianwalt Hans Günter Eisenecker in ihren Reihen, die zwar vom „Umsturz von Bonn" faseln, aber genauso für die parlamentarische Option stehen. Integrierend und dominierend dürfte die Kaderriege der verbotenen neonazistischen Organisationen sein, die in der NPD eine sichere Bastion gefunden hat.

## Beteiligung an Wahlen und Parlamenten

Raus aus dem Sektierertum, offensives Auftreten in der Öffentlichkeit, auf allen möglichen Ebenen, so könnte das Prinzip lauten. Wahlkämpfe bieten immer die Möglichkeit, die Öffentlichkeit mit den eigenen Parolen zu überschütten und sich nach außen darzustellen. Die Beteiligung an Wahlen verleiht, wie oben dargestellt, außerdem noch ein demokratisches Mäntelchen und wirkt insofern gegen die politische Ächtung. Der Einzug in Kommunal- und womöglich Länderparlamente wäre ein mobilisierendes Erfolgssignal, auch wenn die NPD nicht ausschließlich auf die parlamentarische Option setzt. Welche Ziele die NPD mit ihren Marionetten in einigen Stadtparlamenten verfolgt, bleibt aus Mangel an Aktivität jener „Abgeordneter" im Dunkeln.

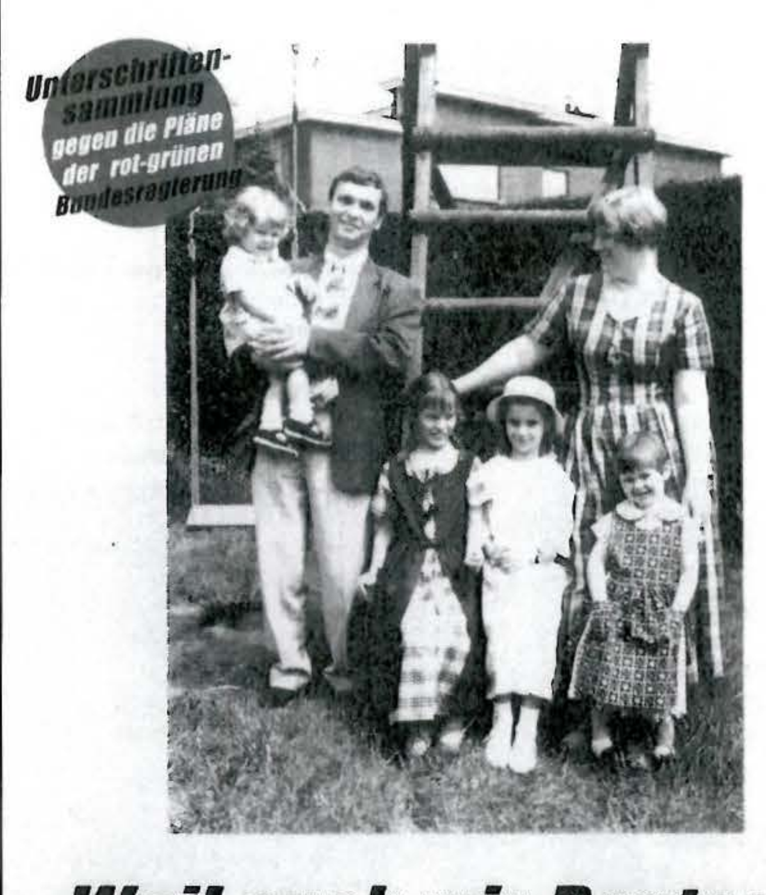


JN/NPD

## Kampf um die kulturelle Hegemonie

Die Verkörperung dieses Strategieelements ist Jörg Hähnel aus Frankfurt (Oder). Eine CD „Da heißt es stehn ganz unverzagt" als musischer Agitprop, Bäume pflanzen in Neuberesinchen als Verschönerung des Stadtteils und des eigenen Images, deutsches Liedgut vor Senioren, ein nationales Kinderfest, das Café Germania (das in Fürstenwalde wiedereröffnet werden sollte, was jedoch nicht gelang): **Hähnel** gibt sich ein Image als gewaltfreier Kulturarbeiter, dem es leicht fällt, sich von der Straßengewalt seines Klientels zu distanzieren und einen Gewaltverzicht zu erklären. Manche seiner Aktivitäten und manche seiner Erklärungen wirken, als wären sie direkte Umsetzungen des Strategiepapiers „Schafft befreite Zonen!" (http://www.thulenet.com/texte/neudallg/text0005.htm)

Dieses Papier des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) aus dem Jahr 1992 ist im wesentlichen eine Kopie von Konzepten der autonomen und alternativen Szene aus den 70er und 80er Jahren. Statt des unmittelbaren Angriffs auf das Herz des Staates gab es hier das Konzept der Parallelgesellschaft, das später im Konzept Gegenmacht radikalisiert wurde. Ähnlich das faschistische Schlagwort der „national befreiten Zone". Zunächst koppelt sich die rechte Szene vom politischen und ökonomischen System weitgehend ab, baut eine eigene Infrastruktur auf, um sich vom System unabhängig zu machen. Dann breiten sich, ausgehend von den faschistischen Kadern, informelle Machtstrukturen in der Zivilgesellschaft aus, die Loyalitäten von Teilen der Bevölkerung verschieben sich von demokratisch legitimierten Institutionen auf die informellen faschistischen Machtstrukturen. Bevor die politische Macht sturmreif ist, setzen sich im vorpolitischen Raum neue, nationalistische Normen und Werte durch, bis das System faktisch nicht mehr die Macht hat, seine Normen durchzusetzen. Z.B. greift die Repression gegen Faschisten nicht mehr, weil die Bevölkerung nicht mehr mit den staatlichen Repressionsorganen kooperiert.




Doch sollte der Kampf um die kulturelle Hegemonie nicht vorgestellt werden als ein bloß gewaltfreies Werben für rechtsextreme Ideen. Hegemonie hat immer zwei Seiten, eine kulturelle, auf der scheinbar freiwilligen Zustimmung und auf Loyalität beruhend, und eine repressive. Der Kampf um die Hegemonie ist ein Kampf um die soziale Kontrolle öffentlicher Räume. Das heißt zunächst gewaltsame Verdrängung aller Abweichler, dann Anpassungsdruck auf die Indifferenten, dann Festigung der faschistischen Orientierungen durch kulturelle Aktivitäten, etwa durch Musik und Konzerte. Daher pocht die NPD allerorten bei den Stadtverwaltungen an die Tür, jene sollten doch einen Jugendclub auch für „national gesinnte" Jugendliche bereit stellen. Meist ist das gar nicht mehr nötig, hat die rechte Szene doch schon die meisten Clubs erobert, auch ohne Anleitung durch die NPD.

„National befreite Zonen" sind weniger ein Produkt einer konsequent durchgeführten Strategie, als vielmehr Ausdruck eines gesellschaftlichen Rechtsrucks, der punktuell und lokal schon informelle, von Faschisten bestimmte Machtstrukturen möglich gemacht hat. Die rechte Hegemonie speist sich aus vielen Quellen, nur eine davon ist die NPD.

© Kenny McGurdle

**NPD:**
Parteigründung: 1964
bundesweite Mitgliederzahl: ca. 6.000
Mitglieder in Brandenburg: ca. 150
Sitz des brandenburgischen Landesbüros: Hennigsdorf, das Büro wird geleitet von **Thilo Kabus** aus Hennigsdorf
Bundesvorsitzender:
**Udo Voigt**, momentan wohnhaft in Hennigsdorf
brandenburgischer NPD-Vorsitzender:
**Jörg Hähnel** (auch Mitglied im Bundesvorstand der NPD)

Jugendorganisation:
Junge Nationaldemokraten (JN)
Gründung: 1969
bundesweite Mitgliederzahl: ca. 400
Mitglieder in Brandenburg: ca. 50
Bundesvorsitzender:
**Sascha Roßmüller**

### NPD-Landesliste bei den Landtagswahlen 1999:
(in der Reihenfolge der Listenplätze)

**Udo Voigt**,
geb. 1952, Hennigsdorf
**Jörg Hähnel**,
geb. 1975, Frankfurt (Oder)
**Evelyn Schrimpf**,
geb. 1951, Storkow
**Mario Schulz**,
geb. 1966, Cumlosen
**Matthias Obst**,
geb. 1972, Strausberg
**Rocco Fetting**,
geb. 1979, Frankfurt (Oder)
**Maik Hampel**,
geb. 1971, Oranienburg
**Markus Schillert**,
geb. 1977, Frankfurt (Oder)
**Roger Schulze**,
geb. 1970, Oranienburg
**Oliver Kucher**,
geb. 1977, Fürstenwalde
**Waltraut Drechsler**,
geb. 1940, Frankfurt (Oder)

### NPD-Direktkandidaten bei den Landtagswahlen 1999:
Wahlkreis 01: **Mario Schulz**,
geb. 1966, Cumlosen
Wahlkreis 02: **Sebastian Hagen**,
geb. 1980, Kemnitz
Wahlkreis 03: **Mathias Wirth**,
geb. 1979, Pritzwalk
Wahlkreis 04: **Renald Christopeit**,
geb. 1972, Wildberg
Wahlkreis 10: **Jörg Hähnel**,
geb. 1975, Frankfurt (Oder)
Wahlkreis 15: **René Bethge**,
geb. 1965, Schönefeld
Wahlkreis 25: **Udo Voigt**,
geb. 1952, Hennigsdorf
Wahlkreis 31: **Oliver Kucher**,
geb. 1977, Fürstenwalde
Wahlkreis 34: **Rocco Fetting**,
geb. 1979, Frankfurt (Oder)

### NPD-Stadtverordnete:
Fürstenwalde:
**Danilo Wilke** (26) und **David Kellert** (20)
Frankfurt (Oder):
**René Wegner**

### Kreisverbände:
NPD-Kreisverband Prignitz-Ruppin:
Vorsitzender ist **Mario Schulz**
aus Cumlosen
NPD-Kreisverband Oberhavel:
Vorsitzender ist **Reimar Leibner**
aus Oranienburg
NPD-Kreisverband Barnim-Uckermark:
Vorsitzender ist **Axel Werner**
aus Prenzlau
NPD-Kreisverband Oderland:
Vorsitzender ist **Jörg Hähnel**
aus Frankfurt (Oder)

Bei den Bundestagswahlen 1998 erhielt die NPD in Brandenburg 3,5 Prozent der Erststimmen und erzielte damit bundesweit ihr drittbestes Ergebnis nach Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. (0,8 Prozent bundesweit) Bei den Europawahlen im Juni 1999 erhielt die NPD 1,2 Prozent der WählerInnenstimmen in Brandenburg (0,4 Prozent bundesweit)




### Aufmärsche der NPD/JN in den Jahren 1998/99 in Brandenburg

25. September 1998: 280 NPD/JN-AnhängerInnen zogen begleitet von 600 Polizeibeamten mit einem Schweigemarsch durch Schwedt. Der NPD/JN gelingt es damit zum ersten Mal seit Jahren, gegen die Linie der meisten brandenburgischen Polizeidirektionen

27. Februar 1999: Rund 400 NPD/JN-AnhängerInnen marschieren in Angermünde, Hauptredner ist Holger Apfel, damaliger JN-Bundesvorsitzender.

17. April 1999: Rund 150 NPD/JN-AnhängerInnen marschieren in Frankfurt (Oder). Hauptredner ist der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt.

24. April 1999: 90 NPD/JN-AnhängerInnen marschieren von 500 Polizisten geschützt in Neuruppin, nachdem ein für den 3. April geplanter Aufmarsch letztinstanzlich verboten worden war. Hauptredner ist der Berliner NPD-Vorsitzende Andreas Storr.

30. Juli 1999: 70 NPD/JN-AnhängerInnen marschieren durch Wittstock. Die Polizei beendet den Aufmarsch relativ schnell.



# Die Entstehungsgeschichte der DVU

Gegründet wurde die Deutsche Volksunion (DVU) 1971 unter Führung und Vorsitz Gerhard Freys als Verein, dessen Ziel die Sammlung des rechtsextremen Lagers ist. Da es damals unrealistisch schien, rechts von der Union Wahlerfolge zu erzielen, sollte die DVU als überparteiliche Organisation von rechts Einfluß auf die Konservativen ausüben. In der Tat gelang es dem Frey-Verein in den folgenden Jahren, Personen aus dem Spektrum von CDU/CSU bis hin zu ehemaligen NSDAP-Mitgliedern zu mobilisieren. Unter Federführung der beiden Wochenzeitungen aus dem Hause Frey -Deutsche Wochenzeitung geschätzte Auflage ca. 20.000) und Deutsche Nationalzeitung (geschätzte Auflage ca. 40.000) – konzentriert sich die DVU vor allem auf die Leugnung des Holocaust und die Rehabilitierung des Nationalsozialismus und der faschistischen Wehrmacht.

Vor dem Hintergrund der Enttäuschung vieler Rechter über die ab 1982 amtierende CDU/CSU und FDP-Koalitionsregierung begab sich die DVU 1986 schließlich doch auf die parteipolitische Bühne. Zusammen mit der NPD wurde das Wahlbündnis Deutsche Volksliste gegründet, das 1987 in DVU-Liste D umbenannt wurde und in Konkurrenz zu den Republikanern auftrat. Einen ersten Wahlerfolg erzielte die DVU-Liste D bei den Bremer Landtagswahlen im Jahr 1987, als sie in Bremerhaven 5,4 Prozent der Stimmen erhielt und mit einem Abgeordneten in den Bremer Landtag einziehen konnte. Bei den Bundestagswahlen 1990 verzichtete die DVU zugunsten der NPD auf eine Kandidatur. Nachdem die NPD allerdings keinen nennenswerten Stimmenanteil errang, beendete Frey das Wahlbündnis. 1991 wurde der Zusatz Liste D gestrichen, und die DVU agierte zukünftig alleine als Partei, die weitgehend identisch mit dem 1971 gegründeten Verein ist, der nach wie vor besteht.



DVU-Bundesvorsitzender Gerhard Frey

### Erste Wahlerfolge Anfang der 90er Jahre in Norddeutschland

Eine besondere Anziehungskraft scheint die DVU vor allem auf Rechts-WählerInnen in den norddeutschen Bundesländern auszuüben. Hier bildet sie das Pendant zu den Republikanern, die vor allem in Baden-Württemberg und Bayern ihre Stammwählerschaft haben. 1991 erhielt die DVU bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft 6,18 Prozent der Stimmen und fünf Abgeordnetensitze, die Fraktion löste sich allerdings schon kurze Zeit nach den Wahlen wegen interner Konflikte auf. In Bremerhaven kam die DVU sogar auf 10,26 Prozent der Stimmen und konnte bei der dortigen Stadtverordnetenwahl 1995 5,7 Prozent der WählerInnenstimmen halten. In Schleswig-Holstein stimmten bei den Landtagswahlen 1992 6,3 Prozent der WählerInnen für die DVU, die damit sechs Mandate im Landtag erhielt. Die Fraktion zerfiel innerhalb weniger Monate, einzelne Abgeordnete traten zur Deutschen Liga für Volk und Heimat über. Bei den nächsten Landtagswahlen verpaßte die DVU dann den Einzug in den Kieler Landtag mit 4,3 Prozent nur knapp, und auch bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg Anfang 1997 scheiterte die DVU mit 4,9 Prozent nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde.

### Sachsen-Anhalt und die Folgen

Ihren bisher spektakulärsten Wahlerfolg erzielte die DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im Frühjahr 1998. Dort hatte die DVU im Frühjahr letzten Jahres bei den Landtagswahlen trotz kaum vorhandener Basisstrukturen mit einer Materialschlacht und relativ unbekannten Kandidaten 12,9 Prozent der Stimmen erhalten. Bei den JungwählerInnen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren kam die Partei des rechtsextremen Multi-Millionärs Gerhard Frey aus München sogar auf knapp 25% aller Stimmen – und überflügelte damit alle etablierten Parteien.




Ein Jahr danach sieht es in der durch Austritte und interne Querelen von 16 auf 12 Abgeordnete geschrumpften DVU-Landtagsfraktion in Magdeburg desolat aus. Die Themenpalette der DVU-Anträge im Landtag reicht gerade einmal von Freifahrten für Rentner in Bussen und Bahnen über Tierschutz als Verfassungsziel bis hin zu altbekannten rassistischen Ausfällen gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, deren schnelle Abschiebung in regelmäßigen Abständen gefordert wird. Bei den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt im Sommer 1999 kam die DVU gerade einmal auf 3,9% der Stimmen. Trotzdem hatte der Wahlerfolg im April 1998 zumindestens zeitweise Sogwirkung: Innerhalb eines Jahres erhöhte die DVU ihre Mitgliederzahlen nach Verfassungsschutzangaben von bundesweit 15.000 auf 18.000 Mitglieder und ist damit die mitgliederstärkste rechtsextreme Partei in Deutschland. Diese Position will Parteichef Frey gegenüber den Republikanern und der NPD weiter ausbauen, und so versuchte er durch Verhandlungen mit Rep-Chef Rolf Schlierer und der NPD, die beiden Parteien zu Wahlkandidaturabsprachen zu bewegen – was diese allerdings ablehnten.

## Millionen für Frey

Obwohl die DVU in allen Bundesländern Landesverbände unterhält, existieren Parteileben und -strukturen praktisch nicht und sind auch nicht gewünscht. Kandidaten werden per Telefon oder schriftlich unter BestellerInnen von DVU-Infomaterial gesucht; Wahlkämpfe werden generell unter Millionenaufwand mit Hauswurfsendungen, Plakatwänden und anderen Werbemitteln in Massenauflagen von der Parteizentrale in München aus geführt. Ohne Gerhard Frey und seine Millionen wären die DVU, die letztendlich nur den organisierten Teil der Kundschaft von Freys Verlagsimperium darstellt, und ihre Wahlerfolge nicht denkbar. Finanziert werden die Parteiaktivitäten durch die Beiträge der Mitglieder – der Jahresbeitrag für die Partei und den Verein beträgt jeweils 72,00 Mark – und den ihr angeschlossenen sechs Aktionsgemeinschaften sowie Spenden, zu denen Frey so ungeniert wie kein anderer aufruft. Hinzu kommen Wahlkampfkostenrückerstattungen und Gelder, die die Fraktionen in den Landtagen erhalten und Millionen aus dem Hause Frey. Letztendlich dürfte Frey über sein Wirtschaftsimperium, zu dem neben den Verlagen auch Immobilien und ein Reisedienst gehören, aber wesentlich mehr Geld aus der Partei abschöpfen als er hineinsteckt. Schließlich erhält er über Kredite an die Partei nicht nur jährliche Zinszahlungen in sechsstelliger Höhe, sondern findet in den Parteimitgliedern auch eifrige Abnehmer für seine Wehrmachtsdevotionalien, Videos, Bücher und die beiden Wochenzeitungen.

## Eine Phantompartei – auch in Brandenburg ...

In Brandenburg umwirbt die DVU ein rechtes WählerInnenpotential, das von Meinungsforschern auf rund 17 Prozent der WählerInnen geschätzt wird. Mit einem Konzept, das an der erfolgreichen Wahlkampfstrategie in Sachsen-Anhalt angelehnt ist, versucht die Partei, die in Brandenburg gerade einmal 200 Mitglieder hat, zu überdecken, daß sie in Brandenburg über keinerlei Basisstrukturen verfügt. Lediglich im Juli 1998 machte die DVU in Brandenburg Schlagzeilen, als bekannt wurde, daß Bernd Kahse, Jugendwart des Sportvereins Grün Weiß Ahrensfelde, für eine Jugendreise in die USA von der DVU eine Spende in Höhe von DM 8.500 erbeten und auch erhalten hatte. Die Reise wurde allerdings storniert, nachdem der „Spender" öffentlich gemacht wurde, und Kahse verlor seinen Job.

Jetzt will die DVU-Zentrale rund zwei Millionen in den brandenburgischen Wahlkampf investieren. Zwei Wochen vor dem Wahltermin sollen 50.000 Plakate geklebt und rund 500.000 Parteiprogramme flächendeckend verschickt werden. Das Ziel: In letzter Minute die noch unentschlossenen WählerInnen durch einen Propaganda-Feldzug zu überzeugen. Auf öffentliche Veranstaltungen wird die DVU – wohl verzichten. Statt dessen werden die brandenburgischen DVU-Mitglieder monatlich mit Einladungen zu halb-konspirativen Veranstaltungen überschüttet. Ihnen werden lediglich Abfahrtszeiten und -orte der Busse mitgeteilt, die sie dann zu den Veranstaltungen bringen sollen. Mit diesem Vorgehen sollen antifaschistische Proteste auf ein Minimum beschränkt werden, doch das funktioniert nicht immer. Im September 1998 wurde in Potsdam ein Reisebus, der DVU-Mitglieder zu einer Wahlkampfveranstaltung nach Mecklenburg-Vorpommern bringen sollte, mit Steinen beworfen. Und auch bei der brandenburgischen Wahlkampfauftaktveranstaltung mit Frey am 26. Juli 1999 in der Dorfkneipe „Zum Prignitzer" im beschaulichen Legde, einem Dorf in der Prignitz, fanden sich trotz strengster Geheimhaltung antifaschistische GegendemonstrantInnen ein. Für einen ungestörten Ablauf der DVU-Veranstaltungen sorgte dann allerdings die weiträumige Absperrung der brandenburgischen Polizei.

---

DR. GERHARD FREY 81238 München Telefon (089) 8960850 Telefax (089) 8341534

10.07.1998 Dr. F/egg

auf Sie als Freund und Förderer setze ich in dieser entscheidenden Stunde mein Vertrauen. Die Bundestagswahlen werden über das Schicksal deutscher Lebensinteressen entscheiden. Die DVU ist jetzt auf Sie angewiesen! Bitte geben Sie sich einen Ruck. **Fördern Sie die DVU möglichst noch heute mit einer großherzigen Sofort-Spende und setzen Sie ein Zeichen gegen den Betrug der alten Parteien und für eine deutsche Zukunft.**

Unternehmen Sie mit mir das Menschenmögliche, um die Wende zu Guten zu schaffen. Überzeugen Sie möglichst viele Mitbürger, am 27. September für die DVU zu stimmen, gewinnen sie weitere Mitstreiter und leisten Sie Wahlhilfe. Nie war Ihre Unterstützung so dringend erforderlich wie in diesen Tagen.

Mit Ihrem Einsatz, ______ ______ bestimmen Sie das Ausmaß unseres Erfolges. **Stärken Sie die DVU und unsere freiheitlichen Aktionsgemeinschaften durch Ihren Beitritt. Und vor allem: Verbreiten Sie die Wahrheit durch Abonnements der DEUTSCHEN NATIONAL-ZEITUNG und der DEUTSCHEN WOCHEN-ZEITUNG.** Wie viele Patenschafts- und Geschenkabos können Sie übernehmen? Alle notwendigen Formulare, einschließlich Zahlschein, finden Sie beigefügt.

Beachten Sie auch unser Angebot dramatisch interessanter Buchtitel. Besonders lege ich Ihnen das atemberaubende Nachschlagewerk „Wer ist Wer im Judentum - Band 2" ans Herz. Ferner erscheint jetzt das „Deutsche National-Lexikon", das ich ihnen ebenso empfehle wie den Band „Von der Etsch bis an den Belt" (ein wunderbares Kartenwerk über Deutschlands Grenzen in den vergangenen Jahrhunderten). Aus unserer Reihe „Deutsche Medaillen" sollten Sie jetzt die „D-Mark-Medaille" und die „Bismarck"-Medaille anfordern. Der Todestag des genialen Kanzlers und wahren Vaters der Mark als Zahlungsmittel jährt sich jetzt zum 100. Male.

Bitte lassen Sie uns jetzt nicht im Stich!

Herzliche Grüße

Dr. Gerhard Frey
DVU-Bundesvorsitzender

---

Ähnlich waren DVU und Polizei auch schon bei der Kandidatenkür für die brandenburgische Landesliste – auf Direktkandidaten verzichtet die DVU – Ende März in Berlin-Spandau vorgegangen. Anstelle einer geheimen Wahl durch die 400 anwesenden Parteimitglieder suchte Frey die potentiellen KandidatInnen in Einzelgesprächen selbst aus und ließ die KandidatInnen dann in offener Abstimmung per Handzeichen absegnen. Offenbar will Frey nach den Enthüllungen über die Vorgeschichten der sachsen-anhaltinischen DVU-Abgeordneten ein ähnliches Desaster in Brandenburg um jeden Preis vermeiden. Auf der Landesliste finden sich nun durchschnittliche Rechtsextreme mittleren Alters (s. Kasten). Spitzenkandidat ist der 39jährige Dreher Michael Claus aus Petershagen bei Strausberg, dessen Hauptforderungen die Errichtung neuer „Zuchthäuser für Schwerverbrecher" in Brandenburg ist. Auf Platz zwei folgt die 37jährige Bürokauffrau Liane Hesselbarth aus Strausberg, die sich vor allem durch ihren Status als Ehefrau des DVU-Landesvorsitzenden Axel Hesselbarth für einen Listenplatz qualifizierte. Der ehemalige NVA-Unteroffizier Hesselbarth betreibt in Strausberg u.a. eine „Schützenschule" und war wegen seiner offen bekundeten Sympathie für die DDR als Kandidat ausgeschieden. Auf den mittleren Listenplätzen finden sich dann Frey Getreue aus Magdeburg und Berlin wieder, beispielsweise auf Platz fünf der 49jährige „Unternehmensberater" Sigmar-Peter Schuldt, der sich für die Wahl eine Meldeadresse in Brandenburg an der Havel besorgt hat und momentan noch DVU-Fraktionsmitarbeiter in Magdeburg ist und dort als „unser Goebbels" bezeichnet wird. Auf Platz sechs folgt dann der 28jährige Chemielaborant Peter Nonninger, der sich bisher vor allem als erfolgloser Berliner DVU-Chef hervorgetan hat.

## Ausblicke

Außer populistischen antisemitischen und rassistischen Parolen hat die DVU programmatisch nichts zu bieten und erreicht – von Wahlen abgesehen – ausschließlich die mittlere und ältere Generation. Ihre parlamentarische Arbeit erschöpft sich in der Inszenierung von Skandalen und dem Stellen von Anträgen, die in der Parteizentrale in München formuliert werden und politisch bedeutungslos bleiben. Bisher haben sich alle DVU-Fraktionen in Landtagen innerhalb eines Jahres wegen interner Streits entweder völlig aufgelöst oder sind schnell geschrumpft. Trotzdem: Die vergangenen und potentiellen Wahlerfolge der DVU machen deutlich, daß das Wählerpotential für eine Partei rechts von der CDU/CSU vorhanden ist und das Vertrauen in die traditionellen Volksparteien CDU und SPD weiter sinkt. Gefährlich ist dabei vor allem die Tendenz innerhalb des rechten Flügels der CDU, die Berührungsängste gegenüber Rechtsextremen abzubauen und diese noch weiter zu legitimieren und rechtsextreme Ideen weiter salonfähig zu machen.

(Quellen: u.a. Antifaschistisches Infoblatt Nr. 44/1998, jungle world Nr. 33/August 1999)



Von links: Axel und Liane Hasselbarth, Michael Claus

## DVU-Strukturen in Brandenburg

Landesvorsitzender:
**Axel Hesselbarth** aus Strausberg

DVU-Landesliste zu den Landtagswahlen im September 1999:
(in der Reihenfolge der Listenplätze)
**Michael Claus**,
geb. 1960, Petershagen
**Liane Hesselbarth**,
geb. 1962, Strausberg
**Birgit Fechner**,
geb. 1965, Belzig
**Werner Firneburg**,
geb. 1929, Müncheberg
**Sigmar-Peter Schuldt**,
geb. 1950, Brandenburg a.d.H.
**Markus Nonninger**,
geb. 1971, Dallgow-Döberitz
**Hartmut Koch**,
geb. 1937, Wünsdorf
**Peter Jaap**,
geb. 1944, Wittenberge
**Doreen Gorski**,
geb. 1971, Brandenburg a.d.H.
**Norbert Schulze**,
geb. 1950, Sallgast
**Siegmund Platz**,
geb. 1963, Rückersdorf
**Frank Richter**,
geb. 1968, Gräfendorf
**Dieter Hildebrand**,
geb. 1940, Lieberose
**Uwe Röppnack**,
geb. 1962, Wittenberge
**Sascha Rüdiger**,
geb. 1978, Rathenow
**Andreas Gorski**,
geb. 1970, Brandenburg a.d.H.

Regionalbeauftragte
der DVU-Brandenburg
bei den Bundestagswahlen 1998
**Joachim Querfurt**, Potsdam
**Siegmund Platz**, Rückersdorf
**Peter Jaap**, Wittenberge
**Ortwin Tietz**, Storkow

# Rechte „Subkultur" im Land Brandenburg

**Neben organisierten Parteistrukturen wie z.B. der NPD/JN, die als Sammelbecken für die Brandenburger Neonaziszene fungiert, gibt es mittlerweile eine organisierte rechte Kulturszene. Diese hat Kontakte weit über das Land Brandenburg hinaus zu Nazibands, Konzertveranstaltern und MacherInnen von Fanzines. Der Name setzt sich aus Fan und magazine zusammen. Fanzines verhelfen der Subkultur zu einem höheren Bekanntheitsgrad. Diese Fanzines sind Teil einer Vernetzung, die es den Nazis ermöglicht, überregionale Konzerte zu organisieren, ihre Bands vorzustellen, sich gegenseitig zu „nationalen Fußballturnieren" einzuladen, heidnisch-germanische Traditionen zu pflegen und die Ideologie des dritten Reiches zu verbreiten**




## Blood & Honour und Hammerskins

Beide Organisationen verfügen über mehr als 1000 Mitglieder in Europa (z.B. Skandinavien, England, Polen,Schweiz, Deutschland) und den USA. Sie glorifizieren den deutschen Nationalsozialismus und versuchen, einen über Europa hinausreichenden Rassismus („white power") zu verwirklichen. Beide Gruppen wollen durch Untergrundorganisierung von Konzerten bei rechten und rechts anpolisierten Jugendlichen an Einfluß gewinnen. Ihr erklärtes Ziel ist es, „die weisse Rasse zu vereinigen". Sie verstehen sich als elitäre Führungsorganisationen „für den Tag des Rassenkrieges".

Blood & Honour (B&H) wurde 1983 von Ian Stuart Donaldson aufgebaut. Der ehemalige Sänger der englischen Naziband Skrewdriver, der auch Mitglied der National Front war, starb 1993 bei einem Verkehrsunfall in London. Bis dahin füllte der Sänger und Songschreiber sozusagen die „Führerrolle" innerhalb der Organisation aus. Nach seinem Tod wird er als Märtyrer innerhalb der „White Power Bewegung" hochgehalten. In Deutschland untergliedert sich B&H in Sektionen, deren Zahl auf inzwischen 17 angewachsen ist. Sie sind unter dem Begriff der „Division Deutschland" zusammengefaßt. B&H hat in Deutschland ca. 200 Mitglieder.Da sich B&H als elitäre Organisation verstehen, müssen Mitgliedsanwärter eine, in den Sektionen unterschiedlich gehandhabte, Probezeit durchlaufen. Die erste Sektion wurde 1994 in Berlin gegründet, die ihre Strukturen ins Land Brandenburg ausgeweitet haben.

Unterstrichen wird dies dadurch, daß sich Brandenburger Nazibands an von B&H organisierten Konzerten beteiligten. Beim German-British Friendship Konzert am 16. Januar 1998 bei Chemnitz trat die Senftenberger Naziband Senfheads (Senftenberger Skinheads) auf. Bei einem B&H Konzert am 24. Januar 1998 in Massen (bei Finsterwalde) spielten Frontalkraft aus Cottbus und Sturm und Drang aus Senftenberg. In mehreren Ausgaben des bundesweit erscheinenden Fanzines Blood & Honour wurden Tonträgerveröffentlichungen Brandenburger Nazibands besprochen. So z.B. die der Potsdamer Bands Proissenheads und Unbending Boothboys, die in der letzten Ausgabe Nr.7 per Interview vorgestellt wurden, sowie die neue CD von Thorshammer





(Brandenburg/Havel): „... musikalisch völlig überzeugend (...) die absoluten Ohrwürmer dürften wohl 'Hail,Hail the Victory', 'We are on the streets', und das Skrewdriver Cover ,'Blood & Honour', (...) sein". Ebenfalls in dieser Ausgabe erhielt der Barnimer Volksruf ein positives Feedback: „(...) unbedingtes Muß für die politisch Aktiven im Land Brandenburg!" Dieses vom Kameradschaftsverbund Barnim (PF 100704, 16203 Eberswalde) herausgegebene Politfanzine dokumentiert rechte Veranstaltungen (NPD-




Aufmarsch in Rostock) und gestaltete in der Ausgabe Nr.3 einen Nachruf auf Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess.

Die Hammerskinidee kommt aus den USA. 1986 wurde die sogenannte Bewegung in Dallas/Texas gegründet. Das Ziel war die „Zusammenführung aller nationalistisch eingestellten Skinheads in den USA". In Europa sind Hammerskingruppen bekannt in der Schweiz, in England, in Frankreich, Tschechien und in Deutschland. Hier sind zwei Untergruppen bekannt, eine in Berlin/Brandenburg und eine in Sebnitz/Sachsen. Die ehemalige Neonazipartei Die Nationalen stellte den Hammerskins Berlin/ Brandenburg bis zu ihrer Selbstauflösung im November 1997 ein Postfach zur Verfügung. Die Nationalen fungierten nach dem Verbot mehrerer rechtsextremer Organisationen als Sammelbecken versprengter Neonazis in Berlin und Brandenburg.

Dadurch wird klar, daß die Hammerskins die Zusammenarbeit mit organisierten faschistischen Strukturen nicht scheuen. Sie bezeichnen sich offen als Nationalsozialisten und sehen sich als Teil der „White Power Bewegung".

Das Symbol der Bewegung ist zwei gekreuzte Hämmer. Es soll nach Richtlinie auf dem linken Unterarm möglichst auf einer Bomberjacke getragen werden. Der Hammer war die Waffe des germanischen Kriegsgottes Thor.

Ihr Ziel ist die „Vereinigung der weissen Rasse". Sie sehen ihre Organisation als „Eliteschmiede für den Rassenkrieg", den sie durch die „Destabilisierung des Systems" und einen sich daraus ergebenen „Bürgerkrieg" erreichen wollen: „Wenn die anderen Skinheads die SA sind, sind wir, die Hammerskins, die SS." Die Zitate stammen aus einem Dokumentarfilm des Fernsehsenders „arte" über Hammerskingruppen in der Schweiz und in Polen.

## Nazibands und Konzerte

In den 90er Jahren entwickelte sich im Land Brandenburg eine rechte Subkulturszene. Viele rechte Musikbands gründeten sich, und es fanden und finden Konzerte statt, die von mehreren 100 Nazis aus ganz Deutschland und dem Ausland besucht werden.

Die ersten Bands, die sich gründeten, waren Proissenheads aus Potsdam und Thorshammer aus Brandenburg/Havel. Proissenheads existieren laut eigener Aussage seit 1993. Anfangs nannten sie sich Proissenskins und verwendeten für das Doppel-s in ihrem Bandnamen die Runen der Sturmstaffel(SS). Uwe Menzel, der Sänger der Band, war Aktivist der Nationalistischen Front(NF), die 1992 verboten wurde. 1994 wurde Menzel von der Jugendgerichtshilfe an das Projekt „Soziale Gruppenarbeit" von EigenArt vermittelt. Dadurch erhielt die Band die Möglichkeit, in einem Raum des Jugendclubs Club 18 im Potsdamer Stadtteil am Stern zu proben. Beim Jugendamt firmiert Proissenheads unter dem Label Oi-Musik. Daß die Band nicht unpolitische Oi-Musik Texte verfaßt, belegen die Strophen des Liedes „Stolz" auf der im Sommer 1997 veröffentlichten CD „Sachsens Glanz & Proissens Gloria". Der Refrain dieses Liedes unterstreicht ihr rechtsextremes Weltbild, geprägt durch aggressiven Rassismus und extremes Nationalbewußtsein sowie die Glorifizierung der „weißen Rasse":

„Wir sind stolz auf unsere Herkunft
wir sind stolz auf unser Volk
wir sind stolz auf unsere Heimat
wir sind aus Germanenholz
wir sind nicht die Pessimisten, für die man uns hält
wir sind stolze weiße Skinheads, uns gibt's auf der ganzen Welt.„

In einem Interview im Skinheadfanzine Amok Nr.4 erklären sie, daß Blood & Honour und Hammerskins für den „Zusammenhalt aller „stolzen weißen Skinheads" stünden und aus diesem Grunde unterstützt werden müßten. Desweiteren bezeichnen sie sich selbst in diesem Interview als „White Power": „...Wir sind eine durch und durch weiße Skinheadband und wollen das auch in unseren Texten unterstreichen! wir singen nicht über White Power, wir sind White Power!" Die Band beendet das Interview mit „88", einem bei Neonazis gebräuchlichem Synonym für „Heil Hitler". Die Ziffer 8 steht für den achten Buchstaben im Alphabet.

Am 22. Februar 1997 spielten Proissenheads gemeinsam mit Radikahl aus Nürnberg auf einem Konzert in Berlin vor über 500 rechten Skinheads. Im April 1997 sollte in Buffalo(USA) ein Konzert mit verschiedenen rassistischen Bands stattfinden. Proissenheads waren zu diesem Zweck angereist. Die Polizei des Bundesstaates New York verbot das Konzert wegen befürchteter Ausschreitungen. In Anklam spielten im Sommer 1997 Proissenheads zusammen mit Störfaktor, Blue Eyed Devils (USA), Aggravated Assault (USA) und Freikorps (Sachsen). Das Fanzine Warhead Nr.2 schrieb über dieses Konzert:„Und dann



**PROISSENHEADS**
Bruderkrieg
Hier die längst überfällige CD der Potsdamer Kultband. Texte und Musik sind etwas untypisch für deutschen RAC, aber die Aufmachung ist sehr schön. Lediglich die Abmischung ist nicht so mein Geschmack. Wer die Band schon einmal live erlebt hat, der weiß, diese CD ist nur der Anfang...

folgte der Headliner des Abends. Uwe und seine Jungs spielten nun auf und brannten ein Feuerwerk aus Hass und Gewalt ab,... Proissenheads war die Band mit dem meisten Potential des Abends, wenn nicht sogar im ganzen Reich."

Im Dezember 1997 wird der Brandenburger Staatsschutz auf die Band aufmerksam. Im März 1998 gründet sich ein antifaschistisches Bündnis in Potsdam, das den Leiter des Jugendclubs Club 18 mit seinen Recherchen über die Band konfrontiert. Am 6. April 1998 wird Proissenheads der Proberaum gekündigt.

Die Naziband Senfheads wurde 1995 von den Senftenberger Nazis Ronny Teichert (Bass), Michael Kunzendorf (Drums), „Bumski“ (Gitarre) sowie den beiden Auswärtigen Carsten (Gitarre) und Andre (Gesang) gegründet. Später verließen Andre und „Bumski“ die Band und wurden durch Matthias Josser und Maik Handrack ersetzt. Handrack verfasste schon vorher die Texte der Band. Beim rechten Musikvertrieb Foier-Frei-Records veröffentlichte die Band ihre bisher einzige Platte „Grüße aus der Heimat“. Mit Texten wie „linke Parasiten“ oder „Smash the Reds“ erklären sie AntifaschistInnen und linken Jugendlichen, die nach Meinung der Senfheads „Abschaum und Dreck“ sind, den „Krieg“. Seit Februar 1996 hatte die Band mehrere Konzertauftritte. Diese fanden zum größten Teil in Brandenburg und Sachsen, einige aber auch im Ausland, statt.
Am 19. Juli 1997 beteiligten sich die Senfheads an einem Konzert in Vincenza (Italien). Dafür mietete die Band extra einen Reisebus, selbst Nazis aus Sachsen und Baden-Würtemberg reisten zu diesem Konzert an.
In Lauchhammer fand am 27. September 1997 auf einem festungsartigen Gelände der Nazirockergruppe McBones ein Konzert mit rund 200 Nazis statt. Neben den Senfheads traten dort die ebenfalls aus Senftenberg stammenden Sturm & Drang sowie die Bands Frontalkraft (Cottbus) und Störfaktor (Riesa) auf.
Am 15. November 1997 sollte in Schluckendorf (bei Beelitz) ein als Geburtstagsparty getarntes Konzert stattfinden. Es reisten ca. 100 Nazis aus mehreren Bundesländern und aus Skandinavien an. Die von einer Anwohnerin alarmierte Polizei räumte den Saal. Währenddessen wurden von den anwesenden Nazis Parolen wie „Sieg Heil“ und „Wir sind der nationale Widerstand“ skandiert. Die Polizei fand Fanzines, Liederbücher und Versandkataloge mit rechtsextremen Inhalt.
Nach Einschätzung des Arbeitskreis Antifaschismus Senftenberg gehören die Senfheads der Blood & Honour Sektion Brandenburg an. Zumindest konnten die Senfheads ihre Kontakte zu anderen Bands und Naziskingruppen durch die zahlreichen Liveauftritte ausbauen.
Geprobt hatte die Band eine Zeit lang in einer Kneipe im Dorf Kroppen. Über ihren derzeitigen Proberaum ist nichts genaues bekannt. (Quelle: JAMMzine „Stand up“Nr.4, Senftenbrg)

Oben erwähnte Thorshammer aus Brandenburg/Havel sind seit Mitte der 90er in der rechten Musikszene etabliert. Sie produzierten in diesem Zeitraum ihre erste CD in Schweden. Ihre zweite CD „Keep up the fight“, herausgebracht von Movement Records (PF 18, 01720 Wilsdruff), ein B&H nahes Label, wurde vorgestellt und zum Kauf empfohlen im B&H Fanzine. Bei vielen Konzerten waren sie der Hauptgig. Im Zeitraum 1997/98 unterhielt die Band intensive Kontakte zu Nazigruppen in mehreren deutschen Städten sowie ins Ausland, in erster Linie nach Skandinavien.
Die Naziband Volkstroi aus Beeskow bei Fürstenwalde proben im dortigen Stadthaus, ein Jugendprojekt, das offene Jugendarbeit betreibt. Bandleader ist Thomas Borchert.
Die Nazimusiker wechseln desöfteren die Bands, z.B. beteiligt sich Uwe Menzel, Sänger bei Proissenheads, nebenbei auch bei der Naziband Aryan Brotherhood. Die Naziband Sturm und Drang besteht teilweise aus Bandmitgliedern von Frontalkraft.
Weitere Nazibands im Land Brandenburg:

- Elite 88 (Belzig)
- Independent (Nauen)
- Jörg Hähnel, Liedermacher (FrankfurtOder)




## Nazifanzines in der JVA

In den Justizvollzugsanstalten (JVA) Brandenburgs ist es der Naziszene in den 90ern gelungen, sich zu organisieren und zu vernetzen. Eine rechte Dominanz in den Knästen und die sprichwörtliche Blindheit der Schließer und der Anstaltsleitungen gegenüber diesem Zustand leisten dem Vorschub.

Daß inhaftierte Nazis sich an der Herstellung rechtslastiger Fanzines beteiligen können, wurde durch einen Artikel in der Tageszeitung Junge Welt vom 19. Dezember 1996 bestätigt. In der JVA Brandenburg/Goerden waren und sind inhaftierte Neonazis an der Herstellung von mindestens drei Nazi-Skinzines beteiligt: Am „Weißen Wolf“ als wohl bekanntestes Fanzine in der Naziszene, dem „Wehrpaß“ und dem „United Skins“. Der Weiße Wolf erschien erstmals 1996 und soll zeitweise in der JVA – eigenen Druckerei hergestellt worden sein. Maßgeblich daran beteiligt waren die damals in der JVA inhaftierten Nazis Maik Fischer, Jens Zugehör und Jens Werner Klocke. Erst nachdem die Medien den Umstand aufdeckten, reagierte die Anstaltsleitung, unter anderem mit Zellenrazzien. Der Wehrpaß führte in seinem Impressum Mike Danowski auf, der 1993 wegen versuchten Mordes an einem nigerianischen Flüchtling in der JVA inhaftiert wurde. Carsten Szczepanski, 1995 ebenfalls wegen versuchtem Mord an einem Flüchtling verurteilt, ist maßgeblich an der Herstellung des Fanzines Wehrpaß beteiligt. Dieses ist sehr am Stil der Hammerskins orientiert und wurde zumindest zum Teil in der JVA Brandenburg hergestellt. Jens Werner Klocke verfaßt heute unter dem Pseudonym Wehrwölfchen Rund- und Bettelbriefe des Gau Brandenburg/JVA Brandenburg a.d.Havel. Auch bei der Herstellung der offiziellen Anstaltszeitung in der JVA Brandenburg „Unsere Zeitung“ hatten inhaftierte Nazis ihre Finger im Spiel. So gelang es dem ehemaligen NF-Aktivisten Kai Müller, sich hier zeitweise als Redaktionsmitglied zu etablieren. Der Inhalt dieser Fanzines setzt sich aus antisemitischer, rassistischer und frauenverachtender Hetze sowie Konzertberichten, Interviews rechtsextremer Musikgruppen und neofaschistischer Propaganda zusammen. In mehreren Ausgaben wird für Blood&Honour- und Hammerskingruppen geworben.
(Quellen: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 46/1998; „Hinter den Kulissen„ 1997)

## „Nationale Fußballturniere“ und Hooligans

Die sportlichen Aktivitäten von Brandenburger Neonazis beschränken sich auf das Organisieren oben erwähnter Fußballspiele, auf das Rufen rassistischer Parolen und das Anzetteln von Schlägereien bei Spielen des Berliner Erstligisten Hertha BSC sowie mehrerer Brandenburger und Berliner Regionalligavereine.





Im Juni 1999 teilte der Berliner Innensenat zum Thema Hooligans unter anderem mit, daß sich bei Spielen des BFC Dynamo in letzter Zeit Blood & Honour Aktivisten einfanden. Auffällig sei auch eine Brandenburger Hooligangruppe namens Havelfront, deren Mitglieder aus verschiedenen Städten kommen und die regelmäßig Spiele von Hertha BSC und dem BFC Dynamo besuchen.
Eine statistische Umfrage bei einem Heimspiel von Hertha BSC ergab, daß über die Hälfte der Zuschauer aus dem Land Brandenburg kam. Gerade dieser Verein versucht seit Jahren, das Problem mit rechtsradikalen Fans zu verharmlosen. Erst als das Nachäffen von Urwaldlauten bei Ballkontakten farbiger Spieler und das „Sieg-Heil“-Rufen mehrerer hundert Hertha Fans auszuarten drohte, distanzierte sich der Verein von Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Vor den Bundestagswahlen 1998 verteilte die NPD massiv Werbematerial vor und im Stadion, wohl wissend, in den Fanblöcken von Hertha BSC auf potentielle WählerInnen zu stoßen. In der gleichen Saison randalierten Hertha-Hooligans auf dem Jüdischen Friedhof in Brandenburg/Havel.
In Brandenburg existieren mehrere Fanclubs von Hertha BSC, so z.B. in Nauen, Potsdam, Barnim, Frankfurt (Oder) und Strausberg. Auffällig ist, daß die Fantransparente dieser Gruppen fast alle in den berüchtigten, mit den Buchstaben O und P gekennzeichneten Stadionblöcken zu sehen sind: Dort, wo sich die Glatzkopf-Bomberjacken Fangemeinde trifft. Im November 1998 wurden bei einem Spiel gegen den Ortsrivalen Tennis Borussia Berlin deren antirassistisch eingestellte Fans von Neonazis attackiert und die zum größten Teil ausländischen Spieler mit „Jude, Jude“ Rufen bedacht.
Einen nicht geringen Anteil von Neonazis im Publikum haben die Berliner Vereine BFC Dynamo und 1.FC Union sowie der Brandenburger Verein F.C. Energie Cottbus. Die besonders gewaltätig auftretenden Hooligans des BFC Dynamo üben auch auf viele Brandenburger Neonazis eine gewisse Anziehungskraft aus. Im Mai 1999, nach dem Spiel des BFC gegen Türkspor Berlin, stürmten BFC Hooligans das Spielfeld und griffen gezielt türkische Spieler an. In Cottbus sammelt sich bei Heimspielen gegen Teams, deren Fans nicht rechtsextrem sind oder einen eher linksalternativen Ruf haben, eine Gruppe von 50 bis 150 Neonazis neben dem Gäste-fanblock. Nazisprechchöre, Flaschenwürfe oder demolierte Busse, wie im Mai 1999 beim Spiel von Energie Cottbus gegen den F.C. St. Pauli, sind das Ergebnis.
Bei der Fußball WM 1998 in Frankreich wurde nach dem Spiel Deutschland-Jugoslawien in Lens der französische Gendarm Daniel Nivel von deutschen Hooligans lebensgefährlich verletzt. Maßgeblich daran beteiligt war der aus Erkner stammende Christopher Rauch (23). Er stammt aus dem Umfeld der BFC-Hooligans und hielt sich häufig bei einer Neonazigruppe in Rangsdorf auf. „Kurzgeschorenes Haar, seinen Doberman und seinen Staffordshire-Kampfhund an der Seite“, beschrieben ihn Nachbarn in den Medien. Aus Rathenow waren ebenfalls mehrere bekannte Neonazis in Frankreich. Unter ihnen die sich selbst als BFC Fans bezeichnenden Frank Peter Furchtmann und Brian Friedrich.
Eine überregionale Vernetzung Brandenburger Neonazis wird auch durch das Organisieren sogenannter Nationaler Fußballturniere erreicht. So fand z.B. am 11.Oktober 1997 solch ein Turnier in Zeesen bei Königs Wusterhausen statt. Daran beteiligten sich Rechtsextreme aus Luckau, Fürstenwalde, Königs Wusterhausen, Rathenow, Berlin und Schwerin sowie die Blood&Honour Sektion aus Sachsen.
Am 20. Juni 1998 fand ein zweites Turnier, ebenfalls in der Nähe von Königs Wusterhausen, statt. Wie dem Skinheadfanzine „United Skins“ zu entnehmen ist, reisten dazu Nazigruppen aus Fürstenwalde, Guben, Rathenow sowie die B&H Sektionen aus Berlin und Brandenburg an.

**Briefkontakt wünschen:**

| | |
|---|---|
| Michael Alber | Glaubitzer Straße, 01619 Zeithain - **n.A.** - |
| Sascha Alberts | Luisenstr. 90, 53721 Siegburg |
| Riccardo Behrendt | Am Fort Zinna 7, 04860 Torgau - **n.A.** - |
| Ulrich Beyer | Weststraße 16, 33129 Delbrück |
| Burkhard B. Böhm | Seidelstr. 39, 13507 Berlin |
| Martin Breiteband | Holzstr. 29, 65197 Wiesbaden |
| Christian Busse | Karl-Marx-Str. 8, 98617 Untermaßfeld |
| Bernd Dentrich | Dr. Traugott-Benderstr. 2, 74740 Adelsheim |
| Andreas Deutloff | Anton-Saefkow-Allee 22a, 14772 Brandenburg |
| Kay Diesner | Marlingring 41, 23566 Lübeck |
| Ronny Gartz | Postfach 1738, 02607 Bautzen - **n.A.** - |
| Olaf Geßner | Breitscheidstr. 4, 02625 Bautzen |
| Nick (Duplo) Greger | Glaubitzer Str. 1, 01619 Zeithain |
| Eike Gress | Stadelheimer Str. 12, 81540 München |
| Robert Gutermuth | Postfach 9044, 97090 Würzburg - **n.G.** - |
| Maik Hautz | Breidscheidstraße 4, 02625 Bautzen |
| Dirk Haase | Breidscheidtstr. 4, 02625 Bautzen |
| Steffen Haase | Alt-Moabit 12a, Buch-Nr. 2227/8-9, 10559 Berlir |
| Mario Hammer | Glaubitzer Str., 01619 Zeithain |
| Sascha Hempfling | Bautzener Str. 140-B-II, 03050 Cottbus |
| Andreas Hesse | Am Forstgraben 11, 83410 Laufen-Lebenau |
| Franz-Klaus Himmelreich | Kirchenplatz 1, A - 4975 Suben (Österr.) |
| Alfons Hofmeister | Baumannstr. 81, 83233 Bernau |
| Sven Hustig | Poststr. 18, 02826 Görlitz |
| Andy Jacholke | PF 1738, 02607 Bautzen |
| Henry Jahn | PF 23, 04736 Waldheim |
| Patrick Kiauka | Glasmoor 99, 22851 Norderstedt |
| Dirk Klasczyk | Lübecker Straße 21, 44135 Dortmund |
| Jens Werner Klocke | Anton Saefkow-Allee 22c, 14772 Brandenburg |
| Mathias Lang | Willy-Lohmann-Straße 27, 06844 Dessau |
| Nico Lewenhagen | Neustrelitzer Straße 120, 17033 Neubrandenburg - **n.G.** - |
| Jörg Lewinsky | Untere Schloßstraße 3, 57078 Siegen |
| Richard Lorenz | Äußere Passauer Str. 90, 94315 Straubing |
| Peter Maaßen | Krümmede 3, 44791 Bochum |
| Rene Michaelis | JVA Frankenhöhe, 18439 Stralsund |
| Daniel Mörke | JVA PF 1142, 15921 Luckau |
| Klaus Neubauer | Seidelstraße 39 TA III, 13507 Berlin |
| Daniel Nowak | Willohstraße 13, 49377 Vechta |
| Dirk Poser | Am Fort Zinna 7, 04860 Torgau |
| Ronny Putzmann | Wilhelm-Busch-Str. 38, 06118 Halle |
| Ingma Schendera | JVA Volzstedt, Am Sandberg 11/ Haus 4, 06295 Volzstedt |
| Michael Schenzel | W.-Stolte-Straße 1-6, 17235 Neustrelitz |
| Lutz Schillok | Seidelstr. 39, Haus III, 13507 Berlin |
| Michael Schoenborn | Tündersche Str. 50, 31763 Hameln (Haus 3) |
| Ralf Seela | Schröggelsburger Weg 60, 39599 Uchtspringe/Altmark |
| Marc Scholowski | Schönbornstr. 32, 76646 Bruchsal |
| Mario Schwarz | Postfach 30 10 63, 02815 Görlitz |
| Marcel Schenk | Neudorfer Weg 1, 03130 Spremberg |
| Frank Stubenrauch | JVA Frankenhöhe, 18439 Stralsund |
| Carsten Szczepanski | Anton-Saefkow-Allee 22f, 14772 Brandenburg |
| Ronny Thomas | Dresdener Straße 1a, 04736 Waldheim |
| Bernd Tödter | Boostedter Str. 30, 24543 Neumünster |
| Thomas Tskotsch | Marktplatz 1, 96157 Ebrach |
| Michael Voigt | Neudorfer Weg 1, Haus 1, 03130 Spremberg |
| Rüdiger de Vries, | Krummede 3, 44791 Bochum |
| Marek Walsdorf | Poststr. 18, 02826 Görlitz |
| Billy Zandy Wagner | Ahniserstraße 23, 31675 Bückeburg |
| Thomas Wagner | Karl-Marx-Straße 8, 98617 Untermaßfeld |
| Enrico Weging | Am Sandberg 11, 06295 Volkstedt |
| Jan Weicht | Anton-Saefkow-Allee 20, 14772 Brandenburg |
| Volker Wendland | Marliring 41, 23556 Lübeck |
| Andre Werner | Neudorfer Weg 1, 03130 Spremberg |
| Heiko Werner | Carl-Krohne-Straße 31, 28239 Bremen - **n.A.** - |
| Maurice Wötzel | An der Meisenburg 30, 45133 Essen |
| Marcus Zühlke | Anton-Saefkow-Allee 22f, 14772 Brandenburg |
| Jan Zabelt | Anton-Saefkow-Allee 22a, 14772 Brandenburg |

*Erläuterung zur Gefangenenliste:*

- *n.G* -: neuer Gefangener
- *n.A.* -: neue Anschrift

HNG

Juni/Brachet
21. Jahrgang

# Faschistische Morde in Brandenburg

Die Menschen, die in den letzten Jahren von Faschisten in der Bundesrepublik ermordet wurden, sind schnell vergessen. Wir dokumentieren an dieser Stelle die bekannt gewordenen faschistischen und rassistischen Morde im Land Brandenburg in den Jahren 1990 bis Mitte 1999, um noch einmal das konkrete Ausmaß faschistischer und rassistischer Gewalt deutlich zu machen. Diese Zusammenstellung erfolgte aufgrund von Presseberichten, so daß uns die Namen der Opfer und Täter oft nur in Abkürzungen bekannt sind. Die Mehrzahl dieser Morde werden vom LKA Brandenburg und dem Verfassungsschutz nicht als faschistisch bzw. rechtsextremistisch bewertet, auch wenn sich die Täter in Gerichtsverhandlungen öffentlich zu ihrer Gesinnung bekennen. So wurde beispielsweise der Mord an Timo Kählke durch Mitglieder der faschistischen Wehrsportgruppe „Werwolf-Jagdeinheit-Senftenberg" im Dezember 1992 vom Verfassungsschutz nicht als „rechtsextremistische Tat" eingestuft, „da die Täter ihr Opfer aus Geldgier ermordeten". Der Verfassungsschutz verschweigt hier allerdings, daß die Mörder von Timo Kählke das Geld zur Bezahlung von Waffenkäufen verwenden wollten.

Die Kriterien staatlicher Stellen sind für uns unhaltbar. Denn die menschenverachtende faschistische und rassistische Ideologie und die daraus resultierende Nichtachtung für das Leben anderer Menschen bzw. von Menschen, die als „Menschen 2. Klasse", „lebensunwert" etc. definiert werden, sind eindeutige Ursache für die nachfolgend dokumentierten Morde. Wir haben uns zwar bei der Chronologie bewußt auf Brandenburg beschränkt, möchten aber ausdrücklich an die über einhundert Ermordeten des faschistischen Terrors in der gesamten Bundesrepublik aus den Jahren 1990 bis 1999 erinnern.





**24./25. November 1990, Eberswalde**
Der angolanische Vertragsarbeiter Amadeu Antonio wird nach dem Besuch des „Hüttengasthofs" auf offener Straße von einer Gruppe faschistischer Skinheads zu Tode geprügelt und getreten, zwei weitere angolanische Vertragsarbeiter werden schwer verletzt. Zwei anwesende Zivilpolizisten schauen zu, ohne einzugreifen. Mitte September 1992 wird Sven BÖCKER wegen Mordes an Amadeu Antonio zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt, hinzu kommen bei Sven BÖCKER noch einmal vier Jahre Haft wegen Totschlags an einem Mann in Hohenselchow (s. u.). Im Mai 1993 wird auch das Urteil gegen Kay-Nando BÖCKER, viereinhalb Jahre Haft, wegen Mordes an Amadeu Antonio rechtskräftig. Kay-Nando BÖCKER war Kontaktperson der verbotenen NF. Das Strafverfahren gegen die Polizisten wegen „unterlassener Hilfeleistung" wird im Dezember 1993 eingestellt. Ebenfalls im Dezember 1993 stellte die Antirassistische Initiative Berlin erfolglos Strafantrag gegen 25 weitere an der Tat beteiligte Skinheads.

**13. April 1991, Rathenow**
Der sowjetische Oberstleutnant A. Rustanow wird in Rathenow von einem Naziskin gezielt mit dem Auto überfahren und stirbt. (Märkische Allgemeine Zeitung, 16.4.1991)

**1. Dezember 1991, Hohenselchow, Kreis Angermünde**
Ein 30jähriger Mann wird von neofaschistischen Skinheads aus seinem Auto gezerrt und anschließend so schwer verletzt, daß er wenig später stirbt. Sven BÖCKER wird für diesen Mord zu vier Jahren Haft verurteilt, sechs weitere Tatbeteiligte werden zu Bewährungsstrafen von sechs bis sechzehn Monaten verurteilt. (u. a. Der Tagesspiegel, 4.12.1991 )

**12. Dezember 1991, Senftenberg bei Cottbus**
Der 27jährige Timo Kählke wird von den Mitgliedern der neofaschistischen 'Werwolf Jagdeinheit Senftenberg' Werner KLOCKE, Daniel LANGNER, Maik HOFF MANN und Silvio KÖCHEL bei Senftenberg in seinem Auto erschossen und anschließend verbrannt. Im Januar 1994 werden Werner KLOCKE und Daniel LANGNER wegen Mordes zu jeweils fünfzehn Jahren Haft, bzw. neun Jahren Jugendhaft verurteilt. Maik HOFFMANNN erhielt vier Jahre und sechs Monate Jugendhaft; Silvio KÖCHEL drei Jahre Haft. Sieben weitere Mitglieder der 'Werwolf Jagdeinheit' wurden nach wenigen Tagen aus der Untersuchungshaft entlassen.

**3. Januar 1992, Gransee**
Vor der Discothek "Zur Wolfshöhle" in Klein-Mutz wird der 19jährige Ingo L. aus Grünberg von ca. 15 faschistischen Skinheads wegen einer Lappalie angegriffen und zusammengeschlagen. Ingo L. stirbt vor dem Eintreffen des Notarztes. Der mutmaßliche Mörder Oliver Z. aus Zehdenick wird nach drei Tagen aus der Untersuchungshaft entlassen. (Berliner Morgenpost, 7.1.1992)

**6. April 1992, Potsdam**
Ein 34jähriger Flüchtling aus Bulgarien wird erstochen in einem Wald gefunden. Die Polizei vermutet ein Verbrechen, macht jedoch keine weiteren Angaben. (Der Tagesspiegel, 7.4.1992)

**1. Juli 1992, Neuruppin**
Der 50jährige Obdachlose Emil Wendland wird im Neuruppiner Rosengarten von drei faschistischen Skinheads überfallen, geschlagen, getreten und dann erstochen. Der hauptbeteiligte Skinhead Mirko H. wird Ende Oktober 1993 wegen Totschlags zu einer Jugendstrafe von sieben Jahren verurteilt und Anfang 1997 aus der Haft entlassen. (Oranienburger Generalanzeiger, 30.10.1993)

**5. Juli 1992, Kreis Pasewalk**
Eine Gruppe von zwanzig Flüchtlingen wird bei dem Versuch, die polnisch-deutsche Grenze zu überqueren, von zwei Jägern beschossen. Als sich zwei der Flüchtlinge aufrichten, um die Situation einzuschätzen, werden sie erschossen. Die Jäger flüchten nach der Tat. (Die Welt, 7.7.1992)

**7. November 1992, Lehnin**
Der 51jährige Obdachlose Rolf Schulze wird von faschistischen Skinheads aus Ludwigsfelde zusammengeschlagen, im Kolpinsee ertränkt und anschließend verbrannt. Die drei Mörder sind in der verbotenen Nationalistischen Front (NF) organisiert. Marco WENZEL war Mitbegründer der NF-Ortsgruppe Ludwigsfelde, Daniel KRÜGER und Thomas SDZUJ waren ebenfalls Mitglieder in der NF-Ortsgruppe. Alle drei bekundeten im Prozeß, sie seien außerdem Mitglieder der faschistischen Schönefelder Sturmtruppe. Daniel KRÜGER wird im Juli 1993 zu neun Jahren Jugendhaft, Thomas SDZUJ zu sieben Jahren Jugendhaft und Marco WENZEL zu sechseinhalb Jahren Jugendhaft verurteilt. Im Dezember 1993 brach Daniel KRÜGER zusammen mit sechs anderen faschistischen Skinheads aus dem Jugendgefängnis Schwarze Pumpe aus. Zwei Tage nach ihrer Flucht wurden sie von der Polizei gefaßt. (u. a. Der Tagesspiegel, Berliner Zeitung u. Oranienburger Generalanzeiger, 29.6. u. 9.7.1993)

**7./8. November 1992, Königs Wusterhausen**
Zwei 16jährige Jugendliche, Mario S. und Mario H., werden tot neben den S-Bahngleisen der Strecke Wildau – Königs Wusterhausen gefunden. Monatelang behaupten Polizei und Staatsanwaltschaft, die beiden Jugendlichen seien beim S-Bahnsurfen aus der S-Bahn gestürzt, obwohl bekannt war, daß einer der beiden Jugendlichen aus Angst vor Angriffen durch organisierte Neonazis die S-Bahn fast nie betrat. Auch Hinweisen auf direkte verbale Drohungen gegen einen der beiden Jugendlichen durch Neonazis wurden von der Staatsanwaltschaft Königs Wusterhausen nicht nachgegangen. Erst im Frühjahr 1993 nimmt die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen wegen Mordes auf, nachdem Indizien vorgelegt wurden, die die Staatsanwaltschaft zwangen, ihre Verschleppungstaktik zu beenden. Die Ermittlungen verliefen im Sande. (Berliner Zeitung 9.11.1992, Antifaschistisches Infoblatt Nr. 22, Mai/Juni 1993)

**6. Dezember 1992, Jänschwalde, Kreis Guben**
Bei einem Brandanschlag auf ein Haus einer kroatischen Familie stirbt ein kroatischer Arbeiter. Die Polizei geht von einer Brandstiftung „mit politischem Hintergrund"aus. Die Ermittlungen verlaufen schleppend und ergebnislos. (Berliner Zeitung, FAZ, 7.12.1992)

**18. Dezember 1992, Oranienburg**
Der 51jährige Jochen Lommatsch wird von zwei faschistischen Skinheads auf einem Parkplatz mit Fußtritten gegen den Kopf ermordet. Einer der beiden Täter, Jens SCH., wird im Oktober 1993 zu acht Jahren Haft verurteilt. (u.a. Berliner Zeitung, 21.12.1992, Berliner Kurier, 25.12.1992)

**22. Februar 1993, Kreis Fürstenwalde**
Zwischen Fürstenwalde und Hangelsberg wurde an der Eisenbahnstrecke ein toter Schwarzer gefunden. Die Polizei hat keine Erkenntnisse über die Herkunft und die Todesursache des Mannes. Bei dem Toten könnte es sich um einen Flüchtling aus Zaire handeln. Die Ermittlungen der Polizei in Bezug auf die Herkunft des Mannes und die Todesursache werden schnell ergebnislos abgeschlossen. (u.a. Berliner Zeitung, 24.2.1993)

**26. Mai 1993, Waldeck bei Königs Wusterhausen**
Der 25jährige Motorradfahrer Jeff (Hauptdarsteller im DEFA-Film „Bockshorn") aus Königs Wusterhausen wird von Neonazis auf der Autobahn Dresden-Berlin mit einem Auto verfolgt und angefahren. Als Jeff auf der Autobahnraststätte Waldeck anhält, um das beschädigte Motorrad zu reparieren, gibt der Fahrer des Autos, Daniel K. aus Königs Wusterhausen, noch einmal Gas und überfährt Jeff, der wenig später an den Folgen der Verletzungen stirbt. Jeffs Vater ist Ägypter, und auch Jeff hatte eine dunkle Hautfarbe. Erst aufgrund des öffentlichen Drucks beginnt die Staatsanwaltschaft Königs Wusterhausen wegen Mordes zu ermitteln. (u.a. Berliner Zeitung, Antifaschistisches Infoblatt Nr. 24, Oktober/November 1993)

**Juni 1993, Oranienburg**
Der 29jährige Obdachlose Bernd Z. wird von vier Männern durch Schläge und Tritte ermordet. Seine Leiche verstecken sie in einem leerstehenden Haus in Pritzwalk. Die Leiche wird erst Anfang Oktober entdeckt, Ende Oktober wurden die vier Mörder verhaftet. (Berliner Morgenpost, 21.10.1993)

**28. Juli 1993, Kreis Strausberg**
Der 35jährige Arbeiter Hans Georg Jacobsen wird in der S-Bahn bei Petershagen von drei faschistischen Skinheads ermordet. René BERGER, Henry GÜNTHER und Thomas DOMKE treten ihr Opfer zusammen und werfen den Mann dann noch lebend aus der fahrenden S-Bahn. Wenig später stirbt Hans-Georg Jacobsen an den Folgen der Verletzungen. (Berliner Kurier, 15.1. 1994)

**19. September 1993, Werneuchen bei Bernau**
Der 51jährige Holger T. wird von fünf rechtsradikalen Jugendlichen mit einer Eisenstange erschlagen. Anschließend wird er verbrannt und in den Oder-Havelland-Kanal geworfen. (Berliner Zeitung, 2.10.1993)

**6. August 1994, Velten**
Der 42jährige Gunter Marx wird von vier rechtsextremen Jugendlichen auf offener Straße in Velten erschlagen. Der 19jährige Maik Linke, der 19jährige Uwe Scheel, der 20jährige Thomas Friedrichs und der gleichaltrige Maik Kastner waren an diesem Abend auf dem Weg zu einer als rechter Treffpunkt bekannten Disco gewesen und hatten ihr Opfer rein zufällig ausgesucht. Gunter Marx fuhr mit dem Fahrrad an der Gruppe vorbei, als diese ihn angriffen und mit Schlägen mit einem Schraubenschlüssel und Fußtritten ermordeten. Anschließend beraubten sie den Toten. Im Januar 1995 verurteilte das Landgericht Neuruppin Maik Linke wegen Mordes zu einer Jugendstrafe von zehn Jahren Haft. Maik Kastner und Uwe Scheel wurden wegen Raubes mit Todesfolge und schwerer Körperverletzung zu sechs bzw. viereinhalb Jahren Haft verurteilt. Thomas Friedrichs wurde von der Haupttat freigesprochen, allerdings wegen anderer Überfälle zu zweieinhalb Jahren verurteilt. (Süddeutsche Zeitung, 30.12.1994, hdk – Zeitung für Subkultur, Regionales und Antifaschismus Nr.3/95)

**23. Februar 1995, Hennigsdorf**
Der 20jährige Guido Zeidler wird nachts in Hennigsdorf von mindestens fünf rechtsextremen Jugendlichen erschlagen, zuvor werden ihm beide Kniescheiben zerschlagen. Der Vater eines Kindes, der nachts alleine unterwegs gewesen war, wurde nach Informationen von AntifaschistInnen u.a. von dem Schüler Gordon Mathees und dem Lehrling Maik Kumotat getötet. Mathees wurde nach der Tat auf Kaution freigelassen. Auch Kumotat kam frei, weil er angeblich in Notwehr gehandelt hätte. Beide sind in Hennigsdorf als rechte Schläger bekannt. Ein Freund des Opfers wurde nach der Tat ebenfalls von Neonazis bedroht. (hdk-Zeitung für Subkultur, Regionales und Antifaschismus Nr. 3/95)

**15. Februar 1996, Brandenburg/Havel**
Der 20jährige Punk Sven Beuter wird von dem gleichaltrigen Sascha Lücke ermordet. Der bekannte Nazischläger mit guten Verbindungen zu Brandenburger und Belziger Neonazis und Hammerskins traf sein Opfer nachts auf der Straße. Ein Augenzeuge schilderte die Tat so: „Ich hörte ein unterdrücktes Stöhnen und ging ans Fenster. Dann sah ich, wie der Täter sein Opfer immer wieder trat und schlug. Das Opfer wehrte sich nicht. Schließlich packte der Täter sein Opfer am Kragen und schleifte ihn 50m die Straße hinunter." Der Zeuge kritisierte die Polizei, die sich nicht um den Schwerverletzten kümmerte, sondern statt dessen erst einmal die Personalien des Zeugen überprüften. Sascha Lücke wurde nach einer Nacht im Polizeigewahrsam erst einmal wieder freigelassen, die Polizei glaubte seiner Version, er sei von dem wesentlich kleineren und schmächtigeren Sven Beuter provoziert worden, mehr als dem Zeugen. Der hatte schon in der polizeilichen Vernehmung von einer „Hinrichtung" gesprochen. Sven Beuter starb nach viertägigem Koma am 19. Februar im Krankenhaus. Im November 1996 verurteilte das Landgericht Potsdam Sascha Lücke wegen Mordes zu siebeneinhalb Jahren Haft. (junge Welt 1.11.96, Der Tagesspiegel 1.11.96, hdk-Zeitschrift für Kultur, Regionales und Antifaschismus 2/96)

**1. August 1996, Eisenhüttenstadt**
Eine Gruppe von sechs rechten Jugendlichen trampelt in Eisenhüttenstadt den 35jährigen Andreas Götz zu Tode, vorher brechen sie ihm alle Rippen. In erster Instanz werden die Täter „wegen Vollrausch" zu relativ niedrigen Haftstrafen verurteilt. Im April 1998 verurteilt das Landgericht Frankfurt/Oder den 18jährigen Rico B. zu siebeneinhalb Jahren Haft – Rico B. hatte in der JVA Spremberg noch einen Mithäftling gefoltert. Der 19jährige Stefan T. wird zu viereinhalb Jahren Haft, der 18jährige Mathias E. und der 17jährige Roger L. zu vier Jahren Jugendhaft verurteilt. Die 21jährige Kerstin Sch. und die 20jährige Jana P. erhalten drei Jahre Jugendhaft. (Der Tagesspiegel, 21.2.97, Märkische Oderzeitung, 10./11.4.1998)

**31. Januar 1997. Fredersdorf**
Der Vietnamese Van Toau Phan wird in Fredersdorf bei Strausberg von zwei Lagerarbeitern erschlagen. Van Toau Phan hatte am S-Bahnhof Zigaretten verkauft. Es kam zunächst zu einer verbalen Auseinandersetzung mit dem 36jährigen Uwe Z.. Dessen Freund, der 30jährige Olaf S., riß das Opfer zu Boden und schlug dann seinen Kopf mehrfach auf den harten Betonboden. Die Schläge brachen mehrere Halswirbel. Mehrere Leute guckten dabei zu. Van Toau Phan starb am 4. Mai an den Folgen des Überfalls. Beide Täter machten rassistische Sprüche. Olaf S. wurde im August 1997 vom Landgericht Frankfurt/Oder wegen Totschlags zu neuneinhalb Jahren Haft verurteilt. (Berliner Zeitung 5.2.97, Was geht Ab? Nr. 19/97)

**13. Februar 1997, Caputh**
Zwei rechte Jugendliche schlugen den Italiener Antonio Melis in Caputh nach einem gemeinsamen Gasthausbesuch zusammen und ertränkten ihn anschließend in der Havel. Dorfbewohner und Gaststättenbesucher guckten zu und griffen nicht ein. Ein Zeuge berichtete, daß Fremdenfeindlichkeit die Agressivität der Täter verstärkt habe. Trotzdem wollten Polizei und Staatsanwaltschaft kein rassistisches Motiv erkennen, vielmehr hätten „seelische Störungen und Alkohol zu der Gewaltorgie" geführt. Der 25jährige Andreas M. und der 18jährige Holger H. wurden im November 1997 vom Landgericht Potsdam zu dreizehn bzw. neun Jahren Haft verurteilt. (Der Tagesspiegel 23.10.97, Neues Deutschland, Märkische Oderzeitung, 4.11.97)

**8. Mai 1997, Königs Wusterhausen**
Der fast sechzigjährige Augustin Blotzki wird in Königs Wusterhausen von fünf unorganisierten rechtsextremen Jugendlichen mit Fußtritten, Stuhlbein- und Faustschlägen in seiner Wohnung ermordet. Die Täter waren über den Balkon in seine Wohnung eingedrungen. Vorher hatten sie rechtsextreme Musik gehört, und das Opfer, das sie aus der Nachbarschaft flüchtig als Alkoholiker kannten, ausgesucht, weil sein Nachname ausländisch klang. Mit Sprüchen wie „Bulgarensau" und „Ausländerschwein" fielen Sven Werner, Sven Menz, Jens Luchterhand, Manuel Glockin und Tamara Werner dann über Augustin Blotzki her. Der 23jährige Sven Luchterhand wurde im Mai 1998 vom Landgericht Potsdam zu vierzehn Jahren Haft verurteilt, zwei 16 und 19Jährige zu achteinhalb Jahren Jugendstrafe. Die zur Tatzeit 15jährige Tamara Werner bekam vier Jahre, ein weiterer 16Jähriger sechseinhalb Jahre Haft. In seiner Urteilsbegründung sprach der Richter von „plakativem rechten Gedankengut, Frustration und Ausländerhaß". (jungle world Nr. 21, 20. Mai 1998, Antifaschistisches Infoblatt Nr. 46/99)

**23. August 1997, Potzlow**
In der Nacht zum 24. August stirbt in Potzlow ein 45jähriger Mann an den Folgen eines Angriffs einer Gruppe Jugendlicher, die ihn mit Baseballkeulen schlugen und auf der Straße liegen ließen. Ein VW-Transporter überrollte den Mann. (Berliner Morgenpost, 24.8.97)

**23. und 27. September 1997, Cottbus**
Der 19jährige Reinhold K. ermordet in Cottbus zwei Menschen. Das erste Opfer, den 39jährigen Mathias S. aus Groß Döbbern, erstach der Mann, weil er ihn angeblich als „Nazischwein" bezeichnet hatte. Die beiden kannten sich aus der Trinkerszene in Cottbus-Sachsendorf. Auch das zweite Opfer, der 46jährige Georg V. , war mit dem Täter bekannt. (Antifa Cottbus)

**13. Februar 1999, Guben**
Eine Gruppe von Neonazis und rechtsextremen Skinheads jagt den 28jährigen algerischen Asylbewerber Omar Ben Noui in Guben in den Tod. Nach einem Diskobesuch jagten sie ihr Opfer und zwei weitere Flüchtlinge mit Autos durch die Stadt. In seiner Todesangst trat Omar Ben Noui eine gläserne Haustür ein und verblutete dann im Treppenhaus eines Plattenbaus. Keiner der Bewohner half ihm. An der Hetzjagd beteiligten sich u.a. der NPD-Kader Alexander Bode sowie Jörg Donath, Denny Tarnick, Daniel Rauscher, Christian Kaschke, Ronny Hahn, Daniel Scharnowski, René Kubitza, Marcel Preusche, David Barm und Steffen Henze. (Antifaschistisches Infoblatt Nr. 47/99)

Mahnwache für Omar Ben Noui in Guben.





# Angermünde

**Mit ca 10.000 EinwohnerInnen ist Angermünde eine der nördlichsten Kleinstädte in Brandenburg. Angermünde ist etwa 24 km von Schwedt entfernt. Durch zahlreiche rechtsextremistische Übergriffe, Brandanschläge und nicht zuletzt durch den Aufmarsch mehrerer Hundert Neonazis im Februar 1999 ist auch Angermünde auf der „braunen" Landkarte ein Begriff.**

## Geschichte

Diese Nähe zu Schwedt läßt auch deutlich Parallelen in der jeweiligen Entwicklung der rechtsextremistischen Szene erkennen. Die Entwicklung ist typisch für die gesamte Uckermark, welche sich in drei Phasen unterteilen läßt:

1993/94: Bis zu diesem Zeitpunkt entstand eine gut strukturierte, vor allem durch die ***Nationalistische Front (NF)*** und deren Nachfolgeorganisationen dominierte, Naziszene mit zunehmendem Einfluß auf unorganisierte, aber rechtsextrem orientierte Jugendliche. Verbunden war dies mit einer sehr großen Zahl gezielter und spontaner Gewalttaten, besonders in Schwedt (sh. HdK, 1993) und Angermünde.

1995-97: Weniger öffentliche Aktionen, verursacht u.a. durch die Nachwirkungen der Verbote rechtsextremer Organisationen und weniger spektakuläre Gewalttaten, nährten in der regionalen Öffentlichkeit die Illusion, das Problem Rechtsextremismus im Griff zu haben. Deshalb konnten die ***Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)*** und die ***Nationalen e.V.*** den Aufbau autonomer Kameradschaften unbehelligt vorantreiben. Alljährliche Schiffsausflüge auf dem Uckersee bei Prenzlau, Kameradschaftstreffen am Parsteinsee, Schulungen in Templin und Angermünde und Wehrsportübungen mit Beteiligung von Bundeswehrangehörigen in Prenzlau bezeugen jedoch ungebrochene Aktivitäten. Trotz der vorherrschenden Mentalität des „Nicht-Sehen-Wollens", war und ist dies unübersehbar.

Seit 1998 orientiert sich die Naziszene verstärkt an der ***Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)***. Die ***Kameradschaft Uckermark*** (aus Teilen des ***Nationalen e.V.*** hervorgegangen) wurden genauso von der ***NPD*** aufgesogen wie die faschistischen Kader aus Prenzlau, Schwedt, Gartz und Angermünde. Im ***NPD-Kreisverband Barnim-Uckermark***, welcher Kontinuität bewahrend, seinen vorerst letzten Parteitag in Gartz/O. abhielt (12.12.1998), bekleiden Schwedter und Angermünder Nazis wichtige Positionen. Innerhalb eines halben Jahres organisierten die FaschistInnen gleich zwei Aufmärsche unter der Federführung der ***NPD*** in der Uckermark: Am 25. September 1998 in Schwedt/O. und am 27. Februar 1999 in Angermünde, an denen sich mehrere hundert RechtsextremistInnen beteiligten.

## NPD-Demo in Angermünde

Der ***NPD-Kreisverband Barnim-Uckermark*** rief für den 27. Februar 1999 zu einer *„Demonstration gegen Drogen und linke Gewalt"* auf. Unterstützung erhielten sie von folgenden Organisationen: ***Kameradschaftsbund Barnim, DLVH, Nationale Bürgerinitiative Uckermark*** und dem ***Bund der nationalen Jugend Angermünde (BDNJ)***.

Letztere stellten auch ihr Postfach als Kontaktadresse für den Aufmarsch zur Verfügung. In Flugblättern der ***BDNJ*** wird das „Alternative Literatur- und Infocafé" (ALC) als *„Brutstätte linksautonomer Gewalt"* verleumdet und dessen Schließung verlangt.

Die wahren Gründe für diesen Naziaufmarsch liegen aber eindeutig nicht in der Abstinenzbereitschaft der Uckermärkischen Naziszene. In einem Aufruf von örtlichen AntifaschistInnen gegen den Aufmarsch liest sich das so: *"Konkreter Anlaß für die **NPD**-Demo sind die Urteile im Prozeß gegen die Schuldigen der Brandanschläge auf das ‚Alternative Literatur- und Infocafé, Angermünde vom Januar 1998. Dabei wurde auch der Organisationsleiter des **Kreisverbandes Barnim-Uckermark Dany Dahlig**, Schüler des Einstein-Gymnasiums Angermünde, verurteilt. Dieser Fakt führt das Motto der NPD-Demo 'gegen linke Gewalt' bereits ad absurdum und verdeutlicht den verleumdenden und haßschürenden Charakter der Veranstaltung."* Im Januar '98 wurden insgesamt fünf Brandsätze und eine Nebelgranate gegen das ALC geschleudert. Trotz unabhängiger Gegenmobilisierungen der Antifas einerseits und des bürgerlichen Spektrums andererseits, konnte der Naziaufmarsch weder ver- noch entscheidend behindert werden.

## Neonazi-Strukturen heute

Die Aufrufe zu diesen Demonstrationen lesen sich wie das „who is who" der Uckermärker FaschistInnenszene und sind deshalb ein interessanter Anhaltspunkt für die Struktur in der Region. Der ***NPD-Kreisverband*** umfaßt zur Zeit etwa 40-50 Personen mit Schwerpunkten in Angermünde, Schwedt und Prenzlau. Strukturen der ***NPD***-Jugendorganisation ***Junge Nationaldemokraten (JN)*** gibt es kaum, da die meisten sehr jungen Mitglieder gleich in der ***NPD*** aktiv sind. Immerhin hat die ***NPD*** bei den Bundestagswahlen in der Uckermark ihr brandenburgweit bestes Ergebnis erzielt (insgesamt rund 1500 Stimmen). Neben dieser ***NPD***-orientierten Struktur gibt es einige weitgehend autonom agierende Kameradschaften. Diese treten besonders in Schwedt (**Oderwacht**), Templin (***Kameradschaftsbund Nationaler Aktivisten***) und Prenzlau (***Kameradschaft Prenzlau***) auf. Diese arbeiten gezielt mit der ***NPD*** zusammen, ohne sich allerdings völlig vereinnahmen zu lassen. Interessant ist sicher, ob sich in naher Zukunft größere Konflikte zwischen den freien und den ***NPD***-orientierten nationalistischen Strukturen ergeben, wie sie in anderen Regionen schon länger auf der Tagesordnung stehen.

Verstärkt haben sich Versuche der FaschistInnen, junge und relativ unorganisierte Menschen in ihre Aktivitäten und Strukturen einzubinden. Beispielhaft sind die Aktivitäten des




Mitte 1998 gegründeten ***Bund der nationalen Jugend Angermünde (BDNJ)***. Dessen „Chef" ist **Dany Dahlig**, der gleichzeitig Organisationsleiter des ***NPD-Kreisverbandes Barnim/Uckermark ist***. In einem BDNJ-Flugblatt heißt es u.a.: *„... und bieten Dir Freizeitmöglichkeiten. In der frohen Runde am Lagerfeuer oder der nationalen Demonstration in den Städten. Mit uns bist Du immer dabei. Auch bei persönlichen Problemen werden wir Dir stets in jeder Situation zur Seite stehen".*

Mit ihrem Konzept des Zusammenspiels der gemeinsamen Freizeitgestaltung und politischer Arbeit ist es dem ***NPD***-Ableger durchaus gelungen, eine ganze Reihe jüngerer „KameradInnen" einzubeziehen. An den Schulen in Angermünde wird gezielt geworben, in Gaststätten der Stadt und Umgebung werden Schulungen durchgeführt, gemeinsame Fahrten organisiert und natürlich ein intensiver ***NPD***-Wahlkampf betrieben. Neben dieser Struktur, die vor allem 16-18jährige erreichen soll, gibt es in Angermünde einen ***Jungsturm*** von 12 bis 16jährigen. Lagerfeuerromantik, rechtsextreme Musik und Einbeziehung in ***NPD***-Aktivitäten sollen sie langsam und gezielt an Ideologien und Strukturen der FaschistInnen heranführen. Solche ***Jungstürme*** existieren auch in Schwedt/O. und Templin.

In vielen Dörfern der Uckermark dominieren informelle Gruppen von rechtsextrem orientierten Jugendlichen die Jugendszenen. Gruppen mit überregionaler Ausstrahlung gibt es u.a. in Blankenburg, Wallmow, Grünow, Passow, Casekow, Herzsprung, Gerswalde und Boitzenburg. Diese Gruppen-Struktur gibt sich bei den ***NPD***-Aufmärschen z.B. in Schwedt deutlich in der Marschordnung zu erkennen.



Dany Dahlig

## VEREINT FÜR DEUTSCHLAND !

Hallo Du, Nationalist, Patriot, Skinhead, und deutsches Mädel.

Deine Meinung ist deutschnational und Du bist bereit etwas für Deutschland zu tun? Wenn ja, dann ist der Tag der Wende nun endlich gekommen. Wir der "Bund der nationalen Jugend" wollen alle Rechten in der Uckermark vereinen, um zusammen gegen Korruption und "linke Scheiße" in diesem Staat anzukämpfen. Vielleicht hast Du auch oft Langeweile und weißt nicht wohin. Schließe Dich uns an, wir nehmen Dich zu uns und bieten Dir Freizeitmöglichkeiten. In der frohen Runde am Lagerfeuer oder der nationalen Demonstration in den Städten. Mit uns bist Du immer dabei. Auch bei persönlichen Problemen werden wir Dir stets in jeder Situation zur Seite stehen.

Jeden zweiten Monat werden wir Dir eine größere B.D.N.J. interne Veranstaltung bieten. Einmal im Monat ist Versammlung bei denen Ihr über aktuelle Geschehnisse informiert werdet und kostenlos die "Patriotische Heimat-Zeitung" erhaltet. Die Vorraussetzungen um bei uns mitmachen zu können sind:Ihr müßt mind. 14 Jahre alt sein, und monatlich 5 oder 10 DM Beitrag zahlen. Von dem Geld organisieren wir dann die Veranstaltungen und stellen die Zeitung her. Wenn Ihr also mitmachen wollt, dann schreibt an:

B.D.N.J.
Postfach 1119
16272 Angermünde

Bis dann, Heil!

In jüngster Zeit mehren sich Ansätze, überregionale Kontakte zwischen Jung- und Altnazis zu knüpfen und ältere BürgerInnen mit national-völkischen Denkmustern zu erreichen. Ausdruck dafür ist u.a. die ***Nationale Bürgerinitiative Uckermark***, die in Schwedt, aber auch Gartz/O. aktiv ist. Sie war Mitaufruferin zu beiden Aufmärschen der FaschistInnen in der Uckermark und ist öffentlich geworden durch eine Flugblattaktion gegen die Integration polnischer SchülerInnen in der Friedensschule Gartz/O. (***Wegweiser***).

In der ***DLVH*** sind weiter einige wichtige Kader mit überregionalen Kontakten, besonders nach Berlin, organisiert. Die wenigen sichtbaren Aktivitäten beschränken sich auf das Stadtgebiet von Schwedt (Flugblätter; Aufkleber).

Die rechtsextreme Szene insgesamt orientiert sich in ihren überregionalen Kontakten vor allem nach Eberswalde und Frankfurt/O. Dies betrifft vor allem ***NPD***-Kontakte. Sowohl **Gordon Reinholz** (***Kameradschaftsbund Barnim***) als auch **Jörg Hähnel** (***NPD/JN***) waren mehrmals in Angermünde und Schwedt und sind maßgeblich am Aufbau von ***NPD***-orientierten Strukturen beteiligt.



## „Der nette Schwiegersohn von Nebenan"

**Sven Hansen** ist der Typ „netter Schwiegersohn". Wer ihn nicht kennt, wird bei seinem Anblick kaum vermuten, eine der wichtigsten Personen der rechtsextremen Szene der Uckermark vor sich zu haben. Dabei ist seine Geschichte der letzten neun Jahre geradezu beispielhaft für die Entwicklung, Struktur und Bedeutung der FaschistInnen in der Uckermark: Nach einer Schulung in Detmold 1990/91 übernahm er im März 1991 den Aufbau der ***NF***-Gruppe in Schwedt. Er führte die angeblich nicht stattgefundenen Verhandlungen mit der Stadt, organisierte die faschistischen Schläger, gab rechte Zeitungen (***Schwedter Denkzettel, Fräch***) heraus und rückte schließlich in den Vorstand der ***NF***-Nachfolgeorganisation, der ***Sozialrevolutionären Arbeiterfront (SrA)*** auf. Nach den Verboten weiterer diverser ***NF***-Nachfolgeorganisationen gliederte sich **Hansen** gemeinsam mit **Andreas Pohl** und **Lehmann** in die ***DLVH*** ein. Die ***Kindervereinigung e.V.*** honorierte das Engagement und das ordentliche Auftreten von **Hansen** 1997 mit einer Sozialarbeiterstelle im Jugendclub ***Ausspanne***. Auch ohne spektakuläre Gewalttaten konnte damit die Basis für eine Neustrukturierung der Schwedter FaschistInnen geschaffen werden. Ausdruck dieser politischen Entwicklung war u.a. die aktive Teilnahme von FaschistInnen an den Schwedter Arbeitslosendemos 1998 und Flugblattaktionen gegen Drogen in ganz Schwedt 1999, organisiert insbesondere von **Sven Hansen**. Fast schon logisch, daß **Hansen** auch einer der Drahtzieher des Aufbaus der ***NPD***-Strukturen in der Uckermark ist.

## Rechte Gewalt

In der Uckermark gab und gibt es Gewalttaten, die Ausdruck von Hegemoniebestrebungen, fremdenfeindlichen Denkmustern und Mittel politischer Auseinandersetzung sind. Wie überall in den neuen Bundesländern haben völkisch-nationale und rassistische Ideologien regelmäßig, mehr oder weniger, spontane Gewaltausbrüche zur Folge.
1998/1999 gab es gewaltsame Übergriffe u.a. auf AsylbewerberInnen in Prenzlau (06.01.98, 09.01.99, 14.02.99), in Dedelow traf es einen italienischen Bauarbeiter (22./23.08.1998), in Schwedt wurde ein libanesischer Asylbewerber niedergestochen (27.03.99), in Angermünde bzw. dem nahegelegenen Ort Crussow wurden am 19./20.03.99 eine afghanische Familie, türkische HändlerInnen und ein 19jähriger Aussiedler bedroht bzw. körperlich angegriffen und verletzt. Fast regelmäßig gibt es Schlägereien bei Dorffesten (Briest, Felchow, Herzspung) auch größere Stadtfeste (u.a. Oktoberfest Schwedt, Blasmusiktage Angermünde) halten FaschistInnen für ihr Revier und provozieren und bedrohen jeden nur möglichen Gegner. So wurden zu den Blasmusiktagen in Angermünde vom 4. bis 6. Juni 1999 linksalternative Jugendliche mehrfach bedroht und durch die Stadt verfolgt, in der Altstadt tauchten massiv Aufkleber rechtsextremen Inhalts auf, an mehreren Stellen wurden Hakenkreuze und Symbole der *„Hitlerjugend"* und der *„SS"* gesprüht, und die Polizei nahm 35 Jungnazis fest.

Es ist aber typisch für die Uckermark, daß es regelmäßig Gewalttaten mit einem organisatorischen und zielgerichteten Hintergrund gab und gibt. Dabei ging es oft um die Durchsetzung kultureller Hegemonie der FaschistInnen, wie bei den Angriffen auf das Rock-Pop-Jazz-Festival in Schwedt 1996, Übergriffe auf Jugendräume der evangelischen Jungen Gemeinde (u.a. 1997 in Sternhagen ) oder Bedrohung und körperlichen Angriffen auf Jugendliche AussiedlerInnen in Templin 1998. Zielgerichtet wurden politische Gegner attackiert. Allein der einzige existierende Jugendklub der Region, das ALC in Angermünde erlebte seit seinem Bestehen 37 Angriffe, darunter fünf Brandanschläge und straff organisierte Attakken von bis zu 50 FaschistInnen aus dem Umland. Auch Einzelpersonen wurden so Opfer von Anschlägen, wie 1993 ein Lehrer in Schwedt, 1998 eine PDS-Kandidatin in Templin und ein Mitarbeiter der „Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen" (RAA) Angermünde.

## Rechtsextrem orientierte Jugendszene

Auch für Gewalttaten steht der organisierten Naziszene ein ziemlich breites Spektrum an unorganisierten, aber rechtsextremen Menschen, zur Verfügung. Die Altersstruktur hat sich dabei regelmäßig nach unten verschoben. Viele Täter sind heute noch nicht einmal strafmündig. Auf der Straße pöbeln selbst 12-13jährige ausländisch aussehende und linksalternative Menschen an. Selbst aus Grundschulen mehren sich Hilferufe von Pädagogen in Anbetracht zunehmender ausländerfeindlicher Stimmung unter ihren SchülerInnen. Besonders in einigen Gesamtschulen (Angermünde, Passow, Schwedt, Gramzow, Gerswalde u.a.) ist inzwischen ein Klima entstanden, was durchaus dem Inhalt einer *„National befreiten Zone (NBZ)"* nahekommt: ein rechtsextremer Werte-Mainstream, wo jeder anders Aussehende ausgegrenzt und diskriminiert wird. Die Problematik dieser Orientierung wird jedoch völlig ausgeblendet und jeder, der genau dies thematisiert, wird zum „Nestbeschmutzer" erklärt .
Gerade in der ländlich strukturierten Region Uckermark ist es für Jugendliche doppelt schwer, sich den kulturellen Hegemoniebestrebungen von FaschistInnen zu entziehen. In nicht wenigen Dörfern gibt es keine Alternative zum „Rechts"-Sein und auch in den Städten haben Angehörige alternativer Subkulturen einen schweren Stand. Der Zugang zu den nachwachsenden rechten Jugendlichen erfolgt in der Regel sehr „niedrigschwellig" über den Freizeitbereich und Freundeskreis, durch rechtsextreme Musik, Diskotheken, Dorffeste und Alkohol. Sehr typisch sind z.B. die alljährlich wiederkehrenden Sommerpartys an den vielen Seen der Uckermark. Ob Peetzig-, Ucker-, Mudrow- oder Parsteinsee, wenn die Polizei doch einmal einen Zufallstreffer landet, ist das Ergebnis stets ähnlich: bekannte Namen und neue junge Leute, rechtsextreme Tonträger, Fanzines und verfassungswidrige Symbole. Für die politischen Honorationen der Gemeinden vor Ort, ist dies in der Regel kein großes Problem – es sind halt *„ihre Jungs"*. Manchmal stellt sich wie in Herzsprung (1997) der Bürgermeister völlig auf die Seite seiner Jungs und wird von der Polizei gleich mit festgenommen.



JN Junge Nationaldemokraten
Stützpunkt Barnim - Uckermark Tel:0172/4670180

An alle Mitglieder und
Mitgliedsanwärter des
JN-Stützpunktes
Barnim - Uckermark

**Einladung**

Hiermit lade ich Euch herzlich zu unserer Gründungversammlung des zukünftigen JN-Stützpunktes Barnim – Uckermark
am 26.Juni 99 um 16:00 Uhr, ein. Dies ist eine Pflichtveranstaltung!!!
Bei nicht Erscheinen folgen Disziplinarmaßnahmen.
Um 15:00 Uhr ist Treffpunkt am Bahnhofsvorplatz in Eberswalde.
Von dort erfolgt eine Weiterleitung zum Versammlungsort.

Infotelefonnummer: 0172/4670180

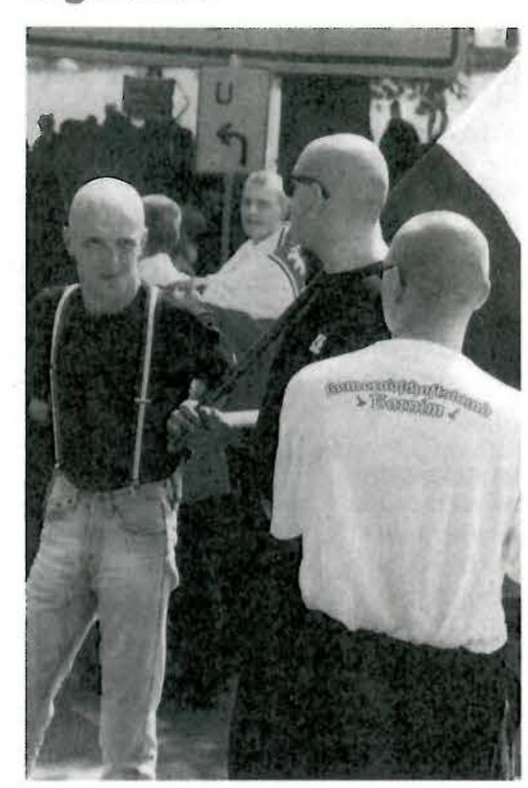
***Tagesordnung:***

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Feststellung der Beschlußfähigkeit
3. Genehmigung der Tagesordnung
4. Wahl des Versammlungsleiters
5. Wahl der Zählkommision
6. Personalangelegenheiten
7. Wahl des Stützpunktvorstandes
   -Stützpunktleiter
   -Schatzmeister/in
   -Beisitzer
8. Gastreferat des Bundesvorstandsmitgliedes der JN Alexander von Webenau
9. Aussprache
10. Verschiedenes
11. Neuaufnahme der Mitgliedsanwärter
12. Schlußwort des neu gewählten Stützpunktleiter

Am Anschluß findet zum Kennenlernen ein gemütlicher Kameradschaftsabend statt. Bitte bringt dafür ein paar Mark für Essen und Getränke mit.
Solite jemand am genannten Termin verhindert sein, meldet er sich bitte rechtzeitig unter Angaben von trifftigen Gründen unter der obengenannten Rufnummer ab.

Mit kameradschaftlichen Gruß

*Marco Rohde*



## Politische Diskussion

Der Prozeß der politischen Diskussion und Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus ist mühsam und zäh. Wirklich kontinuierlich auch inhaltlich arbeitende Bündnisse gibt es in der Region bis heute nicht.
Für die politischen Parteien ist eine konsequente Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus kaum ein Thema, könnte dies ja auch einen Teil ihrer Wählerschaft verschrecken. So verschob die SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung (SVV) Angermünde weitere Verhandlungen mit der ***NPD***-Gruppierung nur wegen der bevorstehenden politischen Auseinandersetzung um die ***NPD***-Demo (27.2.99) und erklärte: *„Die SPD-Fraktion ist nicht bereit, unter diesen Umständen mit der **NPD** über Wünsche... zu diskutieren"* (MOZ).

Politische Verantwortungsträger haben in fast allen Städten der Uckermark eine unrühmliche Rolle gespielt. Peter Schauer (SPD), Bürgermeister von Schwedt, hat jahrelang die Existenz einer Naziszene verleugnet und gleichzeitig mit ihnen verhandelt und dabei AntifaschistInnen ausgegrenzt und kriminalisiert. Eigene Aktivitäten gab es eigentlich nur in Sorge um den guten Ruf in der Stadt oder „gegen Gewalt". Selbst das „Bündnis für eine weltoffene, tolerante und gewaltfreie Stadt Angermünde" hörte sich auf seinem ersten Treffen im Frühjahr 1998 erst einmal geduldig die politischen Ausführungen der anwesenden ***NPD***-Vertreter (**Reinholz**, **Dahlig**) an. In der Auseinandersetzung um Aktionen gegen die ***NPD***-Demo am 27. Februar 1999 hatten nicht wenige BündnisvertreterInnen wesentlich mehr Befürchtungen wegen antifaschistischen „Gewalttätern" als vor dem geplanten Naziaufmarsch. Die Haltung der Gewerbetreibenden der Region zeigt sich z.B. in der fast einhelligen Ablehnung der „Aktion Noteingang" in Schwedt und Angermünde, die sich teilweise sogar in massivem Widerstand äußerte.

Wenn es in Schulen, politischen Institutionen oder Verwaltungen politische Diskussionen über faschistische Aktivitäten in der Uckermark gibt, so beschränken sich diese in der Regel auf wahrnehmbare Gewalttaten bzw. auf mittlerweile deutlich erkennbare Strukturen. Insbesondere rassistische Wertorientierungen in der ganz „normalen" Bevölkerung und der rechtsextreme Mainstream in der Jugendszene werden dabei überhaupt nicht thematisiert.

## Ausblick

Daß sich **Sven Hansen** in einem solchen gesellschaftlichen Klima sehr wohl fühlt, ist nur zu gut erklärbar. In der Uckermark wird deshalb im Zuge des Landtagswahlkampfes wohl eine neue Stufe der rechtsextremen Aktivitäten zu erwarten sein. Hier tritt u.a. Jörg Hähnel als NPD-Kandidat an.
Die Verharmlosung und Unterschätzung rechtsextremistischer Organisationen/Aktivitäten und Gewalttaten haben in der Uckermark bereits weit um sich gegriffen. Vielleicht wird es zu spät sein, wenn die zuständigen Ämter der Stadt, und auch die BewohnerInnen dieser Region die Augen öffnen und endlich begreifen, was passiert bzw. noch passieren wird...



**DEUTSCHE LIGA**
**FÜR VOLK UND HEIMAT**
- Landesverband Berli.:/Brandenburg -

16294 Schwedt Postfach 100 432

Schwedt den 15.05.99

Einladung zur DLVH Sonnwendfeier
am 19.06.99 ab 20.00 Uhr
Treffpunkt:Joachimsthal, Parkplatz vor dem
Feriengebiet "Grimnitzsee"
Treff zw.19.00 und 19.20 Uhr besetzt

Die Feier ist eine geschlossene Veranstaltung für geladene Gäste!
Uniformierungen und auffällige Abzeichen sind nicht gestattet!

Übernachtungsmöglichkeiten bitte vorbestellen:

"Kaiserbahnhof" Tel.: 033361/71027
Pension
Familie Heilmann Glockenstr.10 16247 Joachimsthal Tel.033361/462
Familie Kleinow Zorndorferstr.11 b 16247 Joachimsthal Tel.033361/4821
Familie Welck Töpferstr.4? 16247 Joachimsthal Tel.033361/521
Hotel am Werbelinsee Seerandstr.10 16247 Joachimsthal Tel.033361/227

Mit kameradschaftlichen Grüßen
A. Beiersdorf



# Bernau

**Bernau ist eine Kleinstadt mit 24.000 EinwohnerInnen im Nordosten Brandenburgs nahe bei Berlin.**

Es gibt in Bernau keine bekannten organisierten Nazistrukturen. Dennoch gab es immer wieder verschiedene Rekrutierungsversuche bzw. Versuche, Nazistrukturen aufzubauen. Für das Scheitern dieser Versuche gibt es mehrere Ursachen. Ein Grund findet sich bei den Bernauer Nazis selber, die kein Interesse an politischer Arbeit zeigen. Zum anderen liegt das an den Verhältnissen (Positionierung der Stadtverwaltung, kulturelle Möglichkeiten für rechtsorientierte Jugendliche) in Bernau.

## Die Situation in den Klubs und anderen Jugendtreffpunkten

Die Bernauer Jugendeinrichtungen – GuWa (Gurkenwasser), Villa, DOSTO, Klub am Steintor, Waschspüle, Junge Gemeinde, Jellow, Frischluft – lehnen eine Arbeit mit Nazis ab. Es gibt Unterschiede insofern, daß sich GuWa, Villa, DOSTO, Junge Gemeinde durch das Publikum und die daraus resultierenden Inhalte als links bzw. AntiNazi verstehen. Bei den anderen Einrichtungen ergibt sich die Haltung durch die MitarbeiterInnen sowie einem „demokratischen" Grundverständnis oder aus den Vorgaben der Träger. Zwischen den Einrichtungen existiert ein reger und regelmäßiger Austausch unter den MitarbeiterInnen. Es werden pädagogische Konzepte diskutiert und bewertet. Im Rahmen dieser Diskussion wurde z.B. der Ansatz der „akzeptierenden Jugendarbeit" mit Rechten in Bernau abgelehnt. Bei diesem Austausch kommt auch zur Sprache, welches Publikum zur Zeit die jeweilige Einrichtung besucht, welche Probleme auftreten und wie damit umgegangen werden kann. Dadurch ist es möglich, frühzeitig negative Entwicklungen – in Richtung rechts – in den Klubs zu erkennen und entsprechend zu reagieren.
Im Herbst 1997 versuchten Nazis, einen Jugendclub in Bernau zu unterwandern. Ein im „Jugendclub am Steintor" auf ABM-Basis beschäftigter Sozialarbeiter, der auf „nationale Werte" bedacht ist, hatte Nazis im Schlepp-

tau, die ihre Unterstützung anboten. Ihnen wurde Hausverbot erteilt, die ABM-Kraft fristlos gekündigt und der Klub vorübergehend geschlossen. Nach entsprechenden Hinweisen reagierte die Stadtverwaltung schnell und hatte durch entschlossenes Handeln einen wesentlichen Anteil daran, daß der Unterwanderungsversuch der Nazis scheiterte.
Von den Angehörigen der rechten Szene Bernaus wird die Situation selber so empfunden, daß sie sich aus den Jugendeinrichtungen ausgegrenzt fühlen. Die einzigen Treffmöglichkeiten, die sie nutzen können, sind Kneipen, wie z.B. ***Weißer Hirsch*** und andere öffentliche Räume, wie z.B. die Bahnhofspassage. Im ***Weißen Hirsch*** treffen sich eher die älteren Rechten, während in der Bahnhofspassage vor allem die rechten „Kids" abhängen.

## Naziparteien und Organisationen

Es gibt kaum Informationen über die Existenz von Orts- bzw. Kreisverbänden oder anderen Basisorganisationen von rechten Parteien in der Stadt. Im Sommer 1998 gab es Bestrebungen, eine Parteiorganisation des ***Bund Freier Bürger (BFB)*** aufzubauen. Zur Kommunalwahl trat die Person, die sich dabei stark engagierte, als Einzelkandidat in einer Bernauer Nachbargemeinde (Schwanebeck) an.
Die ***Deutsche Volksunion (DVU)*** und die ***Republikaner (REP)*** traten nur im Zuge der Bundestagswahlen 1998 in Erscheinung. Sie ließen Postwurfsendungen verteilen, schafften es aber nicht, eigene Leute in Bernau zur Wahl zu stellen. Die ***REP***s versuchten außerdem noch mit Aktivisten aus Eberswalde zu plakatieren – dies aber auch ohne Erfolg.
Die ***Nationaldemokratische Partei Deutschlands/Junge Nationaldemokraten (NPD/JN)*** hat dagegen mehr Ausstrahlung – vor allem auf Jüngere. 1998 waren in Bernau zwei Parteimitgliedschaften bekannt. Dennoch haben sie Schwierigkeiten, akzeptiert zu werden, haben wenig Zulauf und sind unbeliebt. Während der Wahlen 1998 tauchten vermehrt Aufkleber auf, und es wurde auch erfolglos plakatiert. Dabei waren die Plakatierer – zwei PKWs mit acht Leuten- nicht aus Bernau. Daß es weiterhin Kontakte in Richtung ***NPD/JN*** gibt, bezeugen aber Aufkleber, die Ende April 1999 in Bernau verklebt wurden. Weitere Aktivitäten waren nicht zu verzeichnen. Eine Beteiligung Bernauer Nazis an ***NPD***-Aufmärschen ist nicht bekannt.

## Kameradschaften – auch in Bernau

1998 hat sich eine ***Kameradschaft Kreis Barnim*** gegründet. Der Kern besteht aus ca. sechs Leuten, die sich vom ***Kameradschaftsbund Barnim*** wie auch der ***NPD*** abgrenzen und jede Zusammenarbeit ablehnen. Sie verstehen sich als Skinheads, als *„deutsche Patrioten"*, und nicht als Nazis. Sie wollen nicht politisch arbeiten, sondern sehen sich mehr als sozialer Zusammenhang mit Partys, Unterstützung im Alltag und *„für einander da sein"*. Die meisten von ihnen haben längere „Knasterfahrung" – von Körperverletzung bis zu Totschlag -, sind im Alter von Anfang bis Mitte 20 und haben die üblichen Alltagsprobleme; d.h. sie haben keine abgeschlossene Ausbildung, keine Arbeit und leben von Sozialhilfe. Die meisten von ihnen sind Familienväter und auf Bewährung. Soweit bekannt, geht momentan von ihnen in Bernau keine Gewalt gegen AusländerInnen etc. aus. Gründe dafür liegen in erster Linie bei ihren Bewährungsstrafen. Es handelt sich bei der Kameradschaft um eine







Clique, die keine Lust auf Zulauf, insbesondere nicht auf Jugendliche, hat.
Der ***Kameradschaftsbund Barnim*** (Eberswalde) hat in Bernau bisher wenig agiert. Allerdings tauchten im April 1999 selbstgefertigte Aufkleber der Kameradschaft um den Bahnhof herum und in Richtung Berufsschule auf. Daher besteht die Vermutung, daß ein oder mehrere Leute aus deren Umfeld die Berufsschule in Bernau besuchen.

In den Gemeinden um Bernau existieren rechte Gruppen, die auch innerhalb der Stadt agieren. So wurden an Himmelfahrt 1999 fünf Leute von 16 Rechten ( neun Männer, sieben Frauen) angegriffen. Dabei wurden zwei von den Angegriffenen verletzt. Zwei Passantinnen, die eingriffen, konnten die Nazis vertreiben.

## Kulturelle Situation

In Bernau kann man von einer Dominanz nichtrechter bis linker jugendkultureller Aktivitäten sprechen. Es gibt verschiedene jugendkulturelle Szenen, die sich von Nazis und Rechten abgrenzen, z.B. Skinhead-, Party-, Hip-Hopszene.... Die einzige Möglichkeit in Bernau für Rechte, sich kulturell zu engagieren, ist der private Raum.
Seit 1993 findet jedes Jahr um den 8. Mai ein antifaschistisches Straßenfest in Bernau statt. An dem Fest beteiligen sich verschiedenste Gruppen und Initiativen aus der Stadt und dem Umland. In diesem Jahr fand um das 7. antifaschistische Straßenfest herum die zweite Antifa-Woche statt. Durch die Antifa-Woche, das Straßenfest oder ein Antifaschistisches Fußballturnier wird versucht, die StadtbewohnerInnen für die Problematik zu sensibilisieren. Gleichzeitig wird eine Basis für Bündnisse und Diskussionen geschaffen. Leider sind dennoch auch in Bernau Rechtsextreme im Straßenraum präsent und prägen so das Stadtbild mit.
Durch jahrelange Bündnisarbeit und Mitarbeit in verschiedenen Gremien der Kommune sind linke Positionen in der Stadt fest verankert. Es gibt inzwischen die Möglichkeit, die Kommunalpolitik mit zu gestalten. Selbstverständlich hat dieser Einfluß seine Grenzen, dennoch stellte er sich als sehr wirksam heraus.

## Öffentliche Institutionen

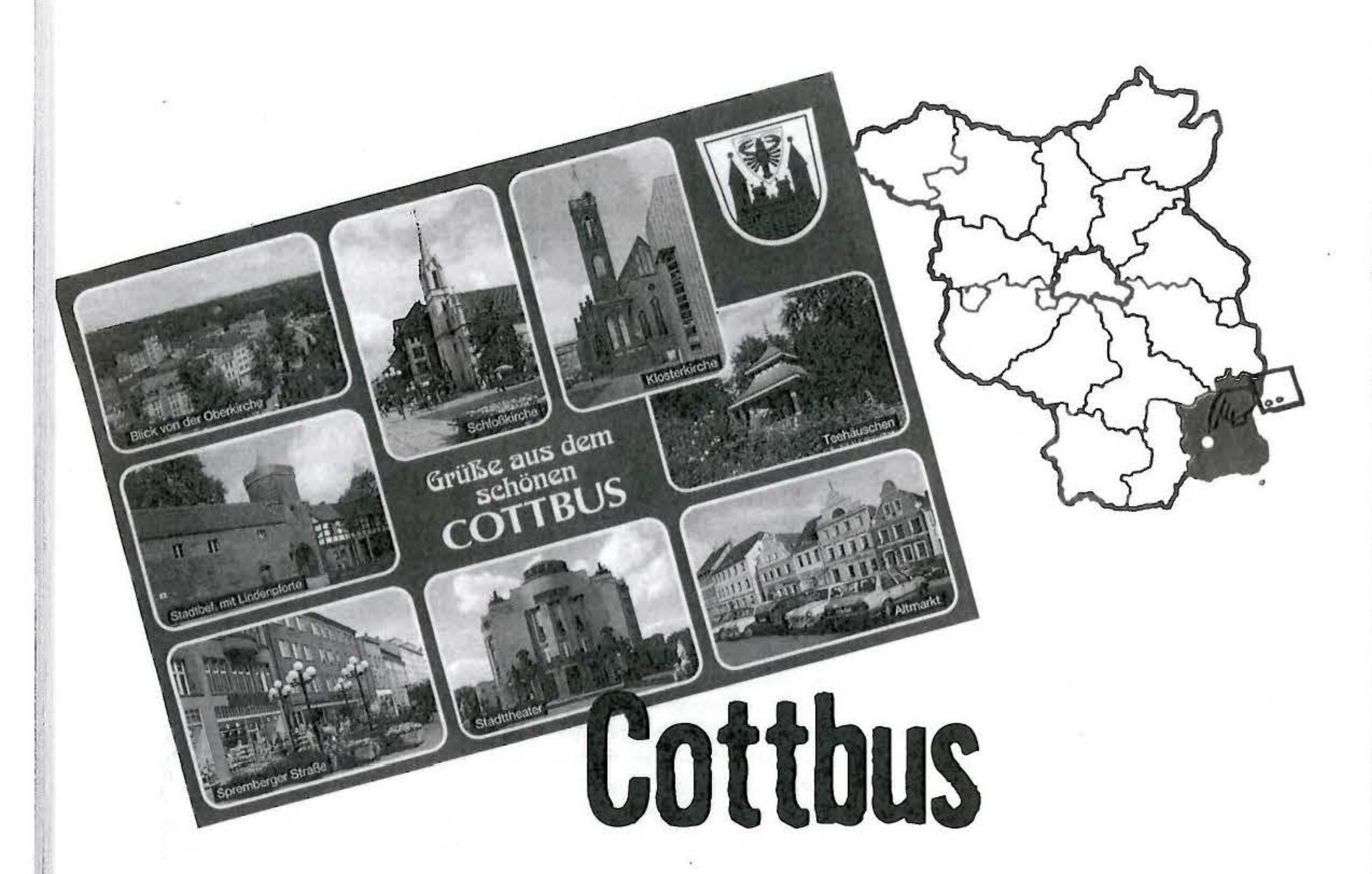
Die Position der Polizei und Justiz in Bernau ist gegenüber Rechtsextremen relativ eindeutig. Es wird, wenn sie etwas mitbekommen, durchgegriffen und ermittelt. Seit dem Bernauer Polizeiprozeß, bei dem mehrere Beamte der Bernauer Wache wegen Mißhandlungen von VietnamesInnen verurteilt wurden, gab es in der Bernauer Polizeiführung keine Tendenzen mehr, rassistische Übergriffe zu vertuschen bzw. deren Aufklärung zu verschleppen.
Es gibt aber auch in Bernau wie in allen anderen Brandenburger Städten einen Rückhalt in der Bevölkerung für rechtsextreme und rassistische Verhaltensweisen und Ideologien. So gab es Bestrebungen der CDU und SPD, das Denkmal für die Opfer des Faschismus abzureißen, womit sie in der Stadtverordnetenversammlung jedoch scheiterten. Und der Chef des „Gewerbevereins Bernauer Innenstadt" bezeichnete „Rechte" bei einer öffentlichen Podiumsdiuskussion zum Thema „Zivilcourage und Aktion Noteingang" im Februar 1999 als *„die Juden von heute"* und forderte, die *„Rechten nicht so sehr auszugrenzen"*. Desweiteren versucht speziell die CDU, gegen – aus ihrer Sicht – linke Projekte zu unternehmen. So stellt sie in regelmäßigen Abständen Inhalte und Finanzierungen von diesen Projekten in Frage.



## Eine positive Ausnahme

Organisierten Neonazis gelang es bisher – noch – nicht, in Bernau Fuß zu fassen und Strukturen aufzubauen, auch wenn deutlich ist, daß es eine unorganisierte rechte Szene in Bernau gibt. AntirassistInnen und AntifaschistInnen in der Stadt setzen jedoch mehr auf eigenes Agieren – z.B. durch Veranstaltungen, Konzerte, Partys – statt darauf, nur auf Nazis zu reagieren. So gibt es in Bernau nicht die pure „Anti-Nazi-Arbeit", sondern auch das Bewahren eigener Möglichkeiten politischen Handelns. Diese Chance besteht nur, weil es keine festen Nazistrukturen gibt, von denen Gefahr ausgehen würde. Damit ist die Stadt in Brandenburg eine absolute Ausnahme.






# Cottbus

**09. 02. 99**
**10 – 15 Nazis greifen den Jugendclub Haus der Freizeit an und schlagen mehrere Leute. Die herbeigerufene Polizei kommt eine halbe Stunde später.**

**12. 02. 99**
**Ca. zehn Nazis versuchen, sich Einlaß im Gladhouse zu verschaffen, als ihnen das nicht gelingt, laufen sie die Straße der Jugend auf und ab, grölen Parolen und brechen in den Eine Welt Laden ein.**

**17. 02. 99**
**Ein Jugendlicher wird gegen 19.00 Uhr auf der Bahnhofstr. von zwei Nazis beschimpft und ins Gesicht geschlagen.**

**24. 02. 99**
**Bei einem Fußballturnier der 1. Gesamtschule wird einer der Turniergewinner von einem Nazi verfolgt, mit „Zecke" beschimpft und ins Gesicht geschlagen.**

*„Bekannt als Stadt der Parke, des Cottbuser Postkutschers und der Bundesgartenschau 1995 ist Cottbus heute eine lebendige, überschaubare Großstadt mit Charme, Traditionen und Lebensqualität"*[1] im Südosten des Landes Brandenburg. Die etwa 113.000 glücklichen EinwohnerInnen – das macht immerhin 752 pro Quadratkilometer – und die vielen TouristInnen erholen sich im nahe gelegenen Spreewald. Aber auch die Braunkohletagebaue der Umgebung und die weit verbreitete sorbische Folklore werden gern besichtigt. Also alles im grünen Bereich... Kann es in dieser Stadt eine rechtsradikale Szene geben?

Cottbuser Vertreter von Politik, Polizei und Sozialarbeit sind sich in dieser Frage nicht ganz einig. Bürgermeister Bernhard Neisener (SPD) meint: *„Cottbus steht bei rechtsextremistischen Aktivitäten im Vorderfeld,"*[2] behauptet aber auch gleich darauf, die Stadt habe alles im Griff. Der stellvertretende Polizeipräsident Klaus Zacharias ist anderer Ansicht, seines Erachtens ist bereits alles geklärt: *„Wir haben erfolgreich den organisierten Rechtsextremismus eingedämmt."*[3] Der Sozialarbeiter Jörn Meyer, Geschäftsführer des Jugendhilfe e.V., kann das wiederum noch steigern. Er wehrt sich *„vehement"* gegen die Behauptung, *„daß es in Cottbus eine linke und rechte Szene gibt"*. [4]
Um Verwirrung vorzubeugen, sei vorweg gesagt: Ja, es gibt eine rechtsextreme Szene in Cottbus. Im folgenden wird versucht, diese darzustellen.





## NPD/JN

Die ***Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)*** und ihre Jugendorganisation ***Junge Nationaldemokraten (JN)*** haben in Cottbus feste Strukturen aufgebaut, die sich jedoch im Gegensatz zu anderen Städten relativ bedeckt halten. Einen ihrer wenigen öffentlichen Auftritte in Cottbus hatte die ***NPD*** am 6. Juni 1998. An diesem Tag verteilte eine Gruppe Nazis in der Cottbuser Innenstadt ***NPD***-Flugblätter. Angereist war auch der Berliner Nazifunktionär **Oliver Schweigert**.
Trotz der Zurückhaltung in der Öffentlichkeit ist die NPD äußerst aktiv und beeinflusst die Entwicklung der gesamten Naziszene in Cottbus. Sie stellte z.T. eigenes Propagandamaterial zur Verfügung, finanzierte aber auch ein Flugblatt des ***Arbeitskreises Heimatschutz Cottbus***. Dieses Flugblatt wurde im August und September 1998 an Cottbuser Schulen verteilt. Zu ihrem Parteitag, zu Aufmärschen in Dresden, Rostock und Frankfurt (Oder) organisierte die ***NPD*** Fahrten und konnte dazu im Schnitt 50 Cottbuser Nazis mobilisieren
Ein Großteil der rechtsextremen Szene in Cottbus ist am ehesten als Sammlung von Cliquen zu beschreiben. Cliquen, die z.T. an Jugendklubs, Schulen, Kneipen, Wohnvierteln festzumachen sind. In diesen Gruppen sind genauso in der ***NPD*** organisierte wie unorganisierte Nazis zu finden. Die ***NPD***-Strukturen sind in der Lage, auf dieses Umfeld Einfluß auszuüben und eine Entwicklung voranzutreiben. Es wird ideologisch geschult, Propagandamaterial und Geld zur Verfügung gestellt sowie Fahrten organisiert. Seit Mitte 1998 tendieren die Cliquen dazu, sich stärker zu vernetzen. Interne Flugblätter luden zu gemeinsamen Treffen ein oder riefen zu organisierten Übergriffen auf.

## Wanderjugend Gibor

1997/98 tauchten Aufkleber des ***Hagal-Bundes*** und der ***Deutschen Wanderjugend*** auf. Als Anschrift diente das Postfach des ***Jungen Nationalen Spektrums (JNS)***, der Jugendorganisation der mittlerweile aufgelösten ***Nationalen***, verantwortlich zeichnete **Udo Hempel**; ehemals ***JNS***-Chef. Seit 1998 ist die ***Wanderjugend Gibor*** vom Land Brandenburg ausgehend hier, in Berlin, Sachsen und Thüringen aktiv. Die „Leitstelle" Brandenburg ist in Cottbus ansässig. Als Anschrift der „Zentralen Koordination" wird ebenfalls ein Postfach in Cottbus genannt.
Die Aktivitäten der ***Wanderjugend Gibor*** sind in der Tradition der verbotenen ***Wiking-Jugend (WJ)*** zu sehen, auch wenn sie sich nicht so offensichtlich wie diese als am Nationalsozialismus orientiert darstellt. Ebenso wie ***WJ*** hat sie ein Selbstverständnis als „Elite der deutschen Jugend". Es werden Ausflüge, Wanderungen und Lagerfeuer angeboten, wo volkstümlich gesungen und getanzt werden darf. Dazu kommen neuheidnischer Germanenkult, Rassismus und völkischer Nationalismus. Die ***Wanderjugend Gibor*** gibt eigene Rundbriefe heraus, die neben Erlebnisberichten auch allgemein-politische Statements enthalten, die eine deutliche Sprache sprechen. Desweiteren bestehen gute Kontakte zur ***NPD*** und zur ***Jungen Landsmannschaft Ostpreußen***, mit denen gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt werden.
Derzeit verfügt die Wanderjugend über wenig Mitglieder. Mit ihren Flugblättern, die hauptsächlich in Schulen und Jugendklubs verteilt werden, werden aber zunehmend Kinder und Jugendliche angesprochen und mit gemeinsamer Freizeitgestaltung, Naturerleben etc. angeworben.

## Kampfbund Deutscher Sozialisten

Am 1. Mai 1999 gründete sich in Neuendorf bei Cottbus der ***Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS)***. Mitinitiator: Der Cottbuser Nazikader **Frank Hübner**, ehemaliger Bundesvorsitzender der verbotenen ***Deutschen Alternative (DA)***. In seiner Gründungserklärung sieht sich der ***KDS*** als *„Diskussions- und Kampfforum"* mit dem Ziel der *„Annäherung 'rechter' und 'linker' Sozialisten"*.[5] Auf völkisch-nationalistischer Grundlage wird eine Zusammenarbeit von Nazis und z.B. nationalistischen KommunistInnen angestrebt.
So ist der (Ex-)KPD-Funktionär **Michael Koth** ebenfalls Gründungsmitglied. **Koth** verfolgte die Zielstellung des ***KDS*** schon mit seiner Tätigkeit für die rechtsextreme, geschichtsrevisionistische Zeitschrift ***Sleipnir*** des ***Berliner Verlages der Freunde***. Ein weiterer ***KDS***-Initiator ist **Thomas Brehl**. **Brehl** war Anfang der 80er Stellvertreter **Michael Kühnens** bei der verbotenen ***ANS/NA*** (Hauptziel der ***Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten*** war die erneute Gründung und Legalisierung der ***NSDAP***). Brehl war maßgeblich beteiligt am ***Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf***

**26.03.99**
**In einem Hotel in Vetschau findet eine NPD-Veranstaltung mit 80 TeilnehmerInnen statt.**

**03. / 04. 04. 99**
**30 – 40 Faschos treiben sich in Schmellwitz rum, lungern vor Hauseingängen, bepöbeln Leute.**

**04. 04. 99**
**Zwischen 16.00 und 18.00 Uhr verteilen drei Faschos in Schmellwitz NPD-Flugblätter in Briefkästen.**

**06.04.99**
**Gegen 20.00 Uhr verfolgen drei Faschos auf Mopeds drei Jugendliche bei Sielow und beschimpfen sie unter anderem mit „Zecke verrecke".**

**09.04.99**
**Die national gesinnten Insassen von 18 Autos versammeln sich an der Spremberger BP- Tankstelle und bedrohen willkürlich andere Menschen. Danach fahren sie nach Welzow, um einen eher von**

Frank Hübner sitzend vor Frank Schwerdt



**alternativen Jugendlichen besuchten Jugendclub zu überfallen. Diese hatten ihn allerdings 5 Minuten zuvor verlassen, so daß es zu keinen Übergriffen kam. Die Faschos fuhren sich aufgrund ihres Alkohohlspiegels statt dessen selbst in den Straßengraben.**

**10.04.1999**
**Ein Tunesier wird in einer Straßenbahn von mehreren Nazis bedroht und geschlagen. An einer Haltestelle in Sachsendorf schmeissen sie den Mann aus der Bahn.**

**12.04.1999**
**Zwei ausländische Schüler der 8. Gesamtschule in Sachsendorf werden von einer Gruppe Nazis geschlagen. Besonders der Direktor der Schule tut sich auch dieses Mal mit Nicht-Verhalten hervor.**

**16.04.1999**
**In einem Keller in Schmellwitz wird ein Hip Hopper von drei Nazis mehrmals ins Gesicht geschlagen**

**17.04.99**
**Ca. 40-50 Anhänger des „nationalen Widerstandes" machen sich auf den Weg nach Frankfurt (Oder), um dort an einer NPD-Demo teilzunehmen. Außerdem fährt ein Bus des Unternehmens THÖNES-Reisen mit ca. 40 Kameraden aus dem Cottbuser Umland ebenfalls zu diesem Event. Das gleiche Busunternehmen ermöglichte am 27. Februar ca. 80 Kameraden die Teilnahme an der NPD-Demo in Angermünde.**

**17.04.99**
**Abends treffen sich abermals sechs Autos, vollbesetzt mit Nazis, in Welzow und beschimpfen und bedrohen Jugendliche.**

**20.04.99**
**Um des „Führers" Geburtstag zu feiern, trieben sich in der Nacht vom 20. zum 21. größere Gruppen von Nazis Parolen grölend auf der Straße rum. 35 von ihnen wurden festgenommen und durften den Rest der Nacht in Gewahrsam verbringen.**

**23.04.1999**
**Ca. 30-40 Nazis wollen den Jugendclub Haus der Freizeit an-**

***Hitlers*. Hübner** und **Brehl** betätigten sich bereits gemeinsam in der ***Nationalen Initiative Freiheit für Gottfried Küssel***, dem wegen NS-Wiederbetätigung bis zum Sommer 1999 in Österreich inhaftierten Chef der ***Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition (VAPO)***. **Frank Hübner** gehört zu den Neonazis der ersten Stunde in Brandenburg und verfügt über gute bundesweite Kontakte. Mit dem ***KDS*** drängt er jetzt nach Inhaftierung und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Mitte der 90er Jahre wieder ins Rampenlicht zurück.

## Die Republikaner

Neben den Organisationen der militanten Naziszene existiert auch ein ***Kreisverband Cottbus/ Spree-Neiße der Republikaner***, der keine große Rolle spielt. Er macht sich nur durch sehr seltene Postwurfsendungen bemerkbar. Zu Wahlen wurde der stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbandes **Andreas Beckmann** als Kandidat aufgestellt und erhielt spärliche Medienresonanz.

## Nazi-Subkultur: Blood & Honour

In Cottbus ist eine Gruppe von etwa 20 Skinheads aktiv, die dem rechtsextremen ***Blood & Honour***-Spektrum zuzurechnen ist. Am 21. Juli 1998 wurden zwei Nazis, **Kleibert** und **Kruse**, an der deutsch-polnischen Grenze festgenommen. Sie hatten eine größere Anzahl zum Verkauf bestimmter CDs von Nazibands bei sich, die beschlagnahmt wurden. Einen Teil der CDs erhielten sie allerdings in der Zwischenzeit zurück – sie sollen trotz eindeutiger Covers und Texte nicht indiziert gewesen sein.

## Nazibands und -konzerte

***Frontalkraft*** ist eine überregional bekannte Cottbuser Naziband. Sänger der Band ist **Sten Söhndel**. **Söhndel** wurde zu Zeiten der ***Deutschen Alternative*** als **Hübners** „Ziehkind" angesehen. Er war in der ***DA*** mitverantwortlich für Jugendarbeit. Heute spricht er in seinen Texten von der nationalen Revolution: *„Doch wenn der Sturm sich erhebt/ Und dein Glanz wieder lebt/ Dann bist du* (also: Deutschland) *frei./ Doch wenn der Sturm sich erhebt/ Stolz die deutsche Fahne weht/ Dann bist du frei."* [6] Eine CD mit ***Frontalkrafts*** Nazirock wird bundesweit über Katalog vertrieben. Die Konzerte der Band im Umland und in Sachsen ziehen bis zu 300 Nazis an. **Söhndel** und ***Frontalkraft*** sind erkennbar in die Aktivitäten von ***NPD*** und ***JN*** involviert: So lud beispielsweise die ***NPD Frontalkraft*** ein, bei einer Wahlkampfveranstaltung in Sachsen aufzutreten.
Nazikonzerte, wie Anfang der 90er Jahre, finden in Cottbus seit einigen Jahren nicht mehr statt. Als Veranstaltungsorte wurden lieber Räume von Dorfkneipen wie in Massen bei Finsterwalde und Drewitz bei Guben genutzt, ebenso ein rechter Jugendklub in Spremberg und die ***Diskothek Wodan*** in Mücka bei Niesky (Sachsen).




## Geschäfte und Kneipen

Zur Infrastruktur der Naziszene gehören auch Läden und Kneipen. Das ***Top Five*** in der Stadtpromenade führt in seinem Sortiment die übliche Hooliganausstattung. Über einen längeren Zeitraum waren in diesem Laden u.a. T-Shirts mit Nazi-Aufschriften zu erwerben. Nach Beschwerden aus der Bevölkerung wurden diese aus dem öffentlichen Verkauf genommen und sind seitdem neben CDs und anderem Propagandamaterial unter der Hand erhältlich.
Das ***Trinkhaus Nr.1*** war eine (inzwischen geschlossene) Kneipe in der Innenstadt, die sich seit 1997 zu einem Treffpunkt der Cottbuser Naziszene entwickelt hatte. So kam es in Verbindung mit dem ***Trinkhaus*** immer wieder zu Übergriffen und Ausschreitungen. Die Kneipe ***Zur Windsbraut*** in Cottbus-Sachsendorf hat heute die gleiche Bedeutung als Sammelpunkt. Vorwiegend an den Wochenenden treffen sich in den Kneipen größere Gruppen von Nazis, die von dort ausgehend die nähere Umgebung terrorisieren.

## Fußball

Bei Spielen des Zweitbundesligisten FC Energie Cottbus gibt es Fanblöcke, in denen rechtsextreme Symbole gezeigt und Parolen gerufen werden. Bei Spielen wird rechtsextreme Propaganda (CDs und Zeitschriften) verkauft, ausländische Spieler werden von rechten Energiefans beschimpft, und im Zusammenhang mit Spielen von Energie Cottbus kommt es immer wieder zu rechten Übergriffen, wie beispielsweise am 27. Februar 1998. Nach einem Auswärtsspiel sammelten sich etwa 50 Nazi-Hooligans auf dem Cottbuser Busbahnhof. Sie stürmten die nahe gelegene alternative Kneipe Marie 23 und verprügelten Gäste. Danach zogen sie zum alternativen Jugendbegegnungszentrum, bewarfen es mit Steinen, brüllten Parolen und verklebten Aufkleber der ***JN***.
Zu Ausschreitungen kam es ebenfalls am 13. April 1998, als Energie Cottbus gegen den FC St. Pauli spielte. Die Busse der St. Pauli Fans – die als politisch links gelten – wurden mit Steinen beworfen. Zuvor wurden im Stadion Aufrufe für die ***NPD***-Kundgebung am 1. Mai 1998 in Leipzig verteilt und überall waren schwarz-weiß-rote Fahnen zu sehen. Im Anschluß an das Fußballspiel verließ eine Gruppe von etwa 150 Neonazis unbehelligt das Stadion der Freundschaft, sammelte sich vor dem alternativen Jugendbegegnungszentrum, bewarf es mit Steinen und zerstörte dadurch Fenster. Die einige Zeit später eingetroffene Polizei beschränkte sich darauf, die Neonazis in Richtung Stadtmitte abzudrängen.

Es bleibt während und nach solchen Fußballspielen nicht ‚nur' beim Verteilen von Nazi-Propagandamaterial und beim Angreifen von Häusern und Kneipen. Es werden auch gezielt Menschen überfallen, die von ihrem Aussehen her politisch links eingestellt scheinen. So wurde am 24. Oktober 1998 nach einem Energie-Cottbus-Spiel ein junger Mann in seinem Auto angegriffen, weil er ein Pali-Tuch trug und Punk-Musik hörte.
Der Afrikaner Amadou Moudachirou, Spieler beim Energie Cottbus, hat jetzt die Konse-



COTTBUSER, AUFGEWACHT:

DENN ES REICHT!

Wo sind Eure Stimmen gegen die fortschreitende Einwanderung von Volksfremden in unsere Stadt, gegen Sozial- und Arbeitsplatzabbau, Mietwucher, ausufernde Kriminalität oder die Verwahrlosung von Volk und Heimat? Wo sind Eure Rufe, wenn (nicht nur in Cottbus) die nonkonforme Jugend rigoros verfolgt wird, Hausdurchsuchungen und Versammlungsverbote in bewährter Stasimanier an der Tagesordnung sind und die gleichgeschaltete Presse gegen Andersdenkende lügt und hetzt, daß sich sprichwörtlich die Balken biegen? Was sagt Ihr, wenn hingegen Treffpunkte krimineller Punker, perverser Sexisten und gewalttätiger kommunistischer Chaoten als „alternative Jugendprojekte" von städtischen Behörden finanziell gefördert werden? Schweigt Ihr aus Angst vor den Häschern der bundesdeutschen „Wortpolizei" oder weil Ihr es nicht besser wißt?

WIR ABER WOLLEN EINE ZUKUNFT -

und wir wünschen, daß wir unseren Kindern irgendwann eine schöne und sichere Heimatstadt bieten können. Deswegen fordern wir ein Cottbus, in welchem Kriminalität und Gangstertum bekämpft, die Verfremdung und sittliche Verrohung gestoppt und der Jugend eine positive Perspektive geboten wird. Wir fordern zudem Meinungsfreiheit und das Recht, über die Zukunft unserer deutschen Heimat diskutieren zu dürfen, ohne Versammlungsverbote, Maulkorberlasse und Hausdurchsuchungen befürchten zu müssen. Wir rufen alle Cottbuser auf, an der Gestaltung der Zukunft in unserer Stadt mitzuwirken und gemeinsam gegen Spießertum, kommunistischen Kleingeist und multikulturellen Vielvölkerbrei anzutreten. Wollt Ihr uns, der Jugend, nur Schulden- und Müllberge, Dönerbuden, Konsumcenter und Betonsiedlungen hinterlassen?

Hoffentlich nicht!

Cottbuser, organisiert den nationalen Widerstand! Werft die antideutschen Reaktionäre endlich aus ihren Amtsstuben! Unsere Heimat ist uns zu wertvoll, um sie frechem Gesindel zu überlassen!

NICHT LINKS!
NICHT RECHTS!
DEUTSCH!

*Dieses Flugblatt wurde von Cottbuser Schülern und Studenten sowie jungen Arbeitern und Arbeitslosen mit Unterstützung der NPD finanziert und verteilt.*
Kontaktanschrift: Arbeitskreis Heimatschutz Cottbus, PF 523, 03005 Cottbus

**greifen. Die anwesenden Jugendlichen können das aufgrund ihrer personellen Überlegenheit verhindern.**

**27.04.1999**
**Die Nazis unternehmen einen zweiten Versuch, das Haus der Freizeit anzugreifen und haben diesmal Erfolg. Ein Teil der anwesenden Jugendlichen kann fliehen, zwei werden im Inneren der Gebäudes zusammengeschlagen.**

**30.04.1999**
**Bei einem Schulfest am Niedersorbischen Gymnasium wird einer Frau von Nazis ins Gesicht geschlagen. Die anwesende Gruppe der Nazis grölt auf dem Schulhof Parolen, pöbelt Leute an und zeigt den Hitlergruß. Keiner der Anwesenden ist geneigt einzugreifen, die betroffene Frau verläßt aufgrund der sich zuspitzenden Situation das Gebäude durch den Hinterausgang.**

**01.05.1999**
**In Cottbus gründet sich unter Beteiligung von Frank Hübner (Vorsitzender der mittlerweile verbotenen Deutschen Alternative) ein Kampfbund Deutscher Sozialisten. Sie verstehen sich als „Diskussions- und Kampfforum auf der Basis des gemeinsamen Bekenntnisses zu Volk und Nation" und sind „parteiunabhängig". (Zitate sind der Langener Erklärung" entnommen)**

**08.05.1999**
**Bei einer Gartenparty in Schmellwitz werden die anwesenden Hip Hopper von sieben Nazis belästigt.**

**Ebenfalls in Schmellwitz findet in einer Wohnung eine Nazi-Party statt. Einige der Gäste benehmen sich im Laufe des Abends im Trinkhaus Nr. 1 daneben. Der genervte Besitzer ruft die Polizei. Da diese den Ort der Party schon einmal aufgrund von Ruhestörungen kannte, fuhr sie die Nazis zu ihren Kameraden zurück.**

**09.05.1999**
**Gegen 12.00 Uhr laufen ca. zehn Nazis „Sieg Heil" und „Ausländer**

**Raus" grölend unter dem wachsamen Auge des Gesetzes durch den Cottbuser Bahnhof. Später begleitet die Polizei, an diesem Tag sogar mit einem Hubschrauber ausgestattet, ca. 50 Reichskriegsflaggen tragende Nazis zum Stadion der Freundschaft, wo an diesem Tag das Fußballspiel Energie Cottbus gegen St. Pauli stattfindet. Kurz vor Ende des Spieles verläßt eine größere Gruppe das Stadion und greift die Busse der Pauli Fans an, einige Scheiben gehen zu Bruch.**

**Auf dem Weg vom Stadion werden auch einige Scheiben des Eine Welt Laden Hauses zerstört.**

**Gegen 17.30 Uhr sammelt sich eine Gruppe von 50 – 70 Nazis auf dem Busbahnhof. Diese Gruppe bewegt sich gezielt zum Jugendbegnungszentrum des Vereins für ein multikulturelles Europa in der Bahnhofstraße. Auf dem Weg jagen sie noch einige Jugendliche. Die Nazis versuchen in das Haus des Vereins einzudringen, zerstören Fensterscheiben beschimpfen und bedrohen die sich im Haus befindlichen Jugendlichen.**

**Die Polizei läßt sich herab, auch mal vorbeizuschauen, die Nazis erst einmal abzudrängen, um sie später in Kleingruppen wieder durchzulassen. Eine Anzeige des Vereines wollen die anwesenden Polizisten nicht aufnehmen. Sie halten den Vorfall auch nicht für so bedeutend, daß sie eine Presseerklärung herausgeben. Auf Nachfrage von JournalistInnen betonen sie auch, daß nur ein Drittel der Festgenommenen Cottbuser seien.**

**11.06.1999**

**In der Straßenbahnlinie 2 werden gegen 19.00 Uhr zwei Jugendliche von zwei Nazis angepöbelt. Den Jugendlichen werden außerdem Schläge angedroht. Die Nazis singen rassistische Lieder. Als sie an der Stadtpromenade aussteigen, treffen sie auf andere nationale Mitstreiter und singen gemeinsam weiter.**

**Gegen 21.00 Uhr wird in einer aus Sachsendorf kommenden Straßenbahn eine Gruppe von elf afrikanischen Asylbewerbern, die sich in Begleitung von sieben deutschen**




quenz aus diesem Zustand gezogen. Er verläßt den Verein. Die Gründe für seinen Umzug nach Karlsruhe sind Rassismus, Fremdenhaß und Pöbeleien außerhalb des Stadions.

## Schulen und in Jugendklubs

Eine rechtsorientierte Ideologie und ihr Lifestyle wurden in Cottbus wie auch in vielen anderen Städten zu einer prägenden „Kultur" für Jugendliche. Die Aktionsfelder der rechtsextrem orientierten Jugendlichen sind natürlich Schulen und die Jugendklubs.

Jugendliche Nazis treten an den meisten Schulen in Erscheinung. Oft sind sie in der Lage, Diskussionen an der Schule oder im Unterricht zu beeinflussen. Immer wieder werden Flugblätter verteilt.

Die LehrerInnen stehen dieser Situation meist hilflos gegenüber, ignorieren sie oder versuchen sie abzuwerten. Öffentlich zur Sprache gebracht wird sie selten, und wenn, dann nur in Hinblick auf die ausgeübte Gewalt. So werden wohl auch in Zukunft rechtsorientierte SchülerInnen zunehmend Schulen dominieren.

> **Cottbus bleibt *deutsch!***
> Schöner Wohnen in Cbs.
> Aktion „Dreck muß weg"

Am 27. März 1998 kam es an der 1. Gesamtschule in Sandow zu einem brutalen Überfall auf einen Schüler afghanischer Herkunft. Während des Unterrichts stürmte ein maskierter Mann in die Klasse, während ein zweiter Mann an der Tür wartete. Der erste schlug gezielt auf den Schüler ein, der schwere Verletzungen erlitt. Nur ein anderer Schüler versuchte, einzugreifen. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Dieser Vorfall ist nur ein Höhepunkt der rechtsextremen Vorfälle an Cottbuser Schulen.

Ebenso sind in den meisten Cottbuser Jugendklubs jugendliche Nazis anzutreffen. Sie treten in größerer Zahl auf, bedrohen und diskriminieren mittels physischer und psychischer Gewalt andersdenkende und -aussehende Jugendliche, die so aus den Klubs hinausgedrängt werden. Diese Entwicklung wird im allgemeinen von den BetreiberInnen und Angestellten hingenommen.

Die Diakonie unterhält in Cottbus-Sachsendorf den Jugendklub ***Flash 29***. Schon 1997 fiel der hauptsächlich von rechten Jugendlichen besuchte Klub auf. In dem Sozialzentrum, in das der Klub integriert ist, sind außerdem ein Behindertenverein und eine Flüchtlingsberatungsstelle ansässig. Dort und im Umfeld des Klubs kam es wiederholt zu Übergriffen durch Nazis. 1998 wurde **René Koswig** als ABM-Kraft eingestellt. **Koswig** war stellvertretender Vorsitzender der ***DA***. Mittlerweile wird der Klub ausschließlich von jugendlichen und schon aus ***DA***-Zeiten bekannten Nazis besucht.

> Null Bock auf *Schwindlers Mist!*
> **Schluß mit der rassistischen Anti-Deutschen-Hetze in Presse, Funk und Film!**
> Deutsche, wacht auf!

Die einzigen Reaktionen auf das Öffentlichmachen der Tatsache, daß **Koswig** als ABM-Kraft in einem Jugendklub tätig ist, waren zum einen die Aussage eines anderen Jugendhilfeträgers, dies sei Personalangelegenheit der Diakonie, da mische man sich nicht ein, und zum anderen die Aussage der Diakonie, Koswigs Anstellung sei Sache des Arbeitsamtes.

## Ein großes rechtes Potential

Einschränkend muß gesagt werden, daß sich die Darstellung der rechtsextremen Szene in diesem Beitrag hauptsächlich an Organisationsstrukturen orientiert. Ein rechtsextremes Weltbild ist aber nicht in erster Linie an eine Parteimitgliedschaft o.ä. gebunden. Rassistische und nationalistische Vorstellungen sind gesellschaftlich soweit akzeptiert, daß sich rechtsextreme Ideologie auch ohne Zutun beispielsweise der ***NPD*** reproduzieren kann. Und um solch ein Weltbild gewalttätig umzusetzen, bedarf es auch keines Parteibuches in der Tasche. Die Funktion rechtsextremer Parteien und Vereinigungen besteht zum großen Teil darin, in den rechten Mainstream ordnend einzugreifen und seine Organisation zu fördern.

Cottbus verfügt über ein großes Potential an rechtsextrem Orientierten. Es ist zu beobachten, daß sich die einzelnen Jugendlichen und Cliquen, auch durch den Einfluß von ***NPD*** und ***JN***, zunehmend vernetzen und handlungsfähige Organisationsstrukturen entwickeln. Momentan wäre es noch falsch zu behaupten, die Naziszene würde in der Stadt generell eine Hegemonie ausüben. Sie versucht es, und in einigen Räumen dominiert sie bereits: in bestimmten Jugendklubs und Wohnvierteln, in Schulklassen, im FC-Energie-Fanblock... In ihrem Kampf um die Hegemonie und in der aggressiven Verdrängung von allem und allen Nicht-Rechten ist die Naziszene soweit, daß sie zum einen für eine große Zahl Jugendlicher prägend ist und gesagt werden kann: Rechts ist 'normal'. Zum anderen ist es für AusländerInnen, Linke, nicht-rechte Jugendliche (lebens)gefährlich, sich in der Stadt zu bewegen. Zudem muß Cottbus bei fehlender Intervention damit rechnen, daß rechtsextreme Organisationsstrukturen weiter ausgebaut werden, daß das rechtsextreme Potential in dieser Stadt gebündelt wird und in die Lage kommt, in politische Auseinandersetzungen einzugreifen.

Ob es der Stadt gelingt, diese Entwicklung aufzuhalten, bleibt offen, meint doch z.B. ein städtischer Politiker, Jugendliche seien rechts, weil das deutsche Nationalbewußtsein nicht genügend gepflegt werde: *„Nationales Selbstwertgefühl, das offene Bekenntnis zur deutschen Nation ist den demokratischen Parteien der Mitte abhanden gekommen. (...) Auch so macht man den rechten Rand stark und eine Protesthaltung salonfähig."*[7] Der das sagt, heißt **Wolfgang Bialas**, ist CDU-Kreisvorsitzender und städtischer Beigeordneter für Recht, Sicherheit und Ordnung.

Quellen:
1) Informationsbroschüre der Cottbuser Stadtverwaltung
2), 3), 4) Lausitzer Rundschau, 2.6.1999
5) Langener Erklärung, Gründungsaufruf des KDS
6) Frontalkraft, „Wenn der Sturm sich erhebt"
7) Lausitzer Rundschau, 18.5.1998



**Frauen befanden, von 20 – 25 Nazis angegriffen. Die Nazis steigen in der Gelsenkirchner Allee ein, grölen „Ausländer raus", beschimpfen die Frauen mit „Rassenschande" und beginnen auf die Asylbewerber einzuschlagen. Höhe Thiemstraße wird eine Notbremse gezogen, die Nazis steigen aus und bewerfen ihre Opfer mit Steinen. Die Gruppe der Angegriffenen fährt noch zwei Stationen und läuft bis nach Sandow, um von dort den Krankenwagen zu alarmieren. Dann kommt auch endlich die Polizei.**

**Drei der Opfer müssen im Krankenhaus behandelt werden, eine schwangere Frau muß einige Tage dort verbringen. Als die drei mit dem Nachtbus ins Heim zurückfahren, werden sie wiederum von einer Gruppe Nazis angepöbelt.**

**Gegen 22.00 Uhr grölt eine Gruppe von Nazis im Bereich Straße der Jugend / Busbahnhof „Hoch die nationale Solidarität".**

**12.06.1999**

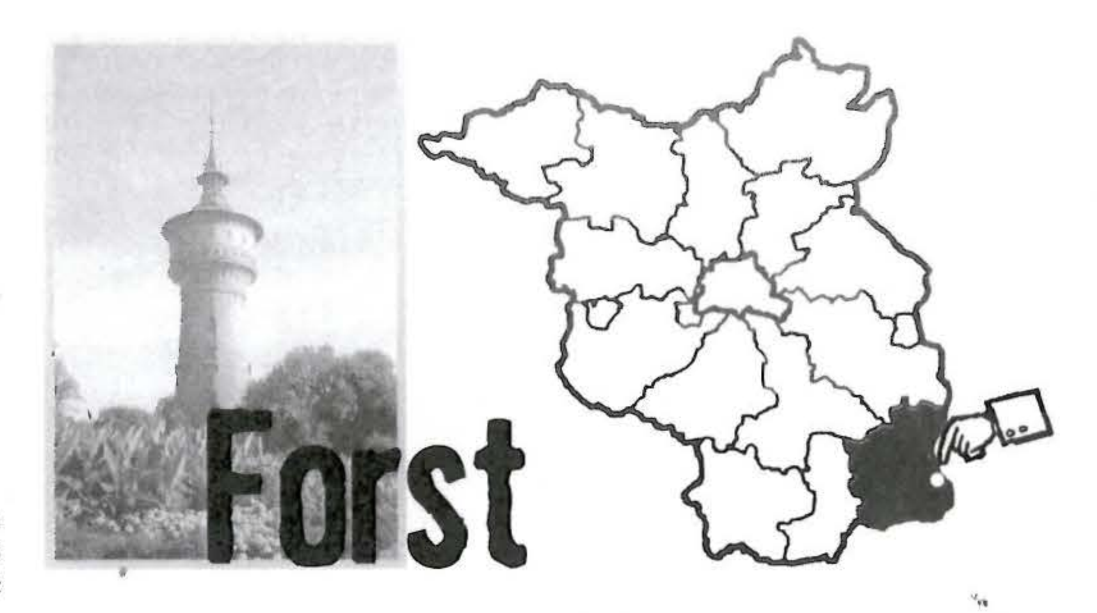
**Vor einem Hauseingang in Madlow werden zwei Jugendliche mit „Scheiß Zecken" beschimpft.**

**18.06.1999**

**Gegen 0.45 Uhr greift eine Gruppe von 10 – 15 Nazis das Jugendbegnungszentrum in der Bahnhofstr. 45 an. Sie grölen Parolen, zerstören Fensterscheiben, versuchen die Tür aufzubrechen, klettern die Fassade hoch. Die Polizei kommt nach zwei Telefonanrufen gegen 1.00 Uhr vorbei, und begrüßt die Jugendlichen im JBZ mit den Worten: „Was habt denn Ihr schon wieder gemacht?".**

**Am Abend hatte es wieder einmal ein Fußballspiel des 1. FC Energie Cottbus gegeben, nach dem schon größere Gruppen von Nazis / Hooligans Parolen grölend, die Straße der Jugend entlanggezogen sind.**

**Diese Chronologie erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit**



# Forst

**Rassistische Übergriffe, Pöbeleien und Provokationen von Nazis sind auch in Forst keine Seltenheit**

**Am 24. 10. 1998**
**griffen 15 Nazis aus Guben einen hauptsächlich von Punks besuchten Jugendclub an. Die Inneneinrichtung wurde zerschlagen, drei Personen verletzt und 400 DM gestohlen.**

**Am 13. 05. 1999**
**versuchen 12 Nazis zwei Punks zu verprügeln, diese können aber entkommen. Mit beteiligt ist der 20jährige Thomas Müller, der durch das Tragen von Blood & Honour Stickern auffällt und verantwortlich ist für das Verteilen von NPD Propagandamaterial. Am selben Vormittag fahren zwei vollbesetzte Gubener Autos Reichskriegsflaggen schwenkend durch Forst.**

**Pfingsten 1999**
**veranstaltet der NIX e. V. zum wiederholten Mal ein Pfingst Camp, bei dem am Samstag 20 Nazis aus Berlin auftauchen. Sie provozieren mit „Sieg Heil" Rufen, rassistischen Sprüchen und tragen White Power T – Shirts. Die VeranstalterInnen unternehmen nichts und spielen die Ereignisse auf Anfrage herunter. Auch 1998 war das Camp Anlaufpunkt für Nazis aus Berlin und Königs Wusterhausen gewesen. 1998 schlugen diese Nazis auf dem Bahnhof in Lübbenau zwei Asylbewerber, die den gleichen Zug nutzen wollten, zusammen. Auch hier reagierten die VeranstalterInnen nicht, mit der Begründung, sie wissen nicht, ob das Nazis seien.**

Forst ist eine Kleinstadt, ca. 15 Kilometer östlich von Cottbus, an der Grenze zu Polen.
Die Stadt stand über mehrere Jahre in dem Ruf eher „links" zu sein, seit einiger Zeit ändert sich das. Die Nazis agieren offener und gewalttätiger, bauen eigene Treffpunkte und Strukturen auf und aus.

## Zunächst eine Auflistung von bekannten Nazis in Forst:

**Maik Rattey** ist seit ungefähr acht Jahren in der Nazi – Szene aktiv und pflegt einen Großteil der Kontakte zu Kameradschaften in Berlin, Guben, Weißwasser und Cottbus. Sein Bruder gehört der ***Kameradschaft Treptow-Berlin*** an.
**Sebastian Görlitz** (22 Jahre) ist seit ca. sechs Jahren aktiv und pflegt vor allem Kontakte nach Berlin und Guben. Außerdem verteilt er regelmäßig ***NPD***-Propagandamaterial.
**Nico Fietzke**, **Andrew Konradi**, **Annett Müller**, **Sven Arldt** und **Sebastian Strieg** waren in der 1991 gegründeten ***Kameradschaft „Heereskomando Forst"*** aktiv und an dem Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in Schwarze Pumpe im August 1991im beteiligt.
Zur Wahl im September 1998 traten auf der ***DSU***-Liste Spree-Neiße **Walter Gärtner** (Kaufmann), **Bernd Miethe** (Geschäftsführer) und **Siegfried Gärtner** (Kaufmann) an. Der Schornsteinfeger **Andreas Beckmann** aus Groß-Schacksdorf kandidierte für die ***Republikaner***.

## Nazi-Treffpunkte sind Diskotheken, Cafés und Clubs

Die Discothek ***„Donnerbalken"*** in der Teichstraße ist seit einigen Jahren zu einem festen Treffpunkt der Rechten aus Forst und dem Umland geworden. Von hier gingen öfter Übergriffe aus. So wurden hier zum Beispiel am 22. Februar 1999 zwei Asylbewerber von 30 Nazis eingesperrt, bedroht und mißhandelt. Die Besitzerin sah keine Veranlassung, einzugreifen, statt dessen brachte sie den Opfern ein Telefon mit abgerissenem Kabel und den Worten, sie könnten ja die Polizei rufen.
Das ***Billard Cafe Transit*** im Stadtteil Keune, in der Triebener Straße wird seit Mitte letzten Jahres von Nazis als Anlaufpunkt genutzt. Hier probt seit einigen Monaten auch eine Nazi-Band. In dieser noch unbenannten Band spielen u. a. der 19jährige **Andreas Weber**, der 1998 ***Ku-Klux-Klan*** und ***NPD***-Aufkleber verteilte, und der 20jährige **Andreas Marco** aus Groß Jamno, der an diversen Übergriffen, u. a. am 22. Februar 1999 im ***Donnerbalken*** beteiligt war. Cafébesitzer **Harald Jagode** ist des öfteren mit rassistischen Bemerkungen aufgefallen.
Das von der Stadt finanzierte und drei Sozialarbeiter beschäftigende Schülerfreizeitzentrum ist aufgrund des relativ jungen Publikums – vor allem 15jährige – seit ca. zwei Jahren das perfekte Rekrutierungsfeld für Forster Nazis. Die zwischen 15 bis 18 Jahre alten Nachwuchs-Nazis sind mittlerweile alle in dem Nazitreffpunkt ***Billard Cafe Transit*** eingebunden. Seit kurzem scheint sich auch die Gaststätte ***„Beyers"*** in der Gubener Straße zu einem Treffpunkt für sonntägliche Treffen auch überregional aktiver Nazis zu entwickeln, so wurde z. B. auch **Matthias Meißner** aus Guben auf diesen Treffen gesehen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der feste Kern von ca. 25 Nazis überaus gut organisiert ist und intensive Kontakte in andere Städte Südbrandenburgs und Sachsens pflegt. Gefestigt werden insbesondere Kontakte zu ***Blood & Honour***-Strukturen und zur ***NPD***. Dies zeigt sich auch darin, daß Gubener Nazis zu Angriffen und Aktionen nach Forst anreisen.



# Frankfurt (O)




## Zwischen Altenheim und Truppenübungsplatz

**Selbst offizielle Stellen schaffen es nicht mehr, das Ausmaß rassistischer Gewalt und rechtsextremer Aktivitäten in der deutsch-polnischen Grenzstadt völlig zu verschweigen. So mußte das Polizeipräsidium der Stadt zugeben, daß es alleine im Jahr 1998 42 rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten registrierte ... Und das ist nur die Spitze des Eisbergs.**

Die Bundestags- und Kommunalwahlen am 17.September 1998 brachten für die Frankfurter ***NPD***-AktivistInnen einige Erfolge mit sich. Mit einem Stimmergebnis von 1,3 % erreichte die ***NPD*** im Wahlkreis Frankfurt das zweithöchste Ergebnis im Land Brandenburg und ist außerdem durch den 19jährigen **René Wegner** mit einem Sitz in der Stadtverordnetenversammlung der 76.000 Einwohnerstadt vertreten. So wurden bereits eine Woche nach der Bundestagswahl TeilnehmerInnen einer Menschenkette, die sich gegen den Einzug der ***NPD*** ins Rathaus wendete, von ***NPD***-Mitgliedern angegriffen.

Einer Hauptdrahtzieher der Neonaziszene ist der 24jährige **Jörg Hähnel**, der seit 1996 in Frankfurt eine feste Gruppe von fünfzehn Neonazis und eine Sympathisantenszene von rund 60 rechten Skinheads aufgebaut hat. **Hähnel** ist ein rechtsextremer Multifunktionär: Mitglied im ***NPD***-Bundesvorstand, Kader der ***JN***, mehrfacher ***NPD***-Wahlkandidat, Landesvorsitzender der ***NPD***-Brandenburg, und zu allem Überfluß singt *„der nationale Liedermacher"* auch noch rechte Heimatlieder. Aktuell kandidiert er auf Platz 2 der ***NPD***-Landesliste bei den Landtagswahlen. Die ***NPD***-Gruppe um **Jörg Hähnel**, zu der u.a. dessen „Verlobte" **Mary Ehrenberg** sowie **André Werner**, **René Wegner**, **Christian Steinicke**, **Steffen Werschke**, **Rocco Fetting** und die Brüder **Manuel** und **Robert Schlesinger** gehören, fährt trotz einer nach außen vorgespielten Seriosität eine Doppelstrategie zwischen Strassenterror und Bürgernähe.
Am 14. November 1998 besuchten fünf ***NPD***-Mitglieder, angemeldet als Singegruppe, ein Frankfurter Seniorenheim und trugen den BewohnerInnen Volks-, Heimat- und Soldatenlie-

**12. März 1998:**
**Überfall auf einen polnischen Studenten, der schon 1997 Opfer von Nazischlägern wurde (einer der Schläger war der damals 19jährige Enrico Jahn). Dieses Mal wird er von André Werner und einem weiteren Angreifer mit vorgehaltener Pistole gezwungen, sich fotografieren zu lassen.**

**5. April 1998:**
**Mitglieder und Anhänger der NPD/JN geben sich bürgernah – sie pflanzen Importeichen in Neu-Beresinchen.**

**11. April 1998:**
**Linke Plakatkleber-Innen werden bedroht. Die eintreffende Polizei unternimmt trotz mehrfacher Auffoderung nichts, um die Nazis am Fotografieren der AntifaschistInnen zu hindern (beteiligte Nazis: Jörg Hähnel, Mary Ehrenberg, Steffen Werschke u.a.)**

**25. April:**
**30 Mitglieder und Anhänger der NPD/JN veranstalten einen Infostand im Stadtzentrum, der von AntifaschistInnen behindert wird.**

**27. April 1998:**
**NPD/JN-Anhänger stören einen Infostand der PDS.**

**29. April 1998:**
**NPD/JN-Anhänger versuchen, eine Veranstaltung zum Thema „Kein Mensch ist illegal" an der Viadrina-Universität zu stören, scheitern aber.**

**9. Mai 1998:**
**Eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des 2. Weltkriegs wird von NPD/JNlern mit einem Transparent „Schluß mit der Befreiungslüge" und Parolen gestört. Das Thälmann-Denkmal wurde erneut beschmiert und beschädigt. Es wird von AntifaschistInnen wieder gereinigt.**

**20. Mai 1998:**
**Die PDS-Hochschulgruppe gibt Jörg Hähnel bei einer Veranstaltung mit Gregor Gysi einen Platz auf dem Podium und verhilft ihm so zu Salonfähigkeit.**

der vor. Kurze Zeit später wurde die Truppe wieder aktiv und machte sich daran, einen Kinderspielplatz instand zu setzen.
Am 16. Januar 1999 zogen etwa 40 Faschisten durch die Straßen, um *„Ausländer und Zekken aufzuklatschen"*. Mit dabei mehrere ***NPD/JN***-AktivistInnen, unter ihnen **Mary Ehrenberg**. Am Bahnhof trafen sie auf einen marokkanischen Asylbewerber, den sie durch Schläge und Tritte schwer verletzten.
Dies ist nur ein Beispiel aus jüngster Zeit.


Von links: Matthias Obst, Mary Ehrenberg, Jörg Hähnel.

Immer wieder kam und kommt es zu Übergriffen in Frankfurt. Daran änderte auch eine Gewaltverzichtserklärung nichts, die **Hähnel** noch vor den Bundestags- und Kommunalwahlen 1998 abgegeben hattte.

## Städtische Angebote an die NPD

In Folge der Vorfälle vom 16. Januar 1999 lud dann der Staatsschutz am 21. Januar zu einem sog. Friedensgespräch ein. Initiatoren dieses „Gesprächs" waren der Leiter der Staatsschutzabteilung Maik Zimmermann und Staatsanwalt Joachim Sörries, die sich vorgestellt hatten, daß am Ende eine *„gemeinsame Gewaltverzichtserklärung"* von der ***NPD*** und zwei linken Jugendlichen, die als vermeintliche Anführer der linken Szene mit massiven Druck zur Teilnahme

René Wegner, NPD-Stadtverordneter



an dem Gespräch bewegt worden waren, verabschiedet werden könnte. Dieses Ziel scheiterte: Zum einen wollte sich die ***NPD***-Clique, die ohne **Jörg Hähnel** erschienen war, nicht auf einen Gewaltverzicht einlassen. Sie fürchtet um ihren Einfluß in der gewalttätigen Naziskinszene, wie **René Wegner** offen zugab. Und zum anderen erklärten die linken Jugendlichen das „Gespräch" zur Farce, da damit eine Gleichsetzung von rassistischer Gewalt, rechtsextremer Ideologie und Straßenterror auf der einen Seite und antifaschistischen und antirassistischen Gegenaktivitäten betrieben werde. Außerdem kritisierten sie, daß Rechtsextremismus nicht allein auf die Gewaltfrage reduziert werden dürfe. Vielmehr müsse auch die dahinterstehende Ideologie von Rassismus und Intoleranz thematisiert und aktiv bekämpft werden. Mit kommunalen Gesprächsangeboten an die ***NPD*** würde die Partei und ihre Ideologie dagegen salonfähig gemacht. Bestes Beispiel war „Gespräch" selbst: So nutzte **Mary Ehrenberg** die Gelegenheit, um bei den ebenfalls anwesenden Stadtvertretern für die Idee eines *„nationalen Jugendclubs"* in Frankfurt zu werben. Staatsschutzleiter Zimmermann hielt das Gespräch dennoch für einen Erfolg. Schließlich sei es danach bei einer ***NPD***-Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft nicht zu Auseinandersetzungen mit GegendemonstrantInnen gekommen ... .

Die Umstände dieses *„Friedensgespräches"* zeigen, wie nahe **Jörg Hähnel** seiner Zielvorstellung, die ***NPD*** als politisch gleichberechtigten Partner und Ordnungsfaktor in der Jugendszene zu etablieren, innerhalb weniger Jahre gekommen ist. Erleichtert wird ihm dieser Vormarsch durch den Umgang der politisch Verantwortlichen in der Stadt mit Rechts-





1. Jahrgang Nr. 1/95
Nationaler Beobachter
Rundbrief des Nationalen-Pressearchivs (N.P.A.)

Unsere Parteien verbieten können sie, doch unseren Glauben an Deutschland nicht.

Zeitschrift des nationalen Widerstandes

extremismus – nicht nur von Seiten der Stadtverwaltung, sondern auch in der Staatsanwaltschaft und bei der Polizei. Auch ein zweiter Vorfall in diesem Jahr legt dies nahe. Der Ausschuß für „Kommunale Kriminalitätsverhütung" (KKV) hatte **Jörg Hähnel** im Februar zu einer Sitzung „vorgeladen". Der Anlaß: Ein Brief **Hähnels** an Oberbürgermeister Wolfgang Pohl am 21. Januar, mit dem der 24-jährige versuchte, sich und seine Partei gegenüber der Stadtverwaltung als gleichberechtigte Gesprächspartner in Sachen Jugendpolitik anzubiedern. *„Wir als nationale Deutsche wollen präventiv Entwicklungen vorbeugen, die von den hiesigen Vertretern der Jugendpolitik nicht mehr kontrolliert werden können,"* schrieb **Hähnel** und lud Pohl zu einem Gespräch in den Oderspeicher ein. Mühsam kaschiert **Hähnel** hier eine implizite Drohung: Daß nur die ***NPD*** in der Lage sei, die immer gewalttätiger werdende rechte Szene in Frankfurt in Schach zu halten, und die Stadt daher mit der rechtsextremen Partei reden müsse, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Für **Jörg Hähnel** ein weiterer Schachzug in seinem öffentlich verkündeten Plan, Frankfurt zur *„national befreiten Zone"* zu machen. In einem Konzeptpapier der ***NPD***-Jugendorganisation und Kaderschmiede ***„Junge Nationaldemokraten"***, deren Bundesvorstand **Hähnel** angehörte, heißt es dazu unverblümt: *„Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten (...) Das System, der Staat und seine Büttel werden in der konkreten Lebensgestaltung der politischen Aktivisten der Stadt zweitrangig. Entscheidend wird das Verhalten derer sein, die für die Sache des Volkes kämpfen, unwichtig wird das Gezappel der Systemzwerge sein. Wir sind drinnen, der Staat bleibt draußen. (...)"* Erst nachdem die KVV-Einladung öffentlich und auch von Teilen der SPD heftig kritisiert wurde, wurde **Hähnel** in letzter Minute wieder ausgeladen.

## „Anti-Antifa" und Terror

Der Spagat zwischen Imagepflege und martialischem Vorgehen ist bei **Hähnel** offensichtlich. So trat er beispielsweise im Dezember 1997 gemeinsam mit **André Werner** vor dem Jugendhilfeausschuß des Stadtparlaments auf. **André Werner** sitzt mittlerweile als einer der Köpfe der militanten ***Anti-Antifa*** in Haft. Er hatte am 12. März 1998 einen polnischen Studenten mit vorgehaltener Pistole gezwungen, sich für eine *„Feindkartei"* der Neonazis fotografieren zu lassen. Bei der Durchsuchung von **André Werners** Wohnung wurden u.a. Papiere gefunden, die darauf hindeuten, daß Teile der Frankfurter Naziszene schon länger den Aufbau von Terrorgruppen versuchen. So fand sich u.a. ein Papier mit der Abbildung eines Sturmgewehrs auf einem Hakenkreuz und den Parolen *„Klagt nicht an – richtet!"* Und *„Das Wort tritt in den Hintergrund, es entscheidet die Tat!"*. In einem weiteren gefundenen Flugblatt heißt es: *„Wir sind wieder da/SA/Und daran müßt ihr Euch gewöhnen."* Unterzeichnet war das Papier mit ***„1. SA-Sturm Frankfurt a.d.Oder Horst Wessel"***. Wichtiges Bindeglied für die gesamte Neonaziszene – von gewalttätigen Skinheads bis hin zur ***NPD*** – ist auch in Frankfurt, wie im gesamten Bundesgebiet, die sogenannte ***„Anti-Antifa***-Arbeit". Alle diejenigen, die als Nazi-Gegner öffentlich auftreten, sollen als potentielle Opfer erfaßt werden. Die ***Anti-Antifa***-Arbeit der Frankfurter Nazisszene hat Tradition. Schon das 1993 von **Danny Sowade** gegrün-

**28. Mai 1998:**
**Jörg Hähnel gibt eine öffentliche Gewaltsverzichtserklärung für die NPD/JN ab.**

**29. Mai 1998:**
**Eine Gruppe Jugendlicher wird am Bahnhof von bewaffneten Nazis angegriffen, mit dabei ist Christian Steinicke, der öfter als NPD-Ordner fungiert.**

**29. Mai 1998:**
**Der Frankfurter Frontberichter erscheint. Namen, Adressen, Fotos, Fahrzeug-Kennzeichen etc. von NazigegnerInnen sind darin veröffentlicht.**

**4. Juni 1998:**
**Ein polnischer Student der Viadrina-Universität wird von einem Rechten geschlagen, der anschließend seinen Schäferhund auf das Opfer hetzt.**

**28. Juni 1998:**
**Der NPD-Stadtverband wird offiziell gegründet.**

**1. Juli 1998:**
**Der Versuch von Jörg Hähnel, Steffen Werschke, Christian Steinicke, Mary Ehrenberg und Wegner, eine Sitzung der Plattform gegen Rechts durch ihre Teilnahme zu sprengen, scheitert.**

**August und September 1998:**
**Hochphase des Bundestagswahlkampfes, Übergriffe und Einschüchterungsversuche gegen NazigegnerInnen nehmen zu.**

**13. September 1998:**
**Die Demonstration für ein „weltoffenes Frankfurt" wird von Neonazis provoziert, u.a. mit Marschmusik. Die Polizei guckt zu.**

**18. September 1998:**
**Rassistischer Überfall auf einen britischen Studenten chinesischer Herkunft im Lenné Park.**

**25. September:**
**Aktion der Plattform gegen Rechts „Frankfurter Bürger schützen ihr Rathaus". Die NPD und ihr Gefolge marschieren mit Marschgetrom-**

**mel auf, aus dem Kino wird ein rechtes Transparent gehängt. Es kommt zu Gerangel, Provokationen und Übergriffen. Die Polizei tut nichts.**

**27. September 1998:**
**Die NPD und der BFB ziehen mit jeweils einem Abgeordneten ins Stadtparlament ein.**

**30. September 1998:**
**Ein 34jähriger indischer Asylbewerber wird von einem rechten Jugendlichen aus einer Gruppe von fünfzehn Rechtsextremen zusammengeschlagen.**

**31. Oktober 1998:**
**Zwei Jugendliche werden von einem rechten Überfallkommando angehalten, geschlagen und von Jörg Hähnel nach persönlichen Daten kontrolliert. Es folgen Drohanrufe. Die Betroffenen sind eingeschüchtert.**

**14. November 1998:**
**Hähnel und Gefolgsleute treten als Singegruppe in einem Seniorenzentrum auf.**

**Silvester 98/99:**
**Vier Rechtsextreme pöbeln Gäste einer alternativen Party an und verletzen zwei von ihnen.**

**16. Januar 1999:**
**Nachmittags wird ein 18jähriger pakistanischer Asylbewerber von zehn Rechtsextremen angegriffen und geschlagen. Zwei weitere Flüchtlinge, die dem Jugendlichen helfen wollen, werden ebenfalls**

dete und immer noch als Postfach existierende ***„Nationale Pressearchiv"*** rief zur Sammlung von Adressen und persönlichen Daten von AntifaschistInnen auf und veröffentlichte diese dann auch von 1995 bis 1998 im ***„Nationalen Beobachter"***. Zuletzt erschien 1998 die Doppelnummer 9/10 des ***„Nationalen Beobachters"*** unter dem altbekannten Postfach 533 von **Danny Sowade**.

Seine Fortsetzung fand der ***„Nationale Beobachter"*** 1998 in den zwei Ausgaben des ***„Frankfurter Frontbeobachters"***, einer Nazihetzpostille, in der ebenfalls PDS-Abgeordnete, Grüne und AntifaschistInnen mit Namen und Adressen mit der Aufforderung *„Kameraden, laßt Euch was einfallen"* veröffentlicht wurden. Von **Danny Sowade** ist bekannt, daß er zum engem Umfeld der ***NF***-Nachfolgeorganisation ***Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF*** gehörte und bundesweite Kontakte hat. Die Fortsetzung der ***Anti-Antifa***-Aktivitäten durch das enge Umfeld von **Jörg Hähnel** zeigt auch, daß die ***NPD***-Strukturen die Arbeit der verbotenen Neonaziorganisationen weiterführen. AntifaschistInnen zählten 1998 neun Vorfälle, bei denen bekannte Neonazischläger und „***NPD***-Größen" wie **Mary Ehrenberg** linke oder vermeintlich linke Jugendliche auf offener Straße bedrohten, sie fotografierten und sie zur Herausgabe ihrer Personalien zwingen wollten.



Rocco Fetting: Zur Zeit auf Platz zwei der Länderliste zu den Landtagswahlen und Direktkandidat in Schwedt

## Trotz Knast weiter aktiv

Ein weiterer Frankfurter Neonazi, der für Kontinuität im Terrorspektrum sorgt, ist ***Mike Danowski (geb. Mike Nasetkin)***, der sich mittlerweile ***Mike Selle*** nennt. ***Danowski*** gehört zur „ersten Generation" der Frankfurter Neonaziszene nach 1990. Er kommt ebenfalls aus den Strukturen der ***„Direkten Aktion Mitteldeutschland/JF"***. So war **Danowski** u.a. im Mai 1993 zusammen mit **Sven Lemke** an einem Überfall in Jakobsdorf beteiligt gewesen, bei dem fünfzig Naziskinheads und Hooligans das Dorf überfallen wollten. Wegen versuchten Mordes an einem nigerianischen Flüchtling wurde **Danowski** im Sommer 1993 zu sieben Jahren Jugendhaft verurteilt. Zur Urteilsverkündung erschien **Danowski** in nachgeahmter ***SS***-Uniform. Auch während seiner Haftzeit blieb **Danowski** aktiver Neonazi. In der JVA Schwarze Pumpe bei Spremberg, wo er zuerst inhaftiert war, zählte er gemeinsam mit den Brüdern **Sven** und **Kay Nando Böker** aus Eberswalde und **Michael Schorrat** aus Brandenburg zu den Anführern der rechten Gefangenen. 1995 veröffentlichte **Danowski**, mittlerweile in der JVA Brandenburg, zusammen mit dem dort ebenfalls inhaftierten ***NF***-Mitglied **Maik Fischer** aus Königs Wusterhausen, einen Aufruf zur Gründung von ***„Knastkameradschaften"*** in dem vom damaligen ***NF***-Kader und heutigen sachsen-anhaltinischen ***NPD***-Landesvorsitzenden **Steffen Hupka** herausgegebenen Nazischulungsblatt ***„Umbruch"***. Dort hieß es u.a..: *„Nutzt jede Gelegenheit zur Kontaktaufnahme bzw. Kameradschaftstreffen (Umschluß, Freistunde usw.). Verbringt diese Treffen nicht nur mit Kaffetrinken, sondern führt politische Gespräche, tauscht Erfahrungen und betreibt politische und rechtliche Schulungen (...) Materielle Unterstützung muß von Draußen erfolgen, moralische Solidarität kann auch von Kameraden Drinnen geleistet werden (...)."* Über mangelnde Unterstützung konnte sich **Danowski** während seiner Haft nicht beklagen, er wurde von der Neonaziorganisation ***„Hilfsorganisation für Nationale Gefangene" (HNG)*** betreut. **Danowski** macht seit seiner Haftentlassung im Jahr 1998 nahtlos weiter. Auch wenn diverse Nazigruppen Anfang 1999 vor ihm warnten, weil er ***Hammerskin***-T-Shirts unerlaubt an Nicht-Mitglieder verkauft und Raubkopien von Nazibüchern verkauft haben soll, er gehört – wieder – zum harten Kern der militanten Neonaziszene in Frankfurt. Damit steht er keineswegs alleine da, auch ***NF***-Aktivist **Sven Lemke** nutzte schon seine Hafturlaube, um weiter zu prügeln.

## Der „führerlose Widerstand"

Schon seit längerem sind Teile der Neonaziszene in Frankfurt/Oder dabei, sich nach dem Vorbild der ***Freien Kameradschaften*** um die Hamburger Neonazis **Christian Worch** und **Thomas Wulff** sowie den Göttinger Neonazi **Thorsten Heise** von der ***NPD*** wieder zu lösen. Sie orientieren sich dabei am Konzept des *„führerlosen Widerstands"*, das seit Anfang der 90er Jahre aus den militanten Neonazigruppierungen in den USA nach Europa importiert wurde, und an der englischen Naziterrorgruppe ***Combat 18***. So wurde bei einer Hausdurchsuchung im März 1999 bei dem Neonazi **Andreas B.** ein Papier gefunden, das ähnlich wie die schon bei **André Werner** gefundenen Papiere, die Unzufriedenheit mit dem Kurs von **Jörg Hähnel** und der ***NPD*** dokumentiert. Dort heißt es u.a.: *„Keine Parteien gründen, denn Parteien kann man verbieten, zumal der Erfolg eh ausbleibt. Siehe* ***NPD****. (...) Planung: Eigener Name (evt. SA Sturm Frankfurt, Rechter Terror, Freunde des 30. Januar, ähnliches), keine feste Struktur (Mitgliedsausweis oder Kartei vermeiden), kleine Zellen bilden – erschwert Verbotsverfügungen und Strafverfolgung, Aktionen immer im kleinen Rahmen – wenn diese strafrechtliche Konsequenzen haben könnten. (...) Aktionen können aus dem Bauch heraus erfolgen und müssen keinem Parteiprogramm folgen. Die Führung muß das radikalste Element in der Organisation sein. Es geht nicht das die Führung den Elan der Mitglieder bremst."*








Der NPD-Ortsverband Frankfurt am 27.2.99 in Angermünde

## Aufmärsche, Zeltlager ...

Währenddessen führt **Jörg Hähnel** die Doppelstrategie der ***NPD***-neonazistische Wahlpartei mit „bürgernahem" Image und Integration des militanten Spektrums, u.a. durch Aufmärsche – unbeirrt weiter fort. Am 17. April 1999 versammelten sich etwa 150 ***NPD***-Anhänger in Frankfurt, um zu demonstrieren. Zu den Teilnehmern gehörte auch der ***NPD***-Vorsitzende **Udo Voigt** sowie ein Bus mit Berliner Neonazis. Vorausgegangen war dieser Demonstration ein tagelanges Hin und Her über Verbot oder Nicht-Verbot. Der Zug durch die Frankfurter Altstadt wurde von AntifaschistInnen und GewerkschafterInnen mit phantasievollen Aktionen begleitet. Es gelang jedoch nicht, dessen Durchführung zu verhindern oder wesentlich zu stören. Seitens der städtischen Politik hatte man sich dazu entschieden, einen Kurs des Verschweigens zu fahren und feierte ein „tolerantes Frühlingsfest".

Daß Frankfurts Umgebung eine Menge bietet, wissen auch Nazis zu schätzen. So veranstaltet die ***NPD/JN*** immer wieder Wander- und Campingwochenenden an in der Nähe gelegenen Seen und Wäldern. Diese Vorzüge kennt auch das militante Spektrum. So wurden am 13. Mai 1999 auf einem Truppenübungsplatz bei Frankfurt sieben ***„Ku-Klux-Klan***-Neonazis" festgenommen. Nach Angaben von AnwohnerInnen gab in den vergangen Jahren solche Treffen schon des öfteren. Auch der Helenesee gehört zu den beliebten Ausflugszielen der Frankfurter Naziszene, wie die Verhaftung einer größeren Gruppe von Nazis Mitte Juli1999 am Helensee deutlich macht.

In letzter Zeit tauchten in der Stadt Plakate auf, die sich gegen die von brandenburgischen Gruppen initiierte „Aktion Noteingang" richteten. An Geschäften und öffentlichen Gebäuden prangten Bilder, die das Tor von Auschwitz zeigten und mit der Überschrift „Aktion Noteingang" versehen waren. Den Gipfel der Perversion bildete ein Plakat mit dem Foto des in Guben ermordeten Omar Ben Noui, das die Unterschrift trug: „In Deutschland pflegt man vor dem Eintreten die Tür zu öffnen."

## Die gesellschaftliche Mitte schaut weg

Die Liste der hier aufgeführten Aktivitäten ist nur eine Seite der Medaille. Zu den starken Aktivitäten der ***NPD/JN***-Gruppe und anderen Faschisten gesellt sich auch immer eine Kultur des Wegschauens und Nichtwissen-Wollens der gesellschaftlichen Mitte. Und erst diese Mischung kann letztlich dazu führen, daß **Hähnel** und seinesgleichen relativ ungestört agieren können. Aufschreiartige und hilflose Versuche, die immer dann gestartet werden, wenn es ein größeres Presseecho auf rechtsextreme Aktivitäten gibt, können eine allgemeine Orientierungslosigkeit der politischen Verantwortlichen beim Umgang mit Rechtsextremismus nicht kaschieren. Zwar hat sich auf offizieller städtischer Ebene nunmehr ein Arbeitskreis „Miteinander leben" gegründet, jedoch hat dieser mehr die Funktion einer Beruhigungspille bzw. Schlaftablette. Positiv bleibt zu vermerken, daß es mit der „Plattform gegen Rechts" endlich gelungen ist, verschiedenste Kräfte, die an einer wirklichen Arbeit gegen Rechts interessiert sind, an einen Tisch zu bringen und diesen Kreis mit einer gewissen Aktionsfähigkeit auszustatten.

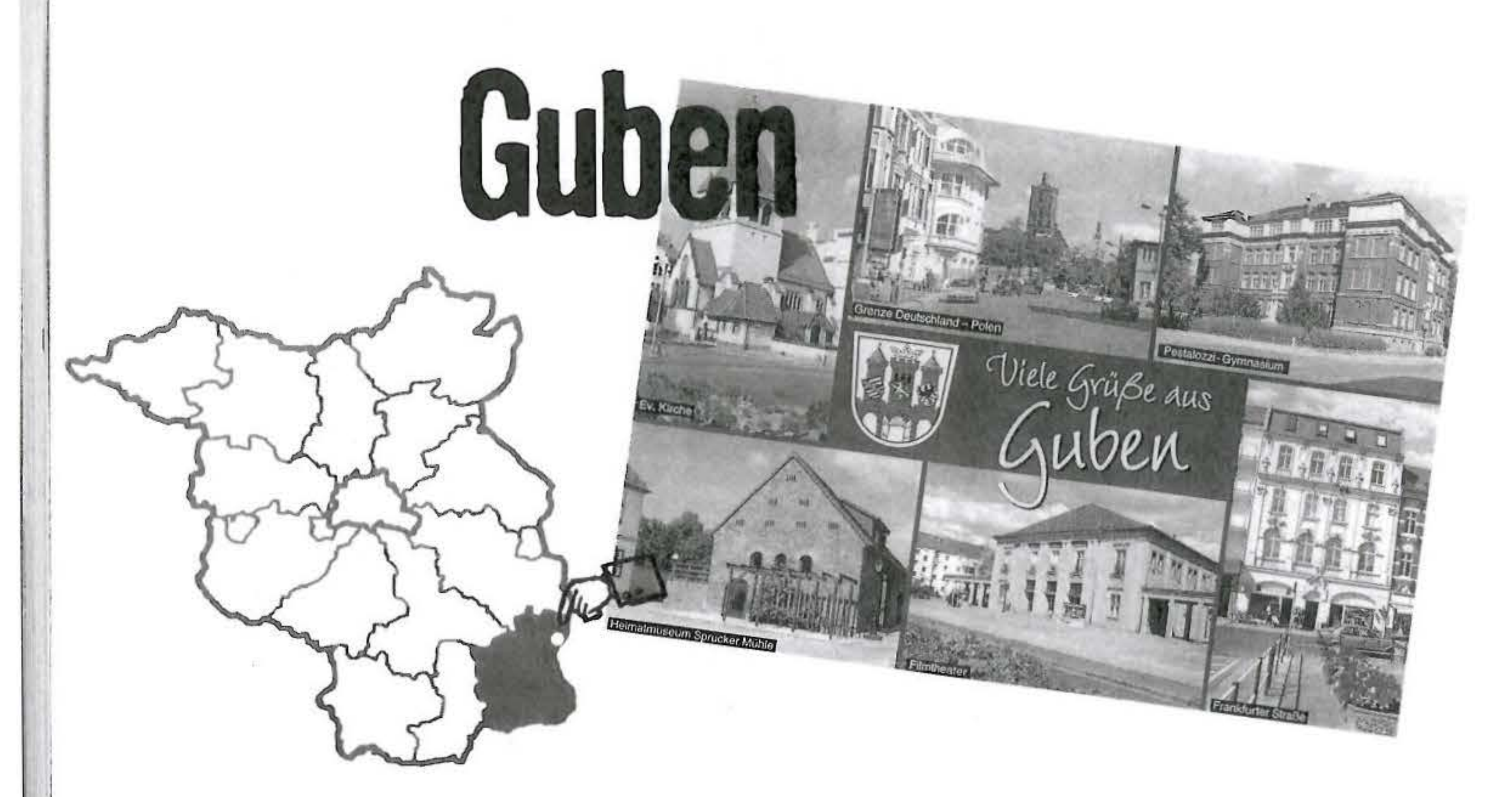
**angegriffen und einer von ihnen wird durch einem Messerstich am Rücken verletzt. Ein marokkanischer Asylbewerber wird von 40 Rechten am Bahnhof angegriffen und durch Schläge und Tritte schwer verletzt. Die Rechten waren den ganzen Tag von der MEGA beobachtet worden, die aber nicht eingriff.**

**17. April 1999:**
**Aufmarsch von 150 NPD/JN-Anhängern durch die Stadt. Redner ist der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt.**

**12. Mai 1999:**
**Ein Nazizeltlager nahe Biegen bei Frankfurt wird von der Polizei aufgelöst. Sieben Nazis zwischen 20 bis 39 Jahren hatten u.a. eine Hakenkreuzfahne und eine Reichskriegsflagge dabei und ein Klu-Klux-Klan-Kreuz aufgebaut.**

**18. Juli 1999:**
**Die Polizei nimmt 23 Neonazis am Helensee fest.**

# Guben




Guben, ist eine Kleinstadt an der deutsch – polnischen Grenze, etwa 50 Kilometer südlich von Frankfurt (O.), mit etwas über 27.000 EinwohnerInnen. Die Arbeitslosenquote beträgt über 22 Prozent. Die Stadt ist in eine Unterstadt (Altstadt) und eine Oberstadt (Sprucke) mit den allseits üblichen DDR – Plattenbauten, Typ P-2, geteilt.

## Kurze Geschichte der Entwicklung der Naziszene in Guben

Eine organisierte Naziszene in Guben entwickelte sich sich aus den sogenannten oppositionellen Kräften der DDR schon Ende 1989.
Damals saßen Punks, Skins, Gruftis und ähnliche Leute aus einem diffusen Anti-DDR-Gefühl heraus zusammen. Mit dem Zusammenbruch der DDR, der sogenannten Wende, differenzierte sich zu diesem Zeitpunkt eine rechte Skinheadbewegung sowie eine antifaschistische Gegenbewegung heraus. Es kam zu ersten Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Jugendlichen, in deren Ergebnis sich die Naziorganisation ***„Gubener Heimatfront"*** mit angeschlossener ***„HitlerJugend"*** und ***„Bund DeutscherMädel"*** gründete.

Bis ca. Ende 1992 machten Mitglieder der ***„Gubener Heimatfront"*** und ihr Umfeld von ca. 200 Personen – u.a. **Jörg Melzer**, **Ingo Deckert**, **Marcel Knappe**, **Jörg Döbler** – durch Aufmärsche und Angriffe auf AusländerInnen und Linke auf sich aufmerksam. Damals bestanden enge Kontakte zu Neonazis aus Cottbus wie **Karsten Wolter** und **René Koswig** sowie zur ***„Deutschen Alternative"*** **(*DA*)** um **Frank Hübner** und **Michael Kühnen**.

Im August 1993 wurde in der Gubener Kneipe ***„Busching"*** der Lausitzer Kreisverband der ***„Nationalen/DL(Deutsche Liga)"*** unter Federführung von **Frank Schwerdt** gegründet. Ab diesem Zeitpunkt wurden verstärkt Jugendliche rekrutiert. Es kam zur Gründung einer ***„Nationalen Jugend"*** mit wechselnden Namen: ***Junges Nationales Spektrum (JNS)*** oder ***Junge Nationale Aktion (JNA)***. Verstärkt fanden Versammlungen der ***„Nationalen"***, später der ***„Jungen Nationaldemokraten"*** **(*JN*)** statt. So gab es wöchentlich, zumeist mittwochs, in der Kneipe ***„Junge Welt"***, Ortsgruppenversammlungen. Mehrmals im Jahr wurde zu sogenannten Großveranstaltungen mit Nazis aus Cottbus, Berlin (**Frank Schwerdt**, **Christian Wendt**) eingeladen. Es fanden Liederabende und Schulungen statt. Eine im August 1994 geplante Veranstaltung mit **Peter Dehoust**, dem Herausgeber von ***„Nation und Europa"***, konnte von Antifas verhindert werden.

Mit der Auflösung der ***„Nationalen e.V."*** Ende 1997 wurde das Gubener ***„JNS"*** in die Organisationsstrukturen der ***NPD*** überführt. Es bildete sich ein Ortsverband der ***JN*** in Guben, der bis heute aktiv ist.

## Aktuelle Nazistrukturen vor Ort

Als Meilenstein in der Entwicklung der Gubener Naziszene muß die Gründung des Lausitzer Kreisverbandes ***Der Nationalen e. V.*** im Herbst 1993 gesehen werden. Der Nazitalentesucher **Frank Schwerdt** hatte erkannt, daß es in Guben zahlreiche rechts anpolitisierte Jugendliche gab und versuchte, sie in eine feste Organisationsstruktur einzubinden.

Ab diesem Zeitpunkt häuften sich Versammlungen der ***„Nationalen"*** in Guben und Umgebung. So fand am 5 November 1994 am Göhlensee in der Kneipe ***„Waldseeidyll"***, ca. 15 km nördlich Gubens, eine Versammlung der ***„Nationalen"*** statt. Es wurden vermehrt Schulungen durchgeführt, um rechte Jugendliche ideologisch mit rassistischen Phrasen zu füttern und so Nazikader vor Ort zu etablieren.

Daß dies mit Erfolg geschehen ist, zeigt die funktionierende Gruppe der ***JN***, die heute den Organisationskern der hiesigen Naziszene bildet. Die Gruppe umfaßt ca. 20 Personen, darunter u.a. **Alexander Bode**, **Steffen Heinze**, **Marcel Preusche**, **Matthias Meißner** und **Jörg „Jogi" Donath**. Bis zu seiner Armeezeit 1998 war der „Chefideologe" dieser Gruppe **Michael Nattke**, ein Ziehkind von **Christian Wendt** und **Frank Schwerdt**. **Nattke** veröffentlichte schon als Gymnasiast eigene Beiträge in der Nazipostille ***„Berlin-Brandenburger-Zeitung"*** **(*BBZ*)**. Seit 1995 nahm **Nattke** auch am offizillen „Runden Tisch Jugend" in Guben teil und stellte Forderungen nach einem *„nationalen"* selbstverwalteten Jugendclub gegenüber der Stadt. Daß diese dem Projekt nicht unbedingt abwehrend gegenüberstand und steht, beweisen zahlreiche Gespräche mit dem jetzigen Bürgermeister Gottfried Hain, dem Chefsozialarbeiter Ingo Ley und anderen Stadtangestellten.

Um den Ortsverband der ***„JN"*** bildeten sich zahlreiche Nazicliquen. Laut Verfassungsschutz gibt es 1997 in Guben fünf rechtsradikale Gruppen mit jeweils 11bis 20 Personen.

Die bekannteste und offensivste Nazigruppe, aus der auch die Verantwortlichen für den Mord an dem Algerier OMAR ben NOUI stammen (siehe Textende), sind personell eng verflochten mit dem bestehenden Ortsverband der ***JN***. Zu nennen sind dabei die heutigen Wortführer **Alexander Bode** und der Nazischläger **Matthias Meißner** sowie **Ronny Schürzeberg**. **Schürzeberg**, ein militanter Naziskin, der in Cottbus aufgrund seiner rechtsextremen Gesinnung aus dem Studium für Sozialpädagogik flog, genießt in der Gubener Naziszene auch wegen seiner Verbindungen im ***Blood & Honour***-Netzwerk großen Respekt.

Auf das Konto dieser Gruppe gehen über 80 zum Teil schwerste Straftaten – Körperverletzungen, Propagandadelikte u.ä.. Ein Teil dieser Delikte wird zur Zeit vor dem Landgericht Cottbus verhandelt. Unter anderem geht es um „erpresserischen Menschenraub, mehrere schwerste Folterungen und verschiedene Raub- und Diebstahlsdelikte im Zeitraum September bis Ende November 1998. Hierzu wird vom Forschungsinstitut für Flucht und Migration Berlin, der Antifa Guben und der AG Flucht und Migration Cottbus demnächst eine Broschüre veröffentlicht.

## Rekrutierungsorte

Die Naziclique um **Alexander Bode** trifft sich an verschiedenen Orten der größten Plattenbausiedlung im Wohnkomplex IX (Sprucke) und dominiert dort größtenteils die Jugendlichen. Wichtige Treffpunkte sind die ***ARAL-Tankstelle***, die Kneipe ***„Junge Welt"*** und der Schul- und Freizeitclubs ***„Haus der Familie"*** sowie das ***„Kinder-Jugend- und Freizeitzentrum KJFZ"***.

Diese Einrichtungen bildeten und bilden ein wichtiges Rekrutierungsfeld für die hiesige Naziszene. Da Naziskins auf den Straßen des Wohnkomplexes IX das öffentliche Erscheinungsbild prägen und große Teile der dort lebenden Bevölkerung rassistische Vorurteile haben, ist es nicht verwunderlich, daß auch die BesucherInnen der örtlichen Freizeiteinrichtungen zumindest tendenziell rechte Meinungen vertreten.



**Alles für Deutschland!**

**Junges Nationales Spektrum**
Postfach 500138, 03165 Guben

Um Jugendliche an rechte Cliquen zu binden bzw. Kontakte aufrecht zu erhalten, werden Mitglieder der ***JN***-Ortsgruppe dazu angehalten, sich bevorzugt in den großen Pausen an den Gubener Schulen (Realschule, Gymnasium/ Haus 2) zu zeigen, Gespräche mit den SchülerInnen zu führen und Propagandamaterial von der ***NPD*** bis hin zu Skinheadfanzines wie ***Foier Frei*** zu verteilen.
Ist der Kontakt erst mal hergestellt, erfolgt die schrittweise Integration neuer Leute vor allem durch Fahrten zu Naziskinkonzerten, Partys und Discos im Gubener Umland, z.B. in Atterwasch, Jänschwalde und Großdrewitz.

So sind die Diskotheken in den Dorfkneipen der Gemeinden Atterwasch und Jänschwalde fest in Nazihand. Dort werden Kontakte zu auswärtigen Nazis, z.B. aus Cottbus, intensiviert

**Frühjahr 1998:**
**Überfall auf zwei Vietnamesen an der Gubener ARAL – Tankstelle, die durch Tritte und Schläge verletzt werden; beteiligt ist unter anderen Matthias Meißner.**

**21./22.06.98:**
**Am Bresinchener See (bei Guben) findet eine Sonnenwendfeier von ca. 20 Gubener und Eisenhüttenstädter Nazis statt. Bei einer Überprüfung durch die MEGA werden verfassungsfeindliche Lieder gesungen, verbotene Aufnäher festgestellt, etc. Die MEGA wollte die Feier auflösen, aber die einsatzführende Gubener Polizei ließ nach Feststellung der Personalien alles weiterlaufen. Eine Dreiviertelstunde später jagten drei vollbesetzte Autos mit Nazis alternative Jugendliche in der Altstadt von Guben.**

**August 1998:**
**Ein Treffen der Jungen Nationaldemokraten in der Gaststätte „Junge Welt" mit über 80 TeilnehmerInnen wird von Potsdamer Polizeieinsatzkräften aufgelöst.**

**September 1998:**
**Spontandemonstration von 40 – 50 südbrandenburger Antifas vor der Nazikneipe „Junge Welt", in der jeden Mittwoch JN- Ortsgruppenversammlungen stattfanden**

**Silvester 1998/1999:**
**Die Naziskins Matthias Meißner, Ronny Penschow („Nessen„), Marcel Knappe, ein militanter Nazi aus der „Gubener Heimatfront" und Stammgast in diversen Knästen, zumeist wegen Körperverletzungen im Alkoholrausch, sowie ein vierter unbekannter Cottbusser provozierten im vorwiegend von Alternativen besuchten Jugendclub „no budget" in der Altstadt, wobei Penschow eine Waffe zog.**

**12./13.2.99:**
**Der algerische Flüchtling Omar ben Noui wird von 14 Gubener Faschisten bei einer rassistischen Hetzjagd getötet. Die Täter sind zum Teil Mitglieder der Gubener JN- Ortgruppe wie Alexander Bode bzw. kommen aus deren Dunstkreis.**

Vor der Hetzjagd gegen 0.30 Uhr wurden eine Antifaschistin und ihr dunkelhäutiger Freund in der Altstadt von den an der Hetzjagd beteiligten Daniel Rauscher und Denny Tarnick verbal mit dem Tod bedroht.
Gegen 5.30 Uhr können die faschistischen Täter unbehelligt von der Polizei mit „Sieg Heil!" – Rufen und Hitlergruß durch die Innenstadt fahrend den Mord feiern.

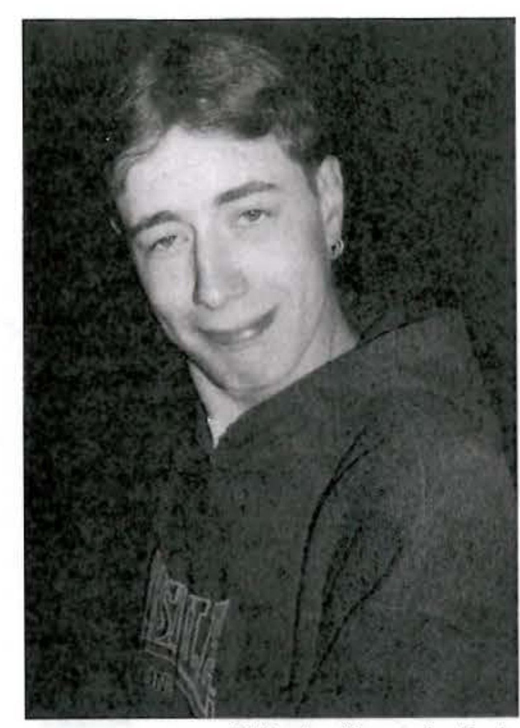
20.2.99:
Auf einen Hinterhof in der Gubener Innenstadt versammeln sich ca. 30 Nazis aus Guben und Umgebung sowie aus Cottbus, ca. 20 weitere sind in der Innenstadt mit Autos unterwegs. Geplant war ein Angriff auf das „no budget". Die Nazis umfuhren gezielt die Polizeisperren umfahren, die Polizei erteilt Platzverweise.

26.2.99:
Zwei Faschisten, Matthias Meißner und Nico Nern, jagen in der Bahnhofsstraße einen schwarzen Flüchtling mit ihrem Auto. Der Mann kann dank des mit Bäumen von der Straße geteilten Bürgersteiges entkommen.

In einer Spielothek in Guben kommt es zu Pöbeleien von Jungnazis gegen vier kurdische Flüchtlinge; unter Polizeischutz werden die vier Kurden zum Flüchtlingsheim geleitet.

27.2.99:
In der Nacht provozieren grölende Nazis vor der selben Flüchtlingsunterkunft mit Sprüchen wie „Kommt raus ihr Schweine".

17.04.99:
Der Nazi Ronny Schürzeberg provoziert am hellichten Tag um ca. 12.00 Uhr mit seinem PKW einen Unfall mit dem Fahrzeug von zwei Antifas. Nach dem Unfall stürmen die vier Naziinsassen auf die Antifas zu, diese können sich mit dem noch fahrbaren Auto in Sicherheit bringen.


JN-Kader Alexander Bode

und in den Sommermonaten regelrechte Treffen und Saufgelage an den umliegenden Seen (Deulowitzer See, Großsee) durchgeführt, bei denen es immer wieder zu Gewaltaktionen kommt.

## Polizei und Stadtverwaltung verharmlosen und gucken weg

Das Verhalten städtischer Stellen in bezug auf rechtsextreme Aktivitäten ist gekennzeichnet durch Wegschauen, Verharmlosen und Untätigsein.
Der Chef der über 30 SozialarbeiterInnen in Guben, Ingo Ley, steht für eine entpolitisierte Jugendarbeit und für eine akzeptierende Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen. In den Augen der Stadt muß Extremismus von beiden Seiten bekämpft werden. Völlig ausgeblendet wird dabei, daß rechte Jugendliche sowieso schon die meisten Freizeiteinrichtungen dominieren und faschistische Kader sich aus diesem Topf ungehindert bedienen. So geschehen beim Gubener ***„Haus der Familie"*** oder der Nazisaufkneipe ***„Junge Welt"***.

Die Analyse und Argumentation der hiesigen Verantwortlichen in der Stadtverwaltung und im Jugendamt ist schlicht – und falsch: Die ganze „Naziideologie" komme sowieso von außen; sie werde von Berliner Nazikadern wie **Frank Schwerdt** und **Christian Wendt** in die Köpfe der armen, quasi gar nicht anders könnenden Jugendlichen transportiert.

Auch die Polizeiwache Guben spielt in diesem Tenor mit, spricht von „kriminellen, aber keineswegs rechtsextremen Jugendlichen". So war nach dem Mord an Omar der Gubener Polizeiwachenchef Lippmann ganz schnell dabei, von einem „unglücklichen Unfall" zu sprechen. Für Lippmann waren die Täter „ganz normale kriminelle Jugendliche". Und: „Wer spricht denn von rechten Gewalttätern?" fragte der Polizeichef empört.

## Verbindungen zu Parteien

Diese bestehen hauptsächlich zur Partei ***Deutsche Soziale Union (DSU)***. In der ***DSU*** sind in Guben etliche maßgebliche Mittelständler organisiert. Zur Kommunalwahl im Herbst 1998 öffnete die ***DSU*** unter Federführung des damaligen ***DSU***-Stadtverordneten ***Adalbert Gloyna*** ihre Liste, auf der dann zwei ***NPD***- Mitglieder aus Guben antraten. Der ***NPD***-Kader **Enrico Schöppke** aus Guben verfehlte nur knapp mit 14 fehlenden Stimmen den Einzug in die Stadtverordnetenversammlung.

## Einschätzung

Die Gubener Naziszene ist breit gefächert. Es gibt einige Nazikader, die „politische Arbeit" machen wollen, und eine in etlichen Cliquen organisierte gewaltorientierte rechte Jugendszene. Seit der Hetzjagd auf Omar ben Noui ist von der ***JN***-Ortsgruppe nicht mehr viel zu sehen. Dafür ist das Mobilisierungspotential der Nazicliquen spürbar gewachsen. Offenbar hat der Mord der rechten Szene zusätzlichen Aufschwung gegeben. Es deutet einiges darauf hin, daß die Organisierung auf eine (oder mehrere) unabhängige Kameradschaft(en) hinausläuft, wie beispielsweise das ***Spree-Neiße-Geschwader Guben 88***.


Ronny Penchow „Nessen"





## Der rassistische Mord an Omar ben Noui

Am frühen Morgen des 13. Februar 1999 verblutete im Hausflur der Hugo-Jentsch-Straße 14 der Algerier Omar ben Noui nach einer rassistischen Hetzjagd durch Gubener Faschisten.
Seinen Ausgangspunkt hatte alles in der Diskothek „Danceland" im Plattenbauviertel in der Sprucke, der einzigen Multi-Kulti-Disko im Ort, mit einem von dem stadtbekannten Nazi **Ronny Penschow** („**Nessen**") angezettelten Streit mit VietnamesInnen, wobei **Penschow** angeblich mit einer Machete verletzt worden sein will. Auf jeden Fall wurde er von Ordnern der Disko vor die Tür gesetzt.

Seine Gesinnungskameraden, insbesondere **Alexander Bode** riefen per Handy Verstärkung , und mindestens drei Autos machten sich sofort auf die Suche nach potentiellen Opfern. So warfen sie die Scheiben von zwei vietnamesischen Restaurants ein und bedrohten in der Gubener Altstadt einen 17jährigen Dunkelhäutigen und seine gleichaltrige Begleiterin mit den Worten: „Wenn wir euch noch mal sehen, machen wir euch tot."
Wahrscheinlich gegen 2.30 Uhr entdeckte die Meute die drei späteren Opfer, die nichts mit der Auseinandersetzung im „Danceland" zu tun hatten, in der Nähe der ***ARAL-Tankstelle*** im Stadtteil Sprucke, einem beliebten Treffpunkt für rechte Jugendliche. Die Nazis begannen sofort eine Hetzjagd auf Omar und seine beiden Begleiter. Die mörderische Flucht endete im ca. 500 Meter entfernten Hauseingang der Jentsch-Straße 14, in den sich Omar ben Noui in Todesangst vor seinen Verfolgern retten wollte. Nach Version der Ermittlungsbehörden trat Omar die Scheibe der Haustür ein und durchtrennte sich dabei die Schlagader der Kniekehle, so daß er im Hausflur binnen einer Viertelstunde verblutete. Der mit Omar geflüchtete Mann aus Sierra Leone konnte sich in ein vorbeifahrendes Taxi retten. Der dritte Flüchtling, ein Algerier, rettete sich, nachdem er zusammengeschlagen wurde, in die Disko zurück.

An der Version der Ermittlungsbehöfden bestehen erhebliche Zweifel, da laut Zeugenaussagen von BewohnerInnen des Hauseingangs die faschistischen Verfolger vor dem Haus „Türken raus" brüllten und quietschende Reifen deutlich zu hören waren. „Von einem relativ großen räumlichen Abstand zwischen Verfolgten und Verfolgern", von der die Staatsanwaltschaft spricht, kann also keine Rede sein.

Bezeichnend ist auch die Verhaftung des Flüchtlings aus Sierra Leone, der von einem Taxifahrer in eine Kneipe („Tom's Bistro") gebracht wurde, gefolgt vom rassistischen Mob. Als die Polizei endlich eintraf, wurden bei den Nazis nicht einmal die Personalien aufgenommen. Stattdessen wurde der Mann aus Sierra Leone festgenommen und über vier Stunden mit auf den Rücken gefesselten Händen auf der Polizeiwache festgehalten.
Die Nazis feierten den Mord bis ca. 5.30 Uhr mit einem Autokorso und „Sieg Heil"-Rufen in der Altstadt – unbehelligt von der Polizei.
Auch nach den Verhaftungen der mutmaßlich an der Hetzjagd beteiligten Nazis gingen die Skandale und Pannen bei den Ermittlungsbehörden weiter. So wurden bei den festgenommenen Nazis größtenteils keine Hausdurchsuchungen durchgeführt – normalerweise ein üblicher Vorgang, wenn Personen wegen Landfriedensbruchs und Körperverletzung mit Todesfolge verdächtigt werden. Noch ist unklar, mit welchen Strafen die Justiz den Mord an Omar ben Noui ahnden wird. Doch nach den ersten Verhandlungswochen vor dem Landgericht Cottbus wurde sehr deutlich, daß auch hier alle Zeichen auf Verharmlosung und Entpolitisierung rechter und rassistischer Gewalt stehen.


links: Steffen Heintze

8.5.99, Himmelfahrt:
Kahnfahrt Gubener Nazis auf der Spree bei Lübbenau – ca. 12 Leute mit Rückenaufschriften „Spree-Neiße-Geschwader Guben 88". Die 8 steht für den 8. Buchstaben im Alphabet -H. Die „88 ist ein von Nazis oft verwendetes Symbol und steht für „Heil Hitler".


René K. (17). Er war bei der Menschenjagd dabei. Sitzt jetzt im geschlossenen Jugendheim Frostenwalde. Haftbefehl.

Renée Kubitza




# Königs Wusterhausen

Militante Nazistrukturen, faschistische Übergriffe und ein rechter Konsens waren schon zu Wendezeiten Thema, wenn von KW die Rede ist. Das rechte Hooliganpotential der Wende- und Vorwendezeit schloß sich Anfang der 90er Jahre dem Ortsverband der ***Nationalistischen Front*** (***NF***) an, der bald zum größten in ganz Ostdeutschland avancierte.

Parallel dazu versuchten viele Naziskins, sich außerhalb „legalistischer" Parteien einzubinden. Bald gab es in KW ein international bekanntes Kontaktpostfach des ***Ku Klux Klan***. Es bildete sich eine – wegen ihrer Brutalität weit über KW und Umgebung hinaus bekannte – Nazistruktur um das von **Carsten Szczypanski** herausgegebene Fanzine ***United Skins***. In den Jahren 1990 bis 1995 gab es im Landkreis KW mehrere Anschläge, Überfälle, Morde und Angriffe gegen mißliebige und behinderte Personen, „Linke", und Nichtdeutsche. Ein besetztes Haus wurde mit scharfer Munition beschossen, Obdachlose zu Tode getreten, Drohbriefe in Schulen ausgehangen, Aufmärsche am Soldatenfriedhof in Halbe bei KW organisiert (an denen Nazis aus ganz Europa teilnahmen) und das bezugsfertige Asylbewerberheim in Dolgenbrodt vom ***NF***-Skin **Silvio Jankowski** niederbrannt.

Nachdem die NF 1992 verboten wurde und bei KWer Nazis wegen etlicher Gewalttaten Ermittlungsverfahren und Hausdurchsuchungen stattfanden, wurde es zunächst ruhiger. Scharfe Waffen, unzähliges Propagandamaterial und „schwarze Listen" wurden beschlagnahmt. Einige „KameradInnen" machten belastende Aussagen und zogen sich zurück, andere versuchten es erfolgreich als seriöse Geschäftsmänner, einige mussten Haftstrafen antreten, und wieder anderen wurde der Boden zu heiß, und sie zogen nach Bayern.

Ab 1995 begann sich die Szene neu zu organisieren. Neulinge, vor allem von den Gesamtschulen, dem ***Jugendclub „Oase"*** und aus dem Fußballumfeld, wurden dazu gewonnen.

Als harter Kern der militanen Naziszene vor Ort kristallisierte sich ***„United Skins KW"*** heraus. Diese Kameradschaft, bestehend aus ca. dreißig 18- bis 28-jährigen Naziskins, verfügt über beste Kontakte ins In- und Ausland. So wurden konspirativ Konzerte u.a. mit der schwedischen Naziband ***„Storm"*** organisiert. Kneipen im KWer Umland dienen hierbei als Auftrittsorte. Auch Fußballturniere, an denen bis zu elf Kameradschaften aus ganz Deutschland teilnahmen, fanden von ***United Skins*** organisiert statt. Als Anmelder fungierte der ehemalige ***Ku-Klux-Klan***-Aktivist **Ralf Luckow**. Ansonsten können es sich die Rechten als KW „leisten", sich vor allem überregional zu „engagieren". Aufmärsche, Konzerte und Fußballspiele werden regelmäßig besucht. Mehrmals wurde auf gemietete Reisebusse zurückgegriffen (z.B. im März 1997 zur Wehrmachtsaustellung nach München). Als erfahrene BFC-Hooligans, mit langjährigen Kontakten zu militanten Nazis in Skandinavien und Großbritannien, bis hin zu Kontaktnummern in den USA (!), ist der harte Kern überall dabei, wo er Auseinandersetzungen vermutet. **Marco Lietz** (aus Wildau bei KW), **Ralf Luckow**, **Marcolf Brummlig**, **Stefan Dombroese**, **Sven Häußler**, **Mathias Kindel**, **Michel Manko**, **Christian Weimann** und **Dirk Schildhauer** gelingt es mit einer Mischung aus Musik, Fußball, Randale und Politik die ***United Skins*** auch für Jüngere attraktiv zu machen. Gezielt werden dann einzelne Jungfaschos eingebunden. Der Jugendclub ***Oase*** dient hierbei als Rekrutierungsfeld. Der damals 17jährige **Michel Manko** aus Zeesen bei KW war profilierungssüchtiger Jungskinhead, der aus der ***Oase*** heraus gern mal zu Angriffen auf mißliebige PassantInnen und zu „Besuchen" in anderen Jugendclubs mobilisierte. Heute „darf" der 19jährige bei überregionalen Aktionen schon in erster Reihe mit dabei sein. So geschehen am 21.11.1998, als 50 Nazis – in vorderster Front acht ***United Skins*** aus KW – eine linke Demo in Berlin angriffen, die sich gegen das ***Cafè Germania*** richtete.
Nachdem KW wegen einer Antifa-Demo im Herbst 1998, die sich gegen den Ansatz der akzeptierenden Jugendsozialarbeit mit Rechtsradikalen in der ***Oase*** richtete, in die Schlagzeilen geriet, gab ***United Skin***- und Ex-***NF***-Schläger **Stefan Dombroese** in der ***Oase*** dem TV-Sender 3sat ein Interview. Zwei 16jährige saßen neben ihm und pflichteten dem „Chef" bei.

Eine Scharnierfunktion hat in diesem Zusammenhang die ***„Koma Kolonne"***. Als Fußballmannschaft der ***Oase*** tritt sie bei KW- und kreisweiten Turnieren gegen Mannschaften anderer Jugendeinrichtungen an. Zu Spielen der ***„Koma Kolonne"*** fahren als Mitspieler, aber hauptsächlich als Unterstützung von den Zuschauerrängen aus, auch ***United Skins***. Inzwischen sind Bedrohungen vor und während der Spiele selten geworden, ihren Mythos muß die ***„Koma Kolonne"*** nicht jedesmal neu bekräftigen.

In KW selbst sind die bei ***United Skins*** Organisierten vor allem in Sachen ***Anti-Antifa*** aktiv. Kaum ein Älterer oder mit entsprechenden Kontakten ausgestatteter Nachwuchsschläger wird zurechtgewiesen, wenn Feiern in Schulen und Jugendclubs gestört werden. Zu groß ist die Angst vor der Mobilisierung weiterer Kameraden. So hat dann auch die Polizei ein Problem, für „Ruhe und Ordnung" zu sorgen, wenn es innerhalb der KWer Naziglatzen eine entsprechende Mobilisierung gab.

Dies zeigte sich am 22. März 1998, als Beamte von LKA und KWer Polizei überrascht dastanden, als plötzlich ca. 25 ***United Skins*** ein von der Kirche organisiertes Anti-Rassismus-Fest umstellten und anfingen, die BesucherInnen systematisch zu fotografieren. Ebenfalls militärisch gingen diese vor, als es darum ging, das Publikum des als „links" verschrieenen Stadtjugendrings zu überraschen. Zuvor hatten Naziskins im Alter von 18 bis 28 Jahren (unter ihnen **Michel Manko** und **Dirk Schildhauer**) in ***„White-Power"***-T-shirts vor einem städtischen Volley-Ball-Fest einen 16-jährigen Punk angegriffen.

Die aus dem Stadtjugendring zu Hilfe eilenden Jugendlichen sollten nun aufgesucht werden. Nachdem das Gebäude von ca. zwanzig Nazis umstellt wurde, drangen mit Totschlägern und Handschuhen ausgerüstete Nazis ein, allen voran **Ralf Luckow** und **Christian Weimann**. Zufällig waren jedoch kaum noch BesucherInnen dort, so daß es keine Schwerverletzen gab, sondern bei Fausthieben der Nazis „blieb".

In den Tagen vor der am 17. Oktober 1998 stattfindenen Antifa-Demo postierten sich KWer Nazis vor vermeintlich linken Treffpunkten und fotografierten das Publikum. Um zu verhindern, daß die Demo vor die ***Oase*** ziehen durfte, meldete ***United Skin*** und ***Oase***-Besucher **Sven Häußler** eine Gegendemo an. Dennoch sammelten sich die KWer Neonazigrößen am 17. Oktober nicht auf einer Gegenveranstaltung, sondern sie versuchten am Rande Antifa-DemonstrantInnen anzugreifen. **Marcolf Brummlig**, dessen Vater Mitglied der Stadt-SPD ist, begann die Demo bei ihrem Gang durch das Neubaugebiet zu filmen. Bei nach KW mobilisierten Nazis aus Frankfurt/ Oder, Guben und Potsdam wurden Waffen aller Art beschlagnahmt.


**Eric Otto (2. v. links), Marco Lietz (3. von links) und Maik Paul (rechts). Eric Otto und Maik Paul hatten 1991 mit einem Kleinkalibergewehr auf einen Antifa geschossen und wurden 1997 dafür zu Bewährungsstrafen verurteilt. Bei Lietz fand die Polizei im August 1997 scharfe Munition und Handgranaten.**

In den Jahren 1995 bis 1999 veränderte sich auch der Zustand der unorganisierten, scheinbar „normalen" rechten Jugendlichen. Die bisher hauptsächlich auf Berufs- und Gesamtschulen beschränkten Propagandazettel, z.B. zum **Rudolf-Hess**-Gedenken, tauchten jetzt auch an Gymnasien verstärkt auf. Vor der Diskothek ***Partyworld***, direkt am Bahnhof KW, patroullieren regelmäßig rechte Schläger.

Faschistische Symbolik wie der Thorhammer sind hier, wie in vielen Jugendtreffs, ein Muß. Das nötige Equipment zum „Dazugehören" wird hauptsächlich im Laden „***Explosiv***" in der Bahnhofstraße verkauft.

Todesstrafe
für
Drogenhändler
Kinderschänder
und
VOLKSVERRÄTER!
Informationen gegen 3,-DM anfordern!
DEUTSCHER JUGEND BUND
Postfach 22 01
D-58472 Lüdenscheid

Inhaber **Axel Kopelke** bietet alles an, was Marke und teuer ist. Vor dem Laden treffen sich inzwischen regelmäßig die gegeelten Neurechten aus **Kopelke**s Kundschaft. **Kopelke** ist in der Stadt als ehemaliger Wehrsportaktivist mit allerbesten Kontakten in die überregionlae Hooliganszenebekannt. Dennonch beschwerte er sich bei den vermeintlich Verantwortlichen – ausgerechnet der eher nationalistischen PDS-Kreisstelle in KW -, als sein Name im Aufruf zur Antifa-Demo Erwähnung fand.

Interessant ist, daß er mit dem bundesweit aktiven Nazistrategen **Ulli Boldt** die ***Junge Union***-KW ins Leben rief. Zusammen mit revanchistischen Abiturienten und z.T. jetzigen Bundeswehr-Studenten wurden Schlesien-Fahrten und nationale Liederabende veranstaltet. Nachdem **Boldts** JU-Mitgliedschaft 1997 bekannt wurde – er kommt aus Berlin und war lange Zeit Kader der neofaschistischen ***Berliner Kulturgemeinschaft Preußen***-, wurde die ***JU***-KW aufgelöst. Kontakte zwischen **Kopelke**, trotz seines Geschäftsmann-Images, und seinen Kameraden aus der ***NF***-Zeit, den heutigen ***United Skins***-Altkadern, sind zu vermuten. Bei einem Anfang 1999 unter dem Namen ***Nationaler Widerstand KW*** aufgetauchten Flugblatt ist fraglich, ob ***United Skins*** hier mit **Kopelke** & Co zusammen gesessen haben. Der Name passt zu vermehrt aufgetauchten Aufklebern mit aufgedrucktem Kontaktpostfach des ***Nationalen Widerstands***.

**Ulli Boldt**, der als Finanzberater arbeitet und in einer Reihenhaussiedlung am Stadtrand wohnt, ist wie die älteren Naziskins auch nur selten im Stadtbild zu sehen. Fast täglich fährt **Boldt** mit der Bahn nach Berlin. Einen organisatorischen Zusammenhang zwischen **Boldt** und dem Nachwuchs um die Disco ***Explosiv*** und die ***Oase*** scheint es kaum zu geben, obwohl jugendliche Skins **Boldt**s Visitenkarten mit sich führen. Offensichtlich befindet sich der Schwerpunkt von **Boldt**s Aktivitäten weiterhin in Berlin und im Aufbau von Anti-Antifa-Strukturen sowie bei internationalen Nazi-Delegation, z.B. als Mitglied einer Delegation deutscher Neonazis in Nordkorea.

Der weitaus größte Teil der rechten Szene vor Ort sind jedoch schon erwähnte Jugendliche zwischen 14 und 22 Jahren. Sie prägen nicht nur das Bild vieler Straßen und Schulen, sondern sind auch für einen Großteil der spontanen und menschenverachtenden Gewalttaten verantwortlich.

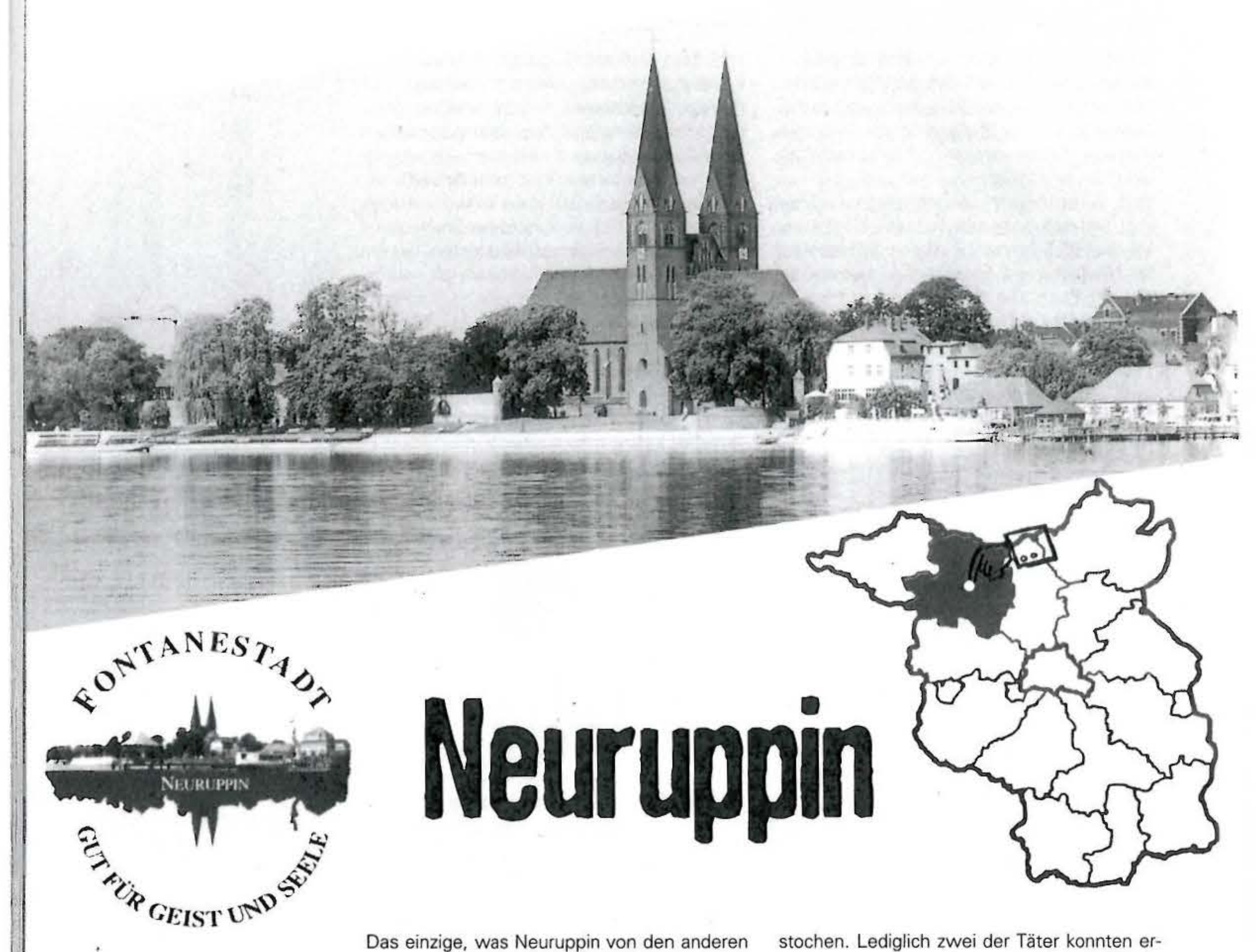
Mit Baseball-Keulen und Stahlkappen-Stiefeln töteten im Mai 1997 **Jens Luchterhand, Manuel Glockin, Sven Werner** und **Sven Menz** einen Frührentner.

Mit Eisenstangen mißhandelten rechte Jugendliche zwischen 16 bis 21 Jahren im Februar 1997 zwei geistig Behinderte. Die Haupttäter **Jörn Schubert**, der schon vorher durch das Verteilen von ***NPD***-Propaganda aufgefallen war, und **Sebastian Lemcke**, welcher freundschaftliche Kontakte zu dem ***United Skin*** **Christian Weimann** pflegt, waren schon zuvor als rechte Schläger bekannt. Die beiden anderen Angeklagten gaben vor Gericht an, ihre Freizeit in der ***Oase*** zu verbringen. Ende 1998 wurden mehrfach SchülerInnen der Blindenschule von Jungfaschos, die vor dem Fontane-Center rumhängen, angegriffen. Die Polizei mußte nach Protesten eine „Schulwegsicherung" für die Opfer zusagen. Pöbeleien, Drohungen und sogenannte Propagandadelikte, wie das Zeigen von Hitlergrüßen, sind in der Stadt an der Tagesordnung. Aufgrund steigender Nachfrage in KWer Läden werden zunehmend Nazi-Zeitungen, z.B. die „***National-Zeitung***", angeboten. Ebenfalls zu kaufen sind germanische Symbole und „Schmuckstücke", wie Runen und Kreuze.

Zu den Aktivitäten rechtsradikaler Parteien muß gesagt werden, daß in KW selbst kein Ortsverband von ***NPD, DVU*** und ***Rep*** bekannt ist. Die Gründung eines ***NPD***-Ortsverbandes stand zwar schon auf der Tagesordnug der Brandenburger ***NPD***, scheiterte aber nicht zuletzt daran, daß ***United Skins*** als ***Freie Kameradschaft*** auch schon Aufrufe gegen die Vormachstellung der ***NPD/JN*** innerhalb des rechtsextremen Lagers unterstützt.

Der Aufbau einer alternativen Gegenkultur und antifaschistisches Engagement gestalten sich in KW und Umgebung schwierig. Aufgrund der geringen Größe von etwa 18.000 EinwohnerInnen, setzt sich der rechte Mainstream durch, „Zecken" und „Kanakenfreunde" sind schnell geoutet. Zu präsent sind rechte Jugendcliquen, zu häufig geht von ihnen Gewalt aus, als das mensch sich unbehelligt davon engagieren könnte.

Vom Bürgermeister Jochen Wagner (SPD), über fast alle SozialarbeiterInnen bis hin zur örtlichen PDS herrscht Einigkeit: Offensiv auf das Naziproblem aufmerksam zu machen, sei fehl am Platz. Die Rekrutierung rechter Jugendlicher durch Nazis in der ***Oase*** sei ausgeschlossen, und das Duldungs- und Akzeptanzkonzept sei richtig. „Diskussionen auch und gerade mit der ***Oase***," so Bürgermeister Wagner, seien der richtige Weg. Und das, obwohl in KW eine international vernetzte, erfahrene und militante Nazistruktur und ihr nicht zu unterschätzendes Umfeld die kulturelle Hegemonie haben. Daß dies nicht nur im Neubaugebiet, sondern auch auf Volksfesten, in einigen Schulen und Fußballvereinen gilt, wurde offenbar nicht berücksichtigt.




# Neuruppin

**Neuruppin ist eine Kreisstadt mit etwa 30.000 EinwohnerInnen und ist die flächenmäßig größte Stadt des Landes. Ca.70 km nördlich von Berlin gelegen hat Neuruppin im Jahre '98 hauptsächlich als Fontanestadt von sich Reden gemacht. Aber auch durch zunehmende Nazi-Aktivitäten.**

Das einzige, was Neuruppin von den anderen größeren Städten (Wittstock, Rheinsberg u.a.) der näheren Umgebung unterscheidet, ist die Tatsache, daß seit Jahren eine Antifaschistische Szene aktiv ist. Dennoch taucht Neuruppin immer wieder auch in den überregionalen Medien im Zusammenhang mit rechtsradikalen Übergriffen auf. Jedoch ist die Stadt diesbezüglich im Landkreis Ostprignitz-Ruppin keine Ausnahme.

## Ausflug in die Vergangenheit

Bereits Anfang der Neunziger Jahre bildete sich eine größere rechte Szene in Neuruppin. In den ersten Jahren spielten Parteien oder Organisationen eine eher untergeordnete Rolle. Die rechte Szene machte eher durch kollektives Saufen und Randale auf sich aufmerksam. Der vorläufige Endpunkt dieser Entwicklung war der gemeinschaftlich begangene Mord an dem Obdachlosen Emil Wendtland, durch eine Gruppe von Neuruppiner Rechtsradikalen. Am 1.Juli 1992 wurde der 50jährige Wendtland erst brutal zusammengetreten und anschließend mit einem Messer erstochen. Lediglich zwei der Täter konnten ermittelt und verurteilt werden: **Remo Buchholz** wegen schwerer Körperverletzung zu drei Jahren und der damals 21jährige Haupttäter **Mirko Handke** wegen Totschlags zu 7 Jahren Jugendhaft verurteilt. Die 18 Bier (3,0 Promille), die **Mirko Handke** vor der Tat getrunken haben soll, wurden ihm dabei positiv angerechnet. Kurz nach seiner Inhaftierung forderten etwa 40 Rechtsradikale vor der Neuruppiner Polizeiwache seine Freilassung. Anschließend zog der Mob,rechte Parolen brüllend,vor das städtische Jugendfreizeitzentrum (JFZ). Dort bewarfen sie das Gebäude und die BesucherInnen mit Flaschen und Steinen. Mehrere Fenster gingen zu Bruch. Etliche Personen wurden verletzt. Ein juristisches Nachspiel hatte dieser Angriff jedoch nicht. **Bucholz** und **Handke** wurden frühzeitig aus ihrer Haft entlassen. Sie haben mittlerweile mit der organisierten rechten Szene Neuruppins nichts mehr zu tun bzw. hat sich **Handke** deutlich distanziert.

Im November 1992 wurde auf das AussiedlerInnenheim in Gildenhall ein Brandanschlag verübt. Die acht Beteiligten waren allesamt nicht älter als 19 Jahre. Lediglich der Haupttäter **Enrico Engel** (19J.) wird festgenommen und des versuchten Mordes angeklagt. Letztendlich wird er „nur" wegen versuchter Brandstiftung zu zwei Jahren Jugendhaft verurteilt. Im Dezember '93 war **Engel** einer der neun Rechtsradikalen, denen der Ausbruch aus der JVA (Justizvollzugsanstalt) Schwarze Pumpe gelang.

Auch das im August 1993, aus einer Hausbesetzung hervorgegangene, JugendWohnProjekt (JWP)„MittenDrin" e.V., mußte nächtliche Belagerungen und Angriffe, unter anderem mit Schußwaffen, über sich ergehen lassen. Verletzt wurde jedoch niemand. Sämtliche polizeiliche Ermittlungen gegen die Rechtsradikalen verliefen im Sande. Bereits im April des gleichen Jahres wurde der jüdische Friedhof in Lindow, in der Nähe Neuruppins, von Unbekannten geschändet. Auch die Ehrenfriedhöfe der Sowjetarmee in Altruppin und Neuruppin wurden mit Parolen beschmiert oder verwüstet.

## FAP, NF und Andere

Im Sommer '93 fand im nahegelegenen Alt-Friesack eine Sommer-Sonnenwendfeier der ***FMJ (Förderwerk Mitteldeutsche Jugend)*** statt, an der über 200 Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen. Das Treffen wurde von der Polizei aufgelöst. Nazi-Propaganda, Hakenkreuzarmbinden und verschiedene Waffen wurden beschlagnahmt.

Bereits Ende 1992 (vereinzelt auch schon ab '90) tauchen zunehmend Plakate und Zeitschriften (Der Aufbruch) der mittlerweile verbotenen ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)*** auf. Vor allem **Yves Moch**, **Sandro van Elsbergen**, **Heiko Walter** und **Thomas Pennecke** hielten die Fäden der Neuruppiner ***FAP*** in der Hand. Auch ein Postfach der ***FAP*** wurde in Neuruppin betrieben. ***Heiko Walter*** war Anfang der Neunziger in Berlin aktiv. Er tauchte unter anderem in einem von Neonazis besetzten Haus in der Weitlingstraße auf. **Thomas Pennecke** ist noch heute einer der führenden Köpfe der NPD in Neuruppin.

Im August '93 quälten **David Richter** und **Raimund Leddin** (beide aus Vichel) über drei Stunden lang zwei junge Männer. Die Opfer wurden gezwungen, Sand zu essen, sich gegenseitig zu schlagen und Nazi-Parolen zu rufen. Letztlich wurden beide nackt über ein Feld gejagt. Selbst die verhandelnde Richterin sprach dabei von „*KZ-Methoden*". **David Richter** war bereits vorbestraft, weil er einem Alkoholabhängigen mit seinen Stahlkappenstiefeln den Schädel gebrochen hatte. Er trat sein Opfer zusammen, damit er ihm sein Portemonnaie stehlen konnte. Er „nutzte" eine Schulpause zu dieser Tat. Im Knast wurde er von der ***Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene (HNG)*** betreut.

Ende '93 randalierten etwa 20 Neuruppiner Rechte in Jugendclubs und Gaststätten in den umliegenden Orten, wie Wustrau, Fehrbellin, Rheinsberg und Alt-Ruppin. Mit „*Sieg-Heil*" - Gegröle stürmten sie die Einrichtungen und griffen die Gäste an. Geradezu lächerlich waren die Strafen, die gegen 14 Beteiligte ausgesprochen wurden. Das war auch die Folge der Bedrohung von Zeugen, die sich vor Gericht allesamt nicht mehr erinnern wollten. Neben etlichen Freisprüchen gab es lediglich geringe Geld- bzw. Bewährungsstrafen.

Im Mai 1994 zertrümmerten etwa 50 rechte Jugendliche ihren eigenen Jugendclub in der Neuruppiner Arthur-Becker-Straße, der überall nur als der ***Bunker*** bekannt ist und auch offiziell so bezeichnet wird. Damit war dieses Projekt vorerst gescheitert.

Folgende Personen traten bei gewalttätigen Übergriffen (die meisten haben Verurteilungen hinter sich) immer wieder in Erscheinung: **Sven Abicht, Sören Kähne, Robert Elend, Vico Gerlach, Volker auf der Tangen, Jan Müller, Dirk Noltze, Mike Krekel, René Haack. Haack** betreibt heute die Kneipe des ***Bunkers*. Marcel Vogt, Mario Kujoth, Guido Radecke** und **Manuel Koch** versuchen oder/und versuchten sich mittlerweile in der Zuhälterei und anderen zwielichtigen Geschäften. Der Rest hat sich aus der organisierten Rechten größtenteils zurückgezogen. Lediglich **Volker auf der Tangen** (Spitzname:**Tange**, vorbestraft wg. Fahnenflucht und mehrfacher Körperverletzung), der eine „Kultfigur" der Szene ist, taucht immer wieder mal auf. Zuletzt beteiligte er sich an der Demo des Kreisverbandes der ***Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)*** in Neuruppin am 24. April.'99.



Mario Schulz, die Nummer 4 auf der NPD-Landtagswahlliste

## Immer wieder Angriffsziel: Das MittenDrin

Im Februar '94 wurden zwei Bewohner des MittenDrins von einer Gruppe von über zehn Rechten brutal zusammengeschlagen. Beide mußten im Krankenhaus behandelt werden. Zwei der Täter, **Steffen Reeck** und **Mario Garden**, wurden zu Geldstrafen verurteilt.

Im August '94 wurde das Auto einer Roma-Familie verfolgt, die Insassen mit einem Messer bedroht und am Ende das Auto demoliert. Im selben Monat war wieder das linke Infocafé MittenDrin Ziel eines Angriffes. Unter „*Sieg Heil*" - Gebrülle wurden mehrere Fensterscheiben eingeworfen.

Im Frühjahr 1995 haben Unbekannte die Neuruppiner Klosterkirche mit diversen rechten Parolen und Symbolen besprüht. Die Folgen sind noch heute sichtbar.

Im Dezember '95 werden **Yves Moch**, **Thomas Pennecke** und **Jirka Göhler** vom Amtsgericht Neuruppin aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Sie wurden mit zwei weiteren



Renald Christopeit aus Wildberg ist NPD-Landtagskandidat im Altkreis Neuruppin

Thomas Pennecke ist ex-FAP-Mitglied und engagiert sich jetzt in der NPD

Personen in einer Oranienburger Kneipe bei einem illegalen Treffen festgenommen. Propagandamaterialien u.a. von der ***FAP*** wurden beschlagnahmt. Trotz der Uniformierung von **Moch** und **Pennecke** gab es keine Verurteilungen.
Etwa 30 Rechtsradikale griffen im Oktober 1995 wiederum das MittenDrin an. Sämtliche Fensterscheiben und die Eingangstür wurden zerstört. Auch die Inneneinrichtung des Cafés ging dabei zu Bruch. BesucherInnen und BewohnerInnen des MittenDrins konnten sich in die obere Etage retten und sich von da aus gegen die Angreifer zur Wehr setzen. Selbst nach dem Eintreffen der Polizei wurden weiter Nazi-Parolen gebrüllt und mehrfach der Hitlergruß gezeigt. Fünf Angreifern wurde der Prozeß gemacht. Es kam zu Verurteilungen wegen schweren und einfachen Landfriedensbruchs. Es wurden Bewährungsstrafen bis zu zwei Jahren und Arbeitsstunden verhängt. Der Versuch, gegen neun BewohnerInnen und Gäste des MittenDrins Verurteilungen wegen Landfriedensbruch zu erreichen, schlug fehl. Die Ermittlungen gegen die Linken mußten „leider" (Staatsanwalt Pollack) eingestellt werden.
Im Laufe des Jahres '96 kam es zu sechs schweren Übergriffen auf AsylbewerberInnen und AusländerInnen. Im August '96 nutzte die Neuruppiner rechte Szene einen tödlichen Unfall zweier Neuruppiner Jugendlicher aus, die sich im äußersten Umfeld der Szene befanden, um durch Neuruppins Straßen zu marschieren. Unter dem Motto *„Denkt dran, Raserei bringt nichts"* marschierten sie durch die Neuruppiner Innenstadt. Verwandte und FreundInnen der Toten blieben diesem braunen Spuk größtenteils fern. Bereits damals kamen **Ulf Jachtmann** und **Renald Christopeit** in den Genuß, sich als Ordner des sogenannten Trauermarsches zu profilieren.

## Von den „NATIONALEN e.V." zur NPD

Die Jahre '96 bis '98 waren hauptsächlich davon geprägt, daß sich die Rechte nach etlichen Verboten erst neu organisieren mußte. Die Köpfe und Mitglieder der ***FAP*** und der ***NF*** fanden jedoch im Sammelbecken der ***NATIONALEN e.V.*** schnell ein neues zu Hause. Diese bundesweite Entwicklung fand natürlich auch in Neuruppin statt. Vereinzelt wurden Plakate der ***NATIONALEN e.V.*** geklebt und deren Flugblätter verteilt. Alsbald trat dann die ***NPD*** auf den Plan.
Bei einer Demo gegen Rechtsradikalismus im Juli '98, die von der evangelischen Kirche organisiert wurde, versuchten mehrere Rechte die TeilnehmerInnen zu provozierten. Mit dabei u.a. **Ulf Jachtmann**, **Ron Gardow** und **Mike Semmler**.

Im Vorfeld der Bundestags- und Kommunalwahlen im September 1998 wurde auch Neuruppin mit Flugblättern, Plakaten und Aufklebern mit offen rassistischen und teilweise nazistischen Inhalten heimgesucht. Einen Info-Stand, den die ***NPD*** am 12.September '98 durchführte, wurde von etwa zehn Antifas durch das Verteilen von Flugblättern behindert. Etwa 30 – 40 zumeist Naziskinheads postierten sich beim ***NPD***-Stand. Unter anderem war der ***NPD***-Spitzenkandidat **Sven Issler** aus Wittstock, Altnazi **Wilhelm Lange**, **Renald Christopeit**, **Thomas Pennecke**, **Ulf Jachtmann** und dessen Freundin **Katja Buschow** anwesend. Die Bevölkerung solidarisierte sich mehrheitlich mit den AntiFaschistInnen und ignorierte die Pamphlete der ***NPD***. Versuche der Polizei, die Antifas an ihrem Tun zu hindern, hatten keinen Erfolg.

## Asylbewerber von 30 bis 50 Rechtsextremisten angegriffen

Ein Tiefpunkt des Jahres '98 war der Angriff auf den türkischen Asylbewerber Rüstem Karakas, der von einer Gruppe von 30-50 Rechten auf dem Neuruppiner Martinimarkt zusammengetreten wurde. Der 34 jährige erlitt eine schwere Schulterverletzung, die mit zwei Operationen behandelt werden mußte und schwere Kopfverletzungen. Auch ein halbes Jahr später ist er in ärztlicher und psychologischer Behandlung. Seine Sehkraft und Hörfähigkeit sind seitdem eingeschränkt. Das Trauma des Angriffes wird ihn noch lange verfolgen. Im Mai '99 wurden zwei Täter verurteilt. **Ronny Spogat** (21 J., Neuruppin) und **Stefan Kloos** (18 J., Sonnenberg) saßen auf der Anklagebank. Der Gerichtssaal war an beiden Verhandlungstagen gut mit Neuruppiner Rechtsradikalen und „besorgten Eltern" gefüllt. Auch diese machten keinen Hehl aus ihrer politischen Einstellung gegenüber AusländerInnen. Nach mehreren widersprüchlichen Zeugenaussagen von zumeist Naziskins und einem teilweisen Geständnis von **Spogat** wurde beide für schuldig befunden. **Spogat** wurde zu zwei Jahren und acht Monaten Jugendhaft verurteilt. Die Haft muß er nach der Beendigung seiner Lehre im Juli '99 antreten. Er hatte bereits Bewährungsstrafe wegen Körperverletzung, die zur Tatzeit noch nicht abgelaufen war. Kloos bekam 2 Jahre Bewährung. Beide sind damit sicherlich noch gut weggekommen. Noch besser davongekommen sind natürlich die Nazis, die sich nicht auf der Anklagebank, sondern nur im Zuschauersaal bzw. auf dem Zeugenstuhl wiederfanden.

Am Silvesterabend 98/99 wurde das MittenDrin erneut Ziel eines Übergriffes. Etwa 30 rechte Jugendliche bewarfen das Haus mit Flaschen und Steinen. Die gesamte obere Fensterfront wurde entglast. Es wurden rechte Parolen gerufen und mehrfach der Hitlergruß gezeigt. Die herbeigerufene und zu spät kommende Polizei sah keine Veranlassung, bei ihrem Eintreffen einzugreifen, da sich die Rechten bereits wieder zurückgezogen hatten. Anfang Juli '99 hat die Staatsanwaltschaft Neuruppin das Ermittlungsverfahren gegen die Beteiligten (**Andy Picker** u.a.) eingestellt.





## Reichkriegsflaggen und Nazimusik

Seit einigen Jahren hat der Neuruppiner Markt in der Innenstadt für rechte Jugendliche einen besonderen Reiz. Die Standbetreiberin Frau **Thiede** hat für den jungen aufstrebenden Rechtsextremisten alles was er so braucht. Reichskriegsflaggen, Aufnäher (*„Ich bin stolz ein Deutscher zu sein"*...), Militaria aller Art, Aufkleber (**Thiede** wird von „Opa" **Lange** gut versorgt), Gürtelschnallen, Reichskriegsflaggen und auch teilweise indizierte Musik von u.a. ***Skrewdriver*** wechselten ganz offiziell den Besitzer. Auch T-Shirts mit verbotenen Bands und Symbolen wurden zum Verkauf angeboten. Erst nach öffentlichem Druck und zwei daraus resultierenden Durchsuchungen der Polizei mußte sich **Thiede** darauf einlassen, bestimmte Artikel nicht mehr offen anzubieten. Natürlich ist aber nach wie vor vieles bei ihr unterm Ladentisch erhältlich.

## NPD-Demo contra „Aktionsbündnis gegen Rechts"

Am Abend des 31.März '99 wurde bekannt, daß der ***NPD***-Kreisverband Prignitz-Ruppin eine Demonstration unter dem Motto *„Arbeit brauchen wir – keinen Krieg"* angemeldet hatte. Etwa 100 Teilnehmer erwarteten die Veranstalter. Anmelder war der Vorsitzende des ***NPD***-Kreisverbandes **Mario Schulz** aus Cumlosen b. Wittenberge. Zwei Tage vor dem Aufmarsch-Termin gründete sich in Neuruppin das „Aktionsbündnis gegen Rechts" mit dem Ziel, der geplanten Nazidemo etwas entgegenzusetzen. Im Bündnis befinden sich mehrere Jugendvereine, Parteien und kirchliche Einrichtungen. Letztendlich wurde die ***NPD***-Demo aus polizeilichen Gründen verboten. Eine antifaschistische Kundgebung („Neuruppin gegen Rechtsextremismus und Gewalt"), die das „Aktionsbündnis gegen Rechts" organisierte, wurde von über 300 TeilnehmerInnen besucht. Trotz bzw. wegen des Verbotes versammelten sich am folgenden Tag etwa 70 Neonazis am ***Bunker***. Somit hatten sie dann doch noch ihre Party. Von der Polizei wurde das Treiben zwar beobachtet aber geduldet. Genauso wie vom Trägerverein des Bunkers, der Initiative Jugendarbeitslosigkeit Neuruppin (IJN).
In den nächsten Tagen kam es zu mehreren verbalen und gewalttätigen Attacken gegenüber alternativen und linken Jugendlichen. Am Abend des 10. Aprils '99 wurde das MittenDrin zum wiederholten Mal von etwa 40 bis 50 Neonazis überfallen. Mit Steinen und Flaschen wurden mehrere Fensterscheiben eingeworfen. Der Versuch, die Tür aufzubrechen, schlug fehl. Gäste des MittenDrin-Infocafés wurden mit CS-Gas angegriffen und teilweise namentlich mit dem Tode bedroht. Obwohl zwei anwesende Polizeibeamte in Zivil bestätigten, daß sie die rechte Gruppe bereits den gesamten Abend beobachtet hätten, war die Polizei entweder nicht in der Lage oder nicht Willens, diesen Angriff zu verhindern. Später wurden bei zwei weiteren Übergriffen ebenfalls mehrere Fensterscheiben zerstört. Eine Woche später versammelten sich wiederum größere Gruppen von Rechtsradikalen in der Stadt. Durch ein starkes Polizeiaufgebot war es ihnen jedoch nicht möglich, sich ungehindert zu bewegen.
Am 14. April '99 wurde erneut bekannt, daß die ***NPD*** einen Aufmarsch plante, diesmal für den 24. April. Als Anmelder fungierte auch diesmal **Mario Schulz**. **Schulz** betreibt auch das Postfach des ***NPD***-Kreisverbandes Prignitz/Ruppin und fungiert mit seinem Handy als Koordinator verschiedenster Aktivitäten. Das „Aktionsbündnis gegen Rechts" plante erneut, mit einer Kundgebung bzw. einem Straßenfest gegen den ***NPD***-Aufmarsch zu protestieren. Unter dem Motto „Für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Gegen Rassismus und Faschismus!" fanden sich etwa 180 BürgerInnen auf dem Schulplatz ein. Auch diesmal gab es mehrere Redebeiträge, Infostände und Flugblätter, die sich gegen die Nazidemo wandten. Gleichzeitig versuchten etwa 40-50 AntifaschistInnen, direkt an die rechte Demo heranzukommen. Die mit Konfetti und lautstark dargebotenen Sprechchören („Dumm, kahl, National" u.ä...) konfrontierten Nazis kamen mit dieser Art von Widerstand überhaupt nicht klar. Das sehr armselig wirkende Häufchen von knapp 90 Neonazis war damit überfordert. Unruhe und Unsicherheit in den Reihen der ***NPD***-ler waren die Folge.

## Schlappe der NPD

Die Teilnehmer des Aufmarsches stammten aus dem gesamten Norden des Landes Brandenburg. Als Ordner traten die Neuruppiner **Renald Christopeit**, **Mario Guske**, **Thomas Pennecke** und **Ulf Jachtmann** in Erscheinung. Ebenfalls mit der Ordnerbinde versehen waren **Marco Benack** (Wittstock), der Pressesprecher des ***NPD***-Ortsverbands Strausberg **Matthias Obst** und dessen rechte Hand **Matthias Sterzel** ebenfalls aus Strausberg. Als Redner fungierten der Wittstocker ***NPD***-Kader, und Bundestagsdirektkandidat des letzten Jahres, **Sven Issler**, der Hauptakteur der



Silvio Reinus und Mario Guske beim NPD-Aufmarsch am 24.April 1999 in Neuruppin



Ulf Jachtmann

Berliner ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** und Kreisvorsitzender der ***NPD Berlin Nord-Ost*** **Andreas Storr**, und Altnazi **Herbert Wirschewski** aus Templin. Demo-Anmelder **Mario Schulz**, der in Cumlosen (bei Wittenberge) wohnt, kam zwar eine Stunde zu spät, doch die Kameraden warteten solange mit dem Beginn. **Volker auf der Tangen** war genauso anwesend, wie Altnazi **Wilhelm Lange**. **Lange** war zwar bei der Auftaktkundgebung auf dem Käthe-Kollwitz-Platz vor Ort, jedoch nicht mehr bei der Demo. Auch ein Großteil der Neuruppiner rechten Szene marschierte mit. Durch ihre jüngsten Aktivitäten bzw. durch Übergriffe sind folgende Rechte bekannt geworden: **Dennis Neumann**, die Gebrüder **Marcel** und **Manuel Schmitt**, **Silvio Reinus**, **Mike Semmler**, **Ron Gardow**, **Roberto Krause** und **Marco Schnee**. Alle sind in Neuruppin zu Hause. Der Rest braucht durch Erwähnung nicht unnötig aufgewertet werden. Auch die Polizei (mit 500 Beamten vor Ort) beschränkte sich bei ihrer Arbeit vor Ort lediglich auf Platzverweise gegen die linken Gegendemonstranten.

Bleibt als Fazit, daß die ***NPD*** diesen Aufmarsch, durch mangelnde Teilnahme, Organisationschaos, und Störungen durch Antifas, mit Sicherheit nicht als Erfolg bewerten kann. Die Kundgebung vom „Aktionsbündnis gegen Rechts" einerseits, und das von den unabhängig agierenden Antifas verfolgte Konzept andererseits, hat sich als durchaus erfolgreich erwiesen. Zum einen war es ohne Festnahmen und Verletzungen möglich, direkt an die Nazidemo heranzukommen und Protest zu äußern. Zum anderen hat das „Aktionsbündnis gegen Rechts", trotz unterschiedlichster Positionen und Herangehensweisen bewiesen, innerhalb von kürzester Zeit handlungs- und konsensfähig zu sein. Das Aktionsbündnis wird auch in Zukunft Bestand haben, besonders in Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl im September '99.



Marco Benack ist seit Anfang der 90'er Jahre in der Wittstocker Nazi-Szene aktiv

## Aussichten

Die Entwicklung der regionalen ***NPD*** und der gesamten rechtsradikalen Szene Neuruppins hat in den letzten Monaten den leider zu erwartenden Weg beschritten. Immer wieder tauchen Aufkleber und Flugblätter mit ihren menschenfeindlichen Inhalten in Neuruppin und Umgebung auf. Aktive Antifaschistinnen und Antifaschisten sind auch in Neuruppin leider rar gesät. Aber wie bereits erwähnt, sieht es in Städten und Dörfern wie Wittstock, Perleberg oder Rheinsberg, Wildberg, Flecken-Zechlin und Zehdenick noch viel düsterer aus. Die wenigen die sich dort aktiv gegen die Rechten stellen, werden häufig drangsaliert und damit „ruhig gestellt". Viele wurden auch angegriffen und verletzt. Der größte Teil zog daraus die Konsequenz und wohnt aus Sicherheitsgründen jetzt nicht mehr in der Heimatstadt. In vielen Städten der Prignitz herrscht schon lange eine rechte Hegemonie. Die ständigen gewalttätigen Übergriffe, wie in Rheinsberg und nicht zuletzt der Brandanschlag gegen einen türkischen Imbiß in Wittstock am 20. Februar 1999, sprechen eine klare Sprache.

Am 15. November 1998 fand im zehn Kilometer westlich von Wittstock gelegenen Heiligengrabe ein illegaler Naziaufmarsch statt. Etwa 20 Personen aus der Prignitz führten Reichskriegsflaggen und Fahnen der ***NPD*** mit. Die Polizei löste den Aufmarsch auf.

## Parteien

***NPD:*** Die NPD ist mit Sicherheit die größte und wichtigste Organisation der extremen Rechten in Neuruppin. Die führenden Personen sind **Thomas Pennecke** (ex-***FAP***), **Renald Christopeit**, Altnazi **Wilhelm Lange** und **Ulf Jachtmann**.

***Republikaner:*** Trotz zehn Mitgliedern haben die Reps in Neuruppin kaum eine Bedeutung. Nur vereinzelt sind Aufkleber festzustellen.

***DVU:*** **Wilhelm Lange** fuhr im Frühjahr/Sommer '99 des öfteren mit seinen „Jüngern" zu größeren Treffen und Parteitagen. In diesem Zusammenhang tauchen dann immer wieder verstärkt Aufkleber bzw. Flugschriften auf. Ansonsten fällt die DVU hauptsächlich durch persönlich adressierte Wahlwerbung auf. Für den Landtagswahlkampf ist eine Materialschlacht zu erwarten.

***BFB:*** BFB hat in Neuruppin keinerlei Bedeutung! Aufgefallen ist die BFB – Offensive für Deutschland in Wusterhausen. Hier wurden mehrere Unterstützungsunterschriften für die Teilnahme zur Bundestagswahl gefälscht. Die Folge waren fehlende Unterstützungsunterschriften und Ermittlungsverfahren gegen die Partei.

## Personen

**Thomas Pennecke:** Pennecke ist 23 Jahre alt und eine der wichtigsten Personen in der Szene. Er ist seit den frühen 90ern in der ***FAP*** aktiv gewesen. Jetzt ist er in der ***NPD***. Bei den ***NPD***-Demo's in Angermünde (27. Februar 1999) und Neuruppin (24. April 1999) war er als Ordner aktiv.

**Renald Christopeit:** Christopeit wurde 1972 in Greifswald geboren, ist Skinhead und war seit '91 im Umfeld der ***NF*** aktiv. Jetzt ist er einer der führenden Köpfe der ***NPD***. Bei dem ***NPD***-Info-Stand in Neuruppin am 12. September 1999 war er einer der Verantwortlichen. Auch Christopeit war als Ordner bei NPD-Demo am 24. April 1999 in Neuruppin. Am 23./24. Januar 1999 nahm er am NPD-Bundesparteitag in Mulda teil. Bei den Landtagswahlen am 5. September 1999 tritt er als Direktkandidat der ***NPD*** im Altkreis Neuruppin an.

**Ulf Jachtmann:** Jachtmann ist besonders wegen seiner wechselhaften Geschichte interessant. Früher war er eher im Skinhead-Milieu unterwegs. Eine Zeit lang versuchte er sich in die linke Szene einzuschleimen. Ob dies gezielt als ***Anti-Antifa***-Aktion gedacht oder wirklich seiner Orientierungslosigkeit geschuldet ist, sei dahingestellt. Nachdem er seine Versuche diesbezüglich erfolglos beendete, ging sein Weg schnell Richtung ***NPD***. Bei der ***NPD***-Demo in Angermünde (27. Februar 1999) ist er als Ordner aktiv gewesen. Beim **NPD**-Stand am 12. September 1998 in Neuruppin war er für den Transport der Propagandamaterialien verantwortlich. Er war auch Ordner bei der ***NPD***-Demo am 24.April 1999 in Neuruppin.

**Wilhelm „Opa" Lange:** Der 84jährige Altnazi Lange stammt aus Schwelm bei Wuppertal. Er zog kurz nach der Wende nach Vielitz bei Lindow. Als Angestellter (Garten- und Landschaftsbau) der IJN, übernahm er teilweise die Betreuung der Jugendlichen und machte dort bereits durch seine rechten Umtriebe auf sich aufmerksam. Unter anderem spendete er 1000 DM für einen Jugendclub in Lindow, in dem sich regelmäßig rechte Jugendliche aufhielten. Im Jahre '96 gab er mindestens zwei Ausgaben der Zeitung ***Die Brennessel*** heraus. In einer angeblichen Auflage von 1000 Stück erschienen, verteilte sie Lange vor allem an Jugendliche. Inhaltlich geht es hauptsächlich um eine völlig obskure Verteidigung der deutschen Geschichte. Nach der Offenlegung seiner braunen Vergangenheit bei ***NPD***, ***DVU*** und ***DLVH*** und seiner Gesinnung kündigte die IJN ihm seine Mitgliedschaft im Verein. Alsbald zog Lange nach Neuruppin. Hier machte er als erstes durch Flugschriften seiner sogenannten ***Volkstreuen Deutschen Jugend*** auf sich aufmerksam. Am 1. August 1998 beteiligte er sich an dem Aufmarsch der ***NPD*** in Neustrelitz. Die ganze Zeit hielt er sich dort krampfhaft an einem Transparent fest. Ein weiterer Neuruppiner mit Spitznamen „**Whisky**" war ebenfalls mit dabei. Wie bereits erwähnt ist Lange im Frühjahr/Sommer 1999 mit einigen seiner Kids zu ***DVU***-Veranstaltungen gefahren. Er ist Mitorganisator des Jugendtreff e.V. und betreibt nach eigenen Angaben „präventive Jugendarbeit". Es finden regelmäßig Videoabende mit sehr jungen Rechten bei ihm zu Hause statt. Diese werden dann auch mit Propagandamaterialien der ***Volkstreuen Deutschen Jugend***, ***DVU***, ***NPD*** u.a. versorgt.

Er pflegt auch Kontakte zur Naziskinhead-Szene. So glänzte er u.a. mit einem Artikel im ***Naziskinhead-Fanzine Freya***. Ein Leserbrief, den **Wilhelm Lange** auch an die Märkische Allgemeine Zeitung (MAZ) sandte, wurde im ***Freya*** abgedruckt. In seinem Schreiben vom 13. April 1997 wandte er sich, in Form eines Leserbriefes, gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg -Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis1945". Er spricht in diesem Leserbrief über *„die Auswüchse des hinterhältigen Partisanenkrieges"*, und von *„... der Pflichterfüllung der sehr disziplinierten deutschen Wehrmacht..."*. Seine zutiefst nationalsozialistische Grundhaltung findet in diesem Brief nochmals besonderen Ausdruck. Der Leserbrief wurde von der MAZ selbstverständlich nicht veröffentlicht. Laut den Informationen des ***Freya*** wurden die Strafanzeigen („Beleidigung", „Volksverhetzung" und „Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener"), die **Wilhelm Lange** gegen die Initiatoren der Ausstellung (Remtsma und Heer) stellte, allesamt wieder eingestellt.

## Treffpunkte bzw. Organisationen

***Bunker***

Der Bunker wurde im Jahr '92, nach der Ermordung Emil Wendtlands von der Stadt Neuruppin eingerichtet. Der Trägerverein IJN erklärte sich bereit, die Betreuung der rechten Jugendlichen zu übernehmen. Weil sie Anfang '94 ihren eigenen Klub verwüsteten, blieb der Bunker bis 1997 geschlossen. Nach der Wiedereröffnung kümmerten sich mehrere Sozialarbeiter um das Klientel. Diese Betreuung wurde jedoch schnell immer weiter abgebaut. Seit Mitte '98 gibt es faktisch keine Betreuung des Bunkers mehr. Die Kneipe wird von **René Haack** betrieben. **Haack** ist wegen rechter Straftaten (s.o.) mehrfach vorbestraft und betreibt, unter mithilfe seiner Mutter, in Röbel eine ähnliche Kneipe. Im Bunker fanden/finden regelmäßig Treffen rechtsextremistischer Gruppen mit überregionaler Beteiligung statt. Der Bunker war des öfteren Ausgangs- und/oder Endpunkt der ***NPD***-Aktivitäten (Info-Stand 12. September 1998, Demo 24. April 1999) in Neuruppin. Genauso diente er als Treff- bzw. Anlaufpunkt nach den Angriffen auf das MittenDrin am 31.Dezember 1998 und 10. April 1999. Obwohl es sich z.Z. abzeichnet, daß der Bunker, zumindest vorläufig, wieder geschlossen wird, ist er nach wie vor wichtiger Treffpunkt der rechten Szenen auch aus Städten wie Lindow, Rheinsberg, Wittstock, Gransee, Oranienburg u.a.



Wilhelm „Opa" Lange

***Jugendtreff e.V.***

Seit Ende 1997 gab es Bestrebungen der Neonazis, den ***Bunker*** mittels eines selbst gegründeten Vereins Jugendtreff e.V. zu übernehmen. Logistische Unterstützung gab es von den Berliner Nazikadern **Frank Schwerdt** und **Christian Wendt**. Wieder mischten **Wilhelm**

Lange, Thomas Pennecke und Renald Christopeit kräftig mit. „Hausaufgabenhilfe" und „Wanderfahrten" sollten Bestandteile dieser Jugendarbeit sein. Das Jugendamt und die IJN nahmen, nach anfänglicher Kooperationsbereitschaft, vom Vorhaben des Vereins Abstand und weigerten sich, den Verein im ***Bunker*** zu dulden. Der Verein ist trotzdem aktiv und organisiert gemeinsame „Ausflüge".
Das offizielle Vereinsblatt des Jugendtreff e.V. ist ***Der Ostprignitzer***. Das Blatt bezeichnet sich selbst als *„Antireaktionär – Unpolitisch – Jugendlich"*. Mit mäßigem Erfolg wird versucht dies auch inhaltlich umzusetzen. Die Vorstellung von Büchern und Musik (***Ultima Thule***, schwedische Naziband) rücken dieses Blatt eindeutig ins „rechte" Licht. Auch die Grußliste an bekannte Nazis spricht für sich. Es wird auch keine Gelegenheit ausgelassen um ziemlich inhaltslos gegen den politischen Gegner zu hetzen. Inhaltlich ist es ein recht primitives und sehr schlecht layoutetes Zine



...und Tschüs

im zusammenkopierten DIN A4 – Format mit nachträglich handschriftlich geschriebenem Herausgabedatum vom 20. April 1999. Trotz des künstlichen aufgesetzten und nicht sehr gelungenen Versuches sich jugendlich-unpolitisch zu geben, scheuen sie den Kontakt zum ***Nazi-Fanzine Freya*** nicht. So glänzte der Jugendtreff e.V., in der Novemberausgabe des Jahres '98, mit einem Interview und einem recht albernen Erlebnisbericht wie etwa 60 Naziskins das Osterfest verbrachten. In dem Interview werden nur wiederholt die eigenen Ideale hochgelobt und massiv gegen die IJN gehetzt, die ihnen angeblich die Tour mit der Übernahme des ***Bunkers*** vermasselte. Es wird aber auch konstatiert: Zitat: *„Alles läuft zwar nicht mehr so, wie in den alten Zeiten, denn es läuft weitaus besser. Dies ist kein Verdienst der IJN e.V. sondern auf Eigeninitiative des jetzigen Wirtes."* Auf den Wirt (**René Haack**) wurde bereits näher eingegangen. Diese Aussage des Jugendtreff e.V. macht nur überaus deutlich, daß der ***Bunker*** sich praktisch seit über einem Jahr in Selbstverwaltung befindet.

***REIZ***

Das „Ruppiner Einkaufszentrum" (REIZ) mitten im Herzen des Neuruppiner Neubaughettos, ist seit Jahren Treffpunkt der sehr jungen rechten Szene Neuruppins. Die Nähe zum ***Bunker*** und der Shell-Tankstelle (weiterer Treffpunkt) macht diese Gegend fast zur *„No-Go-Area"* für Linke und AusländerInnen.

***Walhalla***

In der Dorfstraße 88 (!) in Radensleben (bei Neuruppin) hat sich eine Kneipe namens Walhalla etabliert. Betreiber **Willi Rehnelt** war früher Bierverteiler im ***Bunker***.
Im März '99 spielte dort die rechte Band ***Biernot***. Durch den in Gang gebrachten Presserummel, und dem damit einher gehenden Polizeiaufgebot am Veranstaltungsort, wurde das Konzert nur von einer Handvoll Rechter besucht. Wieder mit dabei: **Ulf Jachtmann**. Inwieweit das Walhalla jedoch eine Rolle innerhalb der rechten Szene einnimmt, ist unklar.

***Volkstreue Deutsche Jugend***

Die Volkstreue Deutsche Jugend ist ein Projekt des Altnazis **Wilhelm Lange**. Durch seine politische Vergangenheit (***Hitlerjugend***, ***DLVH***, ***DVU*** und ***NPD***) fühlt er sich anscheinend dazu berufen eine *„nationale Jugendbewegung"* aufzubauen. Mit etlichen Schreiben (anfangs wurden noch seine Leserbriefe in der Regionalpresse veröffentlicht), vorrangig durch Flugschriften versucht er, vor allem unter Jugendlichen, seine Ideen an den Menschen zu bringen. Bei den zehn Geboten der Volkstreuen Deutschen Jugend werden Begriffe wie *„Disziplin"*, *„Opferbereitschaft"* und *„ritterliche Kampfweise"* hochgelobt. Auch die Verherrlichung der deutschen Wehrmacht kommt nicht zu kurz.





## Europawahlen

Bei der Europawahl vom 13. Juni 1999 bekam die ***NPD*** in Neuruppin insgesamt 158 Stimmen. Also deutlich weniger als bei Bundestagswahl, was mit Sicherheit jedoch auch an der geringen Wahlbeteiligung lag. Interessant dabei ist, daß sie in „ihrem" Wahlkreis, in dem sie massiv Wahlwerbung betrieben auf über 7 Prozent kamen.

## Kleine Zukunftsaussicht

Um gleich bei den Ergebnissen der Europawahlen zu bleiben, ist festzustellen, daß dort wo die ***NPD*** ihre Aktivitäten auf das Maximale schraubt, sie auch erfolgreich sein kann. In größeren Dörfern oder Kleinstädten in der Umgebung Neuruppins gibt es verschwindend wenige ***NPD***-Wähler, wenn dort keine Wahlwerbung betrieben wurde. Aber in kleinen Gemeinden, in denen sie es schafften mit Plakaten und Flugblättern aggressiv aufzutreten, avancierten sie teilweise zur viertstärksten Partei.
Die ***NPD*** wird weiterhin versuchen, ihre Vormachtstellung in der rechtsextremen Szene auszubauen. Auf der Parteiebene sind sie bisher relativ konkurrenzlos. Zunehmend wollen aber gerade Skins mit dem „Parteikram" nichts zu tun haben. Das Herausbilden von Kameradschaften bzw. der Ausbau des ***Jugendtreff e.V.*** ist sehr wahrscheinlich. Das wird auch unabhängig davon sein, ob der ***Bunker*** als Treffpunkt bestehen bleibt oder nicht. Da in Neuruppin noch eine antifaschistische Szene aktiv ist, werden es hier die Rechten wahrscheinlich etwas schwieriger haben, sich zu etablieren als in anderen Städten. Es ist zu vermuten, daß gerade aus diesem Grund Neuruppin verstärkt ins Blickfeld der Nazis geraten ist, wie der ***NPD***-Aufmarsch gezeigt hat. Dies hat sich Ende Juli '99 dahingehend bestätigt,




da mit **Renald Christopeit** die ***NPD*** einen Direktkandidaten zur Landtagswahl im Altkreis Neuruppin ins Rennen geschickt hat.
Diese Tatsache erfordert unter anderem auch den intensiven Ausbau der Arbeit vom „Aktionsbündnis gegen Rechts" und der organisierten Linken.






# Potsdam

## Rechte Aktivitäten in der Landeshauptstadt

**Nachdem mit der Wende 89 und den darauffolgenden Jahren bis ca. 1994 vermehrt Naziaktivitäten zu verzeichnen waren, wie Überfälle auf besetzte Häuser und Auseinandersetzungen auf der Straße, bleibt ihre Zahl seitdem auf hohem Niveau in der Landeshauptstadt Potsdam mit ihren 150 000 EinwohnerInnen.**

Mit dem „Einschlafen" zumindest wahrnehmbarer Aktivitäten von organisierten Nazis wurden auch die Informationen immer spärlicher und kaum etwas war über deren Zusammenhänge und Treffpunkte bekannt.

Auffallend war, daß bestimmte Stadtteile zunehmend in Nazihand übergingen. Dies betraf und betrifft nicht nur die Neubauviertel am Stern, Schlaatz, Waldstadt, Drewitz, wo sie eindeutig das Bild beherrschen. Inzwischen sind auch ehemals eher alternative Bezirke wie Potsdam/West oder die Innenstadt nicht mehr frei von Rechten. Der rechte Mainstream, wie er überall in Ostdeutschland vorzufinden ist, dominiert das Stadtbild.

Die alten Nazis sind zum Teil eher im Hintergrund aktiv und haben sich auf „wirtschaftliche" Aktivitäten spezialisiert. So arbeiten sie z.B. als Schläger im Rotlichtmilleu oder sind in Drogengeschäfte verstrickt. Vor allem in den Neubauvierteln der Stadt sind jüngere Nazis nachgerückt, wobei die „Babyglatzen" sich dort an Tankstellen und in Jugendclubs treffen. Diese scheinen weitgehend unorganisiert, wobei sich aus diesen Kreisen immer wieder Gruppen zusammenfinden. Als Beispiel sei Antistar genannt, die seit Juli 98 eine Reihe von äusserst dilettantisch selbstgefertigten Plakaten verklebt, die meist als Propaganda gegen Linke und Punks gemeint zu sein scheinen.

Allerdings gehen von solchen Personenkreisen auch ein große Zahl von Angriffen auf Mißliebige aus, und gerade die latente Gewaltandrohung dieser „anpolitisierten" Jugendlichen lässt „national befreite Zonen" entstehen.

Eine relativ grosse Bedeutung in der organisierten Potsdamer Naziszene haben die Band ***Proissenheads*** und deren Umfeld, zu dem auch die Band ***Unbending Bootboys*** zählt, die seit ca. 1997 in der rechten Subkulturszene in Erscheinung tritt.

1998 änderte sich die Situation in Potsdam spürbar. Immer häufiger wurden AusländerInnen, linke Jugendliche und Punks angepöbelt, und es mehrten sich Berichte über Ausschreitungen rechter Jugendlicher in Potsdam. Einen relativen Höhepunkt nahm das Ganze mit dem Aufdecken der „***Proissenhead***-Geschichten" im städtisch geförderten Jugendclub ***Club 18***.

### Der Proissenheadsskandal

Aufgrund der massiven Probleme mit Rechten beschließt die Stadt Potsdam 1993 eine Strategie der „Integration". **Uwe Menzel** wird durch die Jugendgerichtshilfe angeboten, an einem Band-Projekt im Jugendclub ***Club 18***, im Stadtteil Am Stern teilzunehmen. 1994 gründet er die Band ***Proissenskins***, zusammen mit Daniel, Andre und Rico. Die Möglichkeit, die Band im Jugendclub proben zu lassen, wird eröffnet durch den Jugendhilfeplan Teil A („akzeptierende Jugendarbeit") und den B („Oi-Musik"). Als „Oi-Musik" wird eigentlich die Musik unpolitischer Skinheads bezeichnet. Am 09.12.1995 soll die Geburtstagsparty eines Bandmitglieds mit 80 Gästen stattfinden. Diese wird vom Jugendamt verboten. Obwohl die Band inzwischen in der rechten Szene als „***White Power***"-Band sehr populär ist, schätzt der Staatsschutz die ***Proissenheads*** – so nennen sie sich inzwischen – als nicht rechtsextrem ein. Die Band beteiligt sich an der Organisation von bundesweiten Nazikonzerten sowie am Vertrieb und der Herstellung rechter Tonträger. 1997 werden die ***Proissenheads*** erstmals im Verfassungsschutzbericht für das Land Brandenburg als rechtsextrem eingeschätzt, dennoch wird der Clubleitung angeraten, die Band im Club weiter proben zu lassen, da man sie dort besser unter Kontrolle habe. Somit werden einer Band, die mit den international bekanntesten rassistischen Bands auftrittt, z.B. Störfaktor aus Deutschland oder Fortress aus Australien, von Stadt und Staat kostenlos Proberäume zur Verfügung gestellt. Im Sommer '97 erscheint eine CD mit dem Titel „Sachsens Glanz & Proissens Gloria". Gegrüßt werden auf der CD-Hülle Sektionen von ***Blood & Honour*** und ***Hammerskins***, andere Bands, der ***Club 18*** und das Projekt *„soziale Gruppenarbeit"* von „***EigenArt***".

Aus Sicht des Jugendamtes galt die Band bis zu diesem Zeitpunkt nur als „rechtsorientierte" Oi-Band, die im Rahmen akzeptierender Jugendarbeit in erträglichem Maße agiere. Aufgrund massiver Kritik einer breiten Öffentlichkeit wurden der Band die Räume im ***Club 18*** mit Beschluß vom 06.04.98 gekündigt. Vermutlich haben die ***Proisssenheads*** jedoch einen anderen Proberaum gefunden, denn nach wie vor treten sie bei Konzerten auf. Nach Besetzungswechseln besteht die Band jetzt aus **Uwe Menzel**, **Rico**, der auch bei ***Spreegeschwader*** aus Berlin spielt, **Stephan** und **Ilja Schartow**, welcher vor Beginn seiner musikalischen Karriere 1994 im Gefängnis saß.

Bei einer zum Thema ***Proissenheads*** organisierten antifaschistischen Demonstration durch die Neubaugebiete Schlaatz und Waldstadt zeigten sich die Nazis seit Jahren einmal wieder zahlreich, um diese zu verhindern. Von etwa hundert Personen aus Potsdam aber auch aus Berlin und dem Umland war hierbei die Rede. Ein Treffpunkt für die Nazis war der Bahnhof Rehbrücke. Von dort aus versuchten sie, zur Antifa-Demo zu gelangen, wobei es zu Rangeleien mit der anwesenden Polizei und einigen Platzverweisen kam. Mehrere Nazi-Autos wurden im Umkreis der Demo beobachtet. Im Umland hielten sich außerdem mehrere Rechte abrufbereit; es wurde eine relativ große Gruppe Nazis von der Polizei daran gehindert, nach Potsdam zu fahren.

Ein Zusammenwirken Potsdamer Nazis mit besagten Zusammenhängen wurde ebenfalls zu verschiedenen anderen Anlässen (Sauftouren, Konzerte, Ausschreitungen) beobachtet, so z.B. mit Nazis aus Brandenburg, Lehnin, Rathenow oder Berlin. Ein überregional bekannt gewordenes Beispiel war der Überfall auf eine Punkband in Pritzwalk am 19.09.1997, bei dem Potsdamer beteiligt waren. Der als Haupttäter zu mehreren Jahren Verurteilte **Gregorszewski** stammt aus Stahnsdorf und wurde früher in Potsdamer Hausbesetzerkreisen gesehen. Im Verlaufe der Verhandlung gab er kurioserweise zu seiner Verteidigung an, er sei PDS Mitglied.



**Im Folgenden werden in der Presse aufgelistete Ereignisse wiedergegeben, die ein verstärktes Auftreten und Agieren von Nazis in Brandenburgs Landeshauptstadt wiederspiegeln.**

**Februar 97**

- **Ein 20-jähriger wird im Nachtbus von acht 16-18-jährigen Rechten schwer verletzt.**
- **Ein Afrikaner wird am Stadtbahnhof beschimpft und angegriffen.**
- **Ein Türke wird am Bahnhof Rehbrücke mißhandelt.**

**März 97**

- **Der Verfassungsschutz-Bericht spricht von brutaleren Rechtsextremen mit mehr Delikten in Brandenburg, 157 Gruppen – davon 12 in Potsdam.**
- **Ein Kroate wird von acht Personen angegriffen, die „Deutschland den Deutschen" rufen.**
- **40 Personen versammeln sich in Waldstadt um ein Feuer und gröhlen Naziparolen . Die Polizei wird mit Flaschen beworfen.**

**Mai 97**

- **Ein türkischer Mann aus Berlin wird von vier Männern geschlagen und beraubt.**
- **Ein Jugendlicher wird in der Innenstadt vom Fahrrad gerissen geschlagen und getreten, zur Hilfe eilende werden mit Messern bedroht.**

**Juni 97**

- **Eine Gruppe von 15 Jugendlichen jagt bei Potsdam drei Flüchtlinge.**

**Juli 97**

- **Ein türkischer Imbißangestellter wehrt sich mit einem Dönermesser gegen den Angriff von vier Skinheads. Alle Täter sind wegen rassistischer Vorfälle bekannt. Ein 15-jähriger Skinhead wird verletzt.**

**November 97**

- **Die Polizei löst ein „Nationales" Konzert auf.**

**Dezember 97**

- **Ein türkischer Asylbewerber wird am Bassinplatz von drei Jugendlichen geschlagen und beraubt.**




**April 98**
**• Haftstrafe für einen Mann, der einen Jugendlichen zusammengeschlagen hatte, da er dachte, dieser sei Türke.**
**• Eine Hitler-Geburtstagsfeier wird von Polizei aufgelöst.**

**Juni 98**
**• Prozeß: Andrè D. (29) hat im April '95 vier Personen angegriffen, mißhandelt, beraubt – einen behinderten Obdachlosen, zwei Arbeitslose und einen Jugendlichen. Vorwand waren Lappalien wie falsche Schuhgröße. Der Mittäter Wolfgang F.wurde schon vorher nach Geständnis verurteilt. Beide geben an „Penner" nicht zu mögen.**

**September 98**
**• Johannes Rey, BFB, erpreßt Unterschriften für seine Kandidatur von Handwerksbetrieben und bedroht diese telefonisch.**
**• Eine Mutter mit ihrem Kind werden in einer vollbesetzten Straßenbahn rassistisch beleidigt, die Polizei findet keine Zeugen.**

**Oktober 98**
**• Durchsuchungen unter anderem auch in Potsdam im Zusammenhang mit der CD „Rock gegen oben" der Naziband Landser.**
**• Am Stadtbahnhof wird ein Afrikaner von acht Jugendlichen bedroht. PassantInnen greifen ein und verhindern Schlimmeres.**

## Nazis schützen die langen Kerls

Auch das Potsdamer „Touristenhighlight", die Wachtparaden der Langen Kerls, machte deutlich, daß die Nazis schnell und zahlreich zur Stelle sein können.. Mit zunehmenden Protesten gegen die Wachtparaden erschienen auch Rechte vermehrt, um diese vor DemonstrantInnen zu schützen:
Die Stadt Potsdam und ihre Tourismusgesellschaft PTM versuchten 1998, durch zehn Aufmärsche der Langen Kerls eine Attraktion zu schaffen. Bei diesen Paraden handelt es sich um historisch-militaristische Aufzüge von großgewachsenen Männern in preußischen Uniformen. Der Verein der „Langen Kerls", ehemals die gepeinigte Leibstandarte Friedrichs des Großen, ist heute auf die Pflege der „preußischen Tugenden" bedacht. Die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär begleitete die Verherrlichung des Militärs mit kritischen Aktionen. Dies wiederum ließ immer häufiger Faschisten zum Schutz der Langen Kerls in Erscheinung treten. Hierzu mobilisierten die ***Proissenheads*** und die ***Unbending Bootboys***. Diese erschienen zum Teil selbst am Luisenplatz zum Pöbeln und Fotografieren. Auch kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen.

## Bedrohungen und Angriffe durch die Anti-Antifa

Daß zwischen den ***Proissenheads*** und dem Staatsschutz anscheinend gute Kontakte während ihrer Proben in dem städtischen Jugendclub entstanden waren, ließ die Tatsache deutlich werden, daß sie sich auf den Paraden mit Zivilpolizisten grüßten,.

Am 18.07.98, nach Beendigung der Militärparade, erhielt ein Mitglied der Kampagne gegen Wehrpflicht eine telefonische Morddrohung. Eine zweite Morddrohung kam am 05.09. nach wiederholtem Erscheinen der Nazis bei dem Wachaufzug. Durch eine Fangschaltung wurde festgestellt, daß das Telefonat vom Anschluß von **Cornelia Rahmel** geführt wurde, in deren Babelsberger Wohnung **Ilja Schartow** häufig anzutreffen ist. Die Ermittlungen diesbezüglich wurden von der Polizei eingestellt, da Rahmel angab, sie wisse nicht, wer angerufen habe.

Am 15.08.98 verteilten junge Nazis der ***NPD*** sowie ihr damaliger Bezirksvorsitzender **Thilo Kabus** aus Reinnickendorf während eines weiteren Auftritts der Langen Kerls ***NPD***-Propagandamaterial.

Im Dezember 1998 verschickte eine „Potsdamer ***Anti-Antifa***" an die KandidatInnen zur Kommunalwahl der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär Drohbriefe. Diese „***Anti-Antifa***" kann ebenfalls dem Proissenheads-Umfeld zugerechnet werden, die Rückseite der Pamphlete war beschrieben mit einer Antwort auf eine Schmähung gegen **Uwe Menzel**. Der Inhalt richtete sich gegen „Zecken", StudentInnen, AusländerInnen bis hin zu etablierten Parteien wie PDS und SPD.

Im August 1998 tauchten im Stadtgebiet Plakate einer Gruppe ***White Youth Potsdam*** als Überkleber auf PDS Plakaten auf. Laut brandenburgischen Verfassungsschutzbericht handelt es sich bei ***White Youth Germany*** um eine Gruppe, die junge Skinheads an ***Blood & Honour*** heranführen soll.

## Übergriffe mehren sich

Gegen Ende des Jahres und besonders mit Beginn des Jahres 1999 häuften sich auch Angriffe auf AusländerInnen drastisch, und es war eigentlich jede Woche über teilweise lebensbedrohliche Übergriffe in den Zeitungen zu lesen. Vielfach fällt dabei der Potsdamer Stadtbahnhof als Tatort von Pöbeleien und Übergriffen auf, aber auch Bushaltestellen, öffentliche Verkehrsmittel und Wohngebiete. Auch ist festzustellen, daß die Taten eben nicht in der Nacht, sondern oftmals am hellichten Tage durchgeführt werden.

Im Zusammenhang mit einer Demonstration linker Gruppen gegen die Unterschriftenkampagne der CDU am 20.03.99 wurden „begleitende" Naziautos beobachtet. Nachdem die Ankündigungsplakate für die Demo in den Plattenbauvierteln von der ***Anti-Antifa*** überklebt wurden, blieb es von Naziseite jedoch während der Demo ruhig.

Die Brandenburger Straße, Haupteinkaufsmeile Potsdams, ist seit längerem Ort von Pöbeleien und kleineren Auseinandersetzungen. Im Juni 99 werden einige davon breiter bekannt. So wird ein Motz-Verkäufer (Obdachlosenzeitung) von Skinheads geschlagen und die Einkaufstraße entlang gejagt. Zwei Nazis laufen grölend über die Brandenburger Straße und beschimpfen dabei die Inhaber und Gäste eines Dönerimbisses und weiterer Läden mit ausländerfeindlichen Parolen und Sieg-Heil-Rufen. Sie werden schließlich von der Polizei festgenommen.

15.8.98: Wachtgarde, NPD-Flugblattverteiler



## Parteien

Die ***Republikaner*** stellten zur Bundestagswahl 1998 einen Direktkandidaten: **Hans Joachim Ritter**. Dieser erreichte in Potsdam 1,15%. Das sind 929 Stimmen. Ansonsten traten die ***Republikaner*** in Potsdam nicht öffentlich in Erscheinung. Im April 1999 teilte der Kreisvorstand der ***Rep's*** den Mitgliedern den einstimmigen Beschluß mit, sich mit sofortiger Wirkung aufzulösen, da festgestellt wurde, daß kaum oder gar keine Mitglieder mehr vorhanden sind, bzw. viele ***Republikaner*** zur ***DVU*** gewechselt waren. Der Kreisvorstand war verärgert, daß das Geld für die Brandenburger Landtagswahlen nach Berlin fließe, da sich dort die Bundespartei größere Chancen auf Wählerstimmen erhoffe. Die Ex-Republikaner kritisierten, daß jegliche Unterstützung des Landes- und Bundesvorstandes für Potsdam ausbliebe. Die bisherigen Potsdamer Mitglieder wurden aufgefordert, dem ***DVU***-Kreisverband beizutreten. Der ***DVU***-Landesverband gründete sich im Februar 1999. ***DVU***-Kreisvorsitzender ist **Karl Hentze**. Stellvertretender Kreisvorsitzender ist **Hans-Dieter Müller**.

Zur Bundestagswahl 1998 machte der ***Bund Freier Bürger (BFB)*** mit seinem Kandidaten für den Bundestag, **Dr. Johannes Rey**, eher negativ in Potsdam von sich reden. Der Immobilienbesitzer aus Oberursel versuchte MieterInnen seiner Villen mit Gewalt zu vertreiben und fiel auch mit anderen frühkapitalistischen Brachialmethoden immer wieder auf. Nach dem Ergebnis der Wahl für die Stadt Potsdam erreichte **Rey** 0,83 % oder 677 Wählerstimmen.

Mit 0,2 % oder 164 Stimmen fiel die ***ÖDP (Ökologisch Deutsche Partei)*** mit ihrem Direktkandidaten **Eberhard Mauderer** in Potsdam nicht ins Gewicht.

Die ***NPD*** taucht in den Ergebnissen der Bundestagswahl 1998 nur in der Auflistung der vergebenen Zweitstimmen auf. Hierbei er-

**• In Potsdam- Waldstadt wird ein Afrikaner von mehreren Angreifern beraubt und krankenhausreif geschlagen**

**November 98**
**• Ein Mosambikaner wird in der Straßenbahn rassistisch beschimpft, geschlagen und getreten. Die Täter fliehen, nachdem das Opfer die Notbremse zieht.**
**• Beim Gärtnerhaus des jüdischen Friedhofs wird am Vorabend des 60. Jahrestages der Reichspogromnacht eine Scheibe eingeworfen.**

**Januar 99**
**• 300 Jugendliche randalieren in der Silvesternacht am Schlaatz und greifen die Polizei an, es fallen rechte Parolen. 5 Festnahmen.**

**März 99**
**• Ein Mann bedroht eine Frau, weil sie mit ihrem ausländischen Ehemann in seine Nachbarschaft ziehen will.**
**• Prozeß wegen gefährlicher Körperverletzung: Jens K. mißhandelte eine 19-jährige Bewohnerin des Internats im Oberlinhaus aus Eifersucht (Datum: Juni 98). Zweiter Anklagevorwurf: Tragen verfassungsfeindlicher Kennzeichen (Koppelschloß mit Hakenkreuz). Jens K. ist wegen ähnlichem mehrfach vorbestraft.**
**• Ein 18-jähriger schlägt einer Fußgängerin ins Gesicht und tritt sie am Boden liegend. Die junge Frau hatte ihn zur Rede gestellt, nachdem er aus einer Gruppe von vier Jugendlichen heraus den Hitlergruß gezeigt hatte.**
**• Das Fenster der Landesgeschäftsstelle der PDS wird eingeworfen.**

**April 99**
**• Ein 16-jähriger, bereits mehrfach wegen Körperverletzung und Volksverhetzung vorbestrafter Jugendlicher stößt eine ausländische Frau auf die Straße. Ein nahendes Auto muß scharf bremsen.**

**(Quellen: Märkische Allgemeine Zeitung, Potsdamer Neueste Nachrichten, Berliner Zeitung)**

reicht sie in der Stadt Potsdam 0,56 % oder 453 Wählerstimmen. Trotz des eher geringen Ergebnisses ist ein Anstieg der Aktivitäten der ***NPD*** in Potsdam zu verzeichnen. ***NPD***-Propagandamaterial tauchte 1998 unter anderem bei den Wachtparaden der Langen Kerls auf, Wahlwerbung zur Bundestagswahl wurde allerdings nur in einigen Stadtbezirken wie Stern, Schlaatz, Babelsberg vereinzelt plakatiert. Ebenfalls wurde beobachtet, daß die ***NPD*** vor verschiedenen Schulen Wahlwerbung betrieb, auch tauchten dort – aber auch an anderen Stellen – vermehrt Aufkleber auf. So z.B. ***NPD*** – und „Gegen-Zecken"-Aufkleber am Stadtbahnhof, in Babelsberg, in Waldstadt und am Schlaatz. Der Versuch **Andreas Storr** 1998 zur Oberbürgermeisterwahl aufzustellen scheiterte, da die benötigten Unterstützungsunterschriften nicht beschafft werden konnten.

Zur Europawahl 1999 unternahmen ***NPD***-Anhänger eine einmalige weiträumige Plakatieraktion in Potsdam. Ausgehend vom Stern, Schlaatz, Drewitz, zog sich ihre Unternehmung durch Babelsberg bis in die Innenstadt Potsdams. Der Schluß liegt nahe, daß im Vorfeld der Landtagswahl im September 1999 mit massiven Aktivitäten solcher Art zu rechnen ist. Für diese Landtagswahl sammelte die ***NPD*** mit **Andreas Storr** persönlich, Anfang Juni, öffentlich Unterschriften vor Einkaufszentren in Potsdam, unter anderem in Babelsberg, im Kirchsteigfeld und in Drewitz. So gelang es ihnen die für **Udo Voigts** Direktkandidatur nötigen Unterstützunsunterschriften zusammenzubekommen.

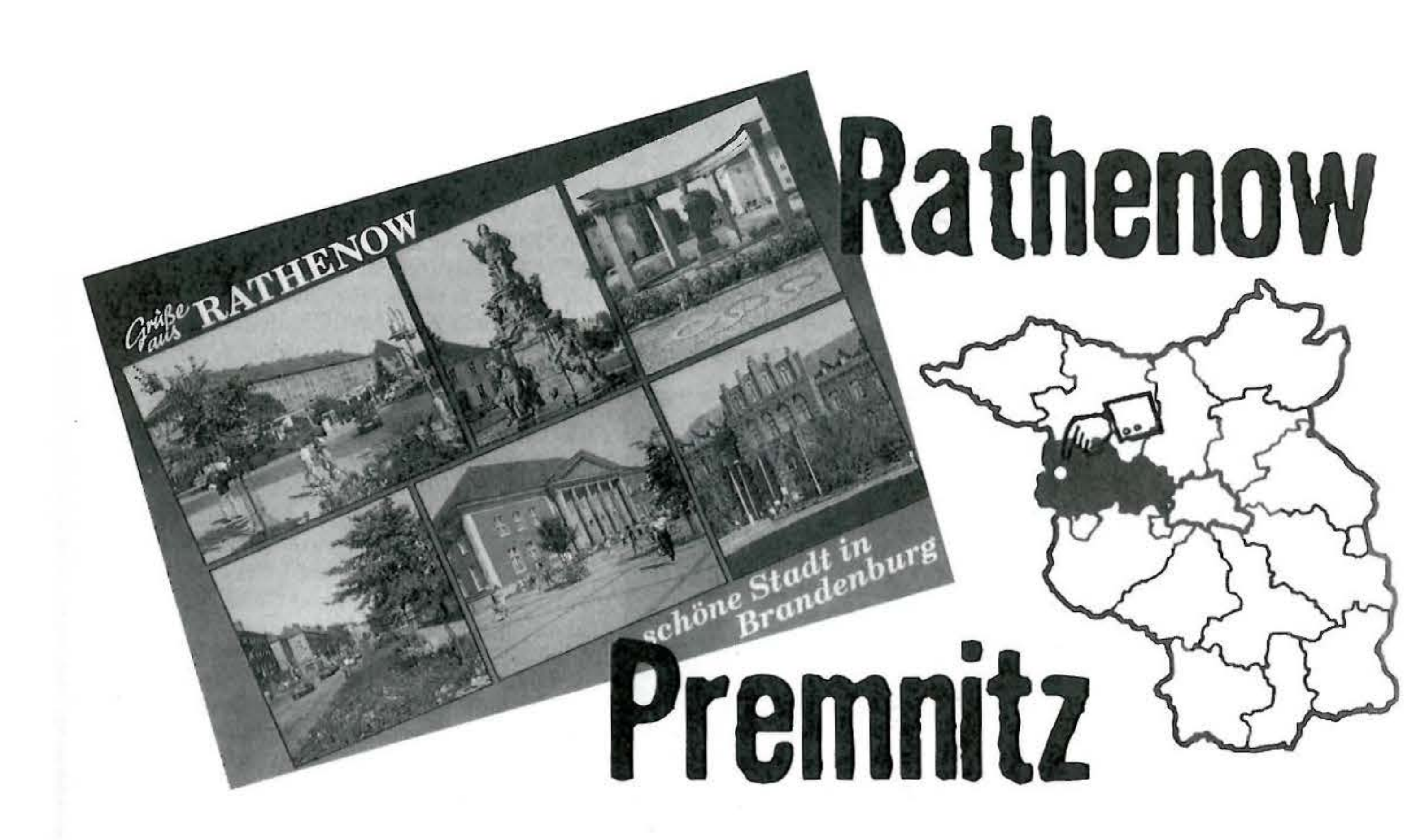
Lange Zeit galt Potsdam als starker ***NF*** Stützpunkt, nach der Spaltung konnte die neu entstandene Nachfolgeorganisation ***FMJ***, bzw. deren lokale Gruppe ***P.O.H.L.*** über ein Potsdamer Postfach erreicht werden, auch die ***SrA/ FMJ*** Publikation ***„Angriff"*** wurde über dieses Postfach vertrieben. Im August 1997 wird **Sören Fähnle** aus Babelsberg wegen Fortführung des zwischenzeitlich verbotenen ***FMJ*** angeklagt, er soll obiges Postfach betreut haben.

Einer der vier Skinheads, die 1994 bei einem brutalen Überfall auf das besetzte „Archiv" mehrere Personen teils schwer verletzten, **Danny Prange**, war nach Verfassungsschutzangaben Stützpunktleiter der ***NF*** Nachfolgeorganisation ***Direkte Aktion Mitteldeutschland/ JF***.



15.8.98 Am Rande der Wachtparade Thilo Kabus mit Gefolgschaft






# Rathenow Premnitz

## Zwei „ganz nomale" Kleinstädte in Brandenburg

Im westlichen Teil des brandenburgischen Landkreises Havelland haben sich rechtsextreme Strukturen insbesondere in der Kreisstadt Rathenow und im südlich davon liegenden Premnitz etabliert. Diese haben teilweise gemeinsame Ursprünge, die sich bis in das Jahr 1990 zurück verfolgen lassen. Seitdem kam es immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen auf AsylbewerberInnen, AusländerInnen, linke Jugendliche, aber auch auf „ganz normale" BürgerInnen. Parallel dazu tauchte immer wieder rechtes Propagandamaterial auf. Rechtsextreme Parteien und Zusammenhänge suchten und fanden hier Mitglieder und Sympathisanten.

### Die Anfänge rechter Organisierung

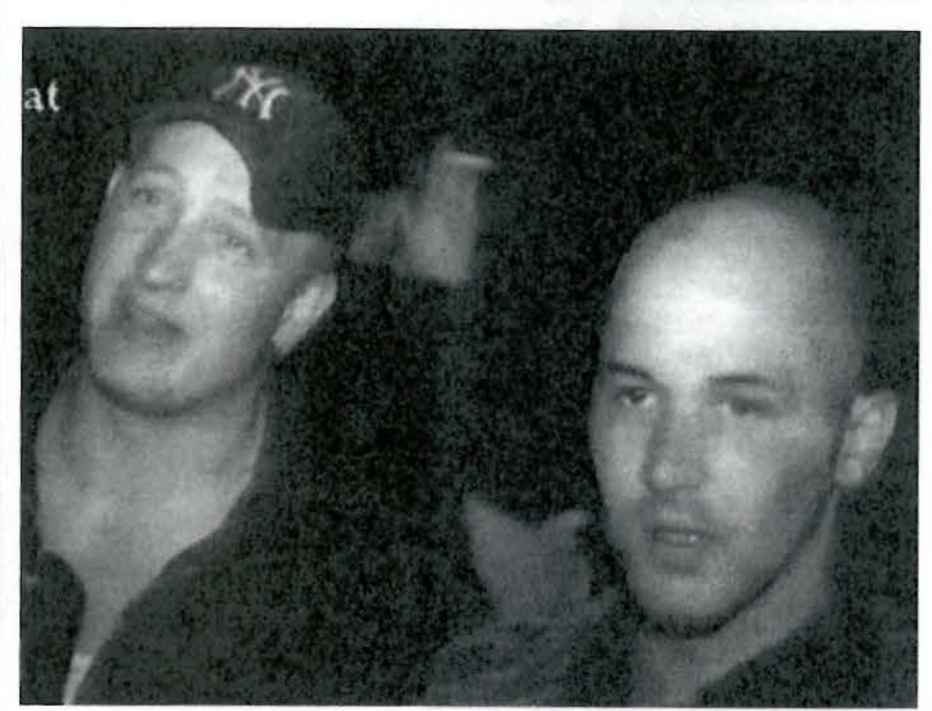
Die ***Nationalistische Front (NF)*** und ihre Nachfolgeorganisationen, wie das ***Förderwerk Mitteldeutsche Jugend (FMJ)*** und die ***Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF*** gehörten im westlichen Havelland zu den ersten bedeutenden Parteien. In Premnitz gelang es dem Polizei-Azubi **Andreas Winkel** sowie **Ruven Güssow** einen Stützpunkt dieser Organisation zu gründen.

Die Rathenower **Matthias Nickel, Mathias Olm** und andere standen auf der Liste des Schönborn-Flügels der ***NF*** zum Aufbau des ***Nationalen Einsatzkommandos (NEK)***.

Nach den Parteiverboten und der Selbstauflösung des ***FMJ*** wurde die rechtsextreme Organisierung durch den ***Nationalen e.V.*** betrieben. Bereits 1994 hatte sich laut Berlin-Brandenburger-Zeitung, Ausgabe Dezember '94/Januar '95, in einer Gaststätte „in der Umgebung Rathenows" ein Kreisverband des Vereins gegründet. Dieser unterhielt auf dem Rathenower Hauptpostamt ein Postfach, über das InteressentInnen Tonträger, Bücher, Filme, Aufnäher, T-Shirts und Schulungsmaterial beziehen konnten. Mehrfach wurden Plakate der Nationalen e.V. und ihrer Umweltgruppe im Rathenower Stadtgebiet geklebt. Der Kreisvorsitzende **Ingo Günther** warb in der Berlin-Brandenburger-Zeitung (Ausgabe Februar/März 1995) mit einer Lehrstelleninitiative.

Am 9. Dezember 1995 sollte eine antifaschistische Demonstration gegen das Engagement der ***Nationalen e.V.*** in Rathenow stattfinden. Daraufhin ließ der damalige Vorsitzende **Frank Schwerdt** aus Berlin durch **Ingo Günther** per

Pressemitteilung verkünden, daß er eine Gegendemonstration unter dem Motto: „Gegen Rotfront-Terror und linke Gewalt" angemeldet und **Hans-Christian Wendt**, Redakteur der Berlin-Brandenburger-Zeitung, als Versammlungsleiter eingesetzt habe. Eine Konfrontation zwischen linken und rechten Demonstranten wurde von den Behörden befürchtet. Aufgrund dessen wurde die Gegendemonstration der Rechten verboten, während die antifaschistsiche Demonstration friedlich stattfand.
Im Jahr 1996 traten die ***Nationalen e.V.*** in Rathenow öffentlich nicht in Erscheinung. Dafür wurde massiv für den ***Deutschen Jugend Bund***, eine Abspaltung der ***Wiking Jugend***, mittels Aufklebern geworben. Ende Mai desselben Jahres tauchte in Premnitz ein „9-Punkte-Plan-zur-Ausländerrückführung" auf. Zwei Monate später wurden ebenfalls in Premnitz und zeitgleich in den Städten Pritzerbe (Potsdam-Mittelmark) und Brandenburg/Havel Plakate gegen Ausländer, Punks und die PDS geklebt.



Links: Daniel Kuhn, gefilmt im Wusterwitz

## Gewalt gegen „Volksfeinde"

Ab Herbst 1996 nahmen gewalttätige Übergriffe in Premnitz, wie auch landesweit, wieder zu. Die Übergriffe der Premnitzer Rechten zielten vor allem gegen vermeintliche Angehörige einer linken Subkultur. Viele Leute sahen keinen anderen Ausweg als wegzuziehen. Am 10.Januar 1997 überfielen Rechtsextremisten eine Geburtstagsparty in der Liebigstraße in Premnitz, wobei eine Glastür eingeschlagen und mehrere Personen verletzt wurden. Ein Jugendlicher erlitt einen Kieferbruch. Am 14. April 1997schlugen Rechtsextremisten in der Bunsenstraße sowie am 02. August 1997 in der Karl-Marx-Straße jeweils einen Jugendlichen krankenhausreif. Am 16. Mai 1997 griffen ca. 15 Rechtsextremisten aus Premnitz, Döberitz und Rathenow ein Zeltlager von Jugendlichen an, wobei etliche Personen verletzt wurden. Am 20.September 1997 wurde ein Familienvater an einer Tankstelle in Mögelin vor den Augen seines Sohnes von Premnitzer Nazis krankenhausreif geschlagen. Weitere Übergriffe durch Rechtsextremisten aus Premnitz folgten in der Silvesternacht '97/'98 in Rathenow. Die Serie von Gewalttaten erreichte einen vorläufigen Höhepunkt schließlich am 30. Januar 1998, dem 65.Jahrestag der Machtergreifung durch die NSDAP. Gegen 22.30 Uhr stürmten acht vermummte„Rechtsextremisten eine Gartenlaube, zerschlugen wahllos Inventar sowie Fensterscheiben und verletzten zwei Personen mit Knüppeln. Auf den älteren der beiden Angegriffenen wurde zusätzlich mit einem Messer eingestochen. Anschließend gröhlte einer noch „Heil Hitler, Freunde".

Am.12. März 1998 wurde Haftbefehl gegen die polizeilich ermittelten und einschlägig vorbestraften Tätern erlassen. Zu diesen gehörten u.a. die Wehrdienstleistenden **Steffen Nieter, Andy Blunk** und **Kevin Bergner.** Letzterer wurde unehrenhaft aus der Bundeswehr erlassen. Bereits 1997 unehrenhaft aus der Armee entlassen wurde der Haupttäter **Guido Schäfer,** weil er seinen dortigen Ausbilder verprügelte.

Bei Hausdurchsuchungen wurde insbesondere beim Tatbeteiligten **Steffen Nieter** umfangreiches Propagandamaterial gefunden. Die Haftbefehle für den harten Kern der Premnitzer Rechtsextremisten sorgten allerdings für keine Beruhigung der Situation in der Stadt. Es kam zu weiteren Zwischenfällen.
Am 09.Mai 1998 sollte in Premnitz eine antifaschistische Demonstration anläßlich des Tages der Befreiung vom Hitlerfaschismus stattfinden, um hier den ZwangsarbeiterInnen des ehemaligen IG-Farben-Werks zu Gedenken und um auf die Problematik des örtlichen Rechtsextremismus aufmerksam zu machen. Dazu kam es allerdings nicht. Am 06. Mai 1998 meldete **Frank Schwerdt**, inzwischen Beisitzer beim ***NPD***-Bundesvorstand, per Fax eine Gegenkundgebung unter dem Motto „8.Mai-Kein Tag der Befreiung", bei der auch **Hans-Christian Wendt** eine Rede halten sollte, an. Als Versammlungsleiter war der aus Rathenow stammende ehemalige Vorsitzende, der am 15. August 1997 durch das Brandenburger Innenministerium verbotenen, ***Kameradschaft Oberhavel*** sowie ehemaliger Schatzmeister und Liquidator der ***Nationalen e.V.***, **Karsten Giese** aus Hennigsdorf, vorgesehen. Im Gegensatz zu 1995 in Rathenow, wurden diesmal beide Aufzüge am in letzter Minute verboten. Das Verwaltungsgericht Potsdam bestätigte am Tag der geplanten Veranstaltung die Verbote. Den Anmeldern der antifaschistischen Demonstration war es dadurch zeitlich nicht mehr möglich, gegen die politisch fatale Gleichstellung von rechter und linker Veranstaltung in der nächsten Instanz anzugehen. Trotz des Verbots beider Veranstaltungen reisten Rechtsextremisten von außerhalb mit Kleinbussen an und übernachteten in einer Jugendherberge in Milow bei Premnitz. Am 09. Mai 1998 versammelten sich ca. 20 Nazis, trotz bestehenden Versammlungsverbots, in der Premnitzer Bunsenstraße. In Marquede bei Milow fand am selben Tag eine Party mit ca. 150 Rechtsextremisten statt.

## Wiederbelebung der rechten Szene in Rathenow

In Rathenow blieb es derweil nicht ruhig. Am 09. Dezember 1997 tauchten erstmals seit langem wieder rechte Propagandaschriften in den Briefkästen der Stadt auf. Es handelte sich hierbei um achtseitige Pamphlete zur Thematik Religionsunterricht an den Schulen, vom ***Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.*** Nachdem die Antifa in einer Regionalzeitung über den rechtsextremen Hintergrund dieser Vereinigung aufmerksam machte, meldeten sich in Form von Leserbriefen ein **Dr. Gundolf Fuchs** und dessen **Frau Elke** aus Hemmingstedt/Schleswig-Holstein sowie ein **Friedrich Bading** aus Bahnitz als Fürsprecher des BfG zu Wort.

Seit 1997 hatte auch die rechte Jugendszene in Rathenow, nachdem deren Aktivitäten nach den Himmelfahrtskrawallen 1996 nachließen, wieder regen Zulauf. Zu dieser Szene gehörte auch eine 20-25 Personen starke Gruppierung, die sich vor allem aus Schülern und Abgängern der „Bruno H.-Bürgel"-Gesamtschule um **Matthias Mertens, Christian Schönborn, Christian Wendt** und **Michel Müller** formierte. Schnell übernahmen sie Outfit und Gewohnheiten der älteren Rechten aus Rathenow, die sie wie Ikonen verehren. Am 14. März 1997 beschimpften gegen 23.15 Uhr ca. 12 Personen aus dieser Gruppe drei Diskobesucher in der Berliner Straße in Rathenow und provozierten eine Schlägerei. Am 14. November1997 überfielen ca. 20 Personen derselben rechten Gruppierung eine Geburtstagsparty, wobei mehrere Menschen erheblich verletzt wurden. Der Tatbeteiligte **Schönborn** erhielt am 19. Juni 1998 hierfür eine Freiheitsstrafe von 9 Monaten, die für zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Seit 1998 tritt die Gruppe um **Mertens** und **Schönborn** mit der Bezeichnung ***Arische***




***Kämpfer*** in der Öffentlichkeit auf. Als besonderes Merkmal der Zugehörigkeit zur Gruppe wurden T-Shirts mit gleichlautendem Schriftzug auf dem Rücken, sowie der Aufschrift ***„White Power Rathenow"*** vorne ausgegeben. Eine andere Variante solch eines T-Shirts wurde mit der Aufschrift ***„Freicorps Rathenow"*** gedruckt..

Zusammen mit den zu diesem Zeitpunkt kaum noch auffälligen älteren Rechten aus Rathenow überfielen sie am 22. März.1998 eine Geburtstagsparty in Böhne und stahlen Nahrungs- und Genußmittel. Dabei entstand ein Sachschaden von etwa 500 DM. Der gleiche Personenkreis – es waren etwa dreißig mit elf Autos – störte unmittelbar danach noch eine Konzertveranstaltung in Milow, wobei Menschen verletzt wurden.

Am 23. Mai 1998 fand in Wusterwitz eine „Geburtstagsfeier" statt, die nach „Sieg Heil"-Rufen von der MEGA aufgelöst wurde. Ein Kamerateam des ZDF begleitete und filmte den Polizeieinsatz für die Reportage „Bomberjacken, Baseballschläger, Büchsenbier". Die Rechtsextremisten nutzten dies, um sich vor der Kamera zu profilieren. Neben Potsdamern konnte der aufmerksame Beobachter vor allem Rathenower Rechtsextremisten, wie **Daniel Kuhn, Maurice Kindt** und **Sandy Altenhordt** erblicken, die zu den Älteren der Szene zählen. **Kuhn** beteiligte sich zusammen mit **Mario Knudsen** und **Sven Schmidt**, einer der Rädelsführer der Gefängsnisrevolte von 1993 in der JVA Luckau, sowie 20-30 weiteren Personen der rechten Szene am 31. Juli 1998 an einem Überfall auf zwei Aussiedler aus den GUS-Staaten im Rathenower Fontanepark.
**Kindt** arbeitet zusammen mit **Kuhn** und weiteren Rechtsextremisten bei der seit 1995 existierenden Premnitzer Wachschutzfirma Security Zarnikow. Das Unternehmen ist ver-

antwortlich für die Sicherung von Objekten, wie dem Rathenower Asylbewerberheim (!) am Birkenweg, aber auch von Veranstaltungen, wie das Dachsbergfest in Premnitz, das Stadtfest in Rathenow und die Wahlkampfveranstaltung vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) am 27. August 1998 in Brandenburg/Havel. In Premnitz, dem Unternehmenssitz, hat sich Security Zarnikow schon so weit etabliert, daß städtische Objekte nur noch von dieser Firma bewacht werden dürfen.

**Altenhordt** gilt neben **Knudsen** als einer der Köpfe der Rathenower rechten Szene. Zusammen mit **Mirko Irmler** schlugen die beiden am 20. April 1997,Hitlers Geburtstag, zwei Männer an einer Tankstelle in Friesack krankenhausreif. Der einschlägig vorbestrafte **Knudsen** wurde dafür am 03. November 1998 zu einem Jahr und 9 Monaten Gefängnis verurteilt.



**Altenhordt** erhielt zum x-ten Male eine Bewährungsstrafe.

Am 21. August 1998 begann das dreitätige Rathenower Stadtfest, bei dem es alljährlich zu Übergriffen von Rechtsextremisten kommt. Bereits drei Jahre vorher am 08. September1995, begaben sich Rechtsextremisten von diesem Fest aus in die Puschkinstraße, gröhlten Parolen und bewarfen Jugendliche mit Steinen. Am 30. August 1997 provozierten Rechtsextremisten die vom Stadtfest kamen eine Schlägerei mit Aussiedlern aus den GUS-Staaten. Am 02. August 1998 wurden drei Jugendliche gegen 21.45 Uhr in der Goethestraße von mehreren Rechtsextremisten, wie **Marco Barsch** aus Brandenburg, **Marcel Liß** aus Döberitz, sowie **André Kettenbach** aus Premnitz zusammengeschlagen. **Liß** war bereits an den genannten Ausschreitungen am Rande des Stadtfestes 1997 beteiligt, **Kettenbach** am erwähnten Überfall auf eine Gartenlaube am 30. Januar 1998 in Premnitz.
Am 23. August 1998 gegen 2.00 Uhr morgens marschierte eine Gruppe von 50 Neonazis aus Rathenow und Umgebung in „Reih' und Glied" durch die Goethestraße und später durch die Berliner Straße. Dabei wurde u.a. *„Hier marschiert der nationale Widerstand"* gegröhlt. Eine Zeugin berichtete gegenüber der Berliner Zeitung weiterhin von *„Sieg Heil"*-Rufen aus dem Zug und, daß die Polizei tatenlos hinterher fuhr.

## Bundestags- und Kommunalwahlkampf 1998

Von den rechtsextremen Parteien fielen in Rathenow besonders die ***Republikaner*** auf. Diese traten hier zuletzt im Januar '97 durch Postwurfsendungen öffentlich in Erscheinung, als Zettel im Din A4-Format mit dem Titel *„BSE – Deutsche Verbraucher in Gefahr"* in Briefkästen u.a. in der Nauener Straße in Rathenow geworfen wurden. Am 14. August 1998, 04. und 25. September 1998 verteilten sie Flugblätter, Zeitungen, Wahlprogramme u.ä.. Zusätzlich wurden in der ersten Septemberwoche an Straßenlampen in der Bammer- und Milower Landstraße Wahlplakate aufgehängt. Das öffentliche Verteilen von Flugblättern durch den Rathenower Republikaner **Andy Wagner** und einiger Sympathisanten am 14.08.1998 in der Großen Hagenstraße scheiterte am friedlichen Protest von Jugendlichen. Gescheitert, aufgrund mangelnder Unterstützungsunterschriften, war auch **Wagners** Versuch, als Kandidat für die Rathenower Stadtverordnetenversammlung aufgestellt zu werden. Daß er auch anders gefährlich werden kann, zeigte die Entwicklung nach einer verbalen Drohung gegenüber einem Tischlermeister in der Goethestraße. **Wagner** zeigte seinen Parteiausweis und fragte, warum bei ihm „Zecken" beschäftigt werden, und kündigte an, daß etwas passieren werde. Nur wenige Tage später, am 05. Juli 1998 gegen 4.10 Uhr ging ein Holzschuppen der Tischlerei in Flammen auf. Das Feuer erfaßte auch einen benachbarten Imbißstand. Polizeilich ermittelte Brandursache: Brandstiftung.

Die ***Republikaner*** bekamen 293 (1,99 %) der Zweitstimmen zur Bundestagswahlen in Rathenow.

Die rechtsextreme ***Deutsche Volksunion (DVU)*** blieb, im Vergleich zu anderen Städten, in Rathenow unauffällig. Lediglich eine überregional verbreitete Sonderausgabe der ***DVU***-nahen Publikation Deutsche Wochenzeitung, die am 08.September 1998 in die Briefkästen gelangte, und vier Wahlplakate kündeten von dieser Partei. Zur selben Zeit wurden allerdings in Premnitz mehr als 20 ***DVU*** – Plakate, hauptsächlich in der Bergstraße und in der Hauptstraße vom örtlichen Parteimitglied **Daniel Schröder** aufgehängt. Erwähnt sei weiterhin, daß die „Nationalzeitung" herausgegeben vom Parteivorsitzenden der ***DVU*, Gerhard Frey,** in mehreren Verkaufsstellen in Rathenow, u.a. im Treffpunkt, Friedrich-Ebert-Ring, im Extra-Markt, in der Fehrbelliner Straße und im Lottoladen Goethestraße offen angeboten wird. Die ***DVU*** erhielt in Rathenow 421 (2,9%) der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl.

Die ***NPD*** fiel in Rathenow nur durch öffentlich angebrachte Aufkleber in der Berliner und der Dr. Salvador Allende Straße, sowie an der Turnhalle der Bruno H. Bürgel-Schule auf, erhielt dafür aber 109 (0,7 %) der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl. Rechtsextreme Plakate, die keiner Partei zuzuordnen waren, mit den Parolen *„Asylanten halt!"*, *„Deutsche – Wehrt Euch gegen die Einwanderersintflut"* tauchten in der letzten Augustwoche in der Potsdamer Straße auf. Es handelte sich hierbei, um dieselbe Art von Plakaten, die bereits 1996 in Premnitz, Pritzerbe und in Brandenburg/Havel geklebt wurden.
Insgesamt vergaben 823 (5,59%) Wahlberechtigte aus Rathenow bei den Bundestagswahlen ihre Zweitstimme rechtsextremen Parteien.

## Die Reihe rechtsextremer Gewalttaten setzt sich fort

Genau eine Woche nach dem Wahlsonntag traten antisemitische Sprühereien in Rathenow auf. Eine weitere Woche später, am 11. Oktober 1998, ereignete sich im westhavelländischen Rhinow eine der schwersten rechtsextremistischen Gewalttaten des Jahres 1998 im Land Brandenburg. Gegen 1.30 Uhr überfielen 20-25 Neonazis aus dem gesamten Landkreis Havelland den örtlichen Reiterball und schlugen mehrere Ordner, die aus Bosnien und Mazedonien stammen, mit Eisenstangen, Knüppeln und Baseballschlägern zusammen. Ein Opfer erlitt einen Schädelbasisbruch und lag 4 Wochen im Koma. Bei den Haupttätern handelte es sich um den inzwischen inhaftierten ***„Arischen Kämpfer"*** **Christian Schönborn** und **Christian Wendt** aus Rathenow. In der Nacht zum 14.November 1998 fand in der Rathenower Ziethenhalle ein „Mitternachts-Fußballturnier" statt, bei dem auch eine Mannschaft der rechten Szene (Personenkreis ***Arische Kämpfer***), unter dem Namen, ***„Adrian Five"*** antrat, deren ca. 30-köpfiger Fanblock die Hallenvorschrift mißachtete und *„Sieg Heil"* skandierte. Das Fußballturnier hatte das Ziel, Jugendliche von der Straße zu holen, um rechtsextremen Gewalttaten entgegenzuwirken, so die Veranstalter.

In Rathenows rechter Szene besteht seit jeher eine gewisses Interesse für Fußball. Die älteren Rechten, wie **Frank-Peter Furchtmann**, ein Verteiler der Berlin-Brandenburger-Zeitung, der auch am 23. Mai 1998 in Wusterwitz war, treten als Hooligans des BFC-Dynamo (1990 – 1999 FC Berlin) in Erscheinung. Die jüngeren sind Fans von Hertha BSC. Weiterhin spielen ältere Rechtsextremisten (**Daniel Kuhn, Jan Dannowski**) und jüngere (**Danny Grütte und Manuel Zich**) gemeinsam beim BSC Rathenow II.

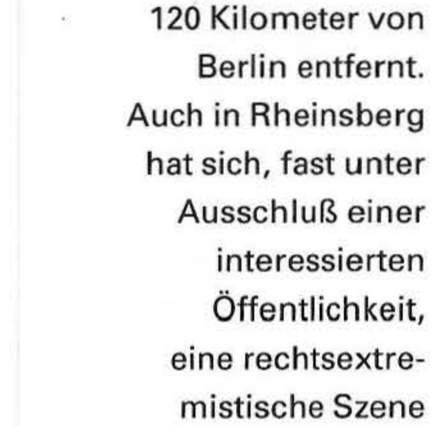
**Furchtmann** fuhr, wie auch der aus Bamme (bei Rathenow) stammende BFC-Fan Brian Friedrich, zur Fußball WM nach Frankreich, wo es zu schweren Ausschreitungen durch deutsche Hooligans kam.

Am 21.Dezember 1998 kam es in Bahnhofstraße in Rathenow zu einem erneuten Zwischenfall. Ein afghanischer Asylbewerber wurde von vier Rechtsextremisten geschlagen und ausgeraubt. Insgesamt kam es, nach Polizeiangaben, im Bereich Rathenow 1998 zu 30 angezeigten Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund (in BRB insgesamt 308). 54 Tatverdächtige wurden ermittelt. Damit gehört Rathenow neben Oranienburg, Frankfurt/Oder und Angermünde landesweit zu den Schwerpunktzonen des gewaltätigen Rechtsextremismus im Jahre 1998.



# Rheinsberg

Seit Jahren ist Rheinsberg wegen rassistisch motivierten Übergriffen in den Medien. Hintergrund ist eine rechte Hegemonie die erst dann zutage tritt, wenn sich Menschen dem entgegenstellen wollen. Beispielsweise wurden die Anti-Atom-Demonstrationen im Jahre '98, die in Rheinsberg stattfanden, ständig von Rechtsradikalen beobachtet und provoziert. Im Gegensatz zu anderen Städten ist die rechte Szene in Rheinsberg nicht auf den ***NPD***-Zug aufgesprungen. Bei der Bundestagswahl '98 erhielt die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (***NPD***) lediglich 35 Stimmen. Die Deutsche Volks Union (***DVU***) bekam im Gegensatz immerhin 78 Stimmen.



Rheinsberg ist eine Kleinstadt im Norden Brandenburgs und ist etwa 120 Kilometer von Berlin entfernt. Auch in Rheinsberg hat sich, fast unter Ausschluß einer interessierten Öffentlichkeit, eine rechtsextremistische Szene entwickelt.

## Kameradschafts-Strukturen statt NPD

***Unabhängige Kameradschaften*** sind in der Rheinsberger Gegend häufiger zu finden. Das hat mit Sicherheit mit den guten Kontakten nach Mecklenburg/Vorpommern, hauptsächlich nach Neustrelitz zu tun. Der dort ansässige ***Unabhängige Freundeskreis e.V.*** ist zwar auch der ***NPD*** gegenüber nicht abgeneigt, kocht aber doch lieber sein eigenes Süppchen. Ähnliches ist auch in Rheinsberg zu beobachten. Regelmäßige (Kameradschafts-) Treffen mit teilweise bundesweiter Beteiligung vor allem im nahegelegenen Jugendclub in Flecken/Zechlin zeugen von dieser Tendenz. In Flecken-Zechlin wurde im Jahre '98 insgesamt dreimal der russische Ehrenfriedhof geschändet. Die Täter wurden bis heute nicht ermittelt. Nach der dritten Schändung im Oktober, demonstrierten dann insgesamt 60 Personen der DGB-Jugendbildungsstätte „Gegen Rechts".

## CDU-Mann Christian Carstens

Einen Gönner hat die „Jugendszene" in dem Unternehmer und CDU-Rechtsaußen Christian Carstens. Carstens ist einer der wichtigsten Männer in Rheinsberg, was die Themenfelder Politik und Wirtschaft betrifft. Persönlich und vor allem finanziell setzte und setzt er sich immer wieder für die ***Rhinjugend*** ein. Die ***Rhinjugend*** betreibt als eingetragener Verein, in der Braunsberger Straße einen Jugendclub. In der ***Rhinjugend*** sind fast ausnahmslos Jugendliche organisiert, die dem rechtsradikalen Spektrum zuzuordnen sind. Carstens läßt die Jugendlichen auch schon mal zu einer Grillparty zusammenkommen. Auch als der neu eingerichtet Jugendclub der ***Rhinjugend*** von den eigenen Leuten Ende Juli '98 verwüstet wurde, war Carstens sofort ideell und finanziell zur Stelle, um den Club zu rehabilitieren und neu aufzubauen.

## Übergriffe

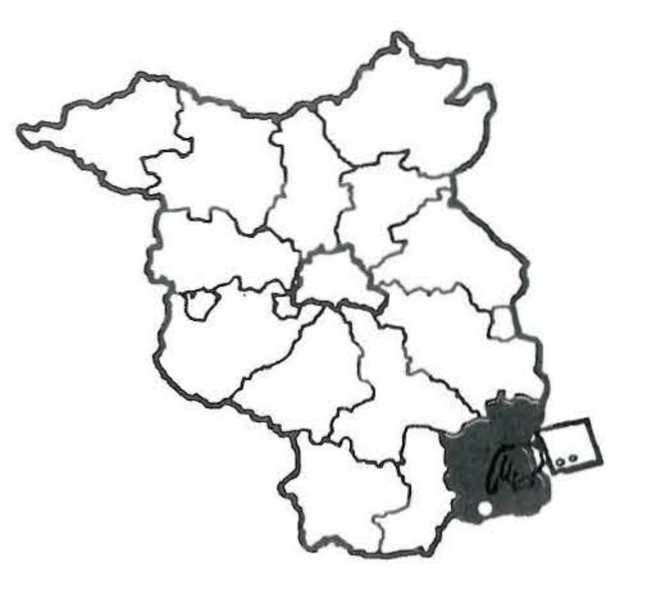
Bereits im Oktober '97 übernahmen zwei Sozialarbeiter die Aufgabe sich um die Rheinsberger Jugend zu kümmern. Doch auch sie konnten weder das Klima des „Wegschauens" der Rheinsberger Bevölkerung, noch die rechten Übergriffe der nächsten Monate verhindern. Im Mai '98 gab es vermehrt Vorfälle bei denen vorwiegend dunkelhäutige Schüler aus Berliner Schulklassen, die einen Ausflug nach Rheinsberg unternahmen, angepöbelt und geschlagen wurden. Nachdem am 6. Juli '98 die deutsche Fußballnationalmannschaft gegen Kroatien mit 0:3 den kürzeren zog, randalierten mehrere rechte Jugendliche auf dem Triangelplatz in der Rheinsberger Innenstadt. Zwei Tage später wurde der städtische Kulturdezernent und Leiter der Kurt-Tucholsky Gedenkstätte Dr. Peter Böthig auf dem Triangelplatz zusammengeschlagen. Ein bekannter Rechtsradikaler wurde in einem Schnellverfahren zu 4 Wochen Dauerarrest verurteilt. Am 11.7.98 versuchte zum wiederholten mal eine Gruppe Rechter eine auswärtige Schulklasse anzugreifen, was jedoch fehlschlug. Wie bereits erwähnt, wurde dann 2 Wochen später der Club der ***Rhinjugend*** zertrümmert. Im Sommer '98 gab es noch mehrere Vorfälle von Propagandadelikten und Übergriffen. Es wurde auch Menschen mit Autos verfolgt und bedroht die keine rechte Meinung vertreten.

## Gegenkultur – Fehlanzeige

Nennenswerte Gruppierungen oder Organisationen die sich gegen diesen rechten Mainstream stellen gibt es in Rheinsberg nicht. Vor allem Jugendliche die sich versuchen aufzubäumen werden massiv bedroht und eingeschüchtert. Interessant werden könnten die Konflikte die sich zwischen ***NPD*** und ***Unabhängigen Kameradschaften*** aufbauen.



# Spremberg



Die am stärksten in der Öffentlichkeit auftretende rechte Partei sind die ***Republikaner***. Diese bekamen zur Bundestagswahl im September Unterstützung von **Franz Schönhuber**, der auch als Privatgast in der Wohnung des VW-Autohaus Inhabers **J. Mahling** wohnte. Im gesamten Stadtgebiet wurden zur Wahl massiv Plakate geklebt. **Stephan Schneider** (21), wohnhaft in Spremberg – Weskow, wurde auf einem Treffen des Bundeskreises ***Republikanische Jugend (RJ)*** in Burg/Spreewald zu dessem Sprecher und beim Bundesparteitag der ***REPs*** auf den Beisitzerposten gewählt. Sein Vater, Bernd Schneider, ist ein ehemaliger Polizist. Am 21. Mai 1999 baute **Stephan Schneider** für kurze Zeit einen Infostand im Spremberger Stadtzentrum (Langer Straße) auf. Die ***Deutsche Volksunion*** trat im Wahlkampf 1998 nur durch das Verteilen der „Deutschen Wochenzeitung" in Briefkästen in Erscheinung. Die ***NPD*** klebte vereinzelt Plakate.




## Breite Nazis in den Clubs

Nazis verdrängen alternative Jugendliche auch in Spremberg. Ende 1995 eröffnete der Jugendclub „Georgenberg" mit viel Unterstützung der Spremberger PDS. Er entwickelte sich schnell zu einem Treffpunkt rechtsorientierter Jugendlicher, die den Club relativ selbstverwaltet nutzten konnten. Dabei kam ihnen entgegen, daß ein tragfähiges Konzept und zunächst ein eigener Sozialarbeiter fehlte. Allein der einzige Streetworker der Stadt besaß eine gewisse Zuständigkeit. Ca. 20 – 30 Jugendliche trafen sich hier regelmäßig. Anfang 1997 trat der Club im Zusammenhang mit Nazi-Konzerten, beispielsweise mit **Frank Rennecke**, in Erscheinung. Das Rennecke-Konzert wurde allerdings von der Bereitschaftspolizei unterbunden, und Rennecke verbrachte die Nacht in den Räumen des Jugendclubs. Hauptorganisator war **Mario Ansorge**, der außerdem einen Plattenladen zusammen mit **Matthias Chlebnitschek** in Görlitz betrieb. **Mario Ansorge,** bekannt durch regelmäßige Veröffentlichungen in den Musikzeitschriften Postillen ***Rock Nord*** und ***Noie Doitsche Welle***, veranstaltete bereits im Zeitraum von Mitte 1996 bis Anfang 1997 mindestens sieben Naziskin-Konzerte in Mucka und Friedersdorf (bei Görlitz). Fest in der Neonaziszene verankerte Bands wie ***Radikahl, Thorshammer*** und ***Noie Werte*** zogen bis zu 1.000 Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet sowie den Nachbarländern an. Eine Reihe weiterer Konzerte wurden von der Polizei verhindert.

Spremberg ist eine brandenburgische Kleinstadt, 15 Kilometer südlich von Cottbus.

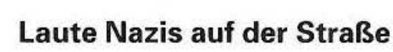


Die Stadt und auch die PDS sahen erst nach diesem Vorfall einen Handlungsbedarf und setzten sich für die Einstellung eines Sozialarbeiters ein. Im Jugendclub tauchte darüberhinaus eine Liste mit Namen und Fotos ortsansäßiger Antifas auf, was der Streetworker auf Nachfrage allerdings leugnete.

Weiterhin wurden im „Georgenberg" Propagandamaterial und Bestellkataloge, u. a. vom ***Wolfswear-Versand*** Hoyerswerda gefunden. Ende 1998 erfolgt die Schließung des Clubs durch die Stadt. Seitdem haben sich mehrere neue rechte Treffpunkte entwickelt.

Der City-Treff „***Tümmels***" in der Pfortenstr. 5 ist ein regelmäßiger Treffpunkt der Spremberger Nazis. **Mario Ansorge** verkehrt hier ständig. Der städtische Jugendklub „***Bergschlösschen***" in der Bergstraße kann von alternativen Jugendlichen nicht mehr besucht werden, ohne von Nazis belästigt zu werden.

Der Jugendclub „***Sellessen***" wird neben Spremberger Nazis auch von der rechten Dorfjugend aus Sellessen und Muckrow genutzt. Bei Partys sind alternative Jugendliche unerwünscht, und rechtsradikale Musik kann ohne Probleme gespielt werden.



## Laute Nazis auf der Straße

Besonders während des sogenannten Herrentages und des alljährlich stattfindenden Heimatfestes, einer kulturellen Veranstaltung in der Stadt Spremberg, kommt es regelmäßig zu Angriffen auf nichtrechte Jugendliche.

So wurden am Himmelfahrtstag '97 alternative Jugendliche am Spremberger Stausee von Faschos angegriffen und verletzt. Faschistinnen filmten den Übergriff.

Während eines Konzertes beim Heimatfest 1997 brüllten Nazis „*Sieg Heil*", und wegen einer Schlägerei wurde das Konzert abgebrochen. Im weiteren Verlauf des Abends wird ein alternativer Jugendlicher aus einer Gruppe von 20 bis 30 Glatzen heraus angegriffen und verletzt. Die Nazis aus Cottbus, Hoyerswerda und dem Spremberger Umland besuchten anschließend den Jugendclub „***Georgenberg***".

1998 erschienen die BesucherInnen des „***Georgenberges***" geschlossen mit sozialpädagogischer Begleitung auf dem Heimatfest. Während des Konzertes wurde aus ihren Reihen mehrfach der „Hitlergruß" gezeigt und im Laufe des Abends mehrmals linke Jugendliche angegriffen.

Zwischen 10 und 15 Nazis griffen am 13. März 1999 in der Dresdener Straße 2 alternative Jugendliche an und verletzten einen von ihnen im Gesicht.

Spremberg liegt damit voll im „brandenburgischen Trend" – einer sich immer weiter ausbreitenden rechten Jugendszene wird von offizieller Seite keine Beachtung geschenkt, und es bleibt jugendlichen AntifaschistInnen überlassen, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen.





# Strausberg

Strausberg hat eine Einwohnerzahl von 27 000 und liegt ca. 40 km östlich von Berlin.
So wie in vielen anderen brandenburgischen Städten gibt es auch hier eine organisierte Nazi-Stuktur mit bekannten Nazi–Kadern und offiziellen Verknüpfungen in die umliegenden Regionen.

## NPD – Strukturen in Strausberg

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands ***(NPD)*** tritt erstmals 1998 in Strausberg in die Öffentlichkeit. Einzelpersonen waren sicher schon vorher Mitglieder bzw. in ständigem Kontakt zu ***NPD***-Gruppen.

Im Vorfeld zur Bundestagswahl werden schon im Frühjahr 1998 Plakate der ***NPD*** geklebt. Dies sind erstmalig, neben früher vereinzelten Nazi-Aufklebern, Propagandaaktionen größerer Art. Für den 08.08.1998 meldet die ***NPD*** einen Info- und Wahlkampfstand in der Strausberger Innenstadt an. Ein bestehendes Bündnis gegen Rechtsradikalismus und Gewalt (aus Stadtverordneten, Parteien, Vereinen, Polizei- und Kirchenvertretern) mobilisiert dagegen und setzt gegen den Willen der Polizei eine Gegenkundgebung unmittelbar gegenüber der ***NPD*** durch. Die Nazis wurden dabei durch Ordner, Propagandisten aus Fürstenwalde, Frankfurt/Oder, Eberswalde und Storkow unterstützt. Am Stand selbst haben die Nazis bis auf ausgewählte Propagandisten Redeverbot. Nach Zwischenfällen müssen die Nazis ihre Flugblattverteilungen einstellen und sich auf ihre Standortsicherung beschränken. Der Stand konnte nicht verhindert werden. Erstmalig traten bei dieser Aktion Strausberger Nazis geschlossen auf. Mit dabei waren bekannte Personen wie **Daniel Hermann, Björn Zander, René Berger, Matthias Sterzel, Andreas Blume** u.a.. Wenig später (nach eigenen Angaben am 14.11.98) gründete sich ein ***NPD***-Stadtverband Strausberg mit sieben Gründungsmitglieder und **Matthias Obst** als Pressesprecher. **Matthias Obst** nimmt auch an Kreisvorstandsitzungen des ***NPD***-Keisverbandes Oderland als Delegierter für Strausberg teil und hat enge Verbindungen zum Frankfurter Nazikader **Jörg Hähnel**.

Der ***NPD***-Stadtverband bietet rechtsgerichteten Jugendlichen, Nazischlägern etc. eine politische Orientierung. Der Zulauf ist hoch und je nach Aktionsform können derzeit zwischen fünf und 20 Faschisten mobilisiert werden. Darüber hinaus gelingt es ihnen immer wieder in der Lokalpresse erwähnt zu werden.

## DVU als Phantom ohne Mobilisierungskraft

Die Deutsche Volksunion ***(DVU)*** in Srausberg betreibt massive Plakatpropaganda. Dies ist nicht verwunderlich, denn Ihr Landesvorsitzender **Axel Hesselbarth** hat seinen Wohnsitz in Strausberg, auch seine Frau **Liane Hesselbarth** kandidiert auf Platz zwei der ***DVU***-Landesliste. Auch der ***DVU***-Spitzenkandidat, **Michael Claus**, wohnt in der Nähe von Strausberg, in Petershagen. Für eine Mobilisierung Rechtsextremer ist die ***DVU*** jedoch irrelevant.

5. von links bzw. unten
Matthias Sterzel





## Die Republikaner ohne Öffentlichkeitsarbeit

Die Republikaner ***(REP)*** sind seit ca. `91 in Strausberg aktiv. Bis auf eine Saalveranstaltung Anfang der 90er gab es keine weiteren öffentlichen Auftritte. Einzige bekannte Person ist ex-NVA-Offizier **Hermann Flemmig**. Auch die ***Reps*** haben für die Mobilisierung Rechtsextremer keine Bedeutung.

## Eine Reihe von aktiven Nazis

**René Berger:** Er ist seit Anfang der 90er mit seinem Bruder in der rechten Szene aktiv. Wegen Mordes an dem Obdachlosen Hans-Georg Jacobsen im Jahre 1993, verbüßte Berger eine mehrjährige Haftstrafe. Zusammen mit zwei anderen Rechtsextremisten traten sie ihr Opfer erst zusammen, um es dann aus der fahrenden S-Bahn zu werfen. Der damals 20jährige Berger wurde während der Haftzeit von der Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene (***HNG***) betreut. Nach seiner Entlassung versuchte er Rechtsextremisten in der Kameradschaft ***ANSDAPO*** zu organisieren. Der Kameradschaftsname (***ANSDAPO***) wird vermutlich eine Anlehnung an die in Deutschland verbotene ***NSDAP/AO*** (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation) sein.

**Matthias Obst:** Obst ist in Frankfurt/Oder aufgewachsen und war dort ehemals in der „Hausbesetzer-Szene" in der Görlitzer Straße aktiv. Er wohnt erst seit kurzem in Strausberg. In seiner Funktion als Pressesprecher des NPD-Stadtverbandes betreibt er das ***NPD***-Postfach.( siehe Foto vom Nazi-Aufmarsch am 27.2.99 in Angermünde; Obst als Ordner mit Megaphon). Er mimt den Saubermann der Strausberger ***NPD*** und übt sich in Gewaltverzichtserklärungen seitens seiner Partei. Obst ist stets auf der Suche nach Möglichkeiten, die ***NPD*** kommunalpolitisch zu verankern und zu etablieren. Er versteht sich als „nationaler Sozialist". Er hält die Kontakte nach Frankfurt(Oder) zu **Jörg Hähnel** und Berlin zu **Andreas Storr**.

**Daniel Hermann:** Seit Anfang der 90er präsentiert sich Hermann als Rechtsextremist. Mit einer Gruppe von Kameraden erschlug er einen Vietnamesen. Dafür verbüßte er eine mehrjährige Haftstrafe. Seit seiner Haftentlassung ist er aktiv in der rechten Szene tätig und unterhält Kontakte nach Eisenhüttenstadt, Fürstenwalde und anderen Städten. Er übernimmt die Organisierung von Fahrten zu Nazi-Konzerten und probiert sich selbst in Nazi-Bands. Auch fällt er immer wieder durch aggressive und exzessive Hitler-Geburtstagsfeiern auf.

**Ilona Hermann:** Mutter von **Daniel Hermann** und die derzeitige Lebensgefährtin von **René Berger.** Sie stellt ihre gemeinsame Wohnung mit Sohn Daniel Hermann und Lebensgefährten René Berger für Nazi-Treffen zur Verfügung. Hin und wieder übt sie sich auf der Straße in verbalen Attacken gegen vermeintliche Linke.

**Björn Zander:** Zander tritt seit ca. 1995 in Erscheinung. Er lernte über die Hertha-BSC Fangemeinde Naziaktivisten kennen, wobei er des öfteren die Herta-Fahne mit der Reichskriegsflagge verwechselte, welche die Polizei dann von seinem Balkon entfernte. Zander beteiligte sich an Aktionen gegen das Flüchtlingsheim in Prötzel und provozierte 1997 beim PDS-Friedensfest anwesende Menschen. Er ist gern dabei, wenn es gilt, Militanz und Gewaltbereitschaft zu demonstrieren.

**Matthias Sterzel:** Sterzel stellt seine Wohnung gern als Anlaufstelle für Nazis zur Verfügung. Immer wieder ziehen von seiner Wohnung aus Gruppen von „Kameraden" los, um Leute in der Innenstadt zu beleidigen, anzupöbeln und zu attackieren. Sterzel nahm im Wahlkampf 1998 an allen ***NPD***-Aufmärschen im Land Brandenburg meist als Ordner teil. Er ist persönlicher Handlanger von **Obst**.

**Andreas Blume:** Blume ist ebenfalls ***NPD***-Wahlkampfaktivist, der sogar sein Auto mit ***NPD***-Plakaten verunziert. Er wurde für einen bewaffneten Überfall im Juli 1993 am S-Bahnhof Strausberg Vorstadt, auf einen Mann aus Ghana verurteilt.

Alle oben Erwähnten beteiligten sich am 8.8. 98 („*88*" steht im rechten Szene-Jargon für „*Heil Hitler*") am Propagandastand der ***NPD***. Hier versuchten sich besonders **René Berger** und **Matthias Sterzel** als Ordnungskräfte zu profilieren. **Andreas Blume** wollte die Gegenmobilisierung provozieren, indem er Boxen auf sein Autodach montierte und Nazimusik hinüberschallen lies.

## Rechte Jugendcliquen und gefährliche Orte

Doch nicht erst seit den Aktionen der ***NPD*** sind Nazis in Strausberg aktiv. Während in den Jahren 1994/95 kaum etwas von faschistischer Organisierung zu spüren war, mußten in den darauffolgenden Jahren 1996/97 immer mehr Nazi-Aktivitäten zur Kenntnis genommen werden. Auf öffentlichen Plätzen trafen sich Cliquen, die sich politisch als „nationalistisch und rechts" definierten. Pöbeleien, Anfeindungen und Angriffe gegenüber AusländerInnen, vermeintlichen Linken, HipHop-Kids, Skatern etc. nahmen drastisch zu. So entwickelten sich Stadtgebiete wie das Gebiet zwischen S-Bahnhof „Hegermühle" und Shell-Tankstelle sowie der S-Bahnhof „Vorstadt" und „Sportpark" zu „gefährlichen Orten" für Menschen, die nicht in das Weltbild der rechten Straßenschläger passen.

Die rechten Jugendcliquen übernahmen hier die Dominanz auf der Straße und verkehrten auch in den umliegenden Jugendclubs Domizil und Chaoskeller. Verstärkt wurde die politische Ausrichtung zur „radikalen Rechten" durch das Wirken von Haftentlassenen und „hartgesottenen" Nazis wie zum Beispiel **Daniel Herrmann** oder **René Berger**.
Diese verfügen auch über die nötigen Kontakte zu anderen Freien Kameradschaften, ***Blood&Honour***-Skins und ***NPD/JN-Gruppen***, vorzugsweise nach Fürstenwalde/Spree, Eisenhüttenstadt, Eberswalde und Frankfurt/ Oder. Gemeinsame Zeltwochenenden, Konzertbesuche und Demonstrationsteilnahmen gehören zum Repertoire, um Jugendliche zu binden und in Gruppen zu organisieren.
Als 1997 eine ca. 20köpfige Nazigruppe, in Marschordnung, Parolen grölend durch das Wohngebiet Strausberg Vorstadt zu ihrem damaligen Lieblingsimbiß in die Landhausstraße zog, informierten einige AnwohnerInnen die Polizei. Diese nahm daraufhin eine größere Anzahl der Nazis für eine Nacht in Gewahrsam. Die meisten erlebten dies als amüsantes Abenteuer, blieb es doch ohne rechtliche Konsequenzen.
Im Oktober 1997 versuchten einige Rechte vor einem selbstverwaltetem Jugendclub (Horte) bei einem Konzert, das von eher links orientierten Jugendlichen besucht wurde, zu provozieren. Die Nazis waren mit Schlagstöcken und Tonfas bewaffnet, konnten jedoch vertrieben werden. In den folgenden Wochenenden kam es immer wieder zu Überfällen auf BesucherInnen des Horte. Mit Baseballschlägern und Latten bewaffnet lauerten Nazischläger vereinzelten CafebesucherInnen auf. Da dies in unmittelbarer Nähe des Jugendtreffs stattfand, konnten durch gezielte Selbstschutzmaßnahmen derartige Angriffe unterbunden werden. Oft genug jedoch wurden Gäste mit Autos verfolgt und/oder auf dem Weg von/zu öffentlichen Verkehrsmitteln angegriffen. Daran beteiligten sich vornehmlich rechte Jugendliche, die sich selbst auch dem Hertha-BSC Fankreis zuordnen. Dieser ist stark rechtslastig und hat einen eigenen Fanclub im Sietchclub, einem von einem freien Träger betriebenen Jugendclub. Nach den Angaben von Silvio Wobbe, einem der beiden ehrenamtlichen Aktivisten im Hertha-BSC Fanclub, „sind von den 15 Mitgliedern sieben eindeutig als Nazis einzuordnen und wohl unbelehrbar".



Matthias Obst

Ein unübersehbarer Treffpunkt der Naziszene entwickelte sich 1998 in „Strausberg-Vorstadt" am S-Bahnhof. Genau gegenüber, mit Sicht auf den S-Bahnsteig, befindet sich ein bewachter Parkplatz und eine Fahrradaufbewahrung. Der Pächter B.Bergemann betreibt gleichzeitig einen improvisierten Bierverkauf. Günstige Umstände für den Sohn des Pächters und seine Kameraden. Diese kommen aus Strausberg, Eggersdorf, aber auch aus Gemeinden entlang der S-Bahnlinie 5. Nachdem die Polizei einen Treff von Rechtsradikalen am „S-Bahnhof Neuenhagen", welcher ideologisch von ***NPD/JN***-Kadern aus Berlin-Hellersdorf betreut wurde behindert und auflöste, wichen auch diese nach „Strausberg-Vorstadt" aus. Zentral gelegen, an einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt der Stadt und immer den schnellen Zugriff auf ein billiges Bier gesichert, treffen sich hier über Wochen hinweg allabendlich im Ex-

tremfall bis zu 50 Rechtsradikale. Auch für die in der Nähe wohnenden organisierten Nazis wird dies ein Eldorado zum Sammeln und Werben von Jugendlichen für ihre faschistischen Organisationen. Von hier gehen Plakatklebeaktionen für den ***NPD***-Wahlkampf aus, der Bahnhof wird mit Nazimusik beschallt und rechte Parolen aller Art werden mit zunehmendem Bierkonsum anfangs kräftig, später lallend rumkrakehlt.



was man nicht im Kopf hat...

Die BürgerInnen fühlen sich bedroht – Beschwerden gehen bei der Polizei ein. Diese gibt auch eine Umfrage in Auftrag und veröffentlicht, daß das Bahnhofgebiet in „Strausberg Vorstadt" als einer nach BürgerInneneinschätzung gefährlichsten Orte der Stadt ist. Auch die Regionalpresse greift das Thema auf. Jedoch stößt mensch sich hier weniger an dem verfassungswidrigen und faschistischen Inhalt der Musik und den Parolen, sondern eher am bürgerschreckhaften Auftreten der rechten Jugend-Kultur".

Daß für viele Jugendliche, AusländerInnen und z.B. farbigen SportlerInnen des renommierten Baseballvereins dieses Gebiet zur „No-Go-Area" geworden ist, nicht wenige beschimpft, erniedrigt, geschlagen wurden, war nicht Bestandteil der öffentlichen Diskussion. Mit dem Wetterwechsel der Herbstmonate ebbte dieser Treffpunkt ab. Eine Neuauflage ist aber sowohl in „Strausberg Vorstadt" als auch in vielen anderen Teilen der Stadt möglich.

## Ein fast ins Wasser gefallenes Nazikonzert

Doch auch für die Wintermonate halten die Kader rechter Gruppen ein Programm bereit. So organisierte die Kameradschaft ***ANSDAPO*** am 07.11.98 ein Nazi-Konzert zu dem Bands wie ELITE 88 aus Belzig, ***STURM&DRANG*** aus Senftenberg, ***STURMFRONT-SKINHEADS*** aus Dresden, ***FRONTALKRAFT*** aus Cottbus und ***GERMANIA*** angekündigt wurden. Bis auf eine Eisenhüttenstädter Nazigruppe sagten jedoch alle Bands das Konzert ab, und es fand eine Saufparty mit obligatorischer Schlägerei ( hier zwischen ***Blood&Honour***-Skins aus Berlin und Strausberger „Kameraden" ) statt. Finanzielle Überschüsse spendeten die Organisatoren angeblich, maßgeblich auf Betreiben von **René Berger**, der ***HNG***.

## Noch mehr Nazi-Aktivitäten

Am 22.12.98 drangen ca. fünfzehn, mit Baseballschlägern und anderen Schlagwaffen ausgerüstete Nazis in die Kneipe des Jugendclubs Horte ein und versuchten, die anwesenden Gäste zu provozieren. Sie konnten vertrieben werden, und einige von ihnen verbrachten die Nacht auf dem Polizeirevier. Diese Naziclique rekrutiert sich hauptsächlich aus 17 bis 23-jährigen Männern (immer wieder dabei: **Ricardo Noack, Maik Pfeiffer, Marco Wurl, Chris Helmdach** u.a.) aus Dörfern zwischen Müncheberg und Oder. Sie sind nachweislich auch für die Auseinandersetzung mit Asylbewerbern in der Müncheberger Kneipe Treff verantwortlich, bei der am 02.12. 98 ein Asylbewerber schwer verletzt wurde. Sie überfielen auch den von der Gemeinde Eggersdorf b. Müncheberg getragenen Jugendclub und richteten einen Sachschaden von mehreren tausend Mark an.

Im Winter 98/99 kam es zu weiteren vereinzelten Übergriffen, die Rechtsextremisten zuzuordnen waren. Das Spektrum reicht von Bedrohung und Einschüchterungen bis hin zu gewalttätigen Angriffen auf „zeckig" aussehende Schülerinnen.

In der Nacht vom 05.03. zum 06.03.99 erzwangen sich ca. 15 Nazis Eintritt in den Strausberg-Vorstädter Jugendclub Chaos-Keller. Sie suchten Opfer für „Vergeltungsmaßnahmen", da bei einer Schlägerei angeblich einer ihrer „Kameraden" verletzt wurde. Da sie nur zwei Online-surfende Jugendliche vorfanden, zerstörten sie einen Teil der Inneneinrichtung. Einen Tag später versuchten sie nochmals in den Club einzudringen und brüllten dabei *„Sieg-Heil"*. Sie waren bewaffnet und, bis auf **Björn Zander**, vermummt. Die herbeigerufene Polizei verhinderte Schlimmeres. Bei beiden Aktionen beteiligten sich Nazis aus Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde.





**Brandenburg**

# NPD auch in Strausberg aktiv

**Strausberg (DS/ts) - Der NPD-Kreisverband Oderland hat sich mittlerweile zum stärksten Verband in Brandenburg entwickelt. Inzwischen konnten auch Verbände auf der nächstniedrigeren Organisationsebene gegründet werden. Nach den NPD-Stadtverbänden Frankfurt/Oder und Fürstenwalde hat sich nun auch der NPD-Stadtverband Strausberg gegründet. In einer Stellungnahme sieht sich der neue Verband als die Speerspitze des nationalen Widerstandes in der Stadt und den umliegenden Gemeinden. Der brandenburgische NPD-Bezirksvorsitzende Jörg Hähnel erklärte gegenüber der *DS*, daß die NPD auch auf lokaler Ebene zunehmend Flagge zeigt und die Gründung eines NPD-Verbandes die logische Konsequenz erfolgreicher Aufbauarbeit in Strausberg war.**

Thomas Salomon

Am 28.03.99 veranstaltete die Urania in „Strausberg Vorstadt" eine Veranstaltung zum Thema „Jugend – Zukunft – Rechtsextremismus". Acht Nazis gelang es, durch lautstarkes aggressives Auftreten die Veranstaltung zu sprengen und ihre Themen wie *„...im 3.Reich gab es auch Gutes...,...Ausländer werden heute priviligiert und Deutsche ausgegrenzt...,...das rote Pack kriegt Jugendclubs finanziert..."* aufzudrücken. Mit dabei waren **Matthias Obst, René Berger, Daniel Hermann** u.a.. Ergebnis dieser Veranstaltung war, daß zwischen dem zweiten Beigeordneten und Jugend-, Kultur- und Sportamtsleiter und den Nazikadern ein Treffen/Konsultationen zu Fragen regionaler Jugendarbeit vereinbart wurde.Dieses aber hat bis Juni 1999 nicht stattgefunden.

Nicht ganz zur Zufriedenheit der Veranstalter verlief ein ***NPD***-Wahlkampfstand am 08. Mai 1999 im Stadtzentrum. Eine kleine und ausstrahlungslose Nazigruppe, mit dabei **Andreas Storr, Jörg Hähnel, Matthias Obst** u.a., versuchte, Propagandamaterial unter den StrausbergerInnen zu verteilen. Spontan protestierten vor Ort dutzende Jugendliche, ein Antifa-Transparent war auch schnell zur Stelle. Die BürgerInnen konnten erhaltene Nazipropaganda in Müllbeuteln entsorgen, wovon sie vor den Augen der Propagandisten auch reichlich Gebrauch machten. Einige Nazis verwikkelten sich schon bei der Anreise derart in Auseinandersetzungen mit StrausbergerInnen, daß sie den Wahlkampfstand nicht erreichten. Das Bündnis gegen Rechtradikalismus und Gewalt in der Stadt reagierte, trotz Kenntnis der geplanten ***NPD***-Veranstaltung, in keiner Weise.

Anhand der Tatsachen ist festzustellen, daß auch in Strausberg die ***NPD***-Strukturen von militanten Neonazis aufgebaut und getragen werden. Äußerst gefährlich sind die Versuche von Nazikadern, sich zu Sprechern der „deutschen Jugend" zu erklären und als kompetente Partner in Sachen Kommunalpolitik zu profilieren.

# „...und alle haben's gesehen“

## „Aktion Noteingang“ sucht die Mitte der Gesellschaft




### Das Projekt

Die „Aktion Noteingang“ läuft seit Herbst '98 im Land Brandenburg und wurde zunächst als lokales Projekt in Bernau, einer Stadt nordöstlich von Berlin, initiiert. In Anlehnung an die „Aktion Noteingang“, die vor etlichen Jahren in Berlin lief, wurde ein Konzept entwickelt, das von verschiedenen Gruppen Brandenburgs getragen wird. Anlaß des Projekts waren rassistisch motivierte Übergriffe und unsere Analyse, daß sich die Situation in Brandenburg weiter verschärfen wird.

Was tun? Wie kommt es zu diesem rechten Mainstream? Ein Grund neben vielen anderen liegt in den fehlenden Gegenstimmen. Gerade aus bürgerlichen Kreisen, wird oft ein „demokratisches“ Selbstverständnis vertreten, das sie nicht klar genug gegenüber rechten Orientierungen und Ideologien abgrenzen. Im Gegenteil – genau hier ist die Grundlage für den alltäglichen rassistischen Konsens zu finden. Also: wenn etwas passieren soll, dann muß hier angesetzt werden: in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Das Klima, aus dem heraus immer mehr rassistische Übergriffe und Morde geschehen, kann nur verändert werden, wenn das Wegschauen und Applaudieren aufhört. Deshalb wollen wir die bürgerliche Öffentlichkeit unter Druck setzen und in die Verantwortung nehmen, wir wollen die Übergriffe als rassistische und faschistische Gewalt thematisieren und gleichzeitig Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

Bislang fehlte uns ein Konzept, das unsere Inhalte auch in die Öffentlichkeit transportiert, eine breite Diskussion entstehen läßt, um deutlich zu machen, daß die rassistische und rechtsextreme Gewalt ihren Rückhalt aus genau dieser Mitte der Gesellschaft schöpft und das ein jeder/ eine jede BürgerIn Verantwortung für diese Entwicklung mitträgt, aber auch Möglichkeiten finden kann, etwas dagegen zu tun.
Vorerst dient die Aktion Noteingang als Versuch einer indirekten Kommunikation innerhalb der Gesellschaft, um so die Stimmung in den Städten positiv zu beeinflussen, sich gegen die Übergriffe und solidarisch mit den Betroffenen zu positionieren, zu Zivilcourage zu ermutigen und sich öffentlich mit Themen wie Rassismus und Faschismus auseinanderzusetzen. D.h. Tabus aufbrechen und Probleme auch als solche benennen bevor noch mehr Morden zugesehen wird.

Das öffentliche Interesse an der Aktion begründet sich in den traurigen Vorfällen in Brandenburg. Die Notwendigkeit des Handelns wurde von parlamentarischer Seite teilweise erkannt (schließlich gibt's ja bald Wahlen und auch den Standortfaktor Tourismus), entäußert sich jedoch zunächst in ohnmächtigen und halbherzigen Papieren und Aufrufen zu Toleranz, die die gesamte Bevölkerung als Zielgruppe haben und letztendlich so allgemein gefaßt sind, daß sich so niemand angegriffen fühlen muß. Auch „Aktion Noteingang“ benennt weniger die Täter als viel mehr Unterdrückungsstrukturen und Tatmotive.
Aus unserer Sicht ist das der erste Schritt in der öffentlichen Diskussion. Es geht bei der Situation in Brandenburg nicht um „Fremdenfeindlichkeit“, nicht um sogenannte „Ausländerfeindlichkeit“, sondern um Ausgrenzung von stigmatisierten Gruppen, die mit „fremd“ oder „Ausländer“ nicht adäquat beschrieben werden. Vielmehr werden zur Stigmatisierung Kriterien wie Hautfarbe, soziale Schicht, Gesundheit/Krankheit u.v.m. herangezogen. Dieser Stigmatisierung folgt




die Ausgrenzung und Verfolgung, die in „No-go-areas“ ihre Zuspitzung findet. „No-go-areas“, also Gebiete, die Menschen aus stigmatisierten Gruppen nicht mehr zugänglich sind da sie dort ständig von rassistischer oder rechter Gewalt bedroht oder betroffen sind, gibt es aus unserer Sicht in den meisten Städten Brandenburgs.

### Die Aktion

Im Rahmen des Projektes werden LadenbesitzerInnen, FilialleiterInnen, GaststättenbetreiberInnen und Verantwortliche in öffentlichen Einrichtungen und Institutionen angesprochen. Sie werden gebeten, den Aufkleber an ihr Geschäft/ ihrer Einrichtung zu befestigen und einen Fragebogen zum Thema auszufüllen. Die Entscheidung über das Anbringen bzw. Nicht-Anbringen der Aufkleber obliegt in letzter Instanz den InhaberInnen bzw. den jeweiligen Verantwortlichen, soll jedoch mit allen Angestellten etc. diskutiert werden.

Die Aufkleber tragen die Aufschrift: „Wir bieten Schutz und Information bei rassistischen und faschistischen Übergriffen“ in drei verschiedenen Sprachen. Die Funktionen der Aufkleber sind Stadtbildprägung, Druck auf die (potentiellen) Täter zu erzeugen, Schutzräume für und Solidarität mit Betroffenen zu signalisieren und die NutzerInnen der betreffenden öffentlichen Räume zu erreichen, die dadurch in die öffentliche Diskussion mit einbezogen werden (wie bisherige Erfahrungen bestätigen). Die Aufgabe, akut von Übergriffen Bedrohten Schutz zu bieten, erfüllt der Aufkleber nur bedingt, da lediglich Menschen, die sich häufiger in der betreffenden Gegend bewegen, diese Schutzräume kennen können und anderen keine Zeit bleibt, nach eventuellen Aufklebern zu suchen. Dennoch besteht die Möglichkeit, über die Einrichtungen, die ihre Hilfe anbieten, weiterführende Hilfe (Anwalt, psychologische Betreuung,...) zu erhalten. Dabei ist die „Opferperspektive“ Anlaufpunkt Nummer eins.

Bisherige Erfahrungen zeigen, daß nur in wenigen Läden Aufkleber angebracht werden. Über die Ursachen dieser geringen Beteiligung soll ein Fragebogen Auskunft geben. Erfaßt werden darin Motive und Gründe warum Menschen, die von rassistischer oder faschistischer Gewalt betroffen sind, geholfen oder nicht geholfen wird, warum die Aufkleber aufgehangen oder nicht aufgehangen werden und welche Stigmata, in welcher Region, wie stark zum Tragen kommen. Die Fragebogenaktion läuft in Zusammenarbeit mit der Humboldt- Universität (FB Psychologie). Der Fragebogen wird mit Professionalität und Wissenschaftlichkeit durchgeführt, da wir eine aussagekräftige Situations- bzw. Stimmungsanalyse erhalten wollen, die Grundlage für weitere Diskussionen und eventuelle Projekte sein kann.

Der Fragebogen findet bei den BürgerInnen im allgemeinen mehr Zuspruch, da ein öffentliches Bekenntnis wozu auch immer nicht erforderlich ist.

Parallel zur Aktion werden in den betreffenden Städte Plakate im Layout der Aufkleber aufgehangen, um die Aktion möglichst öffentlichkeitswirksam zu verbreiten. Zudem haben wir uns für eine breite Pressearbeit entschieden. Dies birgt ebenso wie auch die Zusammenarbeit in Bündnissen mit VertreterInnen von Parteien die Gefahr eines Inhaltsverlusts. Dem steht gegenüber, daß unser Interesse an breiter öffentlicher Diskussion Priorität besitzt und die Vermittlung linker Inhalte in die Öffentlichkeit zumindest teilweise gelingen kann. Dennoch sehen wir die Gefahr der Vereinnahmung, denken aber, daß ihr durch ständige Reflexion und Hinterfragung selbstbestimmt entgegengetreten werden kann.




Ganz besonderen Wert legen wir auf die Organisationsform der Aktion. Die Durchführung ist nicht an Parteien, Organisationen oder sonstige Vereinigungen gebunden. Durch den mittlerweile hohen Bekanntheitsgrad der Aktion treten Menschen unterschiedlichster Zugehörigkeitsempfindungen an uns heran, wir stellen die Aktion vor und stellen das Material zur Verfügung. Die vor-Ort-Organisation obliegt dann den Menschen, die ein Höchstmaß an Engagement zu entwickeln bereit sind. Dies ist insofern erforderlich, da ein hoher personeller und zeitlicher Aufwand betrieben werden muß, um einerseits ein Bündnis aufzubauen und andererseits die Durchführung der Aktion zu gewährleisten.
Es geht schließlich nicht darum, eine Postwurfsendung zu verteilen, sondern teilweise sehr anstrengende Diskussionen zu führen und mit seinem eigenen Engagement andere zu motivieren und zu sensibilisieren. „Aktion Noteingang“ bietet jeder/m eine Chance, Hilflosigkeit und Resignation durch erstes Handeln zu ersetzen. Dieses Handeln versteht sich in Solidarität mit von rechtsextremer und rassistischer Gewalt Betroffenen, sowie im Setzen eines Zeichens gegen einen erstarkenden Rechtsextremismus und Rassismus.




***Aktion Noteingang***
***c/o dotso***
***Breitscheidstr. 43 a***
***16321 Bernau***
***Pressestelle: c/o Horte,***
***Perter Göhring Straße 25,***
***15344 Strausberg***

*Obwohl die Diskussion schon etwas älter ist, finden wir sie immernoch aktuell. Grundlage unserer Diskussionen waren verschiedene Texte u.a.:*

• D.Hauer & P.Peddinghaus: Der Sozialstaat zeigt die Zähne sowie
• U. Sierck: Ausgesondert und niemand hat es gemerkt
*beide zu finden in: Städte &Linke Stadtrat (Hg). Umkämpfte Räume Verlag Libertäre Assoziation und Verlag der Buchläden Schwarze Risse – Rote Strasse. Hamburg, Berlin, Göttingen. (1998).*

# Die Arbeit der Opferperspektive

**Anfang August 1999 hat das Justizministerium Brandenburg bekannt gegeben, das es die Arbeit der Opferperspektive so lange nicht finanzieren wird, wie gegen einen Mitarbeiter des Projekts ein Ermittlungsverfahren nach §129a laufe. Das Antifaschistische AutorInnenkollektiv hält diese Entscheidung für einen Skandal und solidarisiert sich mit dem angegriffen Projekt und dessen Mitarbeiter.**

**Wir dokumentieren an dieser Stelle einen „Offenen Brief" der Opferperspektive zu den Hintergründen des Verfahrens und der Entscheidung des Justizministeriums sowie ein Interview, das im Antifaschistischen Infoblatt Nr. 48 erschienen ist:**

Wir müssen leider bekanntgeben, dass das Projekt Opferperspektive seine Arbeit vorübergehend „auf Eis" gelegt hat. Der Grund liegt darin, dass wir seit nunmehr sechs Monaten keine finanzielle Förderung vom Land Brandenburg mehr bekommen, und wir die Arbeit „ehrenamtlich" nicht weiterführen können. Einige wenige Fälle werden wir weiter betreuen, weil wir die Opfer nicht einfach hängen lassen können. Bei allen anderen Fällen müssen wir zur Zeit auf das Büro von Almuth Berger verweisen. Das gilt auch für alle, die in Zukunft Opfer rechter Gewalt werden. Wir wollen an dieser Stelle allen danken, mit denen wir zusammengearbeitet haben, die uns so sehr unterstützt haben. Wir sind nicht aus der Welt geschieden, unser Handy (0171-19 35 669) bleibt bis auf weiteres „auf Empfang". Wir hoffen, dass die gegen zwei Mitarbeiter erhobenen Vorwürfe so schnell wie möglich aus dem Weg geräumt werden.

Das Projekt ruht und ob es jemals wieder in vollem Umfang seine Arbeit aufnehmen wird, ist ungewiss. Dennoch glauben wir, daß die Konzeption erfolgversprechend war, dass wir auf dem richtigen Weg waren. Daher hier ein kleiner Rückblick.

## Konzeption und Ziele des Projekts Opferperspektive

Das Projekt wurde im Mai 1998 von damals drei Mitarbeitern gegründet, bis heute haben vier Personen im Projekt gearbeitet. Unsere Motivation war es, gegen die meist viel zu Täter orientierte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und rechter Gewalt einen Kontrapunkt zu setzen: Schluss mit dem „Verständnis" für die Täter und ihre Probleme, betrachten wir Rechtsextremismus aus der Perspektive der Opfer. Was bedeutet ein Angriff für sie, für ihr Umfeld, für die Beziehungen zwischen Minderheiten und der deutschen Mehrheitsgesellschaft? Wie gehen die Opfer mit den Folgen um? Gibt es Alternativen zum Rückzug aus der Gesellschaft, wie können wir verhindern, dass Minderheiten durch die Angriffe weiter ausgegrenzt werden?

Unser Ziel war es, einen kleinen Beitrag zu leisten, dass die Angegriffenen nicht in einer passiven Opferrolle bleiben, sondern mit anderen zusammen eine neue Perspektive für sich entwickeln können. Ziel war es, die Einschüchterungswirkung der rechten Gewalt zu unterlaufen und damit auch die vielerorts anzutreffende rechte Hegemonie zurückzudrängen. Für dieses Ziel bezogen wir, wo immer es ging, das unmittelbare Umfeld der Opfer in die Unterstützung ein sowie versuchten, lokale Initiativen für eine praktische Solidarität anzusprechen. Unsere Hoffnung war, dass so Solidarisierungsprozesse mit den Opfern ausgelöst und gefördert werden.

Wir haben es an uns selbst festgestellt: Die Unterstützung von Opfern verändert die UnterstützerInnen selbst. Konfrontiert mit den Reaktionen der Opfer auf einen Angriff, den Gefühlen von Todesangst, Ohnmacht, verletztem Gerechtigkeitsempfinden und Misstrauen gegen die deutsche Mehrheitsgesellschaft, konfrontiert mit der konkreten Unmenschlichkeit, verändert sich der Blick auf die Gesellschaft. Die Motivation, sich gegen diese Unmenschlichkeit zu engagieren, vertieft sich, und bislang vernachlässigte gesellschaftliche Zusammenhänge, die die rechte Gewalt bedingen, werden erkennbar. Wir erwarteten, dass aus solchen Erfahrungen der praktischen Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt ein handlungsfähiges Netzwerk entstehen könnte, das der Ausgrenzung von Minderheiten praktisch entgegenwirkt und sich um ihren Schutz kümmert. Gleichzeitig erwarteten wir, dass Prozesse der Entsolidarisierung mit den Tätern und den ihnen zugrunde liegenden rassistischen und rechtsextremen Einstellungen gefördert würden.

Wir begriffen unseren Ansatz immer nur als Teil einer umfassenderen Strategie gegen Rechtsextremismus. Dafür bot das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg" eine tragfähige Grundlage, hat es doch eine Dynamik ausgelöst, durch die politische Entscheidungsträger Rechtsextremismus nicht länger ignorieren, auch wenn ihre neue Positionierung oft standortpolitisch motiviert sein mag. Daher arbeiteten wir mit vielen anderen Institutionen zusammen, deren Ansätze sich mit dem unsrigen ergänzten. Hervorheben möchten wir den intensiven Austausch und die enge Zusammenarbeit mit den RAAs, den Mobilen Beratungsteams, der Mobilen Heimberatung, dem Flüchtlingsrat, den Ausländerbeauftragten des Landes und der Kreise sowie den vielen ungenannten Einzelpersonen, Initiativen und Vereinen vor Ort.

## Keine Weiterfinanzierung

Im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg" wurde unser Projekt von August '98 bis Mitte Februar '99 mit Lotto-Mitteln des Justizministeriums gefördert. Schon im November '98 stellten wir einen Folgeantrag, zunächst beim Aktionsbündnis, dann parallel auch beim Justizministerium. Anfang März '99 gaben, wie uns mitgeteilt wurde, beide Stellen grünes Licht und einigten sich auf eine gemischte Förderung für ein Jahr. Seit Ende März blockten die zuständigen Stellen jedoch alle Nachfragen ab, was denn nun mit unserem Antrag geschehe. Bis zum 22. Juli hatten wir keinen Bescheid des Justizministeriums, weder einen negativen noch einen positiven, erhalten.

Anfang Mai wurden wir von Dr. Lemke, dem Leiter der Abteilung Staatsanwaltschaften im Justizministerium, über die Schwierigkeiten bei unserem Finanzantrag informiert. Auf einem Treffen am 12. Mai mit ihm und Almuth Berger wurde uns eröffnet, dass die Namen von zwei Projektmitarbeitern der Opferperspektive in Ermittlungsakten der Bundesanwaltschaft (BAW) genannt würden, und zwar im Zusammenhang mit Anschlägen im Bereich „Anti-Olympia" und „Hakenkrallen gegen Castor-Transporte". Sie sollen zu dem Personenkreis gehören bzw. diesem nahestehen, gegen den sich die Ermittlungen richten.

Solange die Vorwürfe nicht entkräftet seien, wolle das Justizministerium das Projekt Opferperspektive nicht fördern. Grund: Schönbohm könne die Verdächtigungen im Wahlkampf gegen die SPD ausnutzen. Wenn wir die Öffentlichkeit über den Vorgang informieren würden, könnten wir die Förderung gleich vergessen. Wir drängten darauf, dass diese haltlosen Verdächtigungen schnellstmöglich aufgeklärt werden. Wir konnten uns den Vorgang nur so erklären, dass unsere Projektmitarbeiter willkürlich in das Ermittlungsraster „terroristisches Umfeld" geraten waren, weil sie mit mutmaßlichen Mitgliedern des Berliner „Anti-Olympia-Komitees" zusammenwohnen. Dem „Anti-Olympia-Komitee" wiederum bzw. den Personen, die mit mutmaßlichen Mitgliedern in Verbindung stehen, unterstellt die Bundesanwaltschaft, und Dr. Lemke wiederholte diesen Vorwurf, dass sie hinter den Castor-Anschlägen stünden.

In der Gewissheit, dass die Verdächtigungen entkräftet würden, setzten wir unsere Projektarbeit fort. Da aber lange keine Bewegung erkennbar war, kündigten wir an, dass wir Anfang Juli an die Öffentlichkeit gehen würden, um die Hintergründe der Nichtfinanzierung zu offenbaren. Die Vorbereitungen für ein Pressegespräch am 7. Juli waren schon im Gange, als wir von einigen Befürwortern unseres Projekts gebeten wurden, den Termin um eine Woche zu verschieben. Soviel Zeit bräuchte Justizminister Bräutigam noch, um eine „Unbedenklichkeitsbescheinigung" für einen Projektmitarbeiter von der BAW aus Karlsruhe zu bekommen. Wir vertrauten auf diese letzte Möglichkeit der Klärung.

Die „Auskunft" aus Karlsruhe kam, aber anders als erwartet. Am 6. Juli, also einen Tag vor dem ursprünglich angesetzten Pressegespräch, führten das Bundeskriminalamt und die Bundesanwaltschaft bundesweit Hausdurchsuchungen durch, auch in der Wohnung eines Projektmitarbeiters. Ihm wurde eröffnet, dass er und drei seiner Mitbewohner Beschuldigte in einem Ermittlungsverfahren wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) seien. Ihnen wird vorgeworfen, an der Koordinierung, Vorbereitung und Durchführung von Anschlägen gegen die Deutsche Bahn im Oktober 1996 beteiligt gewesen zu sein. Bei dem Projektmitarbeiter wurden fast ausschließlich Arbeitsmittel der „Opferperspektive" beschlagnahmt: Notizbücher mit vertraulichen Aufzeichnungen aus Gesprächen mit Opfern, Telefon- und Adressregister, Terminkalender, das elektronische Archiv mit allen Berichten.

Die nur schwer begreiflichen Vorgänge versuchen wir uns heute – hypothetisch – so zu erklären: Die Bundesanwaltschaft und das Bundeskriminalamt führten seit Anfang 1997 ein verdecktes Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Mitglieder des Anti-Olympia-Komitees und deren Umfeld, das im Sande verlief, da es nicht auf Beweisen, sondern nur auf Konstrukten und Spekulationen beruht. Spätestens Mitte Mai 1999 standen die Ermittlungsbehörden vor dem Problem, dass die Beschuldigten auf ein verdecktes Ermittlungsverfahren schließen konnten und eine Veröffentlichung der Verdächtigungen und Konstrukte drohte. Es ist davon auszugehen, daß das BKA zumindest durch Telefonüberwachung bestens die Affäre um den Finanzantrag, den Informationsstand und die Pläne der Betroffenen kannte. Anders ist die Äußerung des Bundesanwalts Monka während der Durchsuchung nicht zu verstehen, als dieser ironisch lächelnd meinte, „Bräutigam wird sich ja freuen".

Die Bundesanwaltschaft stand also im Mai vor der Wahl, das ergebnislose Ermittlungsverfahren einzustellen, um einem möglichen Auskunftsersuchen der brandenburgischen Landesregierung antworten zu können. Oder das Ermittlungsverfahren weiterzuführen. Dann jedoch mußte „nachgelegt" werden, in Form einer Hausdurchsuchung, weil bislang keine Beweise vorlagen, und zwar vor dem angekündigten Termin der Veröffentlichung. Die bis Anfang Juli noch behördeninterne Affäre um unseren Finanzantrag spielte also nur insofern eine Rolle, als dass eine Dynamik bei BKA und BAW ausgelöst wurde, die zu der Hausdurchsuchung führte. Ginge es der Bundesanwaltschaft wirklich um die Sicherung von Beweismitteln, so hätte sie eine Hausdurchsuchung nicht zweieinhalb Jahre nach der bezichtigten Tat durchführen lassen.

Auch wenn das Ermittlungsverfahren einmal ergebnislos eingestellt werden wird, so sind die Auswirkungen bereits massiv: Ein Projektmitarbeiter wurde zur öffentlichen Unperson abgestempelt. Denn in der Öffentlichkeit wirkt die Vorverurteilung nach dem Prinzip: Irgendetwas wird an den Vorwürfen schon dran sein.

Zwei Tage nach der Hausdurchsuchung erfuhren wir über Almuth Berger, dass das Justizministerium wegen des Ermittlungsverfahrens das Projekt nicht fördern wolle. Wir können diese Entscheidung nicht nachvollziehen. Die SPD-Landesregierung hatte die Wahl; entweder der festzuhalten am rechtsstaatlichen Prinzip der Unschuldsvermutung und ein notwendiges Projekt des „Toleranten

Brandenburg" weiterzufinanzieren; oder wahltaktischen Befürchtungen den Vorrang zu geben, konkret der Angst vor Schönbohm, und das Projekt abzuwürgen. Die Landesregierung hat sich entschieden, auch wenn sie es bis heute verschleppt, einen Bescheid über die Bewilligung oder Nichtbewilligung auszustellen. Diese Entscheidung zu bewerten, überlassen wir anderen.

Unsere Enttäuschung ist groß. Offenbar sind in diesem Land die politischen Bedingungen für ein Projekt wie das unsrige nicht gegeben:

- solange BKA und Bundesanwaltschaft aufgrund willkürlicher Konstrukte Linke als Terrorismusverdächtige diffamieren,
- solange eine Landesregierung der Wahltaktik den Vorzug vor ernsthaften Maßnahmen gegen Rechtsextremismus gibt.

Wir verlangen zumindest eine Entschuldigung der Landesregierung dafür, dass sie unsere Projektmitarbeiter wie Aussätzige behandelt. In der Zwischenzeit, solange unser Projekt ruht, suchen wir nach neuen Finanzierungsquellen jenseits der SPD-Landesregierung. Ob wir damit Erfolg haben werden, wissen wir nicht, aber wir lassen uns im Interesse derer, für die wir da waren, das Projekt nicht so einfach zerstören.
Wir hoffen auf eine Zusammenarbeit auch in Zukunft

*Die Opferperspektive*

# Interview

*Wer seid Ihr und was beinhaltet das Projekt Opferperspektive?*
In unserem Projekt sind zur Zeit vier Leute nahezu ganztägig beschäftigt. Wir kommen aus verschiedenen Bereichen des Antifa-/Antira-Spektrums mit unterschiedlichen regionalen Erfahrungen. Das Projekt Opferperspektive wurde im März 1998 gegründet. Der Name klingt vielleicht etwas merkwürdig, es geht aber darum, Menschen, die aus rechtsextremen oder rassistischen Motiven angegriffen worden sind, bei der Bewältigung der damit verbundenen Folgen zu helfen. Dazu gehört einerseits die Sicht der Angegriffenen in einer möglichst großen Öffentlichkeit zu vermitteln und andererseits zusammen mit Initiativen und Einzelpersonen vor Ort Perspektiven für sie zu entwickeln. Unsere Unterstützungsarbeit beinhaltet für die Angegriffenen das Angebot selbst aktiv zu werden, anstatt sich in der Rolle eines Opfers einzurichten. Die Zielrichtung unserer Arbeit steht insofern im Gegensatz zu den in der Gesellschaft überwiegenden Diskursen und den daraus entwickelten Handlungskonzepten, die sich überwiegend mit den Tätern auseinandersetzen.

*Ihr kümmert Euch also um die Opfer, wollt deren Situation nach einem Überfall anderen verdeutlichen. Das klingt ein bißchen wie Opferhilfe nach dem Konzept „Weißer Ring", aber auch so als ob die Rechten weniger gefährlich wären, wenn ihnen die Folgen ihres Handelns vor Augen geführt werden würde.*
Wir leben in Brandenburg – und wir denken, das gilt genauso für andere Gebiete im Osten – in einem gesellschaftlichen Klima, das stark von Rassismus und völkischem Nationalismus geprägt ist. Gerade unter Jugendlichen ist ein sogenannter „rechter Lifestyle" weit verbreitet. Jugendliche, die sich dem nicht anpassen wollen, werden verdrängt oder kaum unterstützt. „No-Go-Areas" für Ausländer durchziehen das ganze Land. Gewalt spielt bei der Aufrechterhaltung und Durchsetzung dieser Zustände eine zentrale Rolle.

Im Unterschied zu gewöhnlichen Straftaten, beinhaltet ein rechtsextremistisch motivierter Angriff neben der konkreten individuellen Verletzung zusätzlich eine ausgrenzende Botschaft. Den für „undeutsch" befundenen Angegriffenen soll vermittelt werden, sie gehören nicht hierher, haben weniger Rechte oder seien als Mensch weniger wert. Eine einzelne rechte Gewalttat wirkt dabei nicht nur auf die direkt Betroffenen, sondern auf ein ganzes Kollektiv, das pauschal als „Ausländer" oder „Zecken" bezeichnet wird. Alle sollen eingeschüchtert werden. Sie trifft damit diejenigen, die ohnehin einen gesellschaftlich schlechten Stand haben oder als Nichtdeutsche rassistischer Diskriminierung im Alltag erfahren. Aufenthaltsbeschränkunkungen, Arbeitsverbote und die Verweigerung demokratischer Teilhaberechte bewirken, daß die Möglichkeiten, sich als Betroffene gegen Angrife zu wehren, beschränkt sind. Rechte Gewalt befördert somit in der Gesellschaft bestehende Ausgrenzungsprozesse. Unabhängig davon, ob sich der einzelne „rechte Schläger" dessen bewußt ist, trägt er dazu bei, das von Neonazis als „völkischer Nationalismus" bezeichnete Ziel der „Säuberung des deutschen Volkskörpers" umzusetzen. Insofern greifen Ansätze, die Gewalt lediglich als das falsche Mittel einer Konfliktbewältigung betrachten, viel zu kurz. Die zu Gewaltausübung führenden rechtsextremistischen Motive werden so verschleiert und geschützt.

Mit einer vordergründigen Problematisierung von Gewalt wird Rechtsextremismus in seinen politischen und sozialen Zusammenhängen verschleiert. Ein rechter Angriff ist daher für uns lediglich der Anlaß für ein konkretes Eingreifen. Ziel ist dabei, eine gesellschaftliche Solidarisierung mit den Opfern rechtsextremer Gewalt zu mobilisieren. Die Folgen eines Angriffes sind für den Einzelnen erträglicher, wenn es Leute gibt, die konkrete Hilfe anbieten und die Betroffenen nicht alleine lassen. Einschüchterung kann so unterlaufen werden.
Darüberhinaus kann über die Unterstützung ein sozialer Zusammenhang entstehen, der die Opfer vor weiteren Angriffen und sich gegenseitig schützt. Mit der Vermittlung der Sicht der Opfer auf die Angriffe besteht für die Unterstützer die Möglichkeit, die Gewalt gerade in ihrem gesellschaftlichem Kontext zu verstehen.





*Und was macht Ihr konkret, wenn Ihr von einem Angriff erfahrt?*
Wir suchen die Betroffenen vor Ort auf, lassen uns von dem Geschehenen berichten, besprechen, wie sie sich im Nachhinein gegen die Täter wehren können, welche konkreten Schäden durch den Angriff entstanden sind und wie damit umgegangen werden kann. Weiter erörtern wir mögliche Schritte, die notwendig sind, um sich vor weiteren Angriffen zu schützen. Wie dann eine Unterstützung konkret aussieht, hängt davon ab, was die Angegriffenen selbst wollen. Wir sprechen Personen oder Initiativen aus dem Ort oder der Region an, welche Unterstützung sie leisten können, wer noch miteinbezogen werden könnte und welche weiteren Handlungsmöglichkeiten für sie bestehen könnten.

Hauptsächlich haben wir es mit Leuten zu tun, die aufgrund ihres unveränderbaren Äußeren angegriffen wurden, aber auch viel mit Jugendlichen, die sich dem rechten mainstream nicht unterordnen wollen oder verweigern, sogenannte alternative Jugendliche. Die wenigsten hatten zuvor eigene Erfahrungen mit dem Rechtssystem, so daß wir ihnen Aufbau und Funktion erklären. Wir erörtern mögliche juristische Schritte, suchen gegebenenfalls Zeugen der Tat und helfen ihnen, einen Anwalt zu finden, der sie bei einer eventuellen Nebenklage gegen den Täter vertritt. Wenn notwendig, organisieren wir auch einen Dolmetscher. Mit dem Einreichen einer Nebenklage nehmen die Opfer eine aktive Rolle im Strafverfahren ein und können somit der Gefahr begegnen, in der Verhandlung als Zeuge „auseinandergenommen" zu werden. Ist ein Prozeßtermin festgesetzt, besprechen wir mit ihnen den Ablauf. Eine Begleitung zu einem Prozeßtermin – gerade von nichtdeutschen Opfern – gewährt ihnen Schutz auf dem Weg zum Gericht und im Gebäude und führt häufig dazu, daß sie sich überhaupt trauen, in Anwesenheit der Täter vollständig auszusagen. Angegriffene Flüchtlinge unterstützen wir bei ihrer Umverteilung in ein anderes Heim, wenn sie im Ort bedroht werden und helfen ihnen beim Ausfüllen von Anträgen, die mit dem Angriff in Zusammenhang stehen. Oft sind Flüchtlinge als Folge eines Angriffes psychisch traumatisiert, und wir helfen ihnen, eine therapeutische Behandlungsmöglichkeit zu finden.

Wir vermitteln Kontakte zu Journalisten damit Art und Ausmaße rechtsextremistischer Übergriffe in der Öffentlichkeit realistisch dargestellt werden.

*Das hört sich alles nach einer Art Symptomhilfe an.*
Klar. Doch wir können die allermeisten Angriffe nicht verhindern und wir können sie auch nicht mehr rückgängig machen. Und die Frage ist, was kann dann getan werden. Wir verstehen unsere Tätigkeit als Teil einer antifaschistischen Strategie, die die Betroffenen eines rechtsmotivierten Verdrängungsprozesses in den Mittelpunkt stellt. Wenn zum Beispiel rechte Angriffe als Anknüpfungspunkte für eine Unterstützungsarbeit der Betroffenen genommen werden, hat das mehrere Effekte. Es bietet sich eine praktische Möglichkeit für interessierte Gruppen aktiv zu werden, und die Opfer bleiben nicht länger weitestgehend isoliert.

Damit verbunden sind Lernprozesse, die die Unterstützer und die Betroffenen selbst verändern, deren Position vor Ort wird gestärkt. Über die Einbeziehung anderer lokaler Initiativen und Institutionen können Solidarisierungsprozesse mit den Betroffenen rechter Gewalt ausgelöst werden, die die Stimmung im Ort verändern und Ausgangspunkt für eine weitergehende Auseinandersetzung mit Rassismus und Nationalismus sind. Gleichzeitig verlieren die Nazis an Zustimmung und Respekt und damit an ihrer Stärke.

*Du sprichst von Solidarisierungsprozessen mit den Betroffenen rechter Gewalt. Welche Rolle spielen dabei die sich vielerorts gründenden Bündnisse gegen Rechts?*
Anlaß für die Gründung derartiger Bündnisse ist in der Regel die Besorgnis über die Zunahme rechtsextremer Organisierung und Gewalt. Inwieweit sie tatsächlich etwas bewirken werden, hängt stark von ihrer regional doch sehr unterschiedlichen Ausrichtung und Zusammensetzung ab. Manche Bündnisse dienen den Stadtverwaltungen und Parteien als Alibiveranstaltungen und zur Imagepflege. Die eigentlich Betroffenen finden kaum Gehör. Oder über jugendspezifische Ausdrucksformen wird bevormundend und abwertend hinweggegangen.

Dabei sind es in der Regel die Jugendlichen der örtlichen alternativen Szene, die die direktesten Erfahrungen im Umgang mit den Nazis haben und über die meisten Kenntnisse der rechten Szene verfügen. Das sind oft die Probleme. Andererseits wirkt oft allein schon die Gründung eines Bündnisses gegen Rechts positiv auf die Stimmung in der Stadt. Es besteht die Möglichkeit, diejenigen kennenzulernen, die noch am ehesten gewillt sind, den Nazis etwas entgegenzusetzen und Kooperation praktisch auszuprobieren. Es besteht die Chance der Auseinandersetzung mit anderen Argumenten und Strategien und dabei voneinander zu lernen. Grundsätzlich finden wir daher eine aktive Bündnisarbeit notwendig und lohnenswert. Bündnisse können bei der Entwicklung und Stabilisierung von Solidarisierungsprozessen eine bedeutende Rolle einnehmen.

*Ist es nicht eher so, daß die tragenden politischen Kräfte Teil des Problems sind und an einer Stabilisierung zivilgesellschaftlicher Elemente kein Interesse haben?*
Sie können zumindest gedrängt werden, das Problem Rechtsextremismus nicht weiter zu negieren oder zu verharmlosen. Dazu ist es nötig, die relativierenden und negierenden Diskurse über Rechtsextremismus auseinanderzunehmen. Diese Diskurse – um nur einige zu nennen: rechter wie linker Extremismus, Jugendgewalt, Randgruppen, Einzeltäter, Täter als Modernisierungsverlierer – sind ein Teil des Problems und behindern ein inhaltliches Begreifen. Eingebracht werden kann diese Kritik auf der Grundlage gesammelter Erfahrungen bei der Unterstützung der Opfer, aufgrund des Begreifens von Zusammenhängen zwischen Gewalt und gesellschaftlichen Verhältnissen. Bei der Vermittlung von Kritik an den gesellschaftlich tragenden Kreisen können die Bündnisse behilflich sein.

*Danke für das Gespräch.*

# Was tun?

Diese Broschüre beschränkt sich bewußt darauf, faschistische Strukturen und Organisierungstendenzen in Brandenburg aufzuzeigen. Dabei kann sicherlich auch der Eindruck entstehen, daß sowieso schon alles zu spät, der Feind übermächtig und Widerstand sinnlos ist. Uns geht es jedoch um das genaue Gegenteil – die Broschüre soll ein Beitrag sein, den antifaschistischen Widerstand in Brandenburg und anderswo zu unterstützen und zu stärken. Wir wollen an dieser Stelle noch einmal einige Möglichkeiten von antifaschistischer Arbeit auf unterschiedlichen Ebenen darstellen, wobei diese Aufstellung keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhebt:

## 1. Das Sammeln von Informationen über Nazis:

Für eine effektive antifaschistische Arbeit ist es wichtig, einen genauen Überblick über die faschistische Szene (sowohl im Parteienspektrum als auch bei sog. „unorganisierten Skinheads") vor Ort zu haben. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Informationen zu sammeln:

**a)Zeitungs- und Publikationsarchiv:**
Indem die Lokalpresse regelmäßig ausgewertet und nach verschiedenen Kategorien (Parteien, Organisationen, Angriffe etc.) sortiert und abgeheftet wird, ist es möglich, einen besseren Überblick über Entwicklungen, zeitliche Abläufe, Gerichtsprozesse etc. zu gewinnen.

Sinnvoll ist es außerdem, faschistisches Propagandamaterial zu archivieren, um einen Überblick über die jeweils aktiven Organisationen und deren Argumentation zu erhalten. Der Sammelleidenschaft sind eigentlich kaum Grenzen gesetzt, es ist aber hilfreich, sich von vornherein auf ein bestimmtes System zu verständigen, das dann auch beibehalten wird, damit möglichst viele interessierte Menschen damit arbeiten können. Grundsätzlich gilt, daß sich Archive möglichst nicht zu Hause, sondern in einem „neutralen" Raum befinden sollten: Denn alle Informationen, die nicht aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Tageszeitungen oder Publikationen der Nazis kommen, dürfen eigentlich nicht gesammelt werden, da sie unter das Datenschutzgesetz fallen und gerade diese sollten bei einer Hausdurchsuchung auch nicht der Polizei in die Hände fallen. Ein wichtiger Grundsatz ist, mit Informationen, die nicht mehr benötigt werden bzw. veraltet sind, entsprechend umzugehen.

**b) Fotografieren/Filmen:**
Möglichkeiten, Faschisten zu fotografieren/filmen gibt es genug bei ihren Aufmärschen, Kundgebungen, am Rande von antifaschistischen Demonstrationen, vor ihrer Haustüre, an ihren Arbeitsstellen... Hierbei gilt vor allem: Die eigene Sicherheit muß immer gewährleistet sein, denn bekanntlich mögen es Faschisten gar nicht, wenn sie aus der Anonymität hervorgeholt werden... Auch Fotos und Negative/Filme sollten, wenn möglich, nicht in der eigenen Wohnung aufbewahrt werden.

**c) Internet:**
Mittlerweile sind viele Neonaziorganisationen, die in Brandenburg aktiv sind, im Internet mit eigenen Homepages und Webseiten vertreten, die auch aktualisiert werden. Es lohnt sich also, selbst regelmäßig die entsprechenden Webseiten anzugucken. Denkt dabei daran, daß Eure Daten Spuren hinterlassen, wenn Ihr diese Seiten besucht. Am einfachsten ist es, für derartige Internetrecherchen öffentlich zugängliche Internetanschlüsse zu nutzen, z.B. in Universitäten, Bibliotheken etc. .

Für den gesamten Bereich der Informationsbeschaffung gilt, daß die eigene Sicherheit Vorrang haben muß. Ansonsten sind hier Phantasie und Kreativität keine Grenzen gesetzt...

## 2. Öffentlichkeitsarbeit

**a)Flugblätter und Plakate:**
Öffentlichkeitsarbeit durch Erstellen und Verteilen von Flugblättern, Drucken von Plakaten und deren Aushang ist ein grundsätzlicher Bestandteil antifaschistischer Arbeit. Dadurch werden einem breiteren Kreis von Menschen Informationen zugänglich gemacht. Darüber hinaus kann die Existenz eines antifaschistischen Widerstands, seine Inhalte und Forderungen vielen Menschen vermittelt werden. Flugblätter können z. B. an Schulen und Einkaufszentren verteilt, in Briefkästen gesteckt oder einfach auf der Straße ausgehändigt werden. Flugblätter, Plakate und Zeitungen müssen immer mit einem Vi.S.d.P (verantwortlich im Sinne des Presserechts) unterschrieben sein, da sie ansonsten von Polizei und Staatsschutz beschlagnahmt werden können: Aus Gründen der eigenen Sicherheit ist es immer besser, keine richtigen Namen und Privatadressen unter Eure Erzeugnisse zu setzen... Laßt Eurer Phantasie freien Lauf.

**b) Spuckis:**
Spuckis,funtionieren wie Breifmarken, könnt Ihr selber machen (im Kopierladen oder einer Druckerei), bestellen oder in linken Buch- und Infoläden kaufen. Spuckis sind eine gute Möglichkeit, schnell und deutlich zu vermitteln: Hier gibt es AntifaschistInnen und das sind ihre Inhalte!

**c) Antifaschistische Parolen sprühen bzw. faschistische Parolen übersprühen/umwandeln:**
Sprühen fällt nach dem Strafgesetzbuch unter „Sachbeschädigung". Daher gilt: Laßt Euch nicht erwischen und organisiert einen Schutz, wenn Ihr sprühen geht.

**d) Transparente:**
Transparente sind neben Parolen eine Möglichkeit, unsere Meinung auszudrükken. Vielfältige Möglichkeiten bieten z. B. auffällige, öffentliche Stellen in der Stadt, leere Häuser, Kirchen, Dächer von allen möglichen Gebäuden, vor dem eigenen Fenster. Auch bei Demonstrationen und Aktionen sind Transparente neben Parolen oft die einzige Ausdrucksweise von dem, was wir mit einer Demonstration erreichen wollen. Transparente auf Demonstrationen sind nicht nur wichtig, um den Leuten am Straßenrand und in den Fenstern zu vermitteln, wofür wir auf die Straße gehen; sie sind z. B. für die erste Kette der Demonstration und an den Seiten (neben Seilen) ein gewisser Schutz, um die Polizei davon abzuhalten, einzelne Menschen aus der Demonstration herauszuzerren und zu verhaften.

**e) Antifaschistische Zeitungen:**
Ähnlich wie bei Flugblättern bietet das Erstellen einer eigenen Zeitung die Möglichkeit, viele Menschen zu informieren und zu erreichen. Natürlich ist das Erstellen einer Zeitung mehr Arbeit, als ein Flugblatt zu schreiben und herzustellen; aber andererseits bietet eine Zeitung auch mehr Platz für Informationen, Meinungen, Forderungen etc.

**f) Informationsstand/Büchertisch:**
Um einen Infotisch zusammenzustellen, ist es gut, eine Materialkiste anzulegen, die dann einfach nur noch ein- oder ausgepackt werden muß. Die Bücher, Broschüren, Plakate etc. für Infotische erhaltet Ihr z. B. auch bei Berliner Antifa-Gruppen bzw. linken Buch-und Infoläden auf Kommission. Infotische können sowohl bei eigenen Veranstaltungen als auch bei Veranstaltungen anderer Gruppen und Organisationen ziemlich sinnvoll sein, insbesondere dann, wenn es in Eurer Stadt keine linke oder alternative Buchhandlung gibt.

**g) (Soli-)Partys, Discos und Konzerte:**
Daß Partys, Discos und Konzerte nett sind, ist sowieso klar. Außerdem sind sie eine Möglichkeit, über Eintritt und/oder Treseneinnahmen, Geld für antifaschistische Arbeit zu sammeln. Menschen, die Interesse an Euch, Eurer Gruppe oder insgesamt an linker Szene haben, trauen sich oft erstmal eher, auf eine Party oder ein Konzert zu gehen, als zu einer Veranstaltung oder einer Aktion zu kommen. Darüber hinaus sind unsere Feste und Konzerte eine Möglichkeit, ganz vielen zu zeigen, worin unser Lebensgefühl besteht, wie wir uns unser Leben vorstellen und daß es eine Alternative zu dumpfer Angepaßtheit, Karrierestreben und faschistischen Gruppen gibt. Im Sommer sind Open-Air-Konzerte/Partys oft auch eine Lösung für das immer wieder vorhandene Raumproblem.

**h) Straßenfeste:**
Straßenfeste sind eine hervorragende Möglichkeit, viele unterschiedliche Gruppen und Organisation schon in der Vorbereitung zusammenzubringen. Straßenfeste müssen auch vorher bei der Polizei und dem Ordnungsamt angemeldet werden. Viele Menschen, die erst einmal nicht auf eine antifaschistische Demonstration oder Veranstaltung gehen würden, kommen zu Straßenfesten, weil sie neugierig sind, in der Sonne stehen und plaudern wollen etc..

**i) Veranstaltungen, Film- und Videoabende:**
Öffentlich angekündigte Veranstaltungen und Filmabende sind eine gute Möglichkeit, über unsere eigenen Gruppen hinaus Informationen zugänglich zu machen, Diskussionen anzuregen, Filme, die im Kino oder im Fernsehen nicht gezeigt werden, vorzustellen und unsere Inhalte nach außen zu tragen. Es können z. B. auch alte AntifaschistInnen und KZ-Überlebende für Veranstaltungen angesprochen werden.

**j) Antifa-Café:**
Wenn Ihr eigene Räume habt oder Räume von anderen Gruppen, Organisationen und/oder Kirchen erhalten könnt, ist ein regelmäßiges Antifa-Café eine gute Möglichkeit, Jugendliche und andere Leute anzusprechen, die neugierig sind auf eine linke Szene und Subkultur, ohne daß sie sofort selbst aktiv in Gruppen mitmachen wollen. Außerdem sind Cafés eine Gelegenheit für viele, auch außerhalb Eurer Stadt oder Eures Ortes, Euch zu treffen oder einfach gemeinsam einen gemütlichen Nachmittag bzw. Abend zu verbringen.

**k) Verhindern von Versammlungen faschistischer Parteien und Organisationen:**
Immer wieder werdet Ihr damit konfrontiert, daß faschistische Parteien wie die DVU, die Republikaner und die NPD versuchen, öffentliche Veranstaltungen und Versammlungen durchzuführen. Wenn Ihr vorher erfahrt, wo diese stattfinden sollen, könnt Ihr z. B. mit Informationsmaterial zu dem Besitzer/der Besitzerin der jeweiligen Kneipe oder den Räumen gehen und versuchen, sie davon zu überzeugen, daß er/ sie nur Vorteile davon hat, wenn sie Faschisten keine Räume zur Verfügung stellen. Wenn das nichts hilft, könnt Ihr natürlich Blockaden vor dem jeweiligen Ort veranstalten, Demonstrationen organisieren etc.. Wichtig und gut ist es in jedem Fall, dabei Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Gruppen einzugehen. Im Fall eines angemeldeten – und genehmigten – Naziaufmarsches ist es immer sinnvoll, eine Gegenkundgebung in größtmöglicher Nähe zu den Nazis anzumelden – als legalen Sammelpunkt für alle, die ihren Protest gegen die Faschisten öffentlich äußern wollen. Für den Fall, daß Eure Kundgebungen verboten werden, gibt es immer die Möglichkeit, mit Hilfe eines Anwalts/einer Anwältin gegen das Verbot zu klagen oder vor Ort eine Spontandemonstration anzumelden.

### 3. Pressearbeit

Pressearbeit ist ein Bereich, den wir uns oft nicht zutrauen bzw. in dem es viele schlechte Erfahrungen gibt, da Zeitungen und Radiosender selten daran interessiert sind, unsere Inhalte und Forderungen wahrheitsgetreu wiederzugeben. Im Zweifelsfall greifen sie dann eben auf die Informationen der Polizei oder des Innenministeriums zurück, getreu dem Motto „linke und rechte Gewalttäter". Trotzdem halten wir es für sinnvoll, den Umgang mit der Presse zu erlernen und immer wieder zu versuchen, unsere Inhalte und Aktionen über die Presse einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten:

**a)Presseerklärungen/ Pressemitteilungen:**
Vor einer öffentlichen Aktion, Demonstration oder Kundgebung könnt Ihr eine Presseerklärung/ Pressemitteilung schreiben, in der kurz dargestellt werden sollte, was, wann, wo stattfindet, wer es organisiert und mit welchen Forderungen/Inhalten da auf die Straße gegangen wird. Das gleiche gilt auch, wenn Ihr zu einem bestimmten Ereignis Stellung nehmen und Eure Meinung vermitteln wollt. Diese Presseerklärung/Pressemitteilung könnt Ihr per Post an die jeweiligen Zeitungen, Radiosender und Fernsehsender schicken oder sie in ihren Büros abgeben. Der Vorteil von Presseerklärungen/ Pressemitteilungen ist, daß Ihr nicht direkt mit den JournalistInnen reden müßt, ihnen aber trotzdem von Euch ausgewählte Informationen zukommen lassen könnt.

**b) Pressegespräche/Interviews:**
Manchmal ist es durchaus sinnvoll, mit einzelnen JournalistInnen direkt zu reden. Ein erster Schritt ist, herauszufinden, welche JournalistInnen für den Bereich „Rechtsextremismus und/oder Polizeiberichte" zuständig sind, z.B. indem Ihr Zeitungsartikel auswertet. Wenn Ihr den Eindruck habt, ein/e bestimmte/r Journalist/in berichtet sorgfältig über diesen Bereich, könnt Ihr versuchen, über die Zeitungs-/Rundfunkredaktion direkten Kontakt aufzunehmen.

Grundsätzlich gilt dabei: Ihr seid nicht verpflichtet, JournalistInnen Eure richtigen Namen zu nennen (das könnt Ihr auch durchaus offensiv vertreten). Außerdem ist es gut, sich auf Gespräche oder Interviews mit JournalistInnen genau vorzubereiten, d. h. vorher zu überlegen, was man/frau sagen will und was nicht, sich vielleicht eine Liste mit Stichpunkten zu machen und diese Gespräche/Interviews nicht alleine zu führen. JournalistInnen sind darin geschult, unangenehme Fragen zu stellen und Informationen zu verkaufen, d. h. aber noch lange nicht, daß Ihr ihnen auf alle Fragen eine Antwort geben müßt.

**c) LeserInnenbriefe:**
LeserInnenbriefe sind oftmals die einzige Möglichkeit, Eure Sichtweise in eine Zeitung zu bringen. Am besten schreibt Ihr sie so schnell wie möglich, wenn Euch ein Artikel geärgert hat oder Ihr zu einem Thema Stellung beziehen wollt. Je kürzer und genauer ein Leserbrief ist, desto größere Chancen gibt es, daß er veröffentlicht wird. Die meisten Zeitungen drucken LeserInnenbriefe nur ab, wenn sie mit einem Namen/einer Organisation unterschrieben sind. Ihr könnt Euch dafür z.B. auch Phantasienamen und Pseudonyme ausdenken.

### 4. Zusammenarbeit mit Flüchtlingen, VertragsarbeiterInnen und MigrantInnen

Die Zusammenarbeit mit Flüchtlingen, VertragsarbeiterInnen und MigrantInnen ist ein wesentlicher Bestandteil antifaschistischer Arbeit. Daran zeigt sich dann, ob wir in der Lage sind, unsere Parolen gegen Rassismus und Faschismus auch praktisch umzusetzen. Diese Unterstützung und Zusammenarbeit kann nicht erst dann einsetzen, wenn mal wieder ein Flüchtlingsheim gebrannt hat oder eine Migrantin von Nazis zusammengeschlagen worden ist, sondern muß ein kontinuierlicher Bestandteil antifaschistischer Politik werden.

Für diese Zusammenarbeit gibt es ganz unterschiedliche Möglichkeiten: Gemeinsame Fußballspiele mit Flüchtlingen, gemeinsame Feste, Deutschunterricht für Flüchtlinge bzw. Unterricht in der Landessprache der Flüchtlinge für uns, gemeinsame Fahrten zu Rechtsberatungsstellen und RechtsanwältInnen, Schutz von Flüchtlingsheimen gegen rassistische, und faschistische Angriffe an Tagen, wie dem 20. April, Himmelfahrt etc. sowie Unterstützung von Flüchtlingswiderstand gegen schlechte Lebensbedingungen in ihren Heimen und das Asylbewerberleistungsgesetz. Darüber hinaus können gemeinsam mit den Flüchtlingen bzw. VertragsarbeiterInnen und MigrantInnen Veranstaltungen über die Situation in ihren Herkunftsländern organisiert werden. Die Zusammenarbeit mit Flüchtlingen kann auch beinhalten, Flüchtlingen, die nach der Ablehnung ihres Asylantrags von Abschiebung bedroht sind, eine sichere Unterkunft zu verschaffen, z.B. in Zusammenarbeit mit engagierten Kirchengruppen oder antirassistischen Gruppen und Initiativen in größeren Städten.

Seit der fast vollständigen Abschaffung des Rechts auf Asyl im Juni 1993, hat sich die Situation sowohl für die Flüchtlinge, die hier schon seit einer Weile leben, als auch für die Flüchtlinge, die versuchen, in die BRD zu gelangen, erheblich verschärft. Flüchtlinge, die versuchen, die Oder-Neiße-Grenze zu überqueren, werden inzwischen im Rahmen des sog. „Rückübernahme-Abkommens" fast ausnahmslos nach Polen oder Tschechien zurückgeschickt, weil sie nach dem Asylgesetz aus einem sog. „sicheren Drittland" – nämlich Polen, Tschechien oder Slowakei – kommen. Flüchtlinge, denen vom BGS oder der örtlichen Polizeiwache zugestanden wird, daß ihr Einzelfall in der BRD geprüft werden kann, werden für die Dauer eines sechswöchigen Asylschnellverfahrens in ein Massensammellager einquartiert. Dort sind sie meist weit entfernt von größeren Städten. Also auch weitab von Möglichkeiten für ausreichende medizinische Versorgung, von Rechtsberatung und Kontakten zur Bevölkerung. Nach dem neuen Asylbewerberleistungsgesetz, das in Brandenburg seit Mitte 1993 durchgesetzt wird, erhalten Flüchtlinge in den meisten Sammellagern und kleineren Heimen Eßpakete mit Grundnahrungsmitteln und ein monatliches Taschengeld von DM 80,–. In einigen Orten erhalten die Flüchtlinge anstelle der Eßpakete Warengutscheine, in einigen Sammellagern gibt es Großküchenessen. Bei Stichproben wurde festgestellt, daß die Nahrung in den Eßpaketen oftmals schon verfallen oder verschimmelt war, gleiches gilt für Großküchenessen. Beide Varianten ignorieren unterschiedliche Eßgewohnheiten vollständig.

In Brandenburg gab es in mehreren Heimen und Lagern von Seiten der Flüchtlinge Widerstand gegen die Durchsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes. In einigen Fällen wurde/wird dieser Widerstand von Antifa- und Kirchengruppen unterstützt, indem den Flüchtlingen die Warengutscheine abgekauft werden, gemeinsame Demonstrationen und Kundgebungen vor Sozialämtern und Rathäusern organisiert wurden etc.. Darüber hinaus wehren sich Flüchtlinge gegen die geplanten Schließungen der kleineren Heime und ihre Zwangsverlegung in Massensammellager. Bei Ablehnung ihrer Asylanträge werden die Flüchtlinge dann entweder direkt aus den Sammellagern oder aus der Abschiebehaft, z.B. in Prötzel, in ihre jeweiligen Herkunftslander deportiert. Die hohe Ablehnungsrate von Asylanträgen hat nichts mit der tatsächlichen Situation in den jeweiligen Ländern und der Bedrohung für die Flüchtlinge zu tun, sondern ist das Ergebnis von rassistischen Gesetzen, nach denen selbst Folter kein Asylgrund ist, wenn „sie zur üblichen Verhörpraxis eines Landes gehört" (Begründung einer Ablehnung durch das Bundesverfassungsgericht im Falle eines kurdischen Flüchtlings, der in der Türkei gefoltert worden war).

Neben der praktischen Unterstützung der Flüchtlinge ist die Öffentlichkeitsarbeit gerade zu ihrer Situation von großer Bedeutung. Viele Menschen sind inzwischen bereit, rassistischer Propaganda der Politiker und Medien Glauben zu schenken – oftmals, weil ihnen die tatsächlichen Informationen nicht zugänglich sind. Durch Flugblätter, Veranstaltungen und Feste, zu denen öffentlich eingeladen wird, können Menschen informiert werden und sich unabhängig von den Massenmedien eine eigene Meinung bilden.

Ähnliches gilt auch für die Situation von VertragsarbeiterInnen, denen zwar formal ein Aufenthaltsrecht versprochen wurde, die jedoch durch formale Tricks oft zur Ausreise gezwungen wurden und werden.

### 5. Eigene Räume:

Für die meisten antifaschistischen Gruppen ist es sehr schwierig, eigene Räume zu bekommen, in denen Treffen, Konzerte oder Veranstaltungen stattfinden können. Beharrlichkeit, Druck auf die Stadtverwaltung bzw. das Jugendamt und Öffentlichkeitsarbeit (z.B. durch Flugblätter oder Unterschriftensammlungen) können dabei hilfreich sein, z.B. in Jugendclubs/-zentren, in einer Kirche oder einem Gewerkschafts- oder Parteihaus einen Raum zu bekommen. Und dann gibt es ja auch immer die Möglichkeit, ein Haus zu besetzen!

**Postadresse:**
Wenn Ihr eine Postanschrift benötigt, ist es immer besser, keine Privatadresse anzugeben, sondern eine Büroanschrift oder ein Postfach. Wenn Ihr ein Postfach einrichtet, müßt Ihr in den meisten Fällen einen Personalausweis vorzeigen. Ihr solltet daher bei der Post eine Erklärung hinterlegen, daß diese Information nicht ohne Eure Einwilligung an Dritte (in diesem Fall vor allem Nazis) weitergegeben werden darf. Wie Ihr die Post dann beim Schließfach abholt, solltet Ihr Euch auch überlegen.



Es ist eigentlich ziemlich sinnvoll, eine Postadresse für Eure politische Arbeit zu haben, da Nazis zum einen durchaus in der Lage sind, einfach mal Euren Briefkasten aufzuknacken, und zum anderen der Verfassungsschutz und die Polizei dafür bekannt sind, die Privatpost von aktiven AntifaschistInnen zu öffnen und zu lesen.

### 6. Demonstrationen und Kundgebungen:

**a) angemeldete Demonstrationen und Kundgebungen:**
Wenn Ihr eine Demonstration oder Kundgebung plant, für die Ihr öffentlich im Voraus mobilisieren wollt, müßt Ihr sie vorher beim Ordnungsamt der Stadt anmelden. D. h. Ihr müßt den Kundgebungsort bzw. die Route der Demonstration sowie den Namen einer Person, die die Kundgebung bzw. Demonstration anmeldet, angeben und dann darauf hoffen, daß die Stadt und die Polizei sie genehmigen. Oft werdet Ihr bzw. die Person, die die Demonstration namentlich anmeldet, dann vorher zu einem Gespräch mit der zuständigen Person beim Ordnungsamt und dem Polizeieinsatzleiter eingeladen. Wenn Ihr dabei selbst nicht Eure Namen aus Angst vor Repression angeben wollt, könnt Ihr z. B. auch Leute wie LehrerInnen, GewerkschafterInnen etc. oder Vereine, die mit Euch sympathisieren fragen, ob sie die Demonstration für Euch bzw. mit Euch anmelden. Manchmal kann es auch sinnvoll sein, zu den Gesprächen mit der Stadt und der Polizei einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin mitzunehmen, wenn Ihr z. B. davon ausgeht, daß Eure Route oder der Kundgebungsort nicht genehmigt wird. Es ist sinnvoll, bei Demonstrationen in Ketten zu gehen, um zu verhindern, daß die Polizei eine Demonstration durch ein paar Knüppeleinsätze auseinandertreibt und einzelne Menschen aus der Demonstration heraus verhaftet werden. Besonders nett ist es, wenn schon vor der Demonstration Parolen überlegt werden, die dann gemeinsam gerufen werden können. Eine laute und bunte Demo mit vielen Transparenten kann uns selber eine Menge Mut machen und zeigen, daß wir viele sind!

**b)Spontane Versammlungen/ Spontandemonstrationen:**
Grundsätzlich könnt Ihr nach dem Versammlungsgesetz jederzeit und an jedem Ort eine spontane Versammlung bzw. Demonstration/Kundgebung durchführen. Wenn dann die Polizei auftaucht,




könnt Ihr die Kundgebung bzw. Demonstration an Ort und Stelle als „Spontandemonstration/ Kundgebung" anmelden. Wenn Ihr das nicht wollt, müßt Ihr unter Umständen natürlich mit einem unangenehmen Polizeieinsatz rechnen...

### 7. Angriffe von Nazis und/ oder Staatsseite auf Euch:

**a)** Fertigt in jedem Fall nach dem Angriff Gedächtnisprotokolle an, die Ihr an einem sicheren Ort oder bei einem Rechtsanwalt/einer Rechtsanwältin hinterlegen sollt. Das ist hilfreich, wenn dann Monate oder auch Jahre später plötzlich die Vorladungen zur Polizei oder zum Gericht auftauchen, und Ihr Euch an die Einzelheiten der Ereignisse nicht mehr erinnern könnt.
**b)** Wenn Ihr bei einem Angriff verletzt worden seid, ist es wichtig, so schnell wie möglich ein ärztliches Attest (im Krankenhaus oder von niedergelassenen ÄrztInnen) über die Art und das Ausmaß der Verletzungen zu holen. Diese Atteste können dann bei Gerichtsverhandlungen vorgelegt werden.
**c)** Wenn Ihr Euch entscheidet, Anzeige gegen einen Nazi oder Polizisten wegen Körperverletzung zu erstatten oder wenn Ihr als Geschädigte eines Angriffs bei Gericht vorgeladen werdet, um eine Aussage in einem Prozeß zu machen, habt Ihr bei Körperverletzungen immer die Möglichkeit, als NebenklägerInnen aufzutreten, wenn die Angeklagten keine Jugendlichen sind. Das heißt, Ihr nehmt Euch eine/n eigene/n Rechtsanwalt/ Rechtsanwältin, der/die sich bei Gericht für Euch meldet und im Gerichtsverfahren die Möglichkeit hat, alle Akten einzusehen sowie mit eigenen Anträgen auf den Verlauf der Gerichtsverhandlung Einfluß nehmen können.
Das hat für Euch mehrere Vorteile: Ihr seid als einfache ZeugInnen bei einem Prozeß immer verpflichtet, auf alle möglichen und unmöglichen Fragen des Anwalts der Nazis, der Staatsanwaltschaft und der Richter zu antworten, d.h. Ihr seid dem Justizapparat ziemlich schutzlos ausgeliefert. Wenn Ihr als NebenklägerIn in einem Prozeß auftretet, kann Euer Anwalt/Eure Anwältin bestimmte Fragen zurückweisen bzw. für Euch Erklärungen abgeben. Außerdem erhält Euer Anwalt/Eure Anwältin Einsicht in Ermittlungsakten der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Im Falle einer Verurteilung des Nazis/Polizisten, muß dieser auch die Kosten Eures Anwalts/ Anwältin tragen.

### 8. Staatliche Repression gegen AntifaschistInnen:

Grundsätzlich gilt: Je weniger nach Aktionen darüber geredet wird, wer alles dabei war und was der- oder diejenige getan hat, desto weniger Gerüchte entstehen. Es ist dann schwieriger für Polizei und Justiz, irgendeiner konkreten Person oder Gruppe etwas anzuhängen. Aus bekannten Gründen gehen sowohl Polizei als auch Justiz gegen AntifaschistInnen und Linke oft härter vor als z. B. gegen Nazis. Martin Niemöller, ein Pastor aus der Bekennenden Kirche, hat das mal mit dem einfachen Satz zusammengefaßt: „In diesem Land steht der Feind immer noch links."

Wir halten es grundsätzlich für wichtig, daß Ihr die Fälle staatlicher Repression gegen Euch dokumentiert und in die Öffentlichkeit tragt. Darüber hinaus solltet Ihr darauf achten, gemeinsame Diskussionen über anstehende Verfahren, Prozesse etc. und die damit verbundenen Ängste und Schwierigkeiten zu führen.

Bei allen Zusammenstößen mit Polizei und Justiz ist es grundsätzlich wichtig und für Euch am besten, keine Aussagen zu machen.

**a) Festnahmen:**
Wenn Ihr verhaftet/festgenommen werdet, seid Ihr nur verpflichtet, Euren Namen, Eure Meldeadresse und Euer Alter anzugeben. Alle weiteren Fragen der Polizei müßt und solltet Ihr in keinem Fall beantworten. Denn jede darüber hinausgehende Aussage, die Ihr macht, wird früher oder später gegen Euch und andere verwendet werden.

Obwohl Polizisten natürlich wissen, daß Ihr das Recht habt, Aussagen zu verweigern, versuchen sie mit allen Mitteln (z.B. durch Druck oder freundliches Zureden), aus Euch Informationen herauszuholen. Oft ist es sehr schwierig, dann standhaft zu bleiben und nichts zu sagen – aber der Schaden ist in jedem Fall größer, wenn Ihr Aussagen macht. Genausowenig seid Ihr dazu verpflichtet, irgend etwas bei der Polizei zu unterschreiben. Bei einer Festnahme habt Ihr immer das Recht auf einen Telefonanruf – am besten bei einem Rechtsanwalt/ einer Rechtsanwältin, beim Ermittlungsausschuß oder bei Eurer Meldeadresse.

Spätestens 48 Stunden nach Eurer Verhaftung müßt Ihr einem Haftrichter/einer Haftrichterin vorgeführt werden, der/ die dann darüber entscheidet, ob Ihr freigelassen werdet bzw. vorläufig in Untersuchungshaft genommen werdet. Auch hier müßt und solltet Ihr keine Aussagen machen. Auf jeden Fall ist es gut, wenn ein Anwalt/eine Anwältin Eures Vertrauens bei diesem Haftprüfungstermin anwesend ist.

**b) Hausdurchsuchungen:**
Die Polizei darf nur mit einem Durchsuchungsbefehl in Deine Wohnung, der von einem zuständigen Richter/einer Richterin unterschrieben sein muß, oder bei „Gefahr im Verzug". Dies wird von der Polizei oft als Vorwand benutzt, wenn sie noch keinen richterlichen Durchsuchungsbeschluß hat.
Du hast ein Recht darauf, daß ZeugenInnen (z.B. Nachbarn) bei der Durchsuchung dabei sein können. Die Polizei muß Dir ein Durchsuchungsprotokoll oder/und eine Quittung über die beschlagnahmten Sachen aushändigen. Dieses Protokoll solltest Du nicht unterschreiben!
Laß Dir von der Polizei die Dienstausweise zeigen und schreibe Dir ihre Namen und Dienststelle auf. Setze Dich nach einer Hausdurchsuchung sofort mit einem Anwalt/einer Anwältin in Verbindung.

**c) Vorladungen:**
Spätestens wenn Ihr eine Vorladung von der Polizei erhalten habt, solltet Ihr einen eigenen Rechtsanwalt bzw. eine Rechtsanwältin einschalten, der/ die dann Eure Interessen gegenüber der Polizei und den Gerichten vertreten kann. Wenn Ihr von der Polizei vorgeladen werdet, um als Zeugen oder Beschuldigte verhört zu werden, gilt das Gleiche wie bei Festnahmen. Ihr müßt und solltet keine Aussagen machen. Ist diese Vorladung nur von der Polizei (nicht von einem/r Richter/in unterzeichnet bzw. von der Staatsanwaltschaft), müßt Ihr nicht hingehen, zumal wenn sie nur mit der einfachen Post und nicht per Einschreiben o.ä. zugestellt wird.

**d)** Vorladung zur Staatsanwaltschaft oder Richter/-in: Wenn Ihr eine Vorladung zur Staatsanwaltschaft oder Richter/in als Zeuge/in oder als Beschuldigte/r erhaltet, müßt Ihr hingehen. Geht aber auf keinen Fall alleine hin, sondern nehmt dabei immer euren Anwalt/Eure Anwältin mit. Auch hier müßt und solltet Ihr keine Aussagen machen.
Auch vor Gericht müßt Ihr weder als Zeuge/Zeugin noch als Beschuldigte Aussagen machen. Dies kann unter Umständen die Verhängung von Ordnungsgeld und schlimmstenfalls Beugehaft bedeuten. Beides wird vom Gericht angeordnet. Beugehaft kann längstens sechs Monate dauern, ist aber immer mit Abschluß des Prozesses beendet. Diesen Schritt solltet Ihr aber vorher gründlich mit einem Anwalt/einer Anwältin und Euren FreundInnen besprechen.

Noch etwas zum Umgang mit Repression: Behalte Deine Ängste und Fragen nicht für Dich, sondern rede mit anderen Betroffenen, FreundInnen und Deinem Anwalt/DeinerAnwältin darüber! Und, für den Fall, daß Du oder jemand aus Eurer Gruppe doch Aussagen gemacht hat – redet darüber und behaltet es nicht für Euch. Natürlich ist es schwierig, zuzugeben, daß man/frau entgegen der eigenen Vorsätze Aussagen gemacht hat. Es ist aber in jedem Fall besser, gemeinsam zu überlegen, wie es dazu kommen konnte und wie mögliche Konsequenzen doch noch verhindert werden können, als Aussagen für sich zu behalten. Da sich zum Thema Repression noch viel mehr sagen läßt, haben wir im Anhang einige Rechtshilfebroschüren angegeben.

**Ansonsten könnt Ihr Euch auf der Suche nach einem Anwalt/einer Anwältin oder bei Fragen immer an den Berliner Ermittlungsausschuß wenden: Tel. Nr. 030/692 22 22.**



# Personenregister

## Personenregister



